

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

77. Sitzung

Hannover, den 8. Dezember 2005

Inhalt:

noch: Tagesordnungspunkt 10 bis 14:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2006 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Inne- res und Sport - Justiz - Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Kultus).....	8727
Inneres und Sport	8727
Heiner Bartling (SPD)	8727
Hans-Christian Biallas (CDU).....	8732
Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE).....	8737
Jörg Bode (FDP)	8739
Georgia Langhans (GRÜNE)	8742
Mechthild Ross-Luttmann , Ministerin für Sozia- les, Frauen, Familie und Gesundheit	8743
Justiz	8745
Heike Bockmann (SPD)	8745
Dr. Uwe Biester (CDU)	8748
Ralf Briese (GRÜNE).....	8750, 8752
Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP)	8753
Ursula Peters (FDP)	8754
Jens Nacke (CDU).....	8755
Elisabeth Heister-Neumann , Justizministerin.....	8756
Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	8759
Ursula Helmhold (GRÜNE)	8760, 8761
Norbert Böhlke (CDU).....	8762
Gabriela Kohlenberg (CDU)	8764
Uwe Schwarz (SPD)	8765, 8766, 8781
Gabriele Jakob (CDU)	8770
Gesine Meißner (FDP).....	8772, 8773
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)	8776
Mechthild Ross-Luttmann , Ministerin für Sozia- les, Frauen, Familie und Gesundheit	8778, 8779

Kultus	8781
Ina Korter (GRÜNE)	8782
Ingrid Eckel (SPD)	8784
Hans-Werner Schwarz (FDP)	8788
Karl-Heinz Klare (CDU).....	8792, 8793
Wolfgang Jüttner (SPD)	8798
Ursula Körtner (CDU)	8799
Bernhard Busemann , Kultusminister.....	8799

noch: Tagesordnungspunkte 10 bis 14:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2006 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Wissenschaft und Kultur - Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Umwelt - ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien)	8804
Wissenschaft und Kultur	8804
Dr. Gabriele Andretta (SPD).....	8804
Karl-Heinz Klare (CDU).....	8808
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	8810
Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP)	8813
Katrin Trost (CDU)	8815
Roland Riese (FDP)	8817
Lutz Stratmann , Minister für Wissenschaft und Kultur	8818, 8820
Dieter Möhrmann (SPD)	8822
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	8822
Günter Lenz (SPD).....	8823
Ernst-August Hoppenbrock (CDU).....	8826, 8827
Enno Hagenah (GRÜNE)	8829, 8831
Wolfgang Hermann (FDP)	8832, 8834
Gabriela König (FDP)	8835

Walter Hirche , Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	8836, 8837, 8843
Björn Thümler (CDU).....	8840
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)	8842
Wolfgang Jüttner (SPD)	8843
Umwelt	8844
Hans-Dieter Haase (SPD).....	8844
Anneliese Zachow (CDU).....	8847, 8854
Dorothea Steiner (GRÜNE)	8849
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)	8851
Christian Dürr (FDP).....	8852
Hans-Heinrich Sander , Umweltminister	8855
Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	8857
Karin Stief-Kreihe (SPD)	8857
Jan-Christoph Oetjen (FDP)	8860
Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)	8861
Clemens Große Macke (CDU).....	8863, 8865
Hans-Heinrich Ehlen , Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	8867
Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien	8869
Rosemarie Tinius (SPD).....	8869
Wilhelm Hogrefe (CDU).....	8871
Georgia Langhans (GRÜNE).....	8872
Ulrike Kuhlo (FDP).....	8872
Christian Wulff , Ministerpräsident.....	8874
Nächste Sitzung.....	8875

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Vizepräsidentin	Silva Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Philipps (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalman (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Christian Wulff (CDU)

Staatssekretär Dr. Roland Koller,
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister
Hartmut Möllring (CDU)

Staatssekretär Dr. Lothar Hagebölling,
Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst,
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen,
Familie und Gesundheit

Kultusminister
Bernhard Busemann (CDU)

Staatssekretär Hartmut Saager,
Niedersächsisches Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Walter Hirche (FDP)

Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke,
Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum,
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Justizministerin
Elisabeth Heister-Neumann

Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking,
Niedersächsisches Justizministerium

Minister für Wissenschaft und Kultur
Lutz Stratmann (CDU)

Staatssekretär Dr. Josef Lange,
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft
und Kultur

Umweltminister
Hans-Heinrich Sander (FDP)

Staatssekretär Dr. Christian Eberl,
Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn der Sitzung: 9.01 Uhr.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 77. Sitzung im 27. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode.

Ich gehe davon aus, dass ich die Beschlussfähigkeit des Hauses zu einem späteren Zeitpunkt feststellen kann.

Zum Geburtstag können wir heute dem Abgeordneten Hans-Peter Thul gratulieren. Hoffentlich ist er da. Herzlichen Glückwunsch, Herr Thul, im Namen des gesamten Hauses.

(Beifall bei im ganzen Hause)

Zur Tagesordnung möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir die heutige Sitzung mit dem zweiten Block der Haushaltsberatung beginnen. Nach der Mittagspause wird die Sitzung mit dem dritten Block der Haushaltsberatung fortgesetzt. Die heutige Sitzung soll gegen 20 Uhr enden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst - bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr - möchte ich erinnern.

(Unruhe)

- Wenn etwas mehr Ruhe eingekehrt ist, folgen die geschäftlichen Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Brigitte Somfleth:

Guten Morgen! Entschuldigt hat sich von der Landesregierung der Minister für Inneres und Sport, Herr Schönemann.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Wir setzen die Haushaltsberatungen fort mit

noch:

Tagesordnungspunkt 10 bis 14:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2006 - Debatte über ausgewählte Haushaltschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Inneres und Sport - Justiz - Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Kultus)

Ich eröffne die Beratung. Für den anstehenden Teil der Haushaltsberatung teile ich Ihnen mit, dass den Fraktionen folgende Redezeiten zur Verfügung stehen: CDU und SPD jeweils 76 Minuten, FDP und Bündnis 90/Die Grünen jeweils 48 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von 48 Minuten nicht überschreiten wird.

Da wir die Debatte gerne strukturieren möchten, bitte ich Sie sehr herzlich darum, sich schriftlich zu Wort zu melden und zusätzlich anzugeben, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu welchem Gebiet Sie sprechen möchten. Dann ist hier in unser aller Interesse eine gute Strukturierung möglich.

Entsprechend den Vorstellungen des Ältestenrates beginnen wir jetzt mit dem Bereich

Inneres und Sport

Dafür hat sich Herr Kollege Bartling zu Wort gemeldet,

(Unruhe)

der aber mindestens noch eine Minute Zeit hat; denn es ist mir noch ein bisschen zu laut. Einen kleinen Moment, Herr Bartling.

(Anhaltende Unruhe)

- Dann endet unsere Sitzung heute eben um 20.30 Uhr; das ist auch nicht das Problem.

(Norbert Böhlke [CDU]: Überstunden müssen beantragt werden!)

Herr Bartling, die Aufmerksamkeit des Plenums ist Ihnen jetzt gewiss. Sie haben das Wort.

Heiner Bartling (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich Ihnen meine Rede in diesem noch relativ intimen

Kreis vortragen darf; das wird die Aufmerksamkeit aber bestimmt nicht mindern.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Die entscheidenden Zwischenrufer sind da!)

- Das ist richtig, Herr Biallas. Das habe ich auch nicht anders erwartet.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der mit - aus meiner Sicht - Großsprecherei und lautem Getöse aufgebraachte Lack der niedersächsischen Innenpolitik wird nicht nur brüchig, sondern blättert inzwischen massiv ab. Der Lack ist ab, muss das Urteil heißen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Coenen [CDU]: Das meinen Sie!)

- Das meine ich nicht nur, sondern ich will auch versuchen, Ihnen das zu belegen, Herr Coenen.

Die größte, umfassendste Verwaltungsreform, selbstverständlich auch die größte, umfassendste Polizeireform wurde angekündigt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

- Warten Sie einmal ab! - Als Partner der Kommunen wolle man sich verstehen,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

den Raubzug durch die kommunalen Kassen beenden und Wiedergutmachung leisten. Das sind nur einige der hohlen Sprüche, mit denen wir nun seit fast drei Jahren konfrontiert sind.

Meine Damen und Herren, was ist daraus geworden? - Bei den Bediensteten der Landesverwaltung macht sich Frust breit, ist sogar Verbitterung zu spüren. Die Begründung ist der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen vielfach durch die Berufsvertretung vorgetragen worden, ohne dass die Entscheidungen korrigiert oder gar revidiert wurden. Da geht es z. B. um die Streichung der jährlichen Sonderzuwendungen und des Urlaubsgeldes. Kurz vor der Regierungsübernahme hatte der damalige Oppositionsführer Christian Wulff großmütig verkündet, dass man die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht auf dem Rücken der öffentlich Bediensteten durchführen dürfe. Noch im März 2003, kurz nach der Regierungsübernahme, wurde der Öffnungsklausel zugestimmt. Diese wurde genutzt, um Urlaubsgeld

und Sonderzuwendung zunächst zu kürzen und dann völlig zu streichen. Nicht nur dieser Vertrauensbruch des Ministerpräsidenten, sondern auch aktuelle Äußerungen zu diesem Thema machen verständlich, warum Frust und Verbitterung wachsen.

Ein Blick auf den Koalitionspartner, ohne den das nicht möglich wäre, ist hier vielleicht auch nötig. Da stellen sich die Parteifreunde von Herrn Rösler in Berlin doch glatt vor die Presse - jetzt aktuell geschehen - und erzählen, wie schlimm die im Bund lose andiskutierte Halbierung des Weihnachtsgeldes wäre. Ich zitiere, was der FDP-Innenpolitiker Stadler gegenüber der *Berliner Zeitung* gesagt hat:

„Die geplante Kürzung des Weihnachtsgeldes geht zu weit“, sagte der FDP-Innenpolitiker Max Stadler der *Berliner Zeitung*. Es werde nicht berücksichtigt, „welche Vorleistungen die Beamten schon erbracht haben“, monierte er. Bereits in den vergangenen Jahren hätten die Bundesbeamten Einbußen hinnehmen mussten, etwa weil Tarifabschlüsse gar nicht oder nur verzögert übertragen worden seien.“

Was machen Sie eigentlich, wenn Sie so etwas lesen, Herr Rösler? Rufen Sie wenigstens mal in Berlin an und raten Ihren gelben Parteifreunden zu Vorsicht bei solchen Aussagen, weil die Regierung Wulff mit Ihrer Mithilfe das Weihnachtsgeld und auch gleich das Urlaubsgeld bereits im vergangenen Jahr komplett gestrichen hat?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nach wie vor sind die Aussagen dieser Haushaltspolitiker der FDP zur Diskussion über die Streichung des Weihnachtsgeldes für Wehr- und Zivildienstleistende bemerkenswert. Ich zitiere: Damit degradiert die große Koalition den Dienst von Wehr- und Zivildienstleistenden immer mehr zum mittelalterlichen Hand- und Spanndienst für den Staat. - Ich stelle fest: Nach dem Selbstverständnis der FDP hat die Regierung Wulff längst alle Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen zu einem solchen mittelalterlichen Hand- und Spanndienst degradiert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Nichts als Sprüche!)

Meine Damen und Herren, um keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen: Auch die öffentlich Bediensteten wissen, dass sie in derart schwierigen Haushaltssituationen ihres Arbeitgebers einen Konsolidierungsbeitrag leisten müssen. Was hier gemacht wird, lässt allerdings einerseits soziale Ausgewogenheit auf der Strecke und lässt bei der Umsetzung solcher Entscheidungen jegliche Sensibilität vermissen. Hier wird bei der öffentlichen Verkündung ein Maß an Schnöseligkeit an den Tag gelegt,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

- das sage ich Ihnen noch ein paar Mal; warten Sie einmal ab; ich werde das auch -,

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Wer ist hier der Schnösel?)

die insbesondere für das Stimmungstief im öffentlichen Dienst verantwortlich ist.

(Hermann Dinkla [CDU]: Unverschämt!)

Vielleicht wird diese Schnöseligkeit am sichtbarsten im Bereich der Polizei. Die Landesregierung hat den Beamtinnen und Beamten nicht nur durch die Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld in die Tasche gegriffen. Letztes Jahr wurde auch der Eigenanteil an der Heilfürsorge erhöht, um dadurch 1,5 Millionen Euro einzusparen. Zu Oppositionszeiten - lassen Sie sich das noch einmal sagen - waren derartige Maßnahmen für die CDU noch das Schäbigste, was es gibt, wie wir uns hier anhören mussten.

Ich stelle eines fest: Heute bezahlen alle Beamtinnen und Beamten die Wahlgeschenke der CDU. Wir haben Ihnen vor der Wahl 2003 gesagt: 1 000 zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte können Sie nicht bezahlen. Die im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen finanzieren durch Gehaltseinbußen die neuen Kolleginnen und Kollegen. Die Polizisten werden mittlerweile sogar fünf-fach zur Kasse gebeten: Sie haben ihnen erstens das Urlaubsgeld gestrichen. Zweitens haben Sie das Weihnachtsgeld gestrichen. Drittens haben Sie den Eigenanteil an der Heilfürsorge erhöht. Viertens haben Sie die Anrechnung von Bereitschaftszeiten bei Castortransporten reduziert. Fünftens haben Sie jetzt auch noch die Lebensarbeitszeit verlängert.

Meine Damen und Herren, geradezu unerträglich ist die Begründung der Landesregierung für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Der Ministerpräsident erklärt freimütig, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sei beschlossen worden, um die Einführung des Digitalfunks zu finanzieren. Als Nächstes kommt der Innenminister und behauptet, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sei nur gerecht; denn schließlich seien die technische Ausstattung der Polizei ja so viel verbessert und der Dienst erleichtert worden.

Meine Damen und Herren, wer so etwas behauptet, der hat keinen Schimmer vom Arbeitsalltag der Polizei.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie: Was nützen technische Geräte beim Überbringen von Todesnachrichten? Wozu braucht man blaue Uniformen zur Bekämpfung von innerfamiliärer Gewalt? Welche Technik mindert die familiären Belastungen durch unregelmäßigen Wechselschichtdienst ab? - Es ist traurig, dass weder der Ministerpräsident noch der zuständige Innenminister eine Vorstellung von den tatsächlichen Belastungen im Polizeialltag haben.

Meine Damen und Herren, allerdings gibt es etwas, was der Polizei - zumindest in Hannover - den Arbeitsalltag erleichtert hat, nämlich das hervorragende Präventionsprojekt Polizei-Sozialarbeit. Die Kolleginnen und Kollegen von PPS haben eine hervorragende Arbeit geleistet und der Polizei eine ganze Menge Arbeit an der Schnittstelle zwischen Polizei und Sozialarbeit abgenommen. Wer schon einmal eine Todesnachricht überbringen musste, der weiß, wovon ich rede. Doch ausgerechnet dieses vorbildliche Programm wird jetzt völlig rasiert. Von einer Verbesserung des Arbeitsalltags kann also gar keine Rede sein.

Trotzdem, meine Damen und Herren, wird die Lebensarbeitszeit verlängert. Tun Sie bitte nicht so, als hätten Sie auf Ihrer Haushaltsklausur eine großartige Abmilderung beschlossen! Die Polizeigewerkschaften waren bereit, eine Verlängerung mitzutragen, wenn die jahrzehntelange Tätigkeit im Wechselschichtdienst angemessen berücksichtigt wird. Wer glaubt, Wechselschichtdienst sei erst nach 25 Jahren eine besonders berücksichtigungswerte Belastung, der befindet sich allerdings auf dem Holzweg.

Meine Damen und Herren, in einer legendären Pressekonferenz - so muss man die wohl nennen -

des Innenministers Anfang 2004, in der auch die wohlmeinendsten Journalisten keine Seriosität mehr erkennen konnten, hatte der Innenminister angekündigt, er wolle mit seiner Verwaltungsreform im Jahr 2006 107 Millionen Euro einsparen. Ich frage mich, was aus diesem Geld geworden ist.

(Jörg Bode [FDP]: Es sind 110,9 Millionen Euro geworden!)

Die Verwaltungsreform ist nicht nur finanziell gescheitert. Es mussten weit mehr goldene Handschläge verabreicht werden, als ursprünglich vorgesehen war, und die anvisierten Personaleinsparungen im Innenressort werden längst durch die im Justizressort notwendig gewordenen Neueinstellungen konterkariert. Die Jobbörse ist ein völliger Flop, und in Lüchow-Dannenberg wird mit einer kreisfreien Samtgemeinde der größte anzunehmende Unsinn verzapft. Die Verwaltung des Landes hat sich noch lange nicht von der Zerschlagung der Bündelungsbehörde Bezirksregierung erholt, doch die sechs Flächen-Polizeidirektionen gerieren sich schon als Mini-Bezirksregierungen unter polizeilicher Führung. Wenn man die vier Regierungsvertretungen noch hinzuzählt, haben wir statt vier Bezirksregierungen mit räumlich klar abgegrenztem Zuständigkeitsbereich nun zehn Minibezirksregierungen mit räumlich teilweise überlappenden Zuständigkeitsbereichen, neben denen auch noch einige Fachverwaltungen ungebremst herumwursteln. Die Kritik der kommunalen Ebene an dieser ineffektiven Landesverwaltung wird nicht ohne Grund immer lauter.

Hinzu kommt, dass die Landesregierung knapp ein Jahr vor den Kommunalwahlen im kommunalen Bereich Chaos ausbrechen lässt.

(Jörg Bode [FDP]: Was?)

- Ja, Sie müssen einmal die Kommunalvertreter fragen. Wir haben Chaos bei der kommunalen Ausschussbesetzung. Sie müssen sich einmal vor Augen führen, welche Novellierungen wir hier vornehmen mussten, um zu bereinigen, dass Sie vergessen haben, Übergangsvorschriften einzuführen, mit der Folge, dass die Kommunen auf die Barrikaden gegangen sind. Das wollen Sie aber wahrscheinlich nicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Sie haben doch zugestimmt, Herr Bartling!)

- Wenn es darum geht, Ihre Fehler zugunsten der kommunalen Ebene zu korrigieren, stimmen wir gerne zu.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie sind unglaublich, Herr Bartling!)

Das nächste Chaos kommt bei der Leitstellendebatte und in Lüchow-Dannenberg. Zur Leitstellendebatte möchte ich Ihnen jetzt noch etwas sagen. Der Innenminister ist mit seinem Modell, zehn bunte Leitstellen einzurichten, grandios gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte gar nicht wissen, mit welchem finanziellen Aufwand die so genannten Regionalkonferenzen betrieben worden sind, mit denen die kommunale Ebene von diesem Modell überzeugt werden sollte. Doch der Innenminister ist gescheitert, weil sich die kommunale Selbstverwaltung eben nicht an die künstlich geschaffenen Grenzen einer Polizeidirektion hält.

Meine Damen und Herren, den folgenschwersten Angriff allerdings fährt die Landesregierung derzeit auf die kommunale Daseinsvorsorge. Vordergründig wird so getan, als sei es der Druck der Finanzen, der zu Vermögensveräußerungen und Privatisierungen zwingt. Doch das stimmt nicht. Diese Landesregierung verscherbelt masterplanmäßig das Vermögen des Landes zu Dumpingpreisen und privatisiert, koste es, was es wolle, weil sie der Ideologie der neoliberalen Hardliner der FDP zum Opfer gefallen ist.

Letztes Jahr waren die Spielbanken dran, jetzt die Landeskrankenhäuser und die Einleitung des neoliberalen Generalangriffs auf die Kommunen. Ich erinnere an die Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts und an den Angriff, den Herr Sander auf die kommunale Abwasserentsorgung fährt. Herr Hirche hat am 27. Juni 2004 in Hildesheim eine Rede gehalten, die im Ergebnis völlig zu Recht in Vergessenheit geraten ist. Dennoch ist es interessant, noch einmal einen Blick darauf zu werfen.

(Minister Walter Hirche [FDP]: Also doch nicht vergessen! - Bernd Althusmann [CDU]: Sie sind ja ein Fuchs!)

- Nein, für diesen Fall war es gut, sie wieder her-
vorzuholen, Herr Hirche, um etwas belegen zu
können. - Ich zitiere:

„Vielmehr ist mit dem Thema ‚Privati-
sierung‘ auch das Grundverständnis
der ... Aufgabenverteilung zwischen
dem Staat auf der einen und den pri-
vaten Personen und Unternehmen auf
der anderen Seite angesprochen.“

Und weiter:

„Diese Gedanken lassen sich mühe-
los auf alle staatlichen Ebenen über-
tragen, so auch auf die Kommunen.
Auch hier sehen wir vielfältige Mög-
lichkeiten, die staatlichen Aktivitäten
auf den Kernbereich des Hoheitlichen
zu beschränken und damit privatwirt-
schaftlichen Lösungen Bahn zu bre-
chen.“

Meine Damen und Herren, wir sehen: Das ist
Ideologie, die vor der kommunalen Daseinsvorsor-
ge nicht Halt macht. Doch Herr Hirche ist hartnä-
ckig. Ich zitiere weiter:

„Aber machen wir uns nichts vor: die
Prüfung von Privatisierungsmöglich-
keiten bedeutet in aller Regel das
Bohren sehr dicker Bretter. Viele Wi-
derstände sind zu überwinden.“

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die mitt-
lerweile verabschiedete Änderung des kommunalen
Wirtschaftsrechts stelle ich fest: Um den Wi-
derstand der CDU-Fraktion in diesem Hause ge-
gen diesen Angriff auf die kommunale Daseinsvor-
sorge zu überwinden, mussten keine dicken Bret-
ter gebohrt werden. Da bedurfte es etwas weniger
Kraft.

(Beifall bei der SPD)

Tatsache ist, dass die FDP in Niedersachsen das
Thema Rechtsstaat kampfflos aufgegeben hat. Ich
erinnere nur an das vernichtende Urteil des Bun-
desverfassungsgerichts zum niedersächsischen
Polizeigesetz, das nicht nur eine derbe Schlappe
für den Innenminister ist, sondern gleichzeitig auch
eine hochnotpeinliche Blamage für die FDP dar-
stellt.

(Beifall bei der SPD)

Aber gerade weil die FDP auf diesem Gebiet völlig
versagt hat, konzentriert sie sich jetzt ganz auf die
im Gemeindefinanzrecht zum Ausdruck kom-
mende neoliberale Ideologie.

Meine Damen und Herren, die nächste Niederlage
dieser Landesregierung vor einem Verfassungsge-
richt deutet sich bereits an. Zahlreiche Kommunen
in Niedersachsen haben sich zusammengetan, um
gegen den 2005 erfolgten Eingriff in den kommu-
nalen Finanzausgleich zu klagen, den CDU und
FDP auch in diesem Jahr fortschreiben wollen.

Insgesamt führt die Kürzung des kommunalen
Finanzausgleichs, die CDU und FDP jetzt be-
schließen wollen, dazu, dass den Kommunen bis
2008 Finanzausgleichsmittel in Höhe von
642 Millionen Euro vorenthalten werden. Da eine
große Zahl von kommunalen Gebietskörperschaf-
ten bereits heute keine ausgeglichen Haushalte
vorlegen kann, führt dieser Eingriff des Landes zu
einer weiteren Inanspruchnahme von Überzie-
hungskrediten durch die Städte, Gemeinden und
Landkreise. Tatsache ist, dass in keinem anderen
Bundesland die kommunale Ebene derart in die
Verschuldung getrieben worden ist wie in Nieder-
sachsen.

Was macht der zuständige Kommunalminister? -
Er nimmt Jahr für Jahr 150 Millionen Euro aus dem
kommunalen Finanzausgleich und verweist grin-
send auf die Notwendigkeit einer Gemeindefinanz-
reform in Berlin.

(Zurufe von der CDU)

- Ich komme gerne auf das zurück, was wir ge-
macht haben. Dann werden Ihnen die Ohren rot.

Meine Damen und Herren, was nützt eine Ge-
meindefinanzreform in Berlin, die die kommunale
Ebene nicht als gleichberechtigten Partner, son-
dern als Sparschwein des Landes begreift? Die
Kommunen haben völlig Recht, wenn sie darauf
hinweisen, dass das Land versucht, seine Finanz-
probleme zulasten der Kommunen zu lösen. Viel-
leicht können Sie einmal die Frage beantworten,
warum Sie angekündigt haben, das Konnexi-
tätsprinzip nach 100 Tagen einzuführen, dies aber
nach 1 000 Tagen noch immer nicht geschafft
haben.

(Beifall bei der SPD)

Das hat vielleicht auch etwas damit zu tun, dass
Sie erst einmal Aufgaben verlagern wollten, ohne

das Geld dafür zu geben, und auf diese Weise die Kommunen schurigeln. Ich habe viel Verständnis für die Enttäuschung der Kommunen. Denn schließlich hat ihnen diese Landesregierung gerade auch in Person des Innenministers - jetzt bin ich bei dem, was Herr Schrader meinte kritisieren zu müssen - vor der Landtagswahl das Blaue vom Himmel versprochen. Jede Anpassung des KFA, die zu SPD-Zeiten vorgenommen worden ist, wurde von den Herren Schönemann, Möllring und Wulff mit einer Weltuntergangsrhetorik als beispielloser Raubzug durch die kommunalen Kassen geißelt.

(Zustimmung bei der SPD)

Was wurden nicht alles an Sofortprogrammen versprochen: Rücknahme der Kürzung um 250 Millionen Euro 1996, sofortige Erhöhung der Bedarfszuweisungen um 50 Millionen Euro. Ich kann mich noch ganz genau erinnern, wie vollmundig hier Versprechen abgegeben worden sind. Nach zweieinhalb Jahren Regierung Wulff stellen die Kommunen nüchtern fest, dass sie zu Zeiten der SPD-Landesregierung jedes Jahr 150 Millionen Euro mehr zur Verfügung hatten. So sieht die Wahrheit in Niedersachsen aus!

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass die kommunale Ebene für das Leben der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes von größerer Bedeutung ist, als Sie es anscheinend wahrnehmen.

(Ulf Thiele [CDU]: Wann haben Sie eigentlich verlernt, rot zu werden?)

- Das habe ich verlernt, weil ich von Ihnen eine ganze Menge gelernt habe, Herr Thiele. Von Ihrer Truppe habe ich so viel gelernt, dass mir das gar nicht mehr einfallen würde.

Meine Damen und Herren, ein letztes Wort zur Integration.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Auch das Thema Integration sieht diese Landesregierung - ich will es einmal ganz vorsichtig ausdrücken - mehr als Gelegenheit zur parteipolitischen Profilierung denn als realpolitisches Handlungsfeld. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man sich aus der Verantwortung für Integration finanziell verabschiedet und im Haushalt im vergangenen

Jahr 1 Million Euro in diesem Bereich eingespart hat. Wir halten diese Kürzung nach wie vor für falsch und sehen in unserem Haushaltsantrag deshalb die Wiedereinsetzung der Integrationsmittel vor.

(Beifall bei der SPD)

Integration ist keine Einbahnstraße. Integration darf man nicht nur mit Worten fordern, sondern man muss sie auch fördern. Dafür ist dieses Geld notwendig. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Biallas zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Biallas!

Hans-Christian Biallas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine sehr geehrten Herren!

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Bisher war alles richtig!)

Herr Kollege Bartling, zunächst einmal kann ich Ihnen sagen, wir würden jeden einzelnen Vorschlag von Ihnen, wenn Sie denn einen gemacht hätten, und jede Kritik, die Sie geäußert haben, in vollem Umfange teilen, wenn hier nicht bekannt wäre, dass Sie Innenminister in einer Regierung gewesen sind, die uns die Zustände beschert hat, vor denen wir heute stehen und die wir bewältigen müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Kollege Bartling, das ist der Grund, warum wir so nicht weitermachen können. Das ist der Grund, warum wir nicht Geld ausgeben können, das gar nicht da ist. Das ist der Grund, weshalb wir gezwungen sind, eine völlig andere Politik als diejenige zu gestalten, mit der Sie kläglich gescheitert sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Sigrid Leuschner [SPD]: Sie haben aber etwas ganz anderes gefordert!)

Wenn ein Land jeden Tag 7 Millionen Euro an Zinsen zu bezahlen hat, weil es so hoch verschuldet ist, kommen wir natürlich auch im Bereich des Einzelplans 03, über den wir gerade reden, nicht um Einsparungen und Kürzungsnotwendigkeiten herum.

(Zuruf von der SPD: Warum habt ihr das Gegenteil versprochen?)

Gleichwohl verlangt es doch das Gebot der Ehrlichkeit, dass wir wenigstens festhalten, Herr Kollege Jüttner, dass zwar überall gespart worden ist, im Polizeihaushalt aber immerhin 11 Millionen Euro mehr als im Vorjahr zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man das weiß, kann man für das Theater, das Sie hier eben veranstaltet haben, nur begrenzt Verständnis aufbringen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Verbesserung der inneren Sicherheit in Niedersachsen ist und bleibt ein vorrangiges Ziel der Politik von CDU und FDP. Diese Politik haben wir durch unsere Beschlüsse auf der Fraktionsklausur untermauert. Darüber hat Herr McAllister gestern schon Ausführungen gemacht. Was bei Ihnen aus den Beratungen herausgekommen ist, hat niemand wahrgenommen. Was bei uns dabei herausgekommen ist, haben die Menschen durchaus zur Kenntnis genommen. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass wir uns Mühe gegeben haben, hier und dort einen Ausgleich zu finden und auch den einen oder anderen Beschluss der Landesregierung abzumildern.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte allerdings gerade vor dem Hintergrund dessen, was Sie, Herr Bartling, hier eben geboten haben, noch einmal auf das hinweisen, was wir im Innenausschuss erlebt haben. Ich will es einmal so sagen, wie es ist. Im Grunde genommen ist heute der erste Tag, an dem wir überhaupt einmal in der Öffentlichkeit die Haltung der SPD-Fraktion haben zur Kenntnis nehmen können, wenn sie überhaupt eine Haltung hat. Nach der Geschäftsordnung des Landtages haben die Fachausschüsse intensiv über die Einzelheiten des jeweiligen Haushaltsplanes zu beraten. Nach der Geschäftsordnung des Landtages ist es aber untersagt, dass in öffentlicher Sitzung mitgeteilt werden darf, wer im Ausschuss was gesagt hat. Nicht verboten ist jedoch

das, was ich jetzt tue, nämlich hier öffentlich mitzuteilen, dass auf Anregung der SPD die Haushaltsdebatte im Innenausschuss ganze zehn Sekunden gedauert hat, weil sie keine Frage gestellt, keine Anregungen und keine Vorschläge gemacht hat. Insofern haben Sie als Opposition auf der ganzen Linie versagt.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es gehört auch zu einem ordentlichen Umgang von Regierungsfractionen und Opposition, dass man, wenn man die Rollen ernst nimmt, auch über kontrovers dargestellte Vorstellungen zu Einzelheiten eines Haushaltsplanes redet. Herr Kollege Bartling, ich muss Ihnen sagen, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin in dieser Hinsicht erheblich weiter sind als Sie. Sie schwadronieren hier darüber, dass wir das Weihnachtsgeld abgeschafft haben. Ihre Kolleginnen und Kollegen und Ihre Genossinnen und Genossen in der großen Koalition in Berlin sind aber immerhin schon so weit, dass sie einsehen, dass man auf Dauer nicht über seine Verhältnisse leben kann.

Ich möchte nun das tun, was Sie versäumt haben, nämlich auf einige Punkte des Haushaltsplans einzugehen, die konkret darstellbar sind. Wir haben auf der Fraktionsklausur in Osnabrück im Einzelplan 03 immerhin noch etwa 5 Millionen Euro umgeschichtet. Was haben wir getan? - Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir - auch das soll hier deutlich gesagt werden - nach wie vor 810 Millionen Euro als Personalkosten für die Landespolizei ausgeben, haben wir dafür gesorgt, dass der Grundsatzbeschluss, den Sie kritisiert haben, der aber weiter gelten soll, nämlich dass Polizeibeamte nicht nur bis zum 60. Lebensjahr, sondern bis zum 62. Lebensjahr arbeiten müssen, abgemildert wird. Herr Kollege Bartling, man kann sich nun durchaus darüber streiten, ob 20 oder 25 Jahre im Wechselschichtdienst die Voraussetzung sein sollen. Wir haben jedenfalls mit den Polizeivertretungen intensiv gesprochen und im Wesentlichen das aufgenommen, was uns die Polizeivertretungen vorgetragen haben. Danach werden in Zukunft Polizeibeamte, die 25 Jahre im Wechselschichtdienst, im Spezialeinsatzkommando, im Mobilen Einsatzkommando, in der Polizeihubschrauberstaffel oder im kriminalpolizeilichen Ermittlungsbereich tätig waren, auf Anzeige ihrerseits ein Jahr eher in Pension gehen können. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Kompromiss. Wenn

wir das tun, was vernünftigerweise zu tun ist, nützt es überhaupt nichts, wenn man sozusagen immer nur draufschlägt und sagt „Alles, was Sie tun, ist sowieso verkehrt“. Wir stehen dazu, dass wir hier geholfen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Kollege Bartling, nun will ich auch noch etwas dazu sagen, warum wir das tun. Wir tun das ja nicht deshalb, weil wir uns überlegen, wie wir die hoch motiviert tätigen Polizeibeamtinnen und -beamten in unserem Land ärgern oder quälen können, sondern wir tun das vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die demografische Entwicklung in unserem Lande so ist, wie sie ist. Wir tun das ebenfalls vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir sicherstellen wollen, dass das Land Niedersachsen auch zukünftig in der Lage ist, die Pensionen, die den Bediensteten zustehen, bezahlen zu können. Das sind die Notwendigkeiten, die uns dazu bewegen.

Meine Damen und Herren, wir wissen sehr wohl, dass diese Entscheidung bei den Betroffenen nicht auf ungeteilte Zustimmung stößt. Gleichwohl gibt es eine Fülle von Beamtinnen und Beamten, die sagen: Gut, dass wir länger arbeiten dürfen. Wir würden es gerne tun, aber im Moment dürfen wir es gar nicht. - Davon gibt es mehr, als gemeinhin gesagt wird. Weil wir das mit den Berufsvertretungen intensiv erörtert haben, haben wir den ursprünglichen Vorschlag der Landesregierung entsprechend abgeändert.

Aber, meine Damen und Herren, ich will dazu ein kritisches Wort sagen: Wir hätten uns vonseiten der Gewerkschaft der Polizei und vonseiten der Opposition durchaus einen etwas mehr von Verständnis für die schwierige Situation der Landesfinanzen geprägten Ton und Stil der Auseinandersetzung gewünscht. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Kollege Bartling, Sie haben es ja gut drauf, durchs Land zu ziehen und den Leuten zu sagen, es sei überall schlechte Stimmung.

(Sigrid Leuschner [SPD]: Das stimmt ja auch!)

Es ist ja durchaus zutreffend, dass das nicht mit Jubel aufgenommen wird. Aber man kann eine

schlechte Stimmung auch verbreiten - darin sind Sie ein Meister.

(Zustimmung bei der CDU)

Man kann eine schlechte Stimmung herbeireden - das können Sie auch gut. Sie können mit dem einen oder anderen aus der GdP den Eindruck erwecken, dass man schlechte Stimmung sozusagen von oben verordnen kann. Und wenn man sie verordnet hat, dann ist überall schlechte Stimmung. So ist die wahre Lage aber weiß Gott nicht, Herr Bartling.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben immerhin die besonderen Belastungen des Geburtsjahrganges 1950 berücksichtigt. Diejenigen, die 1950 geboren sind, würden nach derzeitigem Recht, wenn sie in den Ruhestand gehen, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage verlieren. Daher haben wir dafür gesorgt, dass im Haushalt 2006 entsprechende Stellenhebungen vorgesehen werden. Auch für die anderen Beamten haben wir für 2007 Stellenhebungen vorgesehen. Wir haben die Beförderungssituation für die Landesbediensteten insgesamt - auch im Bereich der Justiz und Finanzverwaltung, inklusive des mittleren Dienstes - verbessert.

Meine Damen und Herren, eben ist ja der Eindruck entstanden - weil der Redner der Opposition das verbreitet hat -, als gebe es überhaupt nichts mehr, als sei alles weg, als sei alles weggestrichen. Allein das Volumen der Mittel für die Stellenhebungen im Landeshaushalt beträgt 337 000 Euro. So viel Geld geben wir, um Stellen anzuheben. Das halte ich durchaus für eine sinnvolle und richtige Politik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will auch darauf hinweisen, dass wir Mittel für die Einführung des Digitalfunks bereitgestellt haben. Das haben Sie, Herr Kollege Bartling, mit Ihrer SPD-Fraktion schon verschiedentlich in Anträgen gefordert. Dabei sind wir wahrscheinlich gar nicht unterschiedlicher Meinung. Das ist eine erhebliche Summe, nicht nur in diesem Haushalt mit über 20 Millionen Euro, sondern das wird auch in den nächsten Jahren eine gewaltige Kraftanstrengung erfordern. Und es gehört alles dazu: hoch motivierte Beamtinnen und Beamte, aber auch eine vernünftige, angemessene und bedarfsgerechte Ausstattung. Dafür sorgt diese Regierungskoalition. In der Hinsicht hat sich

im Vergleich zur Vorgängerregierung einiges geändert.

Meine Damen und Herren, wir als Regierungsfractionen haben dafür gesorgt, dass das, was in der Vergangenheit häufig der Fall war, nämlich dass wir im Sommer feststellen mussten, dass die Mittel für die Beschaffung von Kraftstoffen für Polizeifahrzeuge aufgebraucht worden sind, nicht mehr vorkommt. Das haben wir korrigiert. Wir haben 2,5 Millionen Euro mehr eingestellt, damit es eben nicht passiert, dass ein Innenminister - wie damals Herr Bartling; aber das hat er hier natürlich nicht verraten - im Sommer empfiehlt, weil keine Mittel mehr für Treibstoff da sind, dass jeder Streifenwagen nicht mehr als 50 km pro Tag fahren darf, damit man mit dem Treibstoff bis Advent bzw. bis Weihnachten hinkommt. Meine Damen und Herren, das war Ihre Politik. Das ist nicht unsere Politik. Das haben wir verändert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Kollege Bartling, nun möchte ich doch noch etwas zur kommunalen Finanzausstattung sagen. Ich habe ja Verständnis dafür, dass Sie uns vorwerfen, dass wir im letzten Jahr - das hätten Sie eigentlich bei den Haushaltsberatungen im letzten Jahr sagen müssen - die Steuerverbundquote von 16,09 % auf 15,04 % abgesenkt haben. Das haben wir gemacht. Das haben wir aber im letzten Jahr einmal gemacht. Nun haben Sie vorhin den Eindruck erweckt, dass so etwas dauernd passiere. Sie haben von „dauernd“ gesprochen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ja!)

Das hieße ja, wir würden immer wieder etwas absenken. Nun will ich Ihnen einmal sagen, warum die Lage der Kommunen heute so ist, wie sie ist, warum die Kommunen etwa 3 Milliarden Euro Schulden haben.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Vier, Herr Biallas!)

- Ja, das steigt leider an.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Nein, es sind bei Ihnen schon 4 Milliarden! Sie blenden schon wieder einen Teil der Wahrheit aus, Herr Biallas!)

Aber man kann eines nachvollziehen; das hat der Innenminister hier neulich vorgerechnet. Dazu reicht eigentlich schon die Grundkenntnis von Adam Riese. Da reicht sozusagen schon Adam

Riese, 4. Klasse. Die haben Sie alle ja wohl absolviert.

(Ulrich Biel [SPD]: Hey, hey, hey!)

Sie haben Jahr für Jahr, also permanent, die Steuerverbundquote in einer Größenordnung von 250 Millionen Euro abgesenkt, d. h. die Zuschüsse für die Kommunen zurückgefahren. Deswegen ist natürlich das Schuldenvolumen bei den Kommunen Jahr für Jahr angestiegen. Ich will gar nicht bezweifeln, Herr Kollege Bartling, dass der eine oder andere von Ihnen in der Vergangenheit auch gemerkt hat, dass das Land mit dem Schuldenberg, den es zu bewältigen hat, vielleicht irgendwann nicht mehr fertig werden wird. Das mag ja sein. Aber im Unterschied zu Ihnen haben wir einmal abgesenkt; in diesem Jahr haben wir das nicht mehr getan. Sie haben es Jahr für Jahr getan. Der Unterschied ist: Wir sparen beim Haushalt des Landes nachweisbar ein. Das heißt, wir fahren die Verschuldung und die Ausgaben zurück. Ich habe es neulich schon einmal gesagt: Sie haben den Kommunen das Geld aus den Taschen genommen und im Land weiter in Saus und Braus gelebt. Wir machen das nicht; das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Heißt das, dass du dich mit Saus und Braus nicht auskennst?)

Ich frage: Wer ist denn dafür verantwortlich, dass die von allen Parteien und auch von allen Fraktionen dieses Hauses immer wieder geforderte Gemeindefinanzreform in Berlin gescheitert ist? Wer war denn der Vorsitzende der Kommission? - Das war doch der bedeutende Sparminister Eichel. Was er an Sparerfolg zurückgelassen hat, das kann sein Genosse Steinbrück jetzt erst einmal reparieren.

Meine Damen und Herren, Sie verwechseln permanent Täter und Opfer. Sie führen sich auf wie Brandstifter, die jetzt als Feuerwehrleute in blauen Uniformen den Brand löschen, den sie selbst gelegt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Sigrid Leuschner [SPD]: Was? - Wolfgang Jüttner [SPD]: Oh, mein lieber Freund, nun ist es aber gut!)

Meine Damen und Herren, ich will auch sagen, was wir gemacht haben, um die Kommunen zu entlasten. Davon war noch gar nicht die Rede. Wir

haben immerhin dafür gesorgt, dass sich die Gewerbesteuererinnahmen in Niedersachsen im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr um rund 43 % erhöht haben. Das sind nach Abzug der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder immerhin 200 Millionen Euro. Außerdem profitieren die Kommunen davon, dass das Land die Einsparungen in Höhe von 105 Millionen Euro, die aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie der Wohngeldreform im Rahmen von Hartz IV resultieren, in voller Höhe an sie weitergibt. Außerdem kommen den Kommunen die Einsparungen bei der Eingliederungshilfe in Höhe von 9 Millionen Euro zugute. Des Weiteren haben die Kommunen 70 Millionen Euro weniger ausgegeben, weil auch sie das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld gestrichen haben.

Wenn Sie das alles zusammenrechnen - egal, wer von Ihnen -, dann kommen die Kommunen auch bei einer Kürzung von 150 Millionen Euro unter dem Strich besser weg. Ich will eines sehr deutlich sagen: Wenn sich denn durch eine gute Politik in Berlin und durch eine gute Politik in Niedersachsen, die ja schon stattfindet, erreichen lässt, dass der Staat wieder zu mehr Einnahmen kommt, weil sich die Wirtschaft positiv entwickelt - das ist nicht möglich, wenn jemand immer nur nach Ideen sucht, wie man noch mehr Steuern abknöpfen kann -, dann werden wir in der Lage sein, wieder mehr für die Kommunen zu tun, was wir im Grunde genommen auch gern tun wollen.

Meine Damen und Herren, es ist erfreulich - das muss man hier ja auch noch einmal sagen dürfen -, dass die Union und die SPD in Berlin beschlossen haben, die längst überfällige Föderalismusreform anzuschieben. In dem Zusammenhang haben sie auch vereinbart, einen direkten Bundesdurchgriff auf die kommunalen Kassen zu verhindern. Damit würde es dem Bund zukünftig verwehrt sein, neue Aufgaben unter Umgehung der Länder unmittelbar auf die Kommunen zu übertragen.

Herr Kollege Bartling, Sie haben hier moniert, wir hätten nicht innerhalb von 100 Tagen, was wir wollten, das Konnexitätsprinzip eingeführt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wahrscheinlich haben wir wieder Schuld!)

- Nein.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Nein? Doch nicht?)

- Nein.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist aber eine Überraschung!)

- Das wäre zu einfach.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist aber doch normal bei Ihnen!)

Auch der Kollege Jüttner in seiner unermesslichen Weisheit

(Zustimmung bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Und Güte!)

weiß natürlich, dass das nur durch eine Änderung der Niedersächsischen Verfassung möglich ist,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ja!)

sodass wir, Herr Kollege Jüttner, im Rahmen der neuen friedlichen Koexistenz mit den Sozialdemokraten

(Heiner Bartling [SPD]: Das möchtet ihr wohl!)

darauf angewiesen sind

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Dass das kommt, habt ihr bei den 100 Tagen schon geahnt!)

- aber diese Koexistenz war nicht so spürbar; das hat sich jetzt im vorweihnachtlichen Miteinander positiv entwickelt -, dass wir nicht nur mit Ihnen zu einer gemeinsamen Formulierung kommen - schlecht sieht es ja nicht aus -, sondern dass wir eben auch eine Lösung finden, mit der die Kommunen leben können.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wo kann man das denn kaufen? Das brauchen wir!)

Und wenn dann alle zufrieden sind, auch Sie, Herr Kollege Jüttner, was ja inzwischen recht einfach zu sein scheint, dann werden wir entsprechende Beschlüsse hier im Landtag fassen. Die werden dann gut sein, und sie werden den Kommunen helfen. - Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mir so engagiert und aufmerksam gefolgt sind. Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Vielen Dank. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Professor Dr. Lennartz, bitte!

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss schnell beginnen; die Uhr lief schon, bevor ich den ersten Ton gesagt hatte.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Das alles wird korrigiert.

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE):

Jetzt fange ich noch einmal an.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie können es auch kurz machen!)

- Ich mache es sowieso kurz, Herr Althusmann, weil mir insgesamt weniger Zeit zur Verfügung steht als beispielsweise Ihrer Fraktion, was aber auch nicht unbedingt schlimm ist. Wenn man sich konzentriert, kann man vielleicht mehr rüberbringen, als wenn man mit seinen Ausführungen so in die Breite gerät, wie das nach meinem Eindruck eben Herrn Biallas gelungen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber einige Vorbemerkungen möchte ich doch noch machen. Herr Biallas, Sie haben kritisiert, die Opposition würde durchs Land ziehen und schlechte Stimmung verbreiten, sie würde eine fiktive schlechte Stimmung herbeireden. Ich will Sie einmal daran erinnern, dass Ihre Bundestagsfraktion, die CDU/CSU, doch die Spezialisten für die Verbreitung schlechter Stimmung war. Nach dem Prinzip „Erst die Partei, dann das Land“ haben Sie doch bis zum Tag der Bundestagswahl Politik gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Biallas, wenn Sie anlässlich einer Demonstration der Gewerkschaft der Polizei in Hannover sich über Demonstrationsteilnehmer in der Weise äußern, dass Sie fragen „Was laufen denn da für Gestalten rum?“,

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Sie waren doch dabei!)

dann sorgt das nicht nur bei der GdP für schlechte Stimmung, sondern dann sorgen Sie damit explizit für schlechte Stimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich werde jetzt wegen der Kürze der Zeit nur die aus unserer Sicht aktuellen bemerkenswerten Dinge thematisieren. Ich werde nicht in einem Rundumschlag auf Konnexität, auf das Verhältnis Land/Kommunen oder auch auf die Verwaltungsreform eingehen.

Ich will mit dem Stichwort „Lebensarbeitszeitverlängerung für Polizeibeamte“ anfangen, das in den bisherigen Reden bereits mehrfach angesprochen worden ist. Diese Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist eine weitere Maßnahme zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Polizei in Niedersachsen. Das kann man objektiv einfach festhalten. Sie, CDU und FDP, haben im Rahmen Ihrer Haushaltsklausur in diesem Bereich einige kleine Korrekturen vorgenommen.

(David McAllister [CDU]: Das ist doch was!)

Sie hatten die gegenüber der ursprünglichen Regelung - Renteneintritt mit 60 Jahren - verlängerte Lebensarbeitszeit mit einer wesentlich verbesserten technischen Ausstattung der Polizei gerechtfertigt. Meine Damen und Herren, schauen Sie doch einmal an, wie NIVADIS läuft, also das System, mit dem die meisten Polizeibeamten in Niedersachsen zu arbeiten haben. Falls Sie nicht Insider sind, lassen sich relativ schnell Informationen beschaffen, aus denen klar wird, dass dieses System überhaupt nicht optimal läuft. Dass Sie sagen, wegen der besseren technischen Ausstattung der Polizei könne man die Arbeitsbedingungen verändern und verschlechtern, passt überhaupt nicht.

Ich komme jetzt zu den Korrekturen, die Sie vorgenommen haben. Als Ausgleich für die kleine Gruppe von Leuten, die eventuell nach 25 Jahren Dienst in Wechselschicht gegenüber Ihrem ursprünglichen Plan zwar vorzeitig, im Vergleich mit der Istsituation aber später in den Ruhestand treten kann, nämlich statt wie bisher mit 60 erst mit 61 Jahren, wollen Sie 42 zusätzliche Anwärterstellen schaffen mit einem Volumen von

145 000 Euro. Gleichzeitig haben Sie ein kleines Volumen von 150 000 Euro für 50 Stellenhebungen eingesetzt. Diese Korrekturen sind in meinen Augen ein Witz. Wenn ich die Zahlen in Relation zu dem setze, was in punkto zusätzliche Stellen im Justizbereich, im Einzelplan 11, erfolgen soll, dann sieht man, dass das in keinem Verhältnis zueinander steht. Das ist ein Armutzeugnis für den Innenminister, der es ja klugerweise vorzieht, heute zur Innenministerkonferenz zu fahren und sich deshalb hier nicht mit den Zahlen auseinander setzen muss.

(Zuruf von Annette Schwarz [CDU])

Ein weiterer Punkt sind die Stellenhebungen im Bereich der Sozialgerichtsbarkeit. Ursprünglich wurde gesagt: Die Sozialgerichte brauchen neun zusätzliche Stellen, um die Rechtsfragen zu entscheiden, die sich aus Hartz-IV ergeben. - Dann wurde nachgelegt und gesagt: Wir brauchen mehr, wir brauchen 22 Stellen. - Das war schon eine sehr üppige Ansage. Dann aber sagen die Landesregierung und CDU und FDP: Wir schaffen 32 Stellen. - Die waren nie gefordert. Man muss die Zahlen einmal vergleichen. Hätten Sie nur 22 Stellen in den Haushalt eingestellt, hätten Sie im nächsten Haushalt etwa 1 Million Euro eingespart. Wenn Sie diese 1 Million Euro dann noch in den Bereich der Korrekturen für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und für Dämpfungsfaktoren eingesetzt hätten, könnte man wenigstens ansatzweise von einer Korrektur sprechen.

Nächster Punkt: Erfolgskontrolle für die Polizeireform. Der Innenminister - er ist leider nicht da - muss einmal damit beginnen, auch die Schwachstellen der Polizeireform zu analysieren und zu bilanzieren. Dann würde klar, dass beispielsweise durch die Umstrukturierung der landkreisspezifisch existierenden Polizeiinspektionen auf Polizeikommissariate in bestimmten zentralen Bereichen, etwa in der Verkehrssachbearbeitung oder auch im Bereich der Kriminalprävention, eine Reduzierung des Arbeitsvolumens eingetreten ist. Das sind konkret belegbare Kritikpunkte aus der Fläche. Zu den Stichworten „Personalverteilung der Polizei“, „neues Personalverteilungsmodell“, „Fläche stärken“ möchte ich einmal den Heimatlandkreis des Innenministers, die Polizeiinspektion Hameln-Holz Minden, als Beispiel heranziehen, der heute über 24 Polizeibeamte weniger verfügt als in der Zeit vor der Polizeireform. Das ist aufgrund ihres Personalverteilungsmodells Ihr Ergebnis zu dem Stichwort „Stärkung der Fläche“.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ein letzter Punkt: Nachdem Herrn Schünemann sein Spielzeug, die Hilfspolizei, weggenommen worden ist, muss er sich neue Felder suchen. Er hat kürzlich einen maßgeblichen Beitrag zu symbolischer Politik geliefert, der in der Öffentlichkeit aber relativ unbeachtet geblieben ist, weil er nur in der Netzzeitung zu lesen war. Der Vorschlag von Schünemann war, man möge doch potenziell islamistische Gewalttäter in Sicherungshaft nehmen. Diese Diskussion gibt es zurzeit in der großen Koalition in Berlin. CDU-Vertreter plädieren für Sicherungshaft, die ich Vorbeugehaft nenne. Die SPD weist das zurück. Schünemann hat einen kreativen Ergänzungsvorschlag: Wenn über diese Leute, die wir nicht ausweisen können, keine Sicherungshaft verhängt werden kann, wir sie aber auch nicht verurteilen können, weil wir keinen Tatverdacht haben, obwohl wir einfach den Instinkt haben, dass sie potenzielle Gewalttäter sein könnten, dann müssen wir für diese Leute die elektronische Fußfessel einführen. Das ist doch ein genialer Vorschlag! Damit sind wir wieder bei dem, was Herr McAllister gestern mit dem Begriff „die ganze Härte des Rechtsstaates“ präzisiert hat. Das ist der Versuch einer Umdefinition des Rechtsstaatsbegriffes. Dies ist für meine Begriffe Politik nach der Art des Brauhauses Ernst August.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von der SPD)

Aber das ist konkret „die ganze Härte des Rechtsstaats“. Was Schünemann in Bezug auf die elektronische Fußfessel vorschlägt, ist kein Rechtsstaat mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Parallel dazu wurden landesweit seit 2003 verdachtsunabhängig Personenkontrollen vor Moscheen durchgeführt. Inzwischen sind über 15 000 entsprechende Maßnahmen durchgeführt worden. Das ist in meinen Augen inzwischen - spätestens seit 2004 - nicht mehr verhältnismäßig gewesen, weil es aus diesen Maßnahmen keinerlei Erkenntnisgewinne gegeben hat. Dementsprechend: Was in diesem Bereich nicht verhältnismäßig ist, ist rechtswidrig. Nehmen Sie das bitte, auch wenn Herr Schünemann selbst nicht anwesend ist, als Vertretung für ihn zur Kenntnis.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, letzter Punkt: Die Einbürgerungen oder die Erteilungen von Aufenthaltserlaubnissen für Leute, die in Deutschland in islamischen Kontexten leben, werden zunehmend erschwert. Dazu werden dubiose Stellungnahmen des Landesamtes für Verfassungsschutz herangezogen. Vereine, die nicht einmal im Verfassungsschutzbericht als Objekte genannt werden, werden als Anknüpfungspunkt dazu herangezogen, damit man eine Aufenthaltserlaubnis nicht mehr erteilt.

Gleichzeitig wird im Haushalt eine Stellenhebung für den Vizepräsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz vorgesehen. Für den Landesbeauftragten für den Datenschutz wird hingegen eine Stellensenkung vorgesehen. Das alles passt, gar keine Frage, meine Damen und Herren. Ihre Politik ist insoweit eindeutig klar, aber eben eindeutig falsch. - Schönen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bode das Wort.

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Bartling, ganz im Gegensatz zu Ihren Ausführungen kann ich feststellen: Seit 2003 ist die Innenpolitik in Niedersachsen frisch lackiert, und zwar mit Hochglanz und völlig ohne Kratzer.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heiner Bartling [SPD]: Nur Fassade, nichts dahinter!)

In diesem Glanz spiegelt sich selbstverständlich auch die erfolgreiche Arbeit von CDU und FDP in der Innenpolitik wider.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir haben als erstes Flächenland den Mut gehabt, die Bezirksregierungen abzuschaffen, und eine bürgerfreundliche, eine effektive, eine schnelle zweistufige Landesverwaltung zu schaffen,

(Heiner Bartling [SPD]: Oh Gott! Da fragen Sie einmal die Bürger!)

und zwar allen Unkenrufen von Ihnen und Ihren Kollegen in der SPD zum Trotz, Herr Bartling. Es hat funktioniert. Dieses Reformvorhaben war ein ganz großer, ein voller Erfolg der Koalition.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heiner Bartling [SPD]: Ein voller Flop!)

Auch wenn Sie und Herr Jüttner es nicht wahrhaben wollen: Zahlen und Fakten können nun einmal nicht lügen. Die Verwaltungsreform hat im Jahr 2006 - ich habe es hier einmal mitgebracht - knapp 111 Millionen Euro an Einsparungen im Personalbereich gebracht. 2009 werden es dann bereits - Sie können es hier noch einmal sehen - über 215 Millionen Euro sein. All das ist vom Rechnungshof bestätigt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Inzwischen kommen andere Länder zu uns, und die Verwaltungsreform wird ein Exportschlager. Nordrhein-Westfalen, Bayern und andere interessieren sich, informieren sich und wollen von uns lernen. Ja, die Verwaltungsreform geht auch weiter: Die Reform der Ausbildung, der EDV-Technik, des Gebäudemanagements, der Labore usw. - all dies werden wir jetzt erfolgreich umsetzen.

Herr Jüttner hat hier gestern einen Schwerpunkt bei den Kommunen gesetzt, und Herr Bartling hat heute noch einen draufgesetzt. Dabei haben beide die neue Bundesregierung in Berlin in den höchsten Tönen gelobt.

(Heiner Bartling [SPD]: Ich habe kein Wort über die Bundesregierung gesagt!)

Das verwundert hier in Niedersachsen doch schon ein wenig. Denn wer war es denn, wer hat den Zuschuss für die Kosten der Unterkunft bei Hartz IV einfach mal so auf null gesetzt und hat so versucht, den Kommunen noch einmal schnelle Milliarden Euro wegzunehmen? War das nicht etwa die alte rot-grüne Bundesregierung? Setzt nicht Ihr Vizekanzler, der Herr Müntefering, dieses System jetzt fort? Ist das nicht die Wahrheit?

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Ja!)

Was sagen denn die kommunalen Spitzenverbände dazu? - Ich höre dazu nur, dass man für dieses Verhalten keinerlei Verständnis hat und diesen Umgang nicht tolerieren will. Man vermisst übrigens dort und auch in allen niedersächsischen

Kommunen, deren Vertreter ich bislang getroffen habe, immer noch die versprochenen zweieinhalb Milliarden Euro umfassende Entlastung. Oder hat sich Ihr Exkanzler Gerhard Schröder da nur einmal versprochen?

Wer sich so wie die SPD im Bund positioniert, darf hier im Landtag nicht den kommunalen Robin Hood spielen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dann erzählt Herr Jüttner hier doch gestern noch, die SPD hätte sich bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin durchgesetzt und die Gewerbesteuer im Koalitionsvertrag gerettet.

(Zustimmung bei der SPD)

Da hatte ich schon etwas Sorge. Wollte Herr Jüttner etwa sagen, dass Christian Wulff die hier im Landtag von CDU und FDP gefundene und beschlossene Position der SPD so einfach geopfert hätte und die Kommunen im Regen stehen ließ? - Da habe ich mir einfach einmal den Koalitionsvertrag organisiert und nachgeschaut, was darin tatsächlich steht. Ist das so, wie es Herr Jüttner gesagt hat? - Dazu möchte ich gerne zitieren.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Aber alles vorlesen!)

- Herzlich gerne, Herr Möhrmann. - Da heißt es nämlich zu Rettung der Gewerbesteuer:

„Wir werden die Gewerbesteuer nur ersetzen, wenn für eine Alternative hinreichend genaue Erkenntnisse ... vorliegen.“

(Dieter Möhrmann [SPD]: Was steht davor?)

Das ist ja spannend. Was haben wir denn bitte schön in unserem Entschließungsantrag, der hier beschlossen worden ist, gesagt?

„Dazu sollte schnellstmöglich eine Bund/Länderarbeitsgruppe gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eingerichtet werden, ...“

Das heißt, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden. Und es sollen in einer Gemeindefinanzreform „Modellrechnungen aller vorliegenden Varianten zur Gemeindefinanzreform“ durchgeführt werden, „damit möglichst bald verlässliche Entscheidungsgrundlagen vorliegen.“ Das ist also

schon einmal 1 : 1 das, was wir im Landtag beschlossen haben.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Nein!)

Was schreiben Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung des Weiteren?

„Unser Ziel ist eine wirtschaftskraftbezogene kommunale Unternehmensbesteuerung mit Hebesatzrecht, ...“

Was haben wir hier beschlossen? - Wir haben hier beschlossen:

„Die Gewerbesteuer soll daher in enger Abstimmung mit den Kommunen durch eine wirtschaftskraftbezogene Gemeinde-/Kommunalsteuer ersetzt werden, die ein eigenes Hebesatzrecht ... eröffnet.“

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Das ist 1 : 1 das, was CDU und FDP hier gefordert haben.

Nun noch zu den Arbeitnehmern, das haben Sie auch drin. Was haben wir gesagt?

„Damit dies nicht zu Steuererhöhungen führt, müssten vorher entsprechende Absenkungen des Steuertarifs erfolgen.“

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Der Ministerpräsident hat exakt die Position von CDU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag umgesetzt. Ich sage Ihnen: Wenn das bei anderen Punkten auch so wäre, würden wir den Koalitionsvertrag vielleicht auch einmal loben. Aber leider ist es nur in diesem kleinen Bereich der Fall.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Kommunen sind bei uns in den besten Händen, und das wissen sie auch.

(Heiner Bartling [SPD]: Das empfinden die aber wahrscheinlich nicht so!)

Wir haben die Grundlagen für ein neues Haushaltsrecht geschaffen. Damit können die Kommunen ihre Haushalte noch besser steuern und Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennen. Wir haben das Gemeindefinanzrecht modernisiert. Wir haben

dafür gesorgt, dass sich Kommunen auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Private können Kommunen stark entlasten. Kommunen sollten sich nur noch dann wirtschaftlich betätigen, wenn sie etwas nachweislich besser machen können als ein privater Dritter. Dass sich das in barer Münze auszahlt, sehen wir auch in Niedersachsen. Die Stadt Braunschweig mit Oberbürgermeister Hoffmann und einer Mehrheit aus CDU und FDP ist hierfür der beste Beweis. Braunschweig hat eine Vorbildfunktion für Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Wir haben gestern fünf Modellkommunen entsprechende Handlungsspielräume und mehr Flexibilität gegeben, sie von Bürokratie entlastet. Dies wollen wir nach der Auswertung in drei Jahren selbstverständlich flächendeckend ausdehnen. Die Kommunen sind in besten Händen.

Meine Damen und Herren, die innere Sicherheit ist weiterhin ein Schwerpunkt der Politik von CDU und FDP. Dies erkennt man auch schon daran, dass dieser Haushaltsansatz weiter gestiegen ist. Wir setzen hier die von Ihnen damals versprochene zweigeteilte Laufbahn um. Entsprechende Stellen sind angehoben worden. Es wäre allerdings schöner gewesen, Herr Bartling, wenn Sie uns dafür etwas mehr Geld übrig gelassen hätten und nicht alles in Ihren 13 Jahren verfrühstückt hätten.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Wir wollen die Privatisierung der Kfz-Werkstätten der Polizei fortsetzen. Hier werden nur noch die notwendigen Zentren insbesondere für Spezialfahrzeuge vorgehalten. Die nicht ausgelasteten Werkstätten hingegen werden zusammengelegt, und es wird auf private Kfz-Meisterbetriebe zurückgegriffen.

Ich finde es jedoch bedenklich, dass die Gewerkschaften den Eindruck erwecken, in diesen Meisterwerkstätten, in die ja auch alle Bürger ihren Wagen zur Inspektion bringen, könne die Reparatur der handelsüblichen Fahrzeuge der Polizei technisch nicht mehr sicher ausgeführt werden. So kann man mit mittelständischen Unternehmen nicht umgehen! Das ist in meinen Augen eine Beleidigung der Betriebe und der dort beschäftigten Mitarbeiter.

Wir werden im nächsten Jahr den Modellversuch „Fahrzeugleasing“ auswerten und dann entscheiden, wie wir den Fuhrpark umfassend erneuern können. Diese Erneuerung ist ökologisch, aber natürlich auch finanziell sinnvoll; denn ein neues Fahrzeug verbraucht wesentlich weniger Benzin und ist auch umweltfreundlicher als ein zehn Jahre alter Gebrauchtwagen.

Weiterhin haben wir die Entscheidung der Landesregierung zur Lebensarbeitszeit bei der Polizei abgemildert. Das hat die FDP-Fraktion schon unmittelbar nach dem Kabinettsbeschluss und auch bei der Haushaltseinbringung angekündigt, und dies wird jetzt umgesetzt. Wir sind nach intensiven Gesprächen mit den Berufsvertretungen zu der Überzeugung gelangt, dass es sinnvoll ist, bei einem Nachweis von 25 Jahren Wechselschichtdienst, 25 Jahren Kriminalermittlungsdienst oder entsprechender Sonderdienste eine besondere körperliche Belastung zu berücksichtigen: Dann muss der Ruhestand ein Jahr eher möglich sein.

Bemerkenswert finde ich die öffentlichen Aussagen, ja nahezu die Brandreden, die wir auch heute wieder von der SPD und den Grünen gehört haben. Dabei ist aber schon interessant, dass sich in dem Haushaltsantrag der SPD kein Wort davon findet, dass die SPD die vom Kabinett vorgenommenen Änderungen zurücknehmen oder abändern will. Die Grünen haben in ihrem Haushaltsantrag in einem Fall sogar klammheimlich die Änderungsvorschläge von CDU und FDP übernommen, kritisieren sie aber noch in einer großen Rede. Meine Damen und Herren, wenn Sie schon so laut schimpfen, dann sollten Sie in Ihren Anträgen wenigstens entsprechend handeln. So jedenfalls können Sie mit dem Plenum nicht umgehen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Lassen Sie mich noch kurz zu der von der Innenministerkonferenz diskutierten Bleiberechtsregelung Stellung nehmen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass mit dem Vorschlag aus Niedersachsen, hier aufgewachsenen Kindern einen eigenen Status und ein Bleiberecht einzuräumen, Bewegung in die festgefahrene Diskussion gekommen ist. Auch Nordrhein-Westfalen und Hessen haben Vorschläge gemacht, die jetzt beraten werden. Es handelt sich hier um ein sehr ernstes und auch sehr schwieriges Problem. Ich befürchte allerdings, dass wir keine ideale Lösung für alle Fälle werden finden können. Natürlich ist es richtig, dass die Trennung von Familien und minderjährigen Kinder

nicht das Ziel sein kann. Aber man kann natürlich überlegen, ab welchem Alter denn ein eigenes Bleiberecht sinnvoll ist.

Viel einfacher und sympathischer klingen natürlich Ihre Anträge und auch der Vorschlag aus Nordrhein-Westfalen, eine allgemeine Stichtagsregelung zu finden. Aber kann es richtig sein, dass man damit auch diejenigen, die sich mit nicht korrekten Mitteln widersetzt und damit eine lange Duldung ausgelöst haben, für dieses Verhalten auch noch belohnt? Wie wird das auf all diejenigen wirken, die die Rechtslage akzeptiert haben und freiwillig zurückgegangen sind? Und: Wenn man diese Fälle komplett auch der Stichtagslösung ausklammert, löst man das Problem dann angemessen? Es gab in der Vergangenheit bereits Stichtagsregelungen, bei denen derartige Fälle, die wir jetzt als „Härtefälle“ bezeichnen, auch nicht begünstigt gewesen sind.

Ich kann Ihnen hier und heute nicht sagen, wie man das Problem am besten lösen kann. Aber die Tatsache, dass wir hierüber jetzt eine Debatte führen und gemeinsam - so ist zumindest mein Eindruck - nach einer Lösung suchen, ist ein wichtiger Schritt nach vorne. Ich würde mir wünschen, dass wir aus den drei Varianten, die vorgeschlagen worden sind - ein eigener Status für hier Aufgewachsene, eine allgemeine Regelung und das Modell aus Hessen, quasi ein Probeverhältnis im Arbeitsmarkt zu integrieren -, einen gemeinsamen Lösungsweg entwickeln können, der der Sache tatsächlich gerecht wird. Das sollte unser Ziel sein.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, abschließend stelle ich fest: Die Innenpolitik in Niedersachsen ist bei CDU und FDP in den besten Händen. In Berlin wird man sich schon ganz schön strecken müssen, um auch nur annähernd so erfolgreich zu werden. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Langhans. Bitte!

Georgia Langhans (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Bode, es wäre schön, wenn wir das tatsächlich so hinbekommen würden. Ich habe heute Morgen aber schon in der *taz* gelesen, dass Ihr Innenmi-

nister offensichtlich zu keinerlei Kompromissen bereit ist.

Meine Damen und Herren, unter dem vorgeschobenen Primat der Sparpolitik verweigern Sie sich längst überfälligen Integrationsanstrengungen, um Migranten eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Dabei geht es eben nicht nur um sprachliche Integration, sondern auch um soziale und kulturelle Integration. Und es geht um den Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. um die Voraussetzungen dafür: Erziehung, Bildung und Ausbildung.

Meine Damen und Herren, im europäischen Vergleich gibt es nach einer Studie der OECD von Anfang März nur noch in Österreich schlechtere Berufschancen für Migrantenkinder. Die letzte PISA-Studie stellt fest: In keinem Land sind die Schulerfolge so abhängig von der sozialen Herkunft sind wie in Deutschland.

Der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes fordert in der Zeitung *Die Zeit* vom 1. Dezember eine Integrationsoffensive. Ich zitiere:

„Jeder Schul- und Ausbildungsabbrecher ist ein Sozialhilfeempfänger von morgen.“

- Recht hat er! -

„Doch Bund und Länder lassen uns finanziell zu häufig allein.“

- Auch damit hat er Recht. Weiter heißt es:

„Wir können es uns angesichts des demografischen Wandels gar nicht erlauben, Jugendliche mit Migrationshintergrund schlecht auszubilden und links liegen zu lassen.“

Die Integrationsoffensive der Landesregierung besteht bisher nur aus den im Juli angekündigten 15 kommunalen Integrationsleitstellen, von denen meines Wissens bis November nur eine einzige besetzt war.

Meine Damen und Herren, zur Integrationspolitik gehören die Wahrnehmung und die Anerkennung der kulturellen Vielfalt in unserer Gesellschaft. Das sind die entscheidenden Voraussetzungen für die Verbesserung der Partizipationschancen von Menschen mit Migrationshintergrund.

Wie wenig Ihnen die Anerkennung von kultureller Vielfalt wert ist, zeigt sich in der Geschäftsordnung der Ausländerkommission. Wie lange noch, meine Damen und Herren, wollen Sie den Migranten-selbstorganisationen mittels des undemokratischen Einstimmigkeitsgebots eine Alibifunktion zumuten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie setzen damit Ihre Politik der Ausgrenzung und Isolierung von Migranten fort.

(David McAllister [CDU]: Was soll denn das?)

Ministerpräsident Wulff hat noch Anfang dieses Jahres den interreligiösen Dialog mit Muslimen gefordert. Innenminister Schünemann rühmt sich der verdachtsunabhängigen regelmäßigen Kontrolle von Muslimen; mein Kollege ist darauf schon eingegangen. Ich frage Sie: Wie soll unter solchen Bedingungen ein interreligiöser Dialog geführt werden?

Meine Damen und Herren, Kontrolle und stärkerer Polizeieinsatz helfen auf Dauer wenig, wenn es um eine bessere Integration geht. Wir setzen auf Fähigkeiten und Stärken bereits gut integrierter Migranten, die sich sicher zwischen den Kulturen bewegen und die zwischen Zugewanderten und der hiesigen Gesellschaft vermittelnd tätig werden können. Dafür müssen sie qualifiziert werden, und das kostet zweifellos Geld. Aber eine Weiterqualifizierung erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich und nicht zuletzt in der Wirtschaft. Auch kleine mittelständische Unternehmen werden angesichts fortschreitender Globalisierung nicht mehr auf Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz ihrer Mitarbeiter verzichten können.

Ein Integrationsmodell, das ausschließlich auf Ehrenamtlichkeit setzt, greift zu kurz und wird dem Anspruch eines für eine erfolgreiche Integration unerlässlichen Zugangs zum Arbeitsmarkt nicht gerecht.

(David McAllister [CDU]: Haben Sie einen Deckungsvorschlag?)

Meine Damen und Herren, mangelnde Erfahrung und Anerkennung können auch der Nährboden für Gewaltbereitschaft sein. Die Kommunen fordern zu Recht eine Integrationsoffensive. Lassen Sie sie nicht länger im Regen stehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Landesregierung hat sich zu Wort gemeldet Frau Ministerin Ross-Luttmann. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Mechthild Ross-Luttmann, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 stellt auch nach Auflösung der Bezirksregierungen einen der ausgabenstärksten Ressorthaushalte in Niedersachsen dar. Es ist daher keine Frage, dass der Bereich Innen und Sport auch das übergeordnete Ziel der Konsolidierung des Landeshaushalts berücksichtigt und unterstützt. Es ist aber auch festzustellen, dass mit dem vorliegenden Haushalt gleichwohl eine solide finanzielle Grundlage für die innenpolitischen Aufgaben des nächsten Jahres gelegt sind. Ich möchte dies in fünf Bemerkungen zusammenfassen und verdeutlichen.

Erstens. Der Sparkurs gilt auch für den Bereich Inneres und Sport. Die einmal vorgenommenen Kürzungen und Einsparungen werden beibehalten. Etwas anderes lässt die unverändert ernste Haushaltssituation leider nicht zu. Die im letzten Haushalt vorgenommenen Konsolidierungsmaßnahmen wirken daher fort und müssen verkräftet werden.

Zweitens. Die durch Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung ermöglichten Einsparungen werden fortgeschrieben, der Stellenabbau wird weiter umgesetzt. Die haushaltsmäßigen Umstrukturierungen im Zusammenhang mit dem Modernisierungsprozess und insbesondere im Zuge der Abschaffung der Bezirksregierungen sind vollzogen. Die Nachhaltigkeit der erzielten Einspareffekte ist gesichert. Der Wegfall der Stellen und die damit verbundene monetäre Einsparung werden durch das vom Finanzministerium organisierte Controlling nachgewiesen. Exakte Zahlen liegen noch nicht vor. Es lässt sich aber feststellen, dass sich der Personalabbau zügiger vollzieht, als zunächst in der Gesetzesfolgenabschätzung angenommen wurde. So werden etwa 560 Bedienstete - gegenüber ursprünglich angenommene 250 Personen - bis Ende 2005 nach § 109 NBG aus dem Dienst ausgeschieden sein.

Im Einzelplan 03 wirkt sich der fortschreitende Stellenabbau im Haushalt 2006 mit einem Rückgang der Personalausgaben um rund 20 Millionen Euro aus. Von den insgesamt im Innenbereich

entbehrlichen 1 510 Stellen sind bereits mehr als 30 % abgebaut. Im Haushalt 2006 sind noch 1 044 kw-Vermerke verblieben. Die Personalausgaben verringern sich im Einzelplan insgesamt um 1,9%.

Drittens. Von dem eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung wird nicht abgewichen. Auch in Zukunft sind weitere spürbare Einschnitte erforderlich. An erster Stelle ist hier die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte im Polizeivollzugsdienst zu nennen, die ab 2009 zu erheblichen Entlastungen im Landshaushalt führen wird. Dieser Schritt ist, wie bereits mehrfach dargelegt, vertretbar und auch angemessen.

Sowohl die verbesserten Rahmenbedingungen als auch das aktuell angestrebte Ziel, den Beginn des Ruhestandes für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hinauszuschieben, rechtfertigen die vorgesehene Änderung, zumal diese sehr behutsam eingeführt wird. Sie erfolgt in zwei Stufen und wird mit einem Nachteilsausgleich durch Stellenhebungen abgemildert. Um entgangene Beförderungsmöglichkeiten wenigstens in den unteren Besoldungsgruppen teilweise zu kompensieren, sind im Haushaltsjahr 2009 insgesamt 350 Hebungen von A 9 nach A 10 bzw. A 11 geplant. Hierauf, Herr Professor Dr. Lennartz, hätten Sie vielleicht auch eingehen können.

Im Rahmen der parlamentarischen Ausschussberatungen sind darüber hinaus für 2006 weitere 50 Stellenhebungen von A 9 nach A 10 beschlossen worden - eine große Kraftanstrengung bei der Haushaltslage des Landes!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schließlich soll nach dem Vorschlag des Haushaltsausschusses für Bedienstete in besonders belasteten Verwendungen wie z. B. langjährigem Wechselschichtdienst die neue Altersgrenze unter bestimmten Voraussetzungen um ein Jahr verringert werden. Wichtig dabei ist, dass für jede früher frei werdende Stelle rechtzeitig eine Nachbesetzung vorgenommen wird.

Viertens. Wichtige Politikfelder im Innenbereich bleiben finanziell abgesichert. Sie sind im vorliegenden Haushalt keinen weiteren Kürzungen unterworfen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte, bei denen wir uns um Kontinuität bemüht haben. Hier von profitieren u. a. die Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz, der Landessportbund, die mit

der Ausländerbetreuung befassten Verbände, die DLRG mit ihren Rettungsstationen, der Landesfeuerwehrverband und die Vertriebenenorganisationen. Für die Empfänger von Zuschüssen und Unterstützungsleistungen ergibt sich somit eine gewisse Stetigkeit und vor allem Planungssicherheit für ihre Tätigkeit.

Fünftens. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und insbesondere der Polizeibereich haben für diese Landesregierung einen herausragenden Stellenwert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dies spiegelt sich auch in den Haushaltsdaten wider. Bei generell sinkenden oder gleich bleibenden Ausgaben wird das Ausgabenvolumen im Polizeihauhalt erhöht. Während die Gesamtausgaben des Einzelplans 03 im Jahre 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 % abnehmen, steigen sie im Polizeibereich um denselben Prozentsatz.

Trotz der angespannten Haushaltslage halten wir an der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn fest und werden dies im kommenden Jahr auch zum Abschluss bringen - übrigens ein Projekt, das die Vorgängerregierung nur durch gleichzeitige Personalreduzierungen auf den Weg gebracht hat.

Mit der Schaffung der insgesamt 1 000 zusätzlichen Stellen für den Polizeivollzugsdienst werden die Aufgaben in den kommenden Jahren auf mehr Schultern verteilt als bisher. Dies wirkt sich entlastend für die einzelnen Beschäftigten aus. Bereits im Herbst des nächsten Jahres beenden die ersten 250 zusätzlich eingestellten Beamtinnen und Beamten ihre Ausbildung.

Um den Anschluss des Landes an ein bundeseinheitlich Digitalfunksystem sicherzustellen, ist eine gewaltige Summe erforderlich: 280 Millionen Euro bis zum Jahre 2019. Diese Summe muss aufgebracht werden, und sie wird auch aufgebracht.

(Beifall bei der CDU)

26,9 Millionen Euro hiervon sind hierfür für 2006 bereits veranschlagt.

Ganz wichtig: Durch Umschichtungen werden Mittel für Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 und für die Haltung von Polizeikraftfahrzeugen mobilisiert.

(David McAllister [CDU]: Von uns beschlossen!)

Fazit: Die Polizei ist für ihre Aufgaben gut gerüstet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Durch die strategisch ausgerichtete Sicherheits- und Kriminalpolitik und ihre finanzielle Absicherung sorgen wir dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sicher leben können.

Im Übrigen freue ich mich, dass es gelungen ist, auch im sonstigen Geschäftsbereich des Innenministeriums die notwendige finanzielle Ausstattung für 2006 zu schaffen. Die vielfältigen Aufgaben des Innenministeriums haben mit dem vorliegenden Haushalt eine insgesamt zwar knappe, aber hinreichend finanzielle Grundlage für das nächste Jahr erreicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Wir kommen gleich zum nächsten Themenblock.

Da einige schon wegen der Redezeit bzw. der Anzeige auf der Uhr hier vorne nachgefragt haben, will ich nur darauf aufmerksam machen, dass die Uhr die Gesamtredezeiten der Fraktionen angibt. Ich bitte die parlamentarischen Geschäftsführer, die auf die Einhaltung der Redezeiten achten, sie entsprechend herunterzurechnen.

Justiz

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Bockmann zu Wort gemeldet. Bitte!

Heike Bockmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was uns die Landesregierung zum Thema Justiz in Form des Einzelplans 11 vorgelegt hat, ist kein Haushaltsplan, sondern ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Die Justizministerin hat die Hälfte ihrer Amtszeit schon hinter sich,

(David McAllister [CDU]: Erfolgreich!)

doch wir hören immer nur Ankündigungen, Absichtserklärungen und nirgendwo etwas Konkretes. Wir werden geradezu überschwemmt mit Presseerklärungen der Ministerin, was sie alles für Ideen

hat, mit wem sie sich getroffen hat und was sie nicht alles vorhat.

Manche Vorschläge sind sogar kontraproduktiv. So haben die Rechtspfleger in ihrem neuesten Newsletter einen Artikel mit dem Titel „Justizminister wirken Haushaltssanierung entgegen“ herausgegeben. Hintergrund ist der Beschluss der Justizminister vom 17. November 2005, das gesamte Nachlasswesen aus den Gerichten auszulagern und den Notaren zu übertragen. Damit wären für Erben und erbrechtliche Fragen nicht mehr wie bisher die Amtsgerichte zuständig. Die Rechtspfleger weisen darauf hin, dass die Gebühreneinnahmen bislang nicht nur die Kosten für die Durchführung der Nachlassverfahren decken, sondern darüber hinaus auch mit einem Überschuss von mehr als 50 % zur Sanierung der Haushalte beitragen. Dies fällt nun weg. Für die rechtsuchenden Bürgerinnen und Bürger wird es auch noch teurer: Wenn sie in Zukunft einen Erbschein oder Ähnliches haben wollen, müssen sie zusätzlich noch 19 % Mehrwertsteuer an den Notar entrichten. - Das ist ein Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - David McAllister
[CDU]: Na ja, drei Leute klatschen!)

Aber wenn es wirklich ernst wird, Frau Ministerin - nämlich einmal im Jahr, bei den Haushaltssanierungen -, herrscht im Justizministerium absolute Funkstille.

Der vielleicht größte Skandal in diesem Haushalt ist die sträfliche Vernachlässigung des gesamten Bereichs Prävention.

(David McAllister [CDU]: Ist das nicht ein Zerrbild, das Sie da malen? Wer hat Ihnen das eigentlich aufgeschrieben?)

Dabei sind Sie, Frau Heister-Neumann, durch die engagierte Arbeit Ihrer Amtsvorgängerinnen und -vorgänger von einem Niveau aus gestartet, von dem Ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern eigentlich nur träumen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihrem Haus geerbt: einen Landespräventionsrat, eine vernetzte Stiftung Opferhilfe, ein bundesweit vorbildliches Modellprojekt zur Mediation und Maßnahmen zum Täter-Opfer-Ausgleich. Alles geerbt, keinerlei eigene Impulse der Ministerin.

rin! Aber wenn Sie, Frau Ministerin, schon keine eigenen Impulse setzen können, dann dürfte es doch wohl nicht zu viel verlangt sein, wenn Sie wenigstens das, was Ihnen quasi in den Schoß gefallen ist, fünf Jahre lang gut behandeln.

(Beifall bei der SPD)

Doch nicht einmal das gelingt Ihnen. Jedes Jahr stehen Präventionsrat und Täter-Opfer-Ausgleich erneut auf der Liste der Kürzungen. Betroffen sind so wichtige Präventionsprogramme wie die gegen rechtsextreme Gewalt und der Täter-Opfer-Ausgleich, dessen spezialpräventive Wirkung gar nicht überschätzt werden darf. Der Täter-Opfer-Ausgleich hilft dem Opfer, die Tat zu verarbeiten, und führt dem Täter das Unrecht und vor allem die Folgen seiner Tat vor Augen. Wer beim Täter-Opfer-Ausgleich spart, der spart bei der Kriminalprävention.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe extra noch einmal in dem Wahlprogramm der CDU nachgelesen.

(David McAllister [CDU]: Das ist schon einmal gut!)

Da steht wirklich drin: Prävention stärken, und zwar als programmatische Absichtserklärung.

Wenn man sich die Politik dieser Justizministerin anschaut, könnte man meinen, „Prävention schwächen“ sei das Motto dieser Landesregierung. Es reicht nicht aus, in Sonntagsreden von Prävention zu reden und in der praktischen Politik die Prävention zu vernachlässigen. Ein bisschen mehr sollten Sie sich diesem wichtigen Thema schon widmen und mehr investieren, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU und von der FDP.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Frau Ministerin, Ihr präventives Versagen hat in diesem Jahr geradezu absurde Ausmaße angenommen; ich muss es leider so deutlich sagen. 137 000 Euro sollten Sie laut Kabinettsbeschluss im Rahmen der Haushaltsaufstellung in einer zweiten Einsparrunde einsparen. 137 000 Euro, das scheint mir auch im Justizhaushalt machbar, ohne erneut die Axt bei der Prävention anzulegen. Doch was machen Sie, Frau Ministerin? Sie sammeln dieses Geld ausgerechnet da ein, wo es am dringendsten gebraucht wird, nämlich bei den Prä-

ventionsprojekten des Landespräventionsrates und bei Zuwendungen für berufsqualifizierende Maßnahmen für Straffällige. Die wenigen präventiven Projekte Ihres Hauses müssen also auch noch als Spardose erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Weil wir dies für einen folgenschweren Fehler halten, setzen wir mit unserem Änderungsantrag einen klaren Schwerpunkt beim Thema Prävention.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man den Bereich der Gerichte und den Bereich der Staatsanwaltschaften betrachtet, dann grenzt es eigentlich an ein Wunder, dass die niedersächsische Justiz unter den gegebenen Rahmenbedingungen immer noch so hervorragend arbeitet. Ich möchte mich deshalb ganz ausdrücklich bei all denjenigen bedanken, die mit ihrer täglichen Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag dafür geleistet haben, dass die dritte Säule des Staates noch so gut funktioniert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dies ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit; denn die von dieser Landesregierung gesetzten Rahmenbedingungen sind ausgesprochen schlecht. Das liegt beileibe nicht allein an der schwierigen Haushaltslage des Landes Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, was sollen wir eigentlich von einer Justizministerin halten, die angesichts sanierungsbedürftiger Gerichtsgebäude und dünner Personalausstattung von einer „überbordenden Opulenz“ der Justiz spricht? Und das trotz der Berichte aus der Justiz, dass insbesondere bei Zwangsvollstreckungen und Familiengerichtssachen die Sicherheitsaspekte erheblich verletzt werden und sich die Richterinnen und Richter zum Teil akuten Bedrohungen ausgesetzt sehen!

Wenn man Ihnen, Frau Ministerin, zuhört, könnte man glauben, die niedersächsische Justiz habe sich in den letzten Jahren nur so mit Stellen und Sachmitteln vollgesogen und mit Händen und Füßen Besitzstandswahrung betrieben. Nein, Frau Ministerin, die Justiz ist nicht zu dick, sondern es kommt gerade dick für die Justiz, und daran sind Sie nicht so ganz unschuldig!

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke
[CDU]: Schönes Wortspiel!)

Lassen Sie es mich so formulieren: Sie gefallen sich in der Rolle einer Reformerin und vernachlässigen gleichzeitig die Interessen der Justiz am Kabinetttisch.

Warum haben Sie als zuständige Fachministerin nicht gesehen, dass die Sozialgerichte durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens in Personalnot geraten sind, weil die Mehrbelastungen anders als in anderen Bundesländern nicht durch freiwerdende Kapazitäten bei den Verwaltungsgerichten aufgefangen werden konnten? Warum mussten erst die Fraktionen kommen und hier für die dringend notwendige Entlastung sorgen? Warum sind Sie nicht so ehrlich und räumen ein, dass die Stellen ohne Abschaffung des Widerspruchsverfahrens nicht notwendig geworden wären? - Dies ist übrigens nicht nur unsere These, sondern auch die des Bundes Niedersächsischer Sozialrichter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte es für einen Skandal,

(David McAllister [CDU]: Noch einen?
Wie viele Skandale werden Sie denn heute noch entdecken? - Wolfgang Jüttner [SPD]: Eure Politik macht es nötig!)

dass die Landesregierung die offenkundigen Folgeprobleme der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens nach wie vor ignoriert. Es ist allerdings auch ein weiteres Armutszeugnis für die amtierende Justizministerin, dass offensichtlich erst der Änderungsantrag der Fraktionen diese Missstände korrigieren soll. Wir unterstützen diesen Änderungsantrag, wollen damit aber noch ein Weiteres erreichen: Wir tragen darüber hinaus auch der explosionsartigen Mehrbelastung bei den Verwaltungsgerichten Rechnung; denn dort sind aufgrund der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens mehr Eingänge zu verzeichnen als vorher.

Kommen wir zur Arbeitsgerichtsbarkeit,

(David McAllister [CDU]: Noch ein Skandal, nicht wahr?)

die mir sehr am Herzen liegt;

(David McAllister [CDU]: Frau Bockmann, Sie haben schon seit zehn Se-

kunden nicht mehr das Wort „Skandal“ verwendet!)

und zwar geht es hier um die Selbstständigkeit. Die niedersächsische Arbeitsgerichtsbarkeit - Herr McAllister, hören Sie gut zu! - ist, bezogen auf die Pro-Kopf-Belastung, die am höchsten belastete Arbeitsgerichtsbarkeit im gesamten Bundesgebiet.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist ein Skandal! - Gegenruf von Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist wirklich ein Skandal!)

Wer sich die Zahlen anschaut, der sieht, dass weitere Personalkürzungen nicht zu verantworten sind.

(David McAllister [CDU]: Skandal!)

Dennoch hat die Justizministerin auch hier Stellen am Kabinetttisch geopfert. 2005 und 2006 wurden jeweils zwei R 1-Stellen mit kw-Vermerken zur Streichung freigegeben. Wie kann es eigentlich sein, Frau Ministerin, dass Sie im Bereich der Insolvenzgerichte 20 Stellen von kw-Vermerken befreien und die Arbeitsgerichtsbarkeit schlichtweg vergessen? Die SPD-Fraktion wird es nicht zulassen, dass die Arbeitsgerichte auf kaltem Wege ausbluten.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Arbeitsgerichten hat man mittlerweile den Eindruck, dass die gesamte Arbeitsgerichtsbarkeit gegen den Widerstand von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden geradezu sturmreif geschossen werden soll.

(David McAllister [CDU]: Auch das noch! - Bernd Althusmann [CDU]: Skandal!)

Alles das geschieht, um nur einen Effekt zu erreichen: den gewünschten Zusammenschluss mit der Zivilgerichtsbarkeit zu erzwingen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Wieder ein Skandal!)

Ich halte diesen Weg für falsch. Eine leistungsgerechte Arbeitsgerichtsbarkeit ist auch ein Standortfaktor für Niedersachsen. Denn die schnelle und fachkundige Erledigung von arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten liegt vor allem im Interesse des Mittelstandes, meine sehr verehrten Damen und Her-

ren. Diesen Standortvorteil sollten wir nicht leichtfertig verspielen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Schwäche der Fachgerichtsbarkeiten hat bei dieser Landesregierung anscheinend Methode.

(Bernd Althusmann [CDU]: Skandal!)

Auch bei den Finanzgerichten gehen acht Stellen verloren. Ein ganzer Senat samt Nachbau wird wegrasiert. Hierfür habe ich keinerlei Verständnis; denn die Eingangszahlen bei den Finanzgerichten sind auch Spitzenwerte in der Bundesrepublik Deutschland.

(David McAllister [CDU]: Kommen Sie mal zum Schluss!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen: Das Resultat ist schockierend.

(Zuruf von der CDU: Skandal!)

Erlauben Sie mir eine abschließende Bemerkung: Ich wünsche mir, dass die Justizministerin die letzten zweieinhalb Jahre ihrer Amtszeit zu einer Kurskorrektur nutzt. Bisher haben wir von ihr nicht viel mehr gehört als Ankündigungen. Präventionsprojekte wurden zusammengestrichen, Stellen der Justiz wurden am Kabinetttisch geopfert, die Folgen der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens wurden durch geradezu groteske Zahlenspiele verschleiert. Es wird höchste Zeit, dass es in Niedersachsen wieder eine Justizministerin gibt, die sich für die Interessen der Justiz stark macht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Frau Kollegin Bockmann. - Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Dr. Biester zu Wort gemeldet. Herr Kollege Dr. Biester, bitte!

Dr. Uwe Biester (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir, die Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP, haben im Bereich der Justiz deutliche Zeichen gesetzt. Wir haben 32 zusätzliche Richterstellen in der Sozialgerichtsbarkeit ermöglicht mit 17 zusätzlichen Stellen für Folgepersonal. Der Kollege Lennartz hat in seinem Beitrag zum Be-

reich des Inneren gemeint, dass das völlig überzogen sei, dass das niemand gefordert habe. Herr Lennartz, das ist falsch. Das ist genau die Zahl, die der Verband der Sozialrichter gefordert hat. Das hat er nicht aus dem hohlen Bauch heraus gefordert, sondern anhand der bisherigen Zahl der Fälle, die bearbeitet werden mussten, der neuen Fallzahlen, die hinzugekommen sind; daraus hat er den Bedarf ermittelt. Das ist genau der Bedarf, den wir jetzt mit diesen zusätzlichen Stellen decken.

(Beifall bei der CDU)

Wir schaffen zwei weitere Stellen bei der Staatsanwaltschaft im Bereich der Bekämpfung der Internetkriminalität und im Bereich der Korruptionsbekämpfung. Wir haben diverse Stellenhebungen im Bereich des mittleren und gehobenen Dienstes vorgesehen. Wir wollen im IT-Bereich eine Straffung herbeiführen. Wir haben also - wenn ich das an dieser Stelle zusammenfassen darf - im Bereich der Justiz eine Vielzahl von Aktivitäten trotz knappster Finanzmittel geschaffen.

(Zustimmung bei der CDU)

Dann kommt Frau Bockmann mit der immer wieder von ihr zitierten Opulenz der Justiz.

(Heike Bockmann [SPD]: Ja! Aber das ist nicht meine Begrifflichkeit!)

Es gehört praktisch zum Ritual zwischen uns beiden, Frau Bockmann, dass ich Ihnen auch an dieser Stelle wieder einmal sage: Dieser Begriff der Opulenz der Justiz bezog sich weder auf die sächliche noch auf die personelle Ausstattung.

(Heike Bockmann [SPD]: Sondern?)

Dieser Satz bezog sich auf die Vielfalt von Verfahrensordnungen, auf die Vielfalt von höchst unterschiedlichen Rechtsmitteln und verband sich dann mit der Forderung - die die CDU-Fraktion ausdrücklich unterstützt -, hier zu einer Vereinheitlichung, zu einer Straffung zu kommen. Das war damit gemeint. Das wissen Sie auch. Das haben wir schon oft besprochen. Ich finde es nicht schön, dass Sie das hier immer wieder mit diesem falschen Zungenschlag in die Debatte einbringen.

(Zustimmung bei der CDU)

Nun haben wir uns natürlich gefragt: Was macht eigentlich die SPD bezüglich des Haushalts der Justiz?

(Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Wir haben festgestellt: Sie hatten eine Klausurtagung. Dabei kann die Justiz nicht vorgekommen sein; denn sonst hätten Sie hierzu ja irgendetwas gesagt.

(Zuruf von der CDU: Das war eine Rolle rückwärts!)

Dann haben wir natürlich mit Spannung Ihre Beiträge zum Haushalt im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen erwartet. - Aber kein einziger Satz zur Justiz!

Dann haben die Haushälter gemeint, spätestens in der Sitzung des Haushaltsausschusses werde dann ja wohl etwas kommen. Aber auch in der Sitzung des Haushaltsausschusses kein einziger Satz von der SPD zur Justiz!

Dann kommen Sie mit Datum vom 6. Dezember - einen Tag vor der Plenartagung - mit Ihren Änderungsanträgen aus der Deckung. Wir haben uns Ihre Änderungsanträge angeschaut. Als erste Bewertung darf ich dazu Folgendes sagen:

Erstens. Sie haben bei uns abgeschrieben.

Zweitens. Sie nehmen die Wirklichkeit nicht wahr. Ich will das einmal ganz deutlich sagen: Sie skandalisieren etwas, was es nicht zu skandalisieren gibt.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Wenn Sie Ihren Redebeitrag noch einmal nachverfolgen, wie oft Sie das Wort „Skandal“ verwendet haben, dann müssen Sie selber nachdenklich werden. Sie nehmen die Wirklichkeit nicht wahr und kommen dadurch zu falschen Weichenstellungen. Dort, wo Sie Erhöhungen vorsehen, machen Sie Deckungsvorschläge, die schlicht und ergreifend abwegig sind.

Ich will das auch begründen. Erstens. Sie schreiben bei uns ab, Sie übernehmen eins zu eins unsere Position bei den Sozialgerichten und den Folgediensten, Sie übernehmen eins zu eins unsere Position bei den Stellenhebungen. Sie haben das bei uns abgeschrieben. Sie hätten auch selber darauf kommen können.

Zweitens. Sie nehmen die Wirklichkeit nicht wahr. Deshalb will ich Ihnen jetzt noch einmal sagen, wie

sich das mit den Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten darstellt. Wir haben bei den Verwaltungsgerichten dadurch Entlastungen, dass durch die Gesetzgebung Aufgaben auf die Sozialgerichte übertragen worden sind. Das korrespondierte mit einem Anstieg bei den Sozialgerichten. Dem konnte man zu Beginn noch dadurch Herr werden, dass Richter freiwillig aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit in die Sozialgerichtsbarkeit abgeordnet wurden. Das war aber eine vorübergehende Lösung; sie konnte auf Dauer so nicht gut gehen.

Jetzt haben wir die Situation, dass wir bei den Sozialgerichten deutlich mit Richterstellen nachsteuern. Die Richter, die bisher dorthin zeitlich befristet abgeordnet waren, kehren an die Verwaltungsgerichte zurück und werden bei den Verwaltungsgerichten ihre Arbeit wieder aufnehmen. Damit werden die Verwaltungsgerichte im Grunde genommen auch wieder den Stand haben - trotz eines gewissen Anstiegs der Fälle durch den Wegfall des Widerspruchsverfahrens -, dass die Arbeit dort beherrscht werden kann.

Davon zu sprechen - ich glaube, Sie haben es so formuliert -, dass bei den Verwaltungsgerichten ein explosionsartiger Anstieg zu verzeichnen sei, ist schlicht und ergreifend falsch.

(Heike Bockmann [SPD]: 50 %!)

Das ist schlicht und ergreifend falsch. Wenn Sie das im Saldo sehen, findet dort kein explosionsartiger Anstieg statt. Die Verwaltungsgerichte werden mit dem Personal, das sie haben, diese Aufgaben auch zukünftig erfüllen können.

(Zustimmung bei der CDU)

Drittens. Sie haben offensichtlich aus Klugheit heraus nichts über Ihre Deckungsvorschläge gesagt. Aber man sollte sich Ihre Deckungsvorschläge doch einmal angucken. Wir haben im Zusammenhang mit den 32 neuen Richterstellen gesagt: Wir brauchen dann auch einen entsprechend erhöhten Ansatz für den Geschäftsbedarf; denn wenn dort mehr gearbeitet wird und mehr Richter vorhanden sind, brauchen sie auch mehr sächliche Mittel, also setzen wir weitere 130 000 Euro in den Haushalt ein.

Sie wollen 44 Richter neu einstellen und wollen die Mittel für den Geschäftsbedarf nicht nur nicht erhöhen, sondern Sie wollen sie auf den Istbestand 2004 herunterfahren. Es ist absolut abwegig, so etwas zu tun. Das ist völlig unrealistisch.

(Zuruf von der CDU: Mehr Richter, die weniger arbeiten!)

Wir von der CDU-Fraktion wissen, dass die Betreuungskosten bedauerlicherweise immer wieder steigen werden - leider. Diese Tendenz haben wir über die Jahre hinweg. Sie kommen zu einem völlig anderen Schluss. Sie sagen, die Betreuungskosten werden zurückgehen, und Sie wollen bei den Betreuungskosten insgesamt 732 000 Euro einsparen. Dieser Deckungsvorschlag ist schlicht und ergreifend abwegig. Das ist eine Luftbuchung. Das ist durch nichts belegt.

Sie kommen zu der Auffassung, dass für Gutachten bei den Sozialgerichten zukünftig 45 000 Euro weniger gebraucht werden. Das bieten Sie als Deckungsvorschlag an. Woher nehmen Sie eigentlich diese Erkenntnis? Es gibt eine steigende Zahl von Verfahren bei den Sozialgerichten, und Sie kommen zu dem Ergebnis, die Gutachterkosten werden sinken, und nehmen das als Deckungsvorschlag. Das zeigt, meine Damen und Herren, dass Sie die Realität nicht wahrnehmen. So kann man den Justizhaushalt nicht zur Deckung bringen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Aus unserer Sicht setzt die SPD völlig falsche Schwerpunkte. Sie wollen Geld an Stellen ausgeben, wo das Geld gar nicht ausgegeben werden muss. Vor allen Dingen wollen Sie Geld ausgeben, das gar nicht vorhanden ist.

Ich stellte für uns fest, dass wir die Justiz mit den Mitteln ausstatten, die sie benötigt, um weiterhin - bei zugegeben hoher Belastung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz - ihre Aufgaben mit so hoher Qualität erfüllen zu können, wie dies in der Vergangenheit der Fall war und wie dies auch zukünftig gewährleistet ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Als Nächstem erteile ich Herrn Briese von Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Ralf Briese (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte über den Justizhaushalt bietet nicht nur Gelegenheit, über die finanzielle Ausstattung des Justizministeriums zu diskutieren,

sondern wir können auch eine allgemeine Gesamtschau der Rechtspolitik dieser Landesregierung machen. Ich finde, wir machen das viel zu wenig. Das wird auch der verfassungsrechtlichen Stellung der Rechtspolitik überhaupt nicht gerecht; denn wir stehen leider Gottes fast immer im Schatten der allmächtigen, sicherheitsfixierten Innenpolitik. Es wäre sehr gut gewesen, wenn diese Landesregierung in dieser Legislaturperiode öfter einmal auf den rechtspolitischen oppositionellen Rat gehört hätte. Dann hätte man sich nämlich viele höchstrichterliche Watschen ersparen können, die diese Landesregierung innerhalb dieser Legislaturperiode eingefahren hat.

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Zwei!)

- Nein, Herr McAllister, es waren nicht nur zwei. Sie wissen noch nicht einmal die genaue Zahl. Das Polizeigesetz und das Mediengesetz sind höchstrichterlich kritisiert worden. Sie haben auch versucht, eine nachträgliche Sicherungsverwahrung auf Landesebene durchzusetzen. Auch dabei sind Sie vor dem höchsten deutschen Gericht, dem Bundesverfassungsgericht, gescheitert. Ich sage Ihnen, was es wert gewesen wäre, wenn man so vor dem höchsten deutschen Gericht scheitert: Das wäre eigentlich einen Warnschussarrest für die Landesregierung wert gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zur finanziellen Ausstattung des Justizministeriums. Diese Justizministerin ist im Jahre 2003 in Niedersachsen mit der Ansage gestartet, in der Bundesrepublik, in Niedersachsen eine große Justizreform durchzusetzen. Der Grund war ganz klar eine gewisse Einsparauflage, die sie vom Finanzminister bekommen hatte. Prinzipiell ist daran erst einmal nichts zu kritisieren. In Zeiten ständigen Verfassungsbruchs und absoluter Haushaltsnöte muss sich auch die Justiz überlegen, wie sie einen Einsparbeitrag leisten kann. Aber wenn wir über Strukturveränderungen, über Prozessoptimierung und über Einsparungen in diesem Bereich reden, dann muss man das irgendwann auch einmal realisieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE])

Dazu ist es bisher überhaupt nicht gekommen. Bei der großen Justizreform sind wir keinen Millimeter weitergekommen. Innerhalb von drei Jahren hat

sich nichts getan. Ich will Ihnen das an einigen Beispielen deutlich machen: Sie haben eine große Privatisierungsdebatte innerhalb der Justiz geführt. Die Handelsregister sollten auf die IHKen verlagert werden. Das haben wir mittlerweile ad acta gelegt. Wir wollten Gerichtsvollzieher privatisieren oder beleihen. Dieses Thema steht nicht mehr auf der Tagesordnung. Sie wollten einvernehmliche Scheidungen an die Notare vergeben. Darüber wird nicht mehr geredet; dieses Thema ist tot. Das Einzige, was noch verblieben ist, ist, dass wir Nachlasssachen an die Notare geben - und das ist finanzpolitisch auch noch kontraproduktiv. Die Kollegin Bockmann hat dies dargestellt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bereich der Privatisierung innerhalb der Justiz ist also eine homöopathische Dosis.

Nun zum eigentlichen Kernstück der großen Justizreform. Sie wollten eine gesamte Tatsacheninstanz abschaffen, die so genannte funktionale Zweistufigkeit. Dazu hat es massive Kritik aus der Expertenwelt gegeben. Strafrechtsprofessoren bzw. Justizökonominnen haben Ihnen gesagt: Das bringt überhaupt nichts. Das wird die Verfahren wahrscheinlich verlängern. - Widerwillig haben Sie sich in der Justizministerkonferenz davon überzeugen lassen. Auch dieses Thema haben wir mittlerweile ad acta gelegt.

Darüber hinaus gibt es die große Debatte über die Zusammenlegung von Fachgerichtsbarkeiten. Auch da ist bis jetzt gar nichts passiert. Drei Jahre Diskussion - kein Resultat!

Ein weiterer Punkt: Die Justizminister der Länder haben gesagt: Wir wollen die außergerichtliche Streitschlichtung ein wenig fördern. - Wir haben daraufhin gesagt: Das ist sehr gut und sehr vernünftig. Es gibt ein wunderbares großes Innovationstableau, wie man die Justiz vielleicht ein bisschen entlasten könnte. - Sie haben gesagt: Wir wollen die Mediation und auch den Täter-Opfer-Ausgleich ein bisschen fördern. - Was ist innerhalb der letzten drei Jahre in diesem Bereich passiert? - Nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren! Still ruht der See. Funkstille.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nichts ist in dem ganzen Bereich der außergerichtlichen Streitschlichtung passiert. Das Einzige, was ich vernommen habe, war eine Pressekonferenz mit der österreichischen Justizministerin bzw. waren ein oder zwei Grußworte, die ihr Staatssekretär

auf den Schlichtungstagen oder Mediationstagen gesagt hat. Aber faktisch ist an rechtspolitischen Initiativen oder Umsetzungen in diesem Bereich der außergerichtlichen Streitschlichtung nichts, aber auch gar nichts passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir nun zu der konkreten finanziellen Ausstattung der Justiz. Sie wissen, der Justizhaushalt ist im Gesamthaushalt ein sehr kleiner Baustein. Insgesamt liegt er unter 1 Milliarde Euro und macht knapp 3 % des Gesamthaushalts aus. Davon refinanziert sich die Justiz zu 60 % über Bußgelder und Gerichtsgebühren selbst. Wir haben in diesem Ressort eine sehr hohe Personalkostenquote und einen sehr schmalen Bereich von freiwilligen Leistungen. Allzu viel können Sie in diesem Bereich also gar nicht einsparen. Das wissen Sie, und das wissen wir alle. Trotzdem kann man sehr viel zerdeppern, man kann sehr viel zerstören, wenn man anfängt, bei der dritten Gewalt, die ja im gewaltenteilenden Staat verfassungsrechtlich eine wichtige Rolle spielt, zu stark einzusparen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie anfangen, die Justiz indirekt über die Exekutive oder die Legislative finanzpolitisch zu steuern, dann ist es nicht mehr weit her mit der Unabhängigkeit der Justiz. In Bezug auf die Unabhängigkeit der Justiz wird es nämlich gefährlich, wenn Sie ihr indirekt immer mehr Mittel entziehen. Da gilt der alte Satz von Bismarck, den Sie wahrscheinlich kennen: Was interessiert mich eigentlich die Unabhängigkeit der Richter, wenn ich über ihre Beförderung entscheide?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daneben gibt es ein weiteres Problem: Im Grundgesetz gibt es einen Justizgewährungsanspruch. Das wissen Sie alle. Artikel 20 des Grundgesetzes bietet einen Justizgewährungsanspruch. Ich frage mich aber: Was ist dieser Gewährungsanspruch überhaupt noch wert, wenn die Leute immer länger auf ein Urteil warten müssen? - An den Gerichten, insbesondere an den Fachgerichten, an den Finanzgerichten, an den Verwaltungsgerichten und an den Sozialgerichten, müssen die Leute mittlerweile mehr als ein Jahr auf ein Urteil warten. Das müssen Sie mal einem Handwerker oder einem Arbeitslosen erklären. Der sagt: Ich brauche endlich ein gerichtliches Urteil, ich brauche eine Entscheidung, weil eine Rechnung nicht bezahlt wur-

de oder weil mir das Arbeitslosengeld gekürzt worden ist. - Diese Leute müssen mehr als ein Jahr auf ein Urteil warten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mit dem Rechtsanspruch auf Justizgewährung ist es dann nicht mehr weit her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das MJ hat ziemlich lange die Parole ausgegeben: Wir wissen nicht ganz genau, was die Kritik und das Krakeelen der Opposition soll, dass die Gerichtsbarkeit personell zu schwach ausgestattet sei. Das alles ist doch wunderbar. - Wir haben mehrfach dazu Debatten geführt. Dann - ganz spät - sind Sie auf diesen Zug aufgesprungen und haben gesagt: Bei der Sozialgerichtsbarkeit haben wir doch ein paar Probleme, deswegen schaffen wir jetzt 30 Stellen. - Das ist ja löblich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist auch vernünftig, dass Sie diese Beratungsresistenz endlich abgelegt haben. Wir müssen aber ehrlich sagen: Das reicht nicht unbedingt. Wir können in Niedersachsen die Polizei nicht besser ausstatten, aber bei den Staatsanwaltschaften fast gar nichts tun. Das ist absolut widersprüchlich. Das ist auch kontraproduktiv. Dann macht die Polizei zwar Aufklärungsarbeit, aber es kommt nicht mehr zu einer Anklage, weil die Staatsanwaltschaften viel zu überlastet sind. Die ganze Arbeit ist dann für die Katz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zu einem letzten wichtigen Punkt: dem Strafvollzug. Ich finde, nirgendwo anders ist diese Landesregierung so beratungsresistent wie beim Strafvollzug. Es würde sich lohnen, mal eine allgemeine politische Debatte zum Strafvollzug zu führen.

(David McAllister [CDU]: Machen Sie doch einen Entschließungsantrag!)

- Das haben wir schon mehrfach gemacht.

(David McAllister [CDU]: Dann haben Sie doch Ihre Debatte!)

Das haben Sie gar nicht zur Kenntnis genommen. Das wird immer gleich abgelehnt.

Wir werden in Niedersachsen in Zukunft eine große Debatte führen, weil die Föderalismusreform wahrscheinlich zu dem fragwürdigen Resultat kommt, dass das Strafvollzugsgesetz - übrigens wieder gegen jegliche fachliche Expertise, gegen jeglichen Rat aus der Expertenwelt - auf Landesebene heruntergebrochen wird.

(David McAllister [CDU]: Wieso das denn?)

Von fast niemandem wird befürwortet, dass das Strafvollzugsgesetz auf Landesebene heruntergebrochen wird. Beispielsweise der Richterbund sagt: Das soll kein Landesgesetz werden. - Strafrechtsprofessoren sagen: Das soll kein Landesgesetz werden. - Kriminologen sagen: Das soll kein Landesgesetz werden. - Nur unsere Justizministerin zieht fröhlich trällernd durch die Lande und sagt: Her mit diesem Gesetz. Das finden wir gut, das machen wir auf Landesebene besser. - Wir werden mal sehen, ob es wirklich besser wird. Ich glaube das, ehrlich gesagt, nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir kennen das konservative Credo in der Kriminalpolitik. Das lautet nämlich nur: Strafverschärfung ist die einzig selig machende Sanktion in der Rechtspolitik. - Ich sage Ihnen: Die Qualität eines Rechtsstaates zeigt sich nicht an der ständigen Ausweitung von Strafen, sondern daran, seine Bürger mit möglichst wenig Strafe sicher zu schützen.

Wir könnten in Niedersachsen sehr viel intelligentere Sanktionssysteme implementieren. Wir könnten mehr über gemeinnützige Arbeit reden. Wir könnten mehr über eine bessere Ausstattung der Bewährungshilfe reden. Wir könnten über ein Vollzugskonzept reden, das sich z. B. eine möglichst niedrige Inhaftierungsquote zum Ziel nimmt. All das wird aber nicht getan. Das steht nicht zur Debatte, meine sehr verehrten Damen und Herren. Stattdessen fangen Sie an, dem Staat peu à peu seine staatlichen Kernaufgaben zu entziehen.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Briese, wenn Sie sich in Ihrer Fraktion nicht unbeliebt machen wollen, dann kommen Sie bitte zum Schluss.

Ralf Briese (GRÜNE):

Frau Präsidentin, ich komme jetzt zum Schluss. - In Bezug auf die Teilprivatisierung machen Sie ganz abenteuerliche Rechtskonstruktionen. Ich kann nur feststellen: Die Rechtspolitik ist bei dieser Landesregierung in keine guten Hände gefallen. Sie ist rückständig, unmodern, repressiv und zudem auch noch teuer.

(Unruhe bei der CDU)

Unsere Zustimmung können Sie dafür nicht bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Professor Zielke von der FDP.

Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das Justizressort werden die Rahmenbedingungen für einen effektiven Rechtsschutz gesichert, dies insbesondere durch eine Schwerpunktsetzung bei der Sozialgerichtsbarkeit und durch eine verstärkte Bekämpfung von Korruption und Internetkriminalität. Hierfür werden wir 32 Richter am Sozialgericht plus Folgepersonal und - Herr Kollege Briese, hören Sie gut zu - zwei zusätzliche Staatsanwälte einstellen.

(Ralf Briese [GRÜNE]: Doch zwei!)

- Ja, immerhin. - Dass uns dies trotz der äußerst angespannten Lage des Haushalts gelungen ist, zeigt einmal mehr die Innovationsfähigkeit dieser Landesregierung, auch und gerade in Zeiten knapper Kassen politische Schwerpunkte zu setzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Für diese Maßnahmen sind knapp 3 Millionen Euro zusätzlich zu veranschlagen. Angesichts der Sparzwänge muss es für jede Zusatzausgabe eine sehr gute Begründung geben. Die gibt es hier in der Tat. Die Zunahme von Korruptionsdelikten stellt den Rechtsstaat vor neue Aufgaben. Er muss alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um diese Kriminalitätsform zu bekämpfen; denn Korruption ist ein schleichendes Gift und untergräbt das Vertrauen des Bürgers in den Staat.

(Beifall bei der FDP)

Dass die Korruption auch bei uns ein Problem darstellt, wissen wir nicht erst seit dem Antrag der Grünen aus dem letzten Plenum, der uns im Ausschuss noch beschäftigen wird. Wir werden neben der in Hannover schon bestehenden Staatsanwaltschaft mit Schwerpunkt Korruptionsbekämpfung eine weitere in Verden einrichten. Es geht in diesem Rechtsstaat nicht an, dass mangels Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden nur ein Teil

der Delikte verfolgt werden kann. Letztlich führt ein solcher Mangel dazu, dass wilde Spekulationen über das angeblich wahre Ausmaß des Dunkelfeldes gedeihen und einige schwarze Schafe das Ansehen ganzer Branchen und insgesamt das Ansehen des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen schädigen.

Daneben hat das Internet völlig neuartige Varianten krimineller Betätigung hervorgebracht bzw. ermöglicht, die sich mit atemberaubender Geschwindigkeit ausbreiten. Darauf müssen wir angemessen reagieren. Das gilt nicht nur für Bereiche wie Kinderpornografie, Geldwäsche oder rechtsradikale Propaganda, sondern auch für Datenspionage, Kreditkartenbetrug und Verstöße gegen das Urheberrecht. Nach Auskunft von Fachleuten ist fast jedes zweite Unternehmen bewusst oder unbewusst Opfer eines Hackers, der Daten ausspioniert oder über Viren und Würmer erheblichen Schaden auf den betroffenen Rechnern anrichtet oder auch nur mittelbar Kosten verursacht. Dass eine einzige Staatsanwaltschaft mit Schwerpunkt Internetkriminalität auf Dauer ausreicht, ist angesichts von 4 Milliarden Webseiten und über 80 000 Internetforen, wie man schätzt, eher unwahrscheinlich. Dennoch wollen wir deutlich machen, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Die neue Staatsanwaltschaft dient mithin einer ersten Abschreckung.

Warum mehr Richter? - Dazu vielleicht ein paar grundsätzliche Anmerkungen. Zu unserer repräsentativen Demokratie gehört unabdingbar die Gewaltenteilung, also die Trennung und gegenseitige Unabhängigkeit von Legislative, Exekutive und Judikative. Zu den elementaren Bürgerrechten gehört, dass jedermann ein Recht auf Rechtsprechung hat, sobald er in seinem Recht verletzt wird. Er kann vor Gericht sein Recht suchen und darf dann erwarten, dass er in einer angemessenen Zeit ein Urteil erhält. Verzögertes Recht ist versagtes Recht.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb brauchen wir hinreichend viele Richter und gut ausgestattete Gerichte. Die Fallzahlen sind im Bereich des Sozialrechts aufgrund der Verlagerung der Zuständigkeit für Sozialhilfverfahren und für Streitigkeiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von der Verwaltungs- auf die Sozialgerichtsbarkeit dramatisch gestiegen. Es gibt auch keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass sich die Eingangszahlen im nächsten Jahr wesentlich ver-

ringern würden. Die Problemschwerpunkte nicht-eheliche Lebensgemeinschaft, Anrechnung von Einkommen und Kosten einer angemessenen Unterkunft sind im Wesentlichen Tatsachenfragen und werden aller Voraussicht nach im bisherigen Umfang auch dann erhalten bleiben, wenn das Bundessozialgericht einige der bestehenden Rechtsfragen geklärt haben wird.

Leider hat die aktuell bestehende Personalknappheit in Niedersachsen bereits dazu geführt, dass in den erwähnten Rechtsgebieten nahezu ausschließlich die Verfahren auf Erlangung einstweiligen Rechtsschutzes bearbeitet werden können, während die Hauptsacheverfahren unerledigt bleiben und die Aktenberge sich immer höher türmen. Wir können die Gerichte nicht einfach darauf verweisen, sie möchten bitte schön schneller arbeiten. Manche Dinge im Leben - darunter einige der wertvollsten und wichtigsten - leben geradezu von dem zeitlichen Aufwand. Ich denke da an menschliche Zuwendung, Erziehung und Liebe. Auch bei sorgfältigen gerechten Urteilen, bei der unabhängigen richterlichen Abwägung kann man die Takt rate nicht beliebig erhöhen, um den Output zu steigern. Das geht unweigerlich auf Kosten der Qualität.

Wenn die Fallzahlen teilweise um mehr als 25 % gestiegen sind - über die Ursachen, Stichwort: Hartz IV, wäre gesondert zu diskutieren -, dann hat der Rechtsstaat keine andere Wahl, als die Kapazitäten der Gerichte zu erhöhen: 32 zusätzliche Richterstellen. Wir tun hier nicht mehr und nicht weniger als das, was notwendig ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat Frau Peters von der FDP das Wort.

Ursula Peters (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem Bereich des Justizvollzugs möchte ich nur auf drei Bereiche aufmerksam machen. Erstens. Frau Heister-Neumann hat zu Beginn der Legislaturperiode immer wieder echte Strukturreformen eingefordert. Eine Grundlage dafür ist meines Erachtens ein transparentes Rechnungswesen. Für den Bereich Justizvollzug ist für 2006 erstmals eine auf Kosten- und Leistungsrechnung basierende Budgetierung Grundla-

ge der Haushaltsberatungen gewesen. Das ist außerordentlich zu begrüßen. Der Aha-Effekt für die Haushaltsberatungen wird sich zwar erst im nächsten Jahr einstellen, weil erst dann durch den möglichen Vorjahresvergleich die Wirtschaftlichkeit transparent wird. Gleichwohl ist zu erwarten, dass bereits hierdurch unmittelbar ein positiver Wettbewerb zwischen den Behörden angeregt wird. Außerdem ist ein Benchmarking mit anderen Ländern möglich, das wiederum durch die Vergleichbarkeit mit den Wegen anderer Länder zu wirtschaftlicherer Leistungserbringung führen könnte.

Zweitens. Sicherere Haftanstalten haben in der Bevölkerung und damit für uns Liberale eine sehr hohe Priorität, weil dadurch das Vertrauen in unseren Rechtsstaat gestärkt wird. Die bisherige Überbelegung der Haftanstalten steht hierzu im Gegensatz. Als Reaktion auf die hohen Gefangenzahlen und zur Verbesserung der Sicherheit ist der Modernisierung der baulichen und technischen Einrichtungen der Justizvollzugsanstalten auch über das laufende Haushaltsjahr hinaus hohe Priorität einzuräumen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Neue große und moderne Haftanstalten sind daher das Gebot der Zeit. Im Gegenzug lässt es sich allerdings nicht verhindern, mehrere kleine Vollzugsanstalten zu schließen, da diese unwirtschaftlich bis teilweise marode sind. Allein ihre bauliche Sanierung würde Kosten in Höhe von ca. 7 Millionen Euro verursachen. Es empfiehlt sich daher, in neue große Haftanstalten zu investieren. In diesen kann den Inhaftierten dann übrigens auch erheblich leichter wirtschaftliche Arbeit angeboten werden.

Bereits durch gezielte Investitionen der letzten Jahre - ich denke hier an Sehnde und Rosdorf - ist es gelungen, das neue Strafvollzugskonzept besser umzusetzen. Dabei wird die Qualität und zugleich die Vergleichbarkeit der Vollzugsanstalten verbessert. Insbesondere ist der Vollzug durch die Baumaßnahmen auch sicherer geworden. Doch wir wissen: Ein sicherer und menschenwürdiger Vollzug ist teuer. Deshalb befürworten wir die Beteiligung von Privaten, z. B. bei der Errichtung und Erweiterung von Haftanstalten, aber auch in den Bereichen Kantine, Wäscherei und Arbeitsverwaltung.

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich den Beschluss der Landesregierung zu dem Modellversuch „PPP im Justizvollzug“ vom 19. April 2005, mit dem die Planung, der Bau, die Finanzierung und der Betrieb des nichtstaatlichen Bereiches an möglichst einen einzigen Unternehmer vergeben werden soll. Der Investor wäre dann sowohl für die ordnungsgemäße Errichtung als auch für die spätere Bewirtschaftung, aber selbstverständlich nicht für den Bereich der hoheitlichen sicherheitsrelevanten Bereiche verantwortlich. Durch die Beteiligung von Privaten im Rahmen von PPP-Modellen können meines Erachtens nennenswerte Einsparpotenziale erzielt werden, wenn es gelingt, Investor und Nutzer die Abläufe gemeinsam optimieren zu lassen.

Die FDP-Landtagsfraktion in Niedersachsen will eine leistungsstarke, aber schlanke Justiz. Deshalb gilt auch hier der liberale Grundsatz, dass der Staat nur so weit wie nötig, die Privaten aber so weit wie möglich in den Leistungsprozess einbezogen werden sollen.

(Beifall bei der FDP)

Eine weitere Maßnahme ist die Vermeidung oder Begrenzung der Inhaftierung. Hier ist es gelungen, die ambulante Betreuung junger Haftentlassener und Jugendlicher mit Bewährungsstrafen durch den Verein KWABSOS sicherzustellen. Mit dem Motto „Betreuen statt einsperren“ bietet dieser Verein den am Jugendgerichtsverfahren beteiligten Institutionen verschiedene Möglichkeiten, auf Straftaten junger Menschen nicht mit Sanktionen, sondern mit pädagogischen Mitteln zu reagieren.

Da insbesondere die repressiven, hier vor allem die freiheitsentziehenden Sanktionen leicht zu Meilensteinen auf dem Weg einer kriminellen Karriere werden, da sie die Handlungsmöglichkeiten der Betroffenen einschränken und die sozialen Kontakte reduzieren, ist diese Alternative nicht nur haushaltstechnisch sehr wünschenswert, sondern sie senkt gleichzeitig das Risiko erneuter Straffälligkeit.

(Beifall bei der FDP)

Im Interesse der Sicherheit wird die FDP diese Alternative zur Haft auch künftig positiv begleiten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Nacke von der CDU-Fraktion.

Jens Nacke (CDU):

Vielleicht sollten wir zusätzlich 500 Euro für ein neues Redepult in den Haushalt einstellen.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich am Ende dieses Jahres zunächst einmal die Gelegenheit nutzen, den mehr als 3 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den niedersächsischen Haftanstalten für die Erfüllung ihrer wichtigen Aufgabe zu danken. Ich kann versichern, das es mich immer wieder mit großem Respekt erfüllt, wenn ich erlebe, wie häufig sich die Bediensteten über das normale Maß hinaus mit den ihnen übertragenen Aufgaben identifizieren.

Die Mitglieder des Unterausschusses „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ wissen, auf welchem hohem Niveau der niedersächsische Strafvollzug arbeitet. An dieser Stelle kann ich sicherlich für alle Parteien sprechen. Auch wenn ab und zu darüber politische Auseinandersetzungen geführt werden, so habe ich bei den Besuchen in den Haftanstalten und auch in den Sitzungen hier im Haus meist den Eindruck gewonnen, dass wir uns in der großen Linie einig sind.

Meine Damen und Herren, es lohnt sich übrigens, sich von Zeit zu Zeit die eigentliche Aufgabe des Justizvollzuges vor Augen zu führen. Der Strafvollzug hat eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben zu erfüllen. In den Justizvollzugsanstalten wird das Gewaltmonopol des Staates konkretisiert, indem dort die von einem Richter verhängte Freiheitsstrafe vollstreckt wird. Das ist die vorrangige Aufgabe des Strafvollzuges. Dies ist der wesentliche Beitrag zur inneren Sicherheit, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten jeden Tag leisten.

Sich diese einfache Aufgabenbeschreibung vor Augen zu führen, lohnt sich deshalb, weil man dann einen freien Blick dafür bekommt, welche Leistungen die Gesellschaft, die Medien und wir Politiker vom Justizvollzug eigentlich erwarten dürfen. Häufig genug überfordern wir den Justizvollzug, nämlich dann, wenn wir von ihm in jedem Fall verlangen, dass aus den Menschen, die als Gesetzesbrecher inhaftiert werden, gesetzestreue Bürger werden. Eine Haftanstalt ist keine Repara-

turwerkstatt für kaputte Menschen. Ein Häftling ist nämlich keine defekte Maschine, die man entweder wieder zum Laufen bringt oder wegschmeißt. Ein Häftling ist ein eigenverantwortlich handelnder Mensch, der nur deshalb in einem Gefängnis sitzt, weil er Schuld auf sich geladen hat. Nur wenn er bereit ist, seine bisherige Verhaltensweise zu ändern, kann er verhindern, dass er noch einmal bestraft und eingesperrt wird.

Nur der, der diesen Zusammenhang verstanden hat, kann begreifen, was es bedeutet, wenn wir im niedersächsischen Vollzugskonzept vom „Chancenvollzug“ sprechen. Unsere Aufgabe ist es, die Haftanstalten in Niedersachsen in die Lage zu versetzen, jedem Inhaftierten die Chance zu geben, sein Leben zu ändern. Die Wege dahin mögen vielfältig sein. Die Chance des einen ist die Berufsausbildung, die des anderen der Drogenentzug, und einem Dritten hilft es, überhaupt erst einmal einen geregelten Tagesablauf oder eine medizinische Versorgung zu erleben. Ob diese Chance genutzt wird oder nicht, liegt im Verantwortungsbe- reich des einzelnen Inhaftierten und kann in der Regel nicht der Haftanstalt angelastet werden.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben in den vergangenen drei Jahren be- wiesen, dass sie dem Strafvollzug die große Be- deutung beimessen, die ihm zusteht. Hierzu drei Beispiele:

Erstens. Trotz der begrenzten finanziellen Mittel war die Fertigstellung der Haftanstalten Sehnde und Rosdorf zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt. Dadurch wird der Überbelegung, die zu Beginn der Legislaturperiode bestanden hat, endlich ein Ende gesetzt.

Zweitens. Natürlich haben auch die Beamten des Vollzuges wie alle übrigen Landesbeamten finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Wir haben in den vergangenen Jahren aber einen verlässlichen Fahrplan aufgezeigt, nach dem die Stellenhebungen ermöglicht werden, auf die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon so lange warten. Dies wird auch im Jahr 2006 fortgesetzt.

Drittens. Die Fraktionen von CDU und FDP - darauf ist Frau Peters schon eingegangen - unterbreiten Ihnen den Vorschlag, die zunächst geplanten Kürzungen im Bereich der Gefangenenhilfe zur Hälfte zurückzunehmen, um die Wohngruppenprojekte der Anlaufstellen so weit wie möglich zu erhalten.

Meine Damen und Herren, gerade weil der nieder- sächsische Strafvollzug so gut ist, freue ich mich auf eine besondere Herausforderung, die im nächsten Jahr auf uns zukommt. Nach der Verein- barung von CDU und SPD im Koalitionsvertrag wird die Zuständigkeit für den Strafvollzug auf die Länder übertragen. Damit folgt in diesem Bereich in eindrucksvoller Weise die Zuständigkeit einer Aufgabe der politischen Verantwortung. Ich sehe die Änderung der Zuständigkeit als Chance, durch eine breite Beteiligung der Praktiker, der Fachleute und der Wissenschaftler sowie einer interessierten Öffentlichkeit die Schwächen des Strafvollzugsge- setzes aufzudecken und ein modernes praxisori- entiertes Gesetz zu entwerfen. Ich bin jetzt schon auf die unterschiedlichen Ansätze gespannt, die in den Ländern gewählt werden. Ich bin mir jedoch sicher, dass Niedersachsen auch in dieser Diskus- sion einmal mehr eine Vorreiterrolle im Strafvollzug übernehmen wird. Ich jedenfalls freue mich schon jetzt auf das erste niedersächsische Strafvollzugs- gesetz. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt nimmt Frau Ministerin Heister-Neumann zum Haushalt Stellung.

Elisabeth Heister-Neumann, Justizministe- rin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehr- ten Damen und Herren! Schlank im Haushaltsvo- lumen, aber groß in der Wirkung. Das ist die Justiz in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schlank im Haushaltsvolumen: Mit einem Volumen von 1,000 981 Milliarden Euro hat die Justiz einen Anteil von nur 4,5 % am Gesamtvolumen des Lan- deshaushalts.

Groß in der Wirkung: Diese Justiz steht für nahezu 200 000 erledigte Zivilprozesse vor den Amtsge- richten im Jahr 2004, für mehr als 30 000 erledigte Zivilprozesse vor den Landgerichten, für fast 80 000 erledigte Strafsachen und für mehr als 450 000 Ermittlungsverfahren bei den Staatsan- waltschaften. Der Justizvollzug hat im letzten Jahr nicht nur für rund 20 000 Strafgefangene eine si- chere Unterbringung gewährleistet, nein, er hat dabei auch eine wertvolle und effiziente Resoziali- sierung geleistet.

Diese Zahlenbeispiele sollen vorerst genügen, meine Damen und Herren, um Ihnen die Bedeutung und auch den Aufgabenumfang der niedersächsischen Justiz zu verdeutlichen. Auf diese Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der niedersächsischen Justiz können wir alle mit Recht stolz sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der Entwurf für den Justizhaushalt 2006 trägt dieser Aufgabe Rechnung und ist Ausdruck einer verantwortungsvollen Justizpolitik für dieses Land. So berücksichtigen die Haushaltsansätze für 2006 auch neue Herausforderungen.

Meine Damen und Herren, den Sozialgerichten sind zu Beginn des Jahres aus den so genannten Hartz-IV-Gesetzen neue Aufgaben zugewachsen. So sind insbesondere die Sozialhilfestreitigkeiten von den Verwaltungs- auf die Sozialgerichte übertragen worden. Zu Beginn der Haushaltsaufstellung, also im Frühjahr dieses Jahres, standen wir deshalb vor der Frage, ob ein Personalmehrbedarf für diese neue Aufgabe zu berücksichtigen ist oder ob eine Kompensation durch personelle Hilfeleistung der Verwaltungsgerichte möglich sein würde. Anmeldungen zu haushaltsrelevanten Auswirkungen hätten zunächst nur auf vagen Prognosen, Mitte des Jahres allenfalls auf Tendenzen und Entwicklungen gestützt werden können. Nachdem nunmehr davon auszugehen ist, dass für das Jahr 2005 aufgrund der Hartz-IV-Gesetze in der Sozialgerichtsbarkeit erster Instanz knapp 7 500 Verfahren und beim Landesozialgericht Niedersachsen/Bremen mindestens 1 000 Verfahren mehr zu erwarten sind als im Vorjahr, wurde gehandelt. Dem tatsächlichen Bedarf entsprechend wird die Sozialgerichtsbarkeit um 22 Richterstellen in erster Instanz und um insgesamt 10 Richterstellen beim Landesozialgericht sowie um insgesamt 17 Angestelltenstellen im Servicebereich verstärkt. Meine Damen und Herren, damit können Überbrückungsmaßnahmen - die vorübergehend erfolgte Abordnung von Richtern aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit - entfallen.

Für die Verwaltungsgerichtsbarkeit bedeutet das aber zugleich, dass sie im Jahre 2006 personell wieder so ausgestattet sein wird, wie es im Jahr 2004, also vor Wegfall der Sozialhilfesachen, der Fall war. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter deshalb den Herausforderungen, die sich aus dem

teilweisen Wegfall der Widerspruchsverfahren ergeben haben, gut begegnen und sie gut meistern werden. Ich meine, dass wir hiermit für diese beiden Zweige der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeit eine vernünftige und gute Lösung gefunden haben, und hoffe, dass nun auch mehr Ruhe in die Diskussion kommt. Ich bedauere sehr, Frau Bockmann, dass wir in diesem Hause weiter darüber debattieren müssen, ob die Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter nach der Abschaffung eines Teils der Widerspruchsverfahren ein oder zwei Verfahren pro Monat mehr an Eingängen zu verzeichnen haben. Ich meine, eine solche Diskussion schadet der Gerichtsbarkeit insgesamt und der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Besonderen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie schadet gleichermaßen den dort Beschäftigten.

Diese Auseinandersetzung hat aber auch etwas Positives. Denn die Debatten mit Ihnen und anderen Abgeordneten über die Folgen der teilweisen Abschaffung der Widerspruchverfahren haben mich weiter darin bestärkt, die Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeiten zu forcieren. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir künftige Belastungsschwankungen in den relativ kleinen Zweigen der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten nur durch eine Zusammenlegung sinnvoll in den Griff bekommen werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit ist für mich - daraus mache ich kein Geheimnis; dies dürfte Ihnen allen bekannt sein - ein wesentlicher Bestandteil einer echten Strukturreform innerhalb der Justiz. Solange dies auf Bundesebene noch nicht umgesetzt worden ist - lieber Herr Briese, von wegen Handlungsdefizite! -, sehen wir die räumliche Zusammenlegung der Fachgerichte auf Landesebene schon einmal als ersten Schritt vor. So werden wir in Braunschweig im nächsten Jahr die erste räumliche Zusammenlegung dann auch verwirklichen.

(Beifall bei der CDU)

Die Vorteile einer Zusammenlegung liegen dabei ganz klar auf der Hand. Neben einer Erhöhung des effektiven Einsatzes der Ressourcen im Personal- und Sachkostenbereich wird der Weg für die Recht Suchenden schlicht leichter.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt auf weitere Verbesserungen in diesem Haushalt hinweisen. Die aus Anlass des Projektes „Einziehung und Verfall“ befristet bis zum 31. Dezember 2005 ausgebrachten insgesamt 13 Stellen unterschiedlicher Wertigkeit stehen der Justiz jetzt dauerhaft zur Verfügung. Damit wird der erfolgreichen Arbeit der Staatsanwaltschaften bei der Abschöpfung von Verbrechenngewinnen und der großen Bedeutung dieser Aufgabe im Hinblick auf die Bekämpfung der Wurzeln an der empfindlichsten Stelle verbrecherischer Aktivitäten Rechnung getragen. Weiterhin stärken wir durch zwei zusätzliche Stellen für Staatsanwälte für den Bereich Korruption und Internetkriminalität unsere erfolgreiche Verbrechenverfolgung in Niedersachsen.

(Ralf Briese [GRÜNE]: Das war die Übernahme von Oppositionsvorschlägen!)

Mit diesem Haushalt ist es uns auch gelungen, im Bereich der Verfahren nach der Insolvenzordnung im nichtrichterlichen Dienst 20 von den ursprünglich 39 kw-belasteten Inso-Stellen dauerhaft zu erhalten. Ferner nimmt auch die Justiz an den zum 1. Juli 2006 landesweit ausgebrachten Hebungen im gehobenen und mittleren Dienst teil. Dies wiederum ist besonders geeignet, die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen, auf deren Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft ich bereits eingangs hingewiesen habe und bei denen ich mich an dieser Stelle - sicherlich auch in Ihrem Namen - sehr herzlich bedanken möchte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zu einer verantwortungsvollen Politik gehört aber auch - das muss auch ganz deutlich gesagt werden - die selbstverständliche Akzeptanz einer notwendigen Haushaltssanierung im Interesse nachfolgender Generationen. Die in diesem Jahr zu erwirtschaftende globale Minderausgabe in Höhe von 4,926 Millionen Euro wird für das Jahr 2006 in gleicher Höhe fortgeschrieben. Da wir den gesamten Betrag nicht allein aus dem Sachhaushalt aufbringen können, müssen wir auch im Personalbereich Einsparungen vornehmen. Wir werden hierfür voraussichtlich 2 Millionen Euro einplanen. In den Ausschüssen ist schon dargestellt worden, dass dies lediglich die Fortschreibung aus den vergangenen Jahren und damit keine neue Belastung ist. Liebe Frau Bockmann, in der Arbeitsgerichtsbarkeit entfällt im Übrigen keine einzige Stelle.

(Heike Bockmann [SPD]: Kw-Vermerk!)

Dies ist so, weil wir - lassen Sie mich das an dieser Stelle wirklich einmal betonen - innerhalb der Zivilgerichtsbarkeit für einen internen Ausgleich gesorgt haben. Es würde natürlich viel einfacher werden, wenn wir auch die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Arbeitsgerichtsbarkeit fusioniert hätten; denn dann hätten wir nicht die Probleme, in einem gewissen Zeitraum zu einem solchen Ausgleich kommen zu müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Sanierung des Landeshaushaltes geschieht nicht aus Freude an schmerzhaften Einschnitten. Sie ist aber notwendig und stellt eine Zukunftsgestaltung dar. Sie bietet wirkliche Chancen zu einer strukturellen Neuausrichtung unserer Gesellschaft vor dem Hintergrund der immensen demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Seit meinem Amtsantritt - Herr Briese hat darauf hingewiesen, dabei aber außer Acht gelassen, wer letztendlich die Entscheidungskompetenz hat; darauf komme ich noch zu sprechen - habe ich auch keine Gelegenheit ausgelassen, Sie von der Notwendigkeit einer ganzheitlichen Justizreform zu überzeugen. Ich werde das natürlich auch weiter mit großem Engagement versuchen. Herr Briese, wir können für uns in Anspruch nehmen - das sollten Sie für Ihre Politik in der Zukunft vielleicht einmal mitnehmen; dann können auch Sie auf Bundesebene erfolgreich agieren -, dass wir mit dem von mir in Auftrag gegebenen Expertengutachten über eine zukunftsfähige Justiz nicht nur eine bundespolitische Diskussion ausgelöst haben. Vielmehr haben wir unser Ziel beharrlich und mutig - das muss ich ebenfalls einmal sagen - weiter verfolgt. Mittlerweile wurde ein weiterer wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu genau dieser großen einheitlichen Justizreform erreicht. Die große Justizreform hat - meine Damen und Herren, wer hätte das vor zwei Jahren vermutet? - Eingang in die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD gefunden.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich darf an dieser Stelle einmal wörtlich zitieren, damit jeder den genauen Wortlaut kennt:

„Die Koalitionspartner werden unter Einbeziehung aller Vorschläge der Justizministerkonferenz und der Vorarbeiten des Bundesministeriums der

Justiz zur großen Justizreform ein Gesamtkonzept für eine nachhaltige Sicherung der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der Justiz bei voller Wahrung rechtsstaatlicher Standards erstellen.“

(Zuruf von der CDU: Das könnte doch von Ihnen stammen!)

- Ja, das ist auch mit von mir.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

„Wir wollen die organisatorischen, institutionellen und verfahrensrechtlichen Strukturen straffen und überschaubar machen, das Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrecht vereinheitlichen und vereinfachen sowie eine Streitkultur fördern.“

Das machen wir in Niedersachsen u. a. schon durch das Projekt Mediation und mittlerweile durch einen dritten Fachkongress zur außergerichtlichen Streitschlichtung.

Meine Damen und Herren, für uns in Niedersachsen ist das ein ganz klares Signal. Insbesondere von Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten von der SPD-Fraktion, erwarte ich jetzt aber auch ein deutliches Ja zu den notwendigen Strukturveränderungen. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, aber auch unseren engagierten Beschäftigten im Geschäftsbereich schuldig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch in einem weiteren Punkt möchte ich auf den Koalitionsvertrag hinweisen. Denn im Koalitionsvertrag wird gefordert, ein besonderes Augenmerk auf den konsequenten Umgang mit straffälligen Menschen zu richten. Nicht bei allen Tätern gelinge die Resozialisierung. - Dieser Forderung haben wir bereits mit dem einheitlichen niedersächsischen Vollzugskonzept aus dem letzten Jahr entsprochen. In dessen Mittelpunkt steht der Chancenvollzug, der über eine Grundversorgung hinausgehende Behandlungsangebote nur für mitarbeitersbereite und mitarbeitersfähige Gefangene vorsieht. Mit der Umsetzung dieses Konzepts sind landesweit einheitliche Qualitätsstandards entwickelt worden, die zu einer transparenteren und konsequenteren Ausrichtung des Strafvollzuges in Niedersachsen geführt haben.

Das Ergebnis der Koalitionsarbeitsgruppe zur Föderalismusreform sieht vor, die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug auf die Länder zu verlagern. Meine Damen und Herren, wir sind darauf bestens vorbereitet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In einem niedersächsischen Strafvollzugsgesetz können wir den Chancenvollzug und damit die Mitarbeitsbereitschaft der Gefangenen erstmals gesetzlich verankern. Wir können die Bedeutung der Sicherheit stärker hervorheben und mit der Resozialisierung als Ziel des Strafvollzuges gleichstellen, wir können der Arbeit im Justizvollzug ein größeres Gewicht beimessen, wir können die Vollzugslockerung in Voraussetzung und Umsetzung stringenter fassen; und wir können deregulieren, indem wir die Vielzahl bundeseinheitlicher Verwaltungsvorschriften, niedersächsischer Ausführungsvorschriften, von Einzelregelungen und Erlassen zusammenfassen, reduzieren und gesetzlich normieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Dabei möchte ich nicht versäumen, an dieser Stelle den Regierungsfraktionen für ihre tragende Unterstützung in dieser Haushaltsberatung meinen persönlichen und herzlichen Dank zu sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Opposition bitte ich um konstruktive Unterstützung bei der Umsetzung der eingeleiteten Reformen. Mein Angebot, Sie in diese Arbeit einzubeziehen, liegt vor. Das hatte ich im letzten Jahr schon angeboten. Daran möchte ich festhalten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Weitere Wortmeldungen zum Bereich Justiz liegen mir nicht vor.

Wir kommen deswegen zum Bereich

Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Helmhold von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ehemalige Sozialministerin hat in Niedersachsen in der sozialen Landschaft einen Trümmerhaufen hinterlassen,

(Widerspruch bei der CDU)

den die neue Ministerin als Trümmerfrau aufzuräumen wohl weder bereit noch in der Lage sein wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da wäre als Erstes die Trümmerlandschaft Landesblindengeld zu nennen. Kalthertzig haben Sie im vergangenen Jahr den blinden Menschen in Niedersachsen jegliche Leistung gestrichen. Alles, was wir und die Betroffenen Ihnen vorausgesagt haben, ist eingetreten. Seit Jahresbeginn ist der Anteil blinder Menschen in Niedersachsen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, von 10 auf 25 % angestiegen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Ja, und?)

Und genau das wollten Sie. „Ja, und“ sagen Sie. Sie wollten den Wechsel von gleichberechtigter Teilhabe hin zur Armenfürsorge. „Ja, und“, Herr Böhlke, ich finde es sehr entlarvend, was Sie hier gesagt haben. Das wird im Protokoll ja nachzulesen sein.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Der Blindenfonds, Ihr Gutsherrenalmosen, ist grandios gescheitert. Nur 5 % der Summe sind ausgeschöpft. Offenbar passen die von Ihnen dort ausgeschriebenen Leistungen nicht zur Lebensrealität der betroffenen Menschen. Man kann Ihnen doch nur raten: Werden Sie endlich vernünftig, und reden Sie mit den Blinden. Wir haben Ihnen im vergangenen Jahr einen Kompromissvorschlag vorgelegt, der Ihnen wirklich goldene Brücken gebaut hat. Nehmen Sie dieses Angebot endlich an. Oder wollen Sie wirklich warten, bis Sie das Volksbegehren zu einer Umkehr zwingen wird? - Danach sieht es aus.

(Zustimmung von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Die zweite Trümmerlandschaft, die uns hinterlassen wurde, ist die Psychiatrie in Niedersachsen. Ohne Sinn und Verstand verkündete der Finanzminister die Zertrümmerung der Landespsychiat-

rien. Ein reformerisches Ziel steht nicht dahinter. Es geht nur darum, durch einen geplanten Verkaufserlös Haushaltslöcher zu stopfen. Die Psychiatrie ist die Geldquelle und der Goldesel des Finanzministers. Die Sozialministerin hat sie kampfflos, weil am Thema völlig uninteressiert, preisgegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen aber doch: Die Landeskrankenhäuser arbeiten wirtschaftlich und könnten für die Zukunft in Form einer Anstalt öffentlichen Rechts deutlich besser aufgestellt werden. Erhebliche Versäumnisse dagegen gibt es beim Sozialministerium. Das hat Ihnen der Landesrechnungshof ganz genau aufgeschrieben. Die niedersächsische Psychiatrie soll für die Fehler des Ministeriums bezahlen. Das machen wir und die Beschäftigten nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun sind Sie ja beim Maßregelvollzug schon fein zurückgerudert, nachdem Ihnen aber auch jeder Experte gesagt hat, dass man das so nicht machen kann. Der Paketverkauf steht aus kartellrechtlichen Gründen auch nicht mehr an. Aber wie beim Blindengeld treiben Sie auch hier ein doppeltes Spiel. Die Beteiligten werden hingehalten und beruhigt, und ansonsten wird die Sache gnadenlos durchgezockt. Denn während die neue Ministerin noch Ende November erklärte, für sie käme auch eine Übertragung auf eine Anstalt öffentlichen Rechts infrage, schrieb das Finanzministerium eine Woche später den Beratervertrag zum Verkauf der Landeskrankenhäuser aus. Wer ist in diesem Kabinett eigentlich für die Psychiatrie zuständig? - Offenbar hat doch im gesamten Verfahren der Finanzminister das Heft in der Hand, und die jeweiligen Sozialministerinnen dürfen Nebelkerzen werfen und der Öffentlichkeit Beruhigungspillen verabreichen. Das ist das Spiel, das Sie hier treiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das passt auch zu dem, was Ihr Fraktionsvorsitzender McAllister neulich als neue Losung ausgegeben hat, nämlich, die CDU müsse mehr Geschichten erzählen.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Helmhold, einen Moment bitte! - Es ist nicht erlaubt, im Plenarsaal mit Blitzlicht zu fotografie-

ren. Wenn Sie ein Blitzgerät benutzen wollen, machen Sie die Fotos bitte draußen.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Dabei hat er George W. Bush als leuchtendes Beispiel hingestellt. Der hat z. B. - und das war das Vorbild Ihres Fraktionsvorsitzenden - einem schwarzen Jungen gesagt, man müsste jetzt zwar die Wohlfahrtsleistungen streichen, aber dafür würde er ihn als ersten Menschen zum Mars schicken bzw. schießen. Ich bitte Sie: Allein aufgrund des Zynismus, der in diesem Beispiel liegt, sollte man es nicht verwenden.

Aber was wollen Sie denn den Menschen in Niedersachsen anbieten? - Ich stelle mir vor, Sie erzählen einem Migrantenkind folgende Geschichte: Du bekommst zwar keine echten Chancen, du bekommst keine wirkliche Sprachförderung, die Wahrscheinlichkeit, dass du zu den 10 % gehörst, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist sehr hoch, aber dafür - wenn du nur immer brav das CDU-Parteiprogramm auswendig lernst - kannst du eventuell Ministerpräsident werden. - Oder was sollen das für Geschichten sein, die Sie in Niedersachsen nach dem Vorbild von George W. Bush verbreiten wollen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

So etwas glaubt Ihnen doch niemand mehr. In Niedersachsen glaubt Ihnen sowieso niemand mehr. Das haben Sie ja am Wahlergebnis gemerkt, das Sie bei der Bundestagswahl eingefahren haben.

Für den Finanzminister, meine Damen und Herren, ist die Psychiatrie offenbar wirklich nichts als eine Ware, die nach Gewinnmaximierungsprinzipien verscherbelt wird. Aber auch das macht er falsch. Allein der Wert der Grundstücke beträgt 290 Millionen Euro. Warum er diesen Wert für geschätzte 100 Millionen Euro einem privaten Investor in den Rachen schmeißen will, bleibt mir unerfindlich. Das wird er uns auch noch zu erklären haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie beachten bei Ihren Verscherbelungsplänen doch überhaupt nicht, dass Sie damit jegliche Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Psychiatrie aus der Hand geben. Die weitere Dezentralisierung des Versorgungs-

sektors ist dringend notwendig. Die Psychiatriereform in Niedersachsen ist noch nicht zu Ende gebracht. Deswegen sollten Sie schleunigst mit bewährten und zuverlässigen regionalen Krankenhausträgern, die ja durchaus schon Interesse bekundet haben, ernsthaft reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch die Frauenpolitik hat in der Amtszeit der Vorgängerin dieser Sozialministerin schweren Schaden genommen. Wenn Frauen nur noch unter dem Label „Mütter“ oder „Gewaltopfer“ wahrgenommen werden, dann ist das eine äußerst eingeschränkte Perspektive. Daneben wurde den frauenpolitischen Strukturen schwer zugesetzt. Die Abschiebung der Frauenbeauftragten auf das Ehren- und Nebenamt wird in mehr und mehr Kommunen in Niedersachsen Wirklichkeit und schwächt dort die Einflussnahme der Frauen.

Im nächsten Jahr wollen Sie mit der Novelle des niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes Geld einsparen. Sie lassen Frauenprojekte ausbluten, und wenn es hart auf hart kommt, wie beispielsweise hier im Landtag beim Thema Zwangsprostitution, dann sind Sie kein verlässlicher Partner und verabschieden windelweiche Anträge. Hier ist dringend ein genereller Kurswechsel erforderlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, noch eine weitere Gruppe leidet schwer unter dieser Landesregierung. Den Behinderteneinrichtungen haben Sie jetzt bereits die dritte Nullrunde verordnet. Das geht nur auf Kosten der Qualität, und damit sparen Sie bei den Schwächsten der Gesellschaft. Auch hier führt der Finanzminister das Zepter, indem er die Tarifverhandlungen zwischen den Ländern und den Gewerkschaften blockiert und auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Millionen spart.

Ein Gleichberechtigungsgesetz gibt es immer noch nicht, und ich frage mich, ob diese Sozialministerin sich gegen die Innen- und Haushaltspolitiker durchsetzen und endlich die schwierigen Ressortabstimmungen durchführen kann, die angeblich immer noch im Raum stehen.

Lassen Sie mich noch kurz den letzten Trümmerhaufen erwähnen, nämlich das völlig zerrüttete Verhältnis zu den Wohlfahrtsverbänden, denen Sie

die Sozialpartnerschaft im Wesentlichen aufgekündigt haben - mit dem Gipfel, dass bei der 60-Jahr-Feier weder eine Ministerin noch der Staatssekretär vertreten waren.

Meine Damen und Herren, die Menschen im Land merken, was sie von Ihrer Art Sozialpolitik zu halten haben. Wer mit einem Lächeln und Geschichten erzählend durch die soziale Landschaft fährt und sie hinter sich in Trümmer schlägt, kommt auf Dauer damit nicht durch, meine Damen und Herren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat Herr Böhlke von der CDU das Wort.

Norbert Böhlke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der zur Verabschiedung anstehende Einzelplan 05 macht deutlich: Ein soziales Niedersachsen steht nicht im Widerspruch zu den Konsolidierungszwängen und dem Sparwillen in der Landespolitik.

(Beifall bei der CDU)

Wir kürzen nicht nach der Rasenmähermethode, wie das Frau Helmhold hier versucht deutlich zu machen, sondern wir prüfen sehr genau und entscheiden dann, wer vom Land bekommt - Geld, das aufgenommen werden muss. Es gibt auch keinen Vertrauensbruch im Zusammenhang mit dem Landesblindengeld, verehrte Kollegin. Wir haben in der Tat nach langer und ausführlicher Diskussion beschlossen, einen Systemwechsel beim Landesblindengeld herbeizuführen, nämlich darauf zu achten, dass nicht unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Betroffenen entsprechende Gelder gezahlt werden. Wir achten sehr wohl darauf, dass diejenigen, die ein geringes Einkommen haben, weiter entsprechend gefördert und unterstützt werden. Das ist Sozialpolitik, die wir uns auch leisten können und die wir im Sinne der Schwächeren in unserer Gesellschaft auch gern erbringen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Haushalt 2006 sind einige Akzente gesetzt, beispielsweise die Förderung der Jugendarbeit. Die CDU-Landtagsfraktion hat sich mit ihrem Antrag, die niedersächsische Jugendpolitik neu aus-

zurichten, bereits im Laufe des Jahres dafür eingesetzt, dass das Jahr 2006 zum „Jahr der Jugend“ erklärt wird. Im Haushalt finden sich 250 000 Euro, mit denen wir die finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir besondere Veranstaltungen und Initiativen in diesem Rahmen ermöglichen können.

Ziel moderner Jugendpolitik muss sein, die Jugendlichen auf ihrem Weg zu mündigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern zu unterstützen und den Jugendlichen entsprechende Hilfestellung zu gewährleisten, um ihre Persönlichkeit zu entwickeln; denn bekanntlich sind starke Persönlichkeiten weniger anfällig für Sucht, Gewalt und politischen Radikalismus. Mit dem „Jahr der Jugend“ wird deutlich: In Niedersachsen werden junge Menschen ernst genommen. Ihre Arbeit ist uns wichtig; sie wird entsprechend gefördert, unterstützt und anerkannt.

Die 44 Pro-Aktiv-Zentren in Landkreisen und kreisfreien Städten sowie die von uns geförderten über 100 Jugendwerkstätten bieten benachteiligten jungen Menschen wertvolle und erfolgreiche Unterstützung bei der beruflichen Eingliederung. Mehr als 18 000 junge Menschen haben im vergangenen Jahr dieses Angebot in Anspruch genommen, und mehr als die Hälfte von ihnen konnte in eine Ausbildung, eine Beschäftigung oder eine weiterführende Qualifizierungsmaßnahme vermittelt werden. Das ist ein gutes Ergebnis. Es macht deutlich, dass diese Mittel auch weiterhin zur Verfügung stehen müssen, damit wir hier unseren Beitrag leisten können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Entsprechend finden sich 15,2 Millionen Euro im Haushalt; dazu kommt noch die Kofinanzierung durch die Europäische Union mit etwa 20 Millionen Euro. Ich finde, das ist ein guter Ansatz bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Als weiteres Stichwort in dem Zusammenhang nenne ich die Schuldnerberatung. Hier ist auch vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit und der stetig steigenden Zahl von Privatinsolvenzen ein Akzent zu setzen. Insbesondere benachteiligte Jugendliche haben es schwer, die Schuldenspirale zu vermeiden bzw. sich aus einer Schuldenspirale zu befreien. Deshalb stellen wir in diesem Haushalt 100 000 Euro für die Schuldnerberatung junger Menschen zur Verfügung. Die Beratung junger Schuldner soll über den Bereich PACE erfolgen.

Hier sollen Beratungs- und Hilfsangebote entstehen, die frühzeitig eingreifen und eine schicksalhafte Entwicklung rechtzeitig stoppen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte auch, dass wir im Rahmen der freiwilligen Leistungen 20 000 Euro zusätzlich für die niedersächsische AIDS-Hilfe zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die erhöhten Mittel, die wir trotz der angespannten Finanzlage des Landes, auf die bereits mehrfach hingewiesen worden ist, als so genannte freiwillige Leistungen in Höhe von 47 Millionen Euro im Haushalt bereitgestellt haben, machen deutlich: Wir wollen bewusst und sehr bedacht in diesem Haushaltsplan entsprechende Akzente setzen und bieten somit Zuwendungsempfängern und engagierten Menschen im Sozialbereich entsprechende Unterstützung für ihre Arbeit.

Im Bereich Pflege möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, dass wir mit der Vorgabe erfolgreich vorankommen, dass die Investitionskostenförderung nach dem niedersächsischen Pflegegesetz entsprechend wahrgenommen wird. Die Förderung stärkt die häusliche Pflege und hilft, dauerhafte Heimaufenthalte zu vermeiden.

(Beifall bei der CDU)

Dafür haben wir rund 3,5 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt aufgenommen, sodass hier insgesamt 40 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Bei der Anpassung schlägt vor allem die in den letzten Jahren gestiegene Inanspruchnahme von eingestreuter Kurzzeitpflege zu Buche.

Ein anderes Stichwort ist die Städtebauförderung. In diesem Haushalt ist erkennbar, dass die im Jahr 2005 ausgesetzte Förderung nunmehr wieder aufgenommen wird. Wir haben für das Normalprogramm Mittel in Höhe von 10,2 Millionen Euro und für das Programm „Soziale Stadt“ noch einmal 6,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Kofinanzierung steht eine Summe von knapp 50 Millionen Euro für Städtebauförderungsinvestitionen zur Verfügung. Damit ziehen die in diesem Bereich investierten Gelder der öffentlichen Hand in Niedersachsen das etwa Siebenfache der vergleichbaren privatwirtschaftlichen Investitionen nach sich.

Weiterhin sollen für die Krankenhausinvestitionen gemäß den haushalterischen Voraussetzungen zur Finanzierung der laufenden Baumaßnahmen im Jahre 2006 rund 80 Millionen Euro an die Krankenhausträger ausgezahlt werden. Rund weitere 100 Millionen Euro wurden für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter, für Pachten, Mieten und Darlehenslasten bewilligt. Im Haushalt für das Jahr 2006 stehen damit insgesamt 181 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung. Damit sichern wir die Krankenhausversorgung sowohl in den Zentren als auch, was uns sehr am Herzen liegt, in der Fläche. Das ist eine herausragende Leistung, die einen besonderen Schwerpunkt der Sozialpolitik darstellt. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass wir für diese Legislaturperiode ca. 100 Millionen Euro mehr für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung stellen werden sowie im Investitionsvolumen für die Jahre 2004 bis 2007 noch einmal eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 480 Millionen Euro. Das sind gute Voraussetzungen, um eine entsprechende Sozialpolitik im Krankenhausbereich zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Zum Abschluss noch ein Wort zur Privatisierung der Landeskrankenhäuser. Frau Helmhold hat in diesem Zusammenhang von „Trümmern“ gesprochen. Ich frage mich ganz ernsthaft, ob das wirklich die richtige rhetorische Wahl war.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ja!)

Ich empfinde das, was Sie hier vorgetragen haben, als Trümmerbruch; denn hier steht immer wieder deutlich, sowohl von der Ministerin als auch von den zuständigen Stellen

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wer sind denn die zuständigen Stellen im Ministerium?)

als auch von den Fraktionen der CDU und der FDP getragen, dass wir keine Veräußerung um jeden Preis befürworten, sondern wir haben ganz klare Bedingungen formuliert, die sicherstellen, dass letztlich alle von dieser Maßnahme, wenn sie denn realisiert wird, profitieren: Patienten, Beschäftigte und das Land. Das heißt: Die Rechte der Beschäftigten in den Landeskrankenhäusern müssen gewahrt bleiben. Die patientengerechte Qualitätssicherung ist zu gewährleisten. Im Maßregelvollzug müssen auf jeden Fall diejenigen Maßnahmen und

Leistungen, die den grundrechtsrelevanten Kernbereich betreffen, in staatlicher Hand bleiben. Die Ausbildungsangebote müssen verbindlich festgeschrieben werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das wird der Maßstab sein, an dem wir die konkreten Angebotsergebnisse zu bewerten haben. Das wird im Übrigen, Frau Helmhold und andere Kritiker, auch der Maßstab für Sie sein, uns an unserer Entscheidungsfindung zu messen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Davon sind Sie überzeugt?)

Aber hier gilt selbstverständlich grundsätzlich: Wer sich immer von Sparzwängen ins Bockshorn jagen lässt, kann keine kreative Politik betreiben. Kreativität ist aber notwendig, um trotz der Sparzwänge eine gerechte Politik zu betreiben. Dies bietet der Einzelplan 05. Dafür werden wir auch weiterhin werben. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Frau Kohlenberg das Wort.

Gabriela Kohlenberg (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus Japan stammt der Ausspruch: „Die größte Kulturleistung eines Volkes sind die zufriedenen Alten.“ Dabei muss jedoch jeder im Hinterkopf behalten, dass die Alten alles andere als eine homogene Gruppe sind. Es gibt die so genannten jungen Alten, die mitten im Leben stehen, reisen und Ehrenämter übernehmen, aber es gibt auch die Senioren, die schwach, hilflos und pflegebedürftig sind. Der Anteil der Hochbetagten an der Bevölkerung wird in Zukunft deutlich steigen.

Nicht nur ihretwegen, aber auch ihretwegen müssen wir uns in Zukunft verstärkt mit dem Thema „humanes Sterben“ beschäftigen. Ich bin sehr froh, dass wir, die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP, dieses Thema in den letzten Monaten wiederholt auf die Tagesordnung gesetzt und auf Fachtagungen diskutiert haben. Uns als CDU-Fraktion liegt der große Bereich humanes Sterben aus unserer christlichen Verantwortung heraus besonders am Herzen. Deshalb sprechen wir es auch ganz bewusst und immer wieder an, auch

und gerade um die Botschaft nach draußen, zu den Menschen im Lande zu tragen: „Ihr seid nicht verlassen oder auf dubiose Sterbehilfvereine angewiesen. Es gibt andere Wege. Wir kümmern uns.“

Ich bin unserer neuen Sozialministerin Frau Ross-Luttmann außerordentlich dankbar, dass sie noch einmal klargestellt hat, wie unsere Maxime lautet: „Nicht durch, sondern an der Hand eines anderen Menschen soll ein Mensch sterben.“

(Beifall bei der CDU)

Wir stellen 250 000 Euro zur Verfügung, um das in Niedersachsen bestehende Netz an palliativmedizinischen und hospizlichen Einrichtungen und Dienstleistungen weiterzuentwickeln und effizienter zu gestalten. Dieses Geld soll nicht einer Einrichtung oder einem Pflegedienst zugute kommen, sondern es soll dazu dienen, die bestehenden Einrichtungen zu vernetzen und Stützpunkte einzurichten. Diese Stützpunkte sollen vor Ort an jeweils vorhandene Strukturen angebunden und darauf weiter aufgebaut werden.

Ein gutes Beispiel sind die Mehrgenerationenhäuser, bei denen es uns gelungen ist, die schon bestehenden Strukturen weiterzuentwickeln. Nach diesem Vorbild kann auch die flächendeckende palliativmedizinische und hospizliche Versorgung weiter aufgebaut werden;

(Beifall bei der CDU)

denn es gibt mittlerweile eine ganze Palette von Einrichtungen, die sich um Sterbende kümmern. Sie leisten hervorragende Arbeit, oft mit einem großen ehrenamtlichen Einsatz. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es liegt auf der Hand, dass sie noch besser arbeiten könnten, wenn sie in ein Netz von Gleichgesinnten eingebunden sind, sich austauschen und von den Erfahrungen der anderen profitieren können.

Wir setzen das, was zurzeit möglich ist, um. Wir haben 0,25 Millionen Euro zusätzlich eingestellt - zusätzlich, nicht irgendwo weggenommen. Ich finde, das ist ein Anfang, auf den wir stolz sein können,

(Beifall bei der CDU)

ein Fundament, auf das wir in den nächsten Jahren aufbauen können. Denn es ist und bleibt unser Ziel, in Niedersachsen eine gute, flächendeckende schmerzmedizinische Versorgung zu schaffen und zu unterstützen, damit Menschen friedlich, ohne Angst vor Einsamkeit und unerträglichen Schmerzen Abschied vom Leben nehmen können. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Schwarz von der SPD-Fraktion.

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums und insbesondere bei Herrn Hinrichs und seiner Mannschaft für die prompte Zuarbeit im Rahmen der Haushaltsberatung bedanken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle Ihnen, sehr geehrte Frau Ross-Luttmann, noch einmal herzlich zu Ihrer Ernennung als Sozialministerin gratulieren. Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand im Interesse der benachteiligten und gehandicapten Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Wir verbinden Ihre Ernennung mit der Hoffnung, dass Selbstinszenierung wieder durch sachorientierte Politik ersetzt wird. Sie haben die Parlamentsarbeit selbst kennen gelernt. Deshalb erwarte ich, dass Parlament und Fachausschuss wieder ernst genommen werden. Dazu gehört auch, dass Gesetzesvorhaben nicht regelmäßig im Schweinsgalopp durch den Ausschuss gepeitscht werden sollen, und dazu gehört auch, dass das Ministerium bei wichtigen Themen im Ausschuss wieder durch die Hausspitze und ansonsten durch die Abteilungsleiterebene vertreten wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn der Ministerpräsident über Ihre Vorgängerin festgestellt hat, „Frau von der Leyen habe in Nie-

dersachsen bewiesen, wie erfolgreiche Sozialpolitik gemacht wird“, so mag dies aus der Sicht des Ministerpräsidenten und des Finanzministers stimmen. Aus der sozialpolitischen Szene jedenfalls weint der ehemaligen Sozialministerin keiner eine Träne nach, und aus Teilen der CDU anscheinend auch nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Muss man hier nachtreten? - Zuruf von der CDU: Unerhört!)

- Von wegen „unerhört“! Wenn Sie darauf bestehen, lese ich Ihnen einmal die Presseberichterstattung in der HAZ vom 12. Oktober vor; ich weiß nicht, ob Sie es dann immer noch so sehen.

Von der ersten Regierungsminute an hatte sich die ausgeschiedene Sozialministerin nicht schützend vor die ihr anvertrauten Menschen gestellt, sondern sie war vielmehr die Speerspitze eines in diesem Ausmaß noch nie erfolgten Sozialabbaus in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die sozial-, familien- und jugendpolitische Bilanz der Landesregierung ist nach drei Jahren verheerend.

(Norbert Böhlke [CDU]: Überhaupt nicht!)

Frau von der Leyen hat viel verbrannte Erde hinterlassen und viel Vertrauen zerstört. Zum Beispiel mit dem Landespflegegesetz 2005: Die gesamten Landesmittel für die stationäre Altenpflege wurden gestrichen, angeblich für eine Stärkung von ambulant vor stationär. Ergebnis: Über 10 000 Menschen wurden zusätzlich in die Sozialhilfe gedrängt und werden jetzt in Mehrbettzimmern untergebracht. Ein Lebensabend ohne Privat- und Intimsphäre - ich finde, eine würdelose Leistung für eine christliche Partei!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Behindertenpolitik hingegen wird mit der Abrißbirne betrieben.

(Anneliese Zachow [CDU]: Jetzt reicht es aber!)

Noch im Januar 2003 stellte der jetzige Ministerpräsident fest:

„Psychologische Beratung, Obdachlosen- und Nichtsesshaftenhilfe dürfen nicht infrage gestellt werden.“

Tatsächlich haben Sie dieses Jahr die Mittel für die Obdachlosenhilfe ersatzlos gestrichen. Die Zuschüsse für geistig Behinderte in Nachsorgeeinrichtungen wurden auf null gesetzt. Im nächsten Jahr werden die Zuschüsse für geistig behinderte Menschen in Wohngemeinschaften ebenfalls auf null gestellt. Das, meine Damen und Herren, ist genau das Gegenteil der Versprechungen des Ministerpräsidenten. Ich finde, Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit sehen anders aus.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Noch in seiner Regierungserklärung hatte der Ministerpräsident erklärt:

„Wir müssen vor allem den sozialen Einrichtungen Planungssicherheit geben.“

Tatsächlich zwingt diese Landesregierung den Behinderteneinrichtungen 2006 die dritte Nullrunde in Folge auf. Das entspricht einer faktischen Kürzung von drei Mal 14 Millionen Euro. 42 Millionen Euro entziehen Sie den Behinderteneinrichtungen - eine wahrlich gigantische Summe.

(Minister Walter Hirche: Alles Ihre alten Schulden!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Warten Sie bitte, Herr Schwarz! - Herr Minister, es ist nicht zulässig, von der Regierungsbank aus Zwischenrufe zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Aber Recht hat er! Wir übernehmen den Zwischenruf gerne!)

Uwe Schwarz (SPD):

Dennoch ist es entlarvend, wenn sie von dort kommen, meine Damen und Herren.

Das bedeutet: Weniger Fachkräfte, Flucht aus Tarifverträgen und vor allem weniger Zeit für Zu-

wendungen gerade für Schwerst- und Mehrfachbehinderte.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Geld kommt ja von der Bank!)

Meine Damen und Herren, „sauber, satt und ruhig“ war das Motto der Behindertenpolitik der 50er-Jahre. Sie befinden sich fatalerweise auf dem Weg dorthin zurück.

(Beifall bei der SPD - Anneliese Zachow [CDU]: Also, das ist eine Unverschämtheit!)

- Ich finde es auch eine Unverschämtheit, den Schwächsten dieser Gesellschaft 42 Millionen Euro wegzunehmen. In der Tat, Frau Zachow!

(Beifall bei der SPD - Bernd Althausmann [CDU]: Lass ihn, er kann doch gar nicht anders! Er ist doch verbittert!)

Dass die Behinderten in diesem Land immer noch auf das wiederholt vollmundig angekündigte Behindertengleichstellungsgesetz warten, vervollständigt dieses Bild nur noch. In ganz Deutschland gibt es nur noch zwei Bundesländer, die den Behinderten die gesetzliche Absicherung ihrer Rechte verweigern. Niedersachsen ist natürlich eines dieser Länder.

Und wenn Sie das schon anmerken: Der seinerzeit von der SPD-Landesregierung eingebrachte Gesetzesentwurf ging Ihnen damals nicht weit genug. Sie selber bekommen auch im dritten Jahr dieser Regierung noch nicht einmal eine Vorlage zustande. Ich finde, das ist wahrlich ein Offenbarungseid gegenüber dem Umgang mit Behinderten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Ein Armutszeugnis!)

Die faktische Streichung des Landesblindengeldes zum Jahresbeginn hat unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Seit Anfang des Jahres stieg der Anteil blinder Menschen in Niedersachsen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, von 10 auf 25 %. Der Blindenverband stellte dazu fest:

„Kann es die CDU/FDP-Landesregierung verantworten, dass schon heute der Anteil blinder Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, doppelt so hoch ist wie in anderen Bevölke-

rungsschichten und in zwei Jahren
 fünfmal so hoch sein wird?“

Meine Damen und Herren, blinde Menschen, die wie jeder andere z. B. eine angemessene Alterssicherung betrieben oder einen Notgroschen zurückgelegt haben, erhalten keine Leistungen mehr. Die Landesregierung verordnet diesen Menschen ein Leben in Armut. Letztendlich schiebt sie dadurch Blinde in Pflegeheime ab. Der noch von Frau von der Leyen eingerichtete Härtefallfonds ist grandios gescheitert. Frau Ministerin erklärte heute Morgen in der Zeitung, die Kriterien des Fonds zu ändern, „damit den Blinden die Teilhabe am Leben stärker ermöglicht wird“. Meine Damen und Herren, Sie haben deren Teilnahme doch erst zerstört! Das ist doch die Realität.

(Beifall bei der SPD und bei den
 GRÜNEN)

Ich finde es gut, dass sich die Blinden durch diese Almosenverteilung nach Gutsherrenart ihr Selbstwertgefühl nicht nehmen lassen.

Damit ist es ja noch nicht zu Ende. Anstatt diese Fakten zu korrigieren, planen Sie, noch nachzulegen. Die Landesregierung versucht nun auch noch, das Landesbildungszentrum für Blinde möglichst schnell loszuwerden. Der Begriff der „sozialen Kälte“ ist für dieses Verhalten noch schmeichelhaft.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ross-Luttmann hat in einer Pressemitteilung vom 4. Mai dieses Jahres festgestellt:

„Gerade im Umgang und bei der Förderung von Menschen mit Behinderungen setzen CDU und FDP einen deutlichen finanziellen Schwerpunkt. Damit geben wir behinderten Menschen mehr Autonomie.“

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich weiß nicht, wer das damals aufgeschrieben hat. Aber für behinderte und insbesondere blinde Menschen ist das der blanke Hohn, und davon haben sie von Ihrer Vorgängerin noch mehr als genug.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat in ihrem Haushaltsantrag das Blindengeld komplett wieder eingestellt und finanziert.

Ich bin mir sicher: Das niedersächsische Wahlergebnis für die CDU bei der Bundestagswahl war der erste Schuss vor den Bug. Das Volksbegehren des Blindenverbandes wird der nächste werden, und den haben Sie auch dringend nötig.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Scheitern in der Behindertenpolitik will die Landesregierung nun mit dem „Jahr der Jugend“ punkten. Wir sind uns darin einig, dass das Jahr 2006 das „Jahr der Jugend“ werden soll. Faktisch hat die Jugendpolitik bei der bisherigen Sozialministerin überhaupt nicht stattgefunden,

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch
 nicht!)

allenfalls in Form von Kürzungen: Kürzungen beim Kinder- und Jugendschutz, Kürzungen bei den Trägern der Jugendarbeit um satte 75 % sowie komplette Streichung des Kinder- und Jugendplans in Höhe von 2,6 Millionen Euro. Der mehrfach von Frau von der Leyen angekündigte Landesaktionsplan für den Kinder- und Jugendschutz besteht noch nicht einmal im Entwurf. Bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gibt es einen Dauer-Zuständigkeitsstreit zwischen dem Sozial- und dem Wirtschaftsministerium.

(Walter Hirche [FDP]: Kompletter Un-
 sinn!)

Die ausschließlichen Verlierer dieser Untätigkeit sind die Jugendlichen. Das Ergebnis, meine Damen und Herren, ist: Die Jugendarbeitslosigkeit entwickelt sich in Niedersachsen im Gegensatz zum Bundestrend zusehends negativ.

(Beifall bei der SPD)

Sonntags reden Sie davon, dass Kinder und Jugendliche unsere Zukunft sind, und alltags, mit Ihrer tatsächlichen Politik, lassen Sie sie im Regen stehen. Das ist die Realität in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Da ich gerade bei der Kinder- und Jugendpolitik bin: Wir reden hier mehrfach übereinstimmend über die Versorgung von Schwerstkranken, und ausgerechnet bei schwerstkranken Kindern wird der schon einmal deutlich reduzierte Ansatz erneut um 129 000 Euro gekürzt. Ich finde das wirklich abenteuerlich und ungeheuerlich.

Da führt die Landesregierung einen fruchtlosen Streit über das mögliche Verbot von Dignitas, anstatt sich konkret darum zu kümmern, dass die Versorgung von Schwerstkranken und Sterbenden tatsächlich endlich verbessert wird. Seit über einem Jahr liegt der einstimmige Beschluss des Landtags auf dem Schreibtisch der Sozialministerin, ein Konzept für die Weiterentwicklung der palliativmedizinischen Versorgung in Niedersachsen vorzulegen. Außer Fensterreden und unverbindlichen Ankündigungen ist bis heute so gut wie nichts geschehen.

Das ist übrigens nicht das einzige Thema, bei dem deutlich geworden ist und deutlich wird, wie ignorant unter Frau von der Leyen mit Beschlüssen des Parlaments umgegangen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Frauenpolitik im Lande Niedersachsen ist nach der ersatzlosen Streichung aller Frauenprojekte auf das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ begrenzt worden. Dabei ist es falsch, Vereinbarkeit und Gleichberechtigung gegeneinander auszuspielen. Aber unabhängig davon: Im 100-Tage-Programm der Landesregierung wurden angekündigt neue Konzepte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für den haushaltsnahen Dienstleistungsbereich, für Elternschaft und Beruf und für familienfreundliche Betriebe. Nichts davon ist bis heute erfolgt. Stattdessen wurden auf der Bundesebene das Tagesstättenausbaugesetz, der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und das geplante Elterngeld von der Sozialministerin massiv bekämpft. Dass sie nun als Bundesfamilienministerin mit Inbrunst für diese sozialdemokratische Familienpolitik eintritt, ist nicht nur Ironie des Schicksals, sondern spricht für die bekannte Wendigkeit. Ich hoffe allerdings, meine Damen und Herren, dass diese Inhalte nun von der Landesregierung unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Das hoffen wir auch!)

Herr McAllister hat vor wenigen Tagen in der Presse erklärt, die CDU muss Geschichten erzählen. Ich finde, damit haben Sie wirklich überhaupt kein Problem. Nach Ihrem aktuellen Bestseller zum Landesblindengeld aus dem vergangenen Jahr haben Sie sich nun mit gleicher Verbohrtheit den Landeskrankenhäusern zugewandt. Während private Krankenhausträger auf Anraten dieser Landesregierung kooperieren und fusionieren, machen

Sie selbst bei den Landeskrankenhäuser genau das Gegenteil: Sie zerlegen ein hoch profitables Landesunternehmen, das allein im Jahre 2003 dem Finanzminister 10 Millionen Euro in die Tasche gespielt hat, in mehrere Einzelteile. Drei Jahre lang wurde der Öffentlichkeit erklärt, dass kein Anlass besteht, die öffentliche Trägerschaft in Frage zu stellen. In Wirklichkeit wurde die ausschließlich ideologisch geprägte Privatisierung hinter den Kulissen knallhart vorbereitet. Sie haben Patientinnen und Patienten, aber auch Beschäftigte arglistig getäuscht, und Sie versuchen diese Nummer weiter. Während die neue Ministerin gestern vor 1 000 Demonstranten Gesprächsbereitschaft signalisiert, wird sie schon vor ihrem Amtsantritt vom Finanzminister vorgeführt. In ihrer Haushaltsklausur vom 14. November haben die Koalitionsfraktionen u. a. beschlossen - Herr Böhlke hat das noch einmal deutlich gemacht -: Prüfung von Alternativen, Wahrung der Rechte von Beschäftigten, Fortführung der Ausbildungsplatzangebote und patientengerechte Qualitätsstandards. In der EU-Ausschreibung des Finanzministers vom 21. November 2005 findet sich davon nichts, aber auch gar nichts wieder, meine Damen und Herren.

(Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo übernimmt den Vorsitz)

Darin werden ausschließlich die Vorbereitung der Privatisierung und die Schaffung von 200 Plätzen im Maßregelvollzug als Auftrag beschrieben.

(Bernd Althusmann [CDU]: Stimmt doch überhaupt nicht! - Zuruf von der CDU: Das hat er nicht gelesen!)

- Ich habe es gelesen. Wir können das ja vergleichen. Vielleicht haben Sie eine Fassung für Ihre Fraktion und ich habe die, die öffentlich verkündet wurde.

(Bernd Althusmann [CDU]: Ja, ja, genau so arbeiten Sie auch!)

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Arroganz der Macht Sie schon zur Halbzeit Ihrer Regierungstätigkeit unterwegs sind. Machen Sie nur weiter so! Zukünftig werden Sie von dieser selbstgefälligen Politik nicht mehr mit dem Hinweis auf die Bundesregierung ablenken können.

(Beifall bei der SPD)

Die aufgebrachten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Häusern sollte Herr Staatssekretär Hoofe

beruhigen. Die Ministerin selber hatte kein einziges Haus besucht, und auch der Ministerpräsident hält sich vornehm zurück.

(Heidmarie Mundlos [CDU]: Die neue Ministerin hört allen zu!)

Es ist auch klar, warum. Die Landeskrankenhäuser gehören qualitativ zu den besten. Auch der Maßregelvollzug ist im Hinblick auf die therapeutische Effizienz und Sicherheit bundesweite Spitze. Der Ausbau des Maßregelvollzugs ist auch ohne Verkauf der Landeskrankenhäuser zu leisten.

Der Verwaltungsdirektor der privatisierten thüringischen Landeskrankenhäuser hat in einer SPD-Veranstaltung klargestellt: Erstens. Privatisierung bewirkt nichts, was nicht auch durch Kosten- und Konfliktmanagement gelöst werden kann. Zweitens. Kommerzielle Privatisierungen bewirken bei der üblichen Umsatzrendite von 20 % bis 30 % keine Kosten-, aber Personalminimierung. Drittens. Arbeitsplatzsicherung findet statt, aber höchstens für ein Jahr. Dann gibt es einen Haustarif. Viertens. Die Klagefreudigkeit der Träger gegenüber dem Land und Kostenträger nimmt deutlich zu. Billiger wird es für das Land nicht, sondern mittelfristig teurer. Fünftens. Eine neue Variante der Dreh- türpsychiatrie droht.

Meine Damen und Herren, das sind alles Rat- schläge und Hinweise aus der gebündelten Fach- welt, die Sie ignorieren. Damit verbunden ist ein massiver Vertrauensverlust dieser Landesregie- rung, der uns - das werden Sie mir nachsehen - politisch nicht wirklich belastet. Aber dass Sie bar dieser Vernunft und gegen jede Vernunft auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten und der Beschäftigten diese Auseinandersetzung austragen und dazu auch noch nachhaltig die finanziel- len Interessen des Landes schädigen, werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Allen Beteiligten ist klar, dass es zu einer Neuauf- stellung der Landeskrankenhäuser kommen muss. Sowohl der Landesrechnungshof als auch das Gutachten von ver.di haben überzeugende Alternativen aufgezeigt, die wir inhaltlich teilen.

In einem Interview mit der *NP* hat der Ministerprä- sident vor drei Tagen gesagt: Wir sollten uns zum Anwalt der Bürger machen, statt in volkswirtschaft- lichen Kategorien über ihre Köpfe hinweg zu re-

den. - Meine Damen und Herren, dann fangen Sie einfach mal an! Fangen Sie in den Landeskran- kenhäusern und bei den psychisch Kranken und deren Angehörigen an! Dort haben Sie reichlich Gelegenheit, die Worte des Ministerpräsidenten umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die neue Ministerin Frau Ross-Luttman hat eine schwere Hypothek übernommen. Die alte Ministerin hatte ihre Aufga- be als Halbtagsjob begriffen, und das Ministerium war monatelang führungslos. Das Verhältnis zu den Wohlfahrtsverbänden und Sozialverbänden ist inzwischen tief zerrüttet. In der Geschichte Nieder- sachsens hat es bisher zwei Krisengipfel der Wohlfahrtsverbände gegeben - beide in der kurzen Amtszeit der Landesregierung.

Die SPD-Fraktion bietet der neuen Ministerin die Zusammenarbeit an, um für die Betroffenen end- lich die sozialpolitische Geisterfahrt dieser Landes- regierung zu beenden und zum sozialen Nieder- sachsen zurückzukehren.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der FDP - Walter Hirche [FDP]: Der Spe- zialist für rote Zahlen)

- Herr Hirche, wer eine solche Bilanz vorzuweisen hat wie Sie in der Wirtschaftspolitik, sollte über- haupt keinen Ton sagen.

(Beifall bei der SPD - Reinhold Hilbers [CDU]: Das müssen Sie gerade sa- gen! Ihre Bilanz aus der Regierungs- zeit ist doch katastrophal!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen genau so deutlich: Sollten Sie jedoch die Politik Ihrer Vor- gängerin des blinden und ideologisch motivierten Abräumens fortsetzen, dann werden wir diese Politik genauso wie bisher entschieden bekämp- fen. - Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Jetzt hat die Kollegin Gabriele Jakob von der CDU- Fraktion das Wort.

Gabriele Jakob (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Frau Helmhold, wenn ich Sie zur Frauenpolitik höre, stelle ich immer wieder fest, dass Sie von dem wirklichen Leben der Mehrheit der Frauen überhaupt keine Ahnung haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Sie wollen den Frauen Ihre Vorstellungen aufdrücken. Die CDU-Fraktion wird aber eine Frauenpolitik verfolgen, die sich an den Lebensentwürfen von Frauen orientiert.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Herr Schwarz, Ihnen möchte ich sagen: Von Ihnen haben wir nichts anderes erwartet. Sie lügen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Lügen? Was ist das denn? Frau Kuhlo, darf man „Lügen“ sagen?)

Sie haben uns dieses Erbe hinterlassen und haben noch nicht einmal ein Schamgefühl, hier so aufzutreten.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sehr schön, Frau Präsidentin! - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

Meine Damen und Herren, Margaret Thatcher hat einmal festgestellt: Es ist schade - - -

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sehr gut! Sehr gut! Das steht so auf dem Zettel! - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

- Sie können das ruhig im Ältestenrat besprechen. Damit habe ich keine Probleme.

Margaret Thatcher hat einmal festgestellt - - -

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Frau Jakob, bitte unterbrechen Sie einen Moment! Es bestehen hier Unklarheiten über Ihre Wortwahl.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Bei Ihnen, bei uns nicht!)

Ich habe nichts gehört.

(Widerspruch bei der SPD)

- Ich sage, es bestehen Unklarheiten. Ich habe es nicht gehört. Frau Saalman sagt, sie hat etwas gehört. Frau Jakob, würden Sie bitte das richtig stellen, was Sie gesagt haben, damit hier Klarheit besteht.

Gabriele Jakob (CDU):

Ich weiß ja nicht, was hier kritisiert wird.

(Heiterkeit)

Dann muss die Opposition sagen, was ihr nicht gefällt. Etwas anderes kann ich dazu jetzt nicht sagen. Wollen wir jetzt die Sitzung unterbrechen, oder wollen wir jetzt weiter fortfahren?

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Vielleicht klären Sie das im Anschluss an die Debatte.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wenn dann noch Unklarheiten bestehen, wird das Präsidium das wieder aufnehmen. Bitte schön, Sie haben jetzt das Wort, Frau Jakob.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Gut gehandelt!)

Gabriele Jakob (CDU):

Meine Damen und Herren, Margaret Thatcher hat einmal festgestellt: Es ist schade, dass sich nicht mehr Politiker wie Hausfrauen verhalten. Eine gute Hausfrau hält ihr Haus in Ordnung und gibt nicht mehr aus, als sie einnimmt. - Sie hat Recht. Denn wir wissen, dass die Schulden von heute morgen von unseren Kindern und Enkeln bezahlt werden müssen. Das ist verantwortungslos.

Die Finanzlage unseres Landes ist dramatisch. Wir haben gestern im Plenum schon darüber gesprochen. Trotz notwendiger harter Einsparungen in allen Bereichen, um die Schulden Niedersachsens für 2006 erneut zu verringern, ist es uns gelungen, wichtige Schwerpunkte von Sparmaßnahmen zu verschonen.

Wichtig sind für uns die Familienförderung, der Gewaltschutz für Frauen und Kinder und die berufliche Integration. Für Maßnahmen zur Beratung und zum Schutz von Mädchen und Frauen in Problemsituationen sind wiederum insgesamt

3 Millionen Euro eingeplant. Für die 40 Frauenhäuser stehen 2,2 Millionen Euro zur Verfügung. Die 27 Notrufe und Beratungsstellen gegen sexuellen Missbrauch an Frauen und Mädchen unterstützen wir mit 640 000 Euro.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frauen, die von Zwangsprostitution und Frauenhandel betroffen sind, bieten wir Beratung und Schutzwohnungen an. Hierfür sind im Haushalt 350 000 Euro vorgesehen.

(Heidrun Merk [SPD]: Und kürzen gleichzeitig!)

- Frau Kollegin, Sie waren im letzten Jahr noch nicht im Landtag. Wir haben im letzten Jahr in diesem Bereich 77 000 Euro draufgesattelt. Also bitte!

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Axel Plaue [SPD]: Die Kollegin ist seit 1986 Mitglied!)

- Entschuldigung, Frau Merk.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dann ist das ja noch schlimmer; denn Sie müssten das ja wissen. Also haben Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe bei der SPD)

Beratungsstellen, die im Bereich „Gewalt gegen Kinder“ arbeiten, sowie die Kinderschutzzentren in Hannover und Oldenburg werden mit rund 740 000 Euro gefördert. Die BISS-Stellen werden 2006 flächendeckend ausgebaut. Die Opposition hatte ja Zweifel; aber wir reden nicht nur, sondern wir handeln.

(Heidrun Merk [SPD]: Und wie! Das merkt man!)

Für diesen wichtigen Bereich stehen jetzt 809 000 Euro zur Verfügung. Frau Merk, das ist richtig. Sie haben es gemerkt, und wir haben es getan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft. Sie alle kennen die demografische Entwicklung. Es werden immer weniger Kinder geboren. Das wird sich nicht

ändern, wenn wir nicht entsprechende Rahmenbedingungen herstellen; denn die modernen Frauen wollen beides: Kinder und Karriere. - Mit dem Programm FIFA zur Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt werden Mittel für den Tagesmütterbereich zur Verfügung gestellt; denn Tagesmütter sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unverzichtbar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir fördern damit auch innovative Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben bzw. zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es werden insbesondere Berufsrückkehrerinnen, Empfängerinnen von Arbeitslosengeld I und II, Migrantinnen und behinderte Frauen gefördert. Existenzgründerinnen bieten wir Beratung und Qualifikation. Es ist uns gelungen, mit FIFA Projekte auf Teilzeitbasis zu installieren. Hiermit ermöglichen wir Frauen eine anerkannte Erstausbildung, damit sie die Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Hierfür stellen wir 2,3 Millionen Euro aus Landesmitteln zur Verfügung; hinzu kommen noch 6 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds.

(Bernd Althusmann [CDU] gibt der Rednerin ein Zeichen, auf die Redezeit zu achten)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Aspekt sind die Koordinierungsstellen. Neben ihren vielfältigen Beratungs- und Qualifizierungsangeboten für Frauen sind die Koordinierungsstellen in den vergangenen Jahren zu einem Motor für ein Netz von Unternehmen geworden, die sich familienbewusste Personalpolitik auf die Fahne geschrieben haben. Auch hier haben wir den richtigen Weg beschritten.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in der Gesellschaft Vorbilder für die berufliche Gleichstellung. Hier haben die öffentlichen Verwaltungen eine Vorbildfunktion. Das Niedersächsische Gleichstellungsgesetz legt hier neue Strategien fest.

(Bernd Althusmann [CDU] begibt sich auf den Platz des Abgeordneten Wolfgang Jüttner [SPD] und schwenkt eine rote Lampe - Werner Buß [SPD]: Aufhören! - Heiterkeit)

Wir müssen feststellen: Auch nach zehn Jahren NGG sind Frauen in Führungspositionen noch immer unterrepräsentiert.

Nun zum Stichwort „Mehrgenerationenhäuser“.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir werden auch in diesem Jahr das Erfolgsmodell weiter ausbauen. Hierfür stehen 1,2 Millionen Euro zur Verfügung.

(Bernd Althusmann [CDU]: Aufhören!
- Hans-Hermann Wendhausen [SPD]:
Zugabe!)

Meine Damen und Herren, ich höre, ich muss aufhören.

(Zurufe von der SPD: Nein, nein!)

Ich könnte noch anhand einer ganzen Reihe von Punkten berichten, was wir alles in der Familien- und Frauenpolitik leisten. Aber wir machen das in einer anderen Plenarsitzung. - Vielen Dank, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Lachen bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Frau Kollegin Meißner von der FDP-Fraktion, Sie haben jetzt das Wort.

(Zurufe von der SPD: Aber nichts mit
„Lügen“ sagen! - Auch wenn das nie-
mand hört!)

Gesine Meißner (FDP):

Oder auch doch! - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Helmhold, Sie waren - wie wir es kennen - aggressiv und laut. Aber wer laut ist, hat deswegen noch nicht immer Recht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Schwarz war nicht so laut, hat aber deswegen auch nicht unbedingt immer Recht.

(Zurufe bei der SPD)

- Wenn Sie auf der linken Seite nun versuchen, bei mir laut zu sein nach dem Motto „Dann kann man sowieso nichts hören“, wie Sie es gerade gesagt haben, Frau Stief-Kreihe, dann haben Sie damit auch nicht Recht. Das hilft uns überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich fand es auch nicht besonders fair, dass Sie die Kollegin Jakob hier einfach übertönt haben.

(Zurufe von der SPD)

Haushaltsberatungen bedeuten auch, dass man sich mit einer Sache inhaltlich auseinandersetzt. Wir können sehr wohl unterschiedlicher Meinung sein - das ist völlig klar -, aber dann muss man zumindest auch einmal zuhören und den anderen die Möglichkeit lassen zu reden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mal schauen, ob das jetzt bei mir klappt.

(Erhard Wolfkühler [SPD]: Jetzt geht's los!)

- Jetzt geht's los! Ganz genau, Herr Plaue, jetzt geht's los.

(Axel Plaue [SPD]: Ich war das nicht! -
Erhard Wolfkühler [SPD] lacht)

Ich werde auf die Punkte eingehen, bei denen wir angegriffen worden sind, aber werde selbstverständlich auch ein paar weitere Punkte benennen, die mir wichtig sind.

Ich beginne mit einem Bereich, der schon genannt worden ist, den ich aber trotzdem noch einmal anspreche, weil ich ihn für sehr wichtig halte, nämlich die Palliativmedizin. Das Stichwort „Dignitas“ ist schon gefallen. Wir haben hierzu in unserer Fraktion eine Anhörung durchgeführt. Wir meinen, dass Verbote hier überhaupt nicht weiterhelfen, sondern man muss die Sorgen der Menschen ernst nehmen und ihnen Alternativen anbieten. Diese Alternativen sind die Palliativmedizin und die Hospizbewegung. Wir müssen in diesem Bereich mehr Geld zur Verfügung stellen. Das haben wir vor. 250 000 Euro haben wir eingesetzt. Ob dieser Betrag ausreicht, wissen wir nicht.

(Zuruf von Christa Elsner-Solar [SPD])

- Klar, mehr wäre besser. Aber wir müssen ja sehen, wie viel Geld wir haben.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Frau Meißner, bitte unterbrechen Sie Ihre Ausführungen einen Moment. - Es werden überall Reden gehalten, aber eigentlich hat Frau Meißner das

Wort. Ich bitte darum, dass die Gespräche außerhalb geführt werden.

(Zuruf von Monika Wörmer-Zimmermann [SPD])

- Frau Wörmer-Zimmermann, das gilt auch für Sie.
- Ich möchte hier jetzt ein bisschen Ruhe haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD] spricht mit einem Fraktionsmitarbeiter)

- Herr Jüttner, bitte führen Sie Ihr Gespräch draußen weiter. Es ist für die Redner schwer genug. Verehrter Herr Jüttner, es geht hier um den Bereich Soziales. Ich denke, dass er auch Sie interessiert. Wenn nicht, dann führen Sie Ihr Gespräch bitte draußen weiter.

(Zuruf: Gilt das auch für die Ministerbank?)

- Das gilt natürlich auch für die Ministerbank.

(Unruhe)

Die Uhr ist angehalten. Wir warten, bis hier Ruhe ist.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr richtig!)

Frau Meißner, bitte!

Gesine Meißner (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich habe eben die Palliativmedizin angesprochen und gesagt, dass es wichtig ist, Menschen mit ihren Sorgen nicht allein zu lassen, wenn sie sterbenskrank und am Ende ihres Lebens sind. Deswegen müssen wir etwas tun. 250 000 Euro haben wir eingesetzt. Vielleicht kommt von der Bundesebene noch der Anteil an den 250 Millionen Euro nach Niedersachsen. Man wird schauen müssen, ob dieses Vorhaben umgesetzt werden kann. Es ist wichtig, dass wir an diesem Bereich dran sind, dass wir regionale Zentren einrichten und sie entsprechend mit Palliativ-Care-Teams ausstatten. Man muss sich über die Ausstattung sehr schnell im Klaren werden. Ich empfehle hierfür noch einmal die Studie aus Österreich Ihrer Aufmerksamkeit, die schon vorgegeben hat, wie so etwas gemacht werden könnte.

Zum nächsten Punkt: Die Wohlfahrtsverbände sind angesprochen worden. Es wurde gesagt, das Verhältnis sei zerstört. Herr Schwarz, ich habe mich erst vor kurzem wieder mit deren Vertretern getroffen. Das Verhältnis war sehr gut. An der 60-Jahr-Feier habe ich auch teilgenommen. Deshalb weiß ich nicht, wie Sie annehmen können, dass die Regierungsfaktionen da ein Problem haben. Das sehe ich weniger.

(Zuruf von der SPD: Das ist ein subjektiver Eindruck!)

Nun zum nächsten Punkt, den ich ansprechen möchte. Den Haushaltsansatz für die Wohlfahrtsverbände haben wir nicht verändert. In diesem Bereich gibt es also keine Kürzung. Das finde ich gut. Wir wollen mit ihnen weiter vertrauensvoll zusammenarbeiten. Ich halte das für wichtig, und ich werde das für meine Fraktion auch machen.

Bei der Drogen- und Suchtberatung ist es auch wie gehabt. Wir haben hier also keine Kürzungen vornehmen müssen. Es ist auch gut so, dass wir nicht gekürzt haben. Es ist wichtig, weiterhin darauf zu setzen, dass wir Prävention betreiben und bei Jugendlichen früh genug damit anfangen, über die negativen Konsequenzen von Drogen und Suchtverhalten aufzuklären, und uns darauf konzentrieren.

Sie wissen, dass die Aidsberatung mir sehr am Herzen liegt. Für die Bekämpfung von Aids haben wir 20 000 Euro mehr in den Haushalt eingestellt. 20 000 Euro sind zwar nicht wahnsinnig viel Geld. Trotzdem ist das sehr wichtig. Wir fördern damit speziell die AIDS-Hilfe in Lingen im Emsland.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Sozialpolitiker wissen: Bei der AIDS-Hilfe in Lingen ist ein landesweiter Auftrag zu erfüllen, weil alle infizierten Inhaftierten in das dortige JVA-Krankenhaus oder in die Haftanstalten Lingen I oder Lingen II verlegt werden. Das heißt, alle aidskranken Straftäter konzentrieren sich in Lingen. Die Mitarbeiter der dortigen Aidshilfe haben also immer diesen Bereich speziell bearbeiten müssen, ohne dafür gesondert Mittel zu bekommen. Ich weiß, dass auch schon früher versucht wurde, dafür etwas locker zu machen. Uns ist das jetzt gelungen. Ich finde das sehr gut. Darauf sind wir auch stolz.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum Stichwort „Aids“ gibt es noch etwas Weiteres, was ich sehr wichtig finde. Ich habe vor kurzem am Welt-Aids-Tag in einem Gespräch mit der Aidshilfe erfahren, dass in der Schule die Aufklärung über Aids lange nicht so ist, wie man sie sich eigentlich wünscht. Sie wissen, die Zahl der Aidsinfektionen steigt wieder an. Es gibt also eine neue Gefahr auch für unsere Kinder, auch für unsere Jugendlichen. Deshalb muss man rechtzeitig aufklären. Ganz offensichtlich steht zwar im Lehrplan, dass darüber im Sexualkundeunterricht aufgeklärt werden soll, es wird aber wohl nicht gemacht - aus welchen Gründen auch immer. Insofern müssen wir als Sozialpolitiker und insgesamt als Landespolitiker - Schulpolitiker betrifft das ja auch - dafür eintreten, dass hier mehr Aufklärung erfolgt.

(Zuruf von Meta Janssen-Kucz
[GRÜNE])

- Ich habe leider nichts verstanden, aber ich habe auch keine Zeit zuzuhören. Ich möchte jetzt reden.

Ich komme jetzt zur Jugendpolitik. Das erste Stichwort zur Jugendpolitik ist das „Jahr der Jugend“. Es ist schon gesagt worden, das nächste Jahr wird das „Jahr der Jugend“. Wir haben für verschiedene Veranstaltungen, die wir durchführen wollen, 250 000 Euro eingestellt.

(Beifall bei der CDU)

Dies haben wir auch deswegen getan, um den Fokus generell auf das zu lenken, was Jugendliche bei uns im Land alles schaffen, was die alles machen und wo sie sich engagieren. Deswegen ist ein Schwerpunkt auch das Ehrenamt. Aber nicht nur das ist Schwerpunkt, sondern wir müssen im „Jahr der Jugend“ generell die Jugendpolitik mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung bringen. Deswegen spielt logischerweise auch das Thema Jugendarbeitslosigkeit eine Rolle. Ich denke, hier sind wir durch die Arbeit der Pro-Aktiv-Zentren gut aufgestellt. Das Geld, das dort nötig ist, wird dort auch hineingegeben. Wir müssen aber sehen, dass die Jugendlichen, die durch den „Schnittmengenverlust“ - so muss man es ja fast sagen - nach Einführung von Hartz IV benachteiligt sind und meines Erachtens in diesem Jahr zu wenig berücksichtigt worden sind, wieder mehr in den Fokus rücken.

Benachteiligte Jugendliche sind ein weiteres wichtiges Stichwort. Das sind Jugendliche, die suchtabhängig sind, die mit Drogenproblemen zu tun haben, die aufgrund von kaputten Beziehungen, in

denen sie groß geworden sind, straffällig geworden sind, die häufig keinen Schulabschluss haben und deshalb keinen Ausbildungsplatz finden. Denen muss dringend geholfen werden. Dafür müssen wir etwas tun. Ich finde es bedauerlich, dass in diesem Jahr von den Mitteln, die für diese Zielgruppe zur Verfügung stehen, durch die Neueinführung von Hartz IV und „Schnittmengenverlust“ ein erheblicher Betrag nicht abgerufen worden ist, obwohl damit für die Jugendlichen in diesem Land etwas hätte getan werden können. Das kann so nicht sein. Wir müssen deswegen alles, was sich auf diesem Gebiet tut, was man Jugendlichen an Programmen anbieten kann, wirklich durchführen und vielleicht sogar vom Land aus aktiv auf die Kommunen zugehen, um dort weiter zu helfen, damit wirklich jeder Jugendliche, der in schwieriger Situation ist, erreicht wird.

Deswegen muss man meines Erachtens auch Programme, wie sie jetzt in Jugendbildungsstätten beispielsweise in Juist wieder für benachteiligte Jugendliche angeboten werden sollen, sehr wohl fördern, auch Angebote in anderen Häusern. Ich warte auf entsprechende Angebote und werde mich dann dafür einsetzen, dass das auch mit Mitteln, die wir im Haushalt haben, umgesetzt wird.

Jugendwerkstätten müssen auch weiterhin ihre Arbeit machen können, was in diesem Jahr zum Teil nur eingeschränkt möglich war, weil die Mittel nicht richtig angekommen sind.

Die Alltagskompetenz - das kann man in diesem Zusammenhang auch nennen - muss gestärkt werden. Dann weiß man nämlich besser mit Geld umzugehen und kommt weniger in die Schuldenfalle. Viele Jugendliche sind heute in der Schuldenfalle. Daher haben wir 100 000 Euro mehr für die Schuldnerberatung speziell für Jugendliche eingesetzt. Auch dies ist ein ganz wichtiger Punkt.

Nun zur Gender-Politik. Sie wissen, das Programm „Lebensweltbezogene Mädchenarbeit“ läuft Ende dieses Jahres aus. Wir haben durchaus gemerkt, dass es dabei viele wertvolle Erkenntnisse gibt, die aber noch nicht an der Basis verankert sind. Daher wollen wir jetzt auch Multiplikatoren schulen, um das besser zu verankern. Denn es ist für die Zukunft aller Familien hier in Niedersachsen wichtig, dass es selbstbewusste Mädchen und Jungen gibt, die die Voraussetzung sowohl für ein selbstbestimmtes Leben als auch für eine gleichberechtigte Partnerschaft mitbringen.

Zur Frauenpolitik ist schon viel gesagt worden. Deswegen will ich dazu nur noch zwei Punkte ganz kurz ansprechen. Das eine ist: Wir brauchen flexible Kinderbetreuungsangebote - nicht nur Tagesmütter und Kindergärten. Wir brauchen meines Erachtens auch Informationen über Varianten von Betriebskindergärten oder Ähnliches.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen ein flexibles Angebot, damit Frauen und Männer Kinder bekommen, erziehen und trotzdem im Job bleiben können.

Jetzt komme ich zu den BISS-Stellen. In Bezug auf die BISS-Stellen haben wir gesagt, dass wir in diesem Jahr 809 000 Euro einstellen werden. Wir haben das nicht nur versprochen - Sie haben gemeint, wir würden es nicht einhalten -, sondern wir haben das eingehalten. Darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was die schwerstkranken Kinder angeht, so ist es nicht richtig, dass wir in diesem Bereich Mittel gekürzt hätten. Wir wollen jetzt die Tschernobyl-Stiftung umwidmen und den Verwendungszweck der Mittel um den Bereich schwerst kranke Kinder erweitern, um denen zu helfen. Wir stellen dafür mehr Geld ein. Wir haben das auch für die nächsten Jahre vorgesehen. Wenn Sie genau hingucken, dann merken Sie das auch. Das ist auch wichtig und richtig.

Noch eines zu den Kindern: Mit der Kindergesundheit steht und fällt die Chance für ein selbstbestimmtes Leben und für Ausbildung. Daher müssen wir auch mehr für Früherkennung und Frühförderung tun. Nächstes Jahr werden wir uns bei der Beratung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst auch um diesen Bereich verschärft kümmern.

Das Krankenhausinvestitionsprogramm ist ebenfalls schon angesprochen worden. Das Programm läuft weiter.

Das nächste Stichwort sind die Landeskrankenhäuser. Dazu muss ich jetzt gar nicht viel sagen. Es ist hier behauptet worden, da sei etwas zerschlagen worden. Ich sage, das ist überhaupt nicht passiert. Ich bin in allen Landeskrankenhäusern gewesen und habe mit den Leuten gesprochen. Wir haben von Anfang an gesagt: Der Maßregelvollzug bleibt außen vor - das wird er auch bleiben -, und ansonsten muss geprüft werden. Dass

man hier eine andere Rechtsform braucht, das wissen alle; das weist auch der Bericht des Landesrechnungshof aus.

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Wir müssen darangehen. Wir haben Lenkungsgruppen eingesetzt. Ich denke, alles, was notwendig ist, um den Trägerwechsel wirklich sorgfältig vorzubereiten und zu prüfen, ist getan worden. In diesem Prozess sind wir, und wir werden uns weiter beteiligen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich möchte jetzt noch auf die Pflege und Menschen mit Behinderungen eingehen.

(Zuruf)

- Dass wir mehr Sozialrichter einstellen, ist schon in der Aussprache zum Justizbereich angesprochen worden. Da mir, wie ich gerade mit Erstaunen sehe, nur noch eine Minute Redezeit zur Verfügung steht, sage ich dazu nicht mehr viel. Die Sozialrichter sind gut. Sie helfen auch, den Klagestau bei den Sozialgerichten abzubauen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Menschen mit Behinderungen und speziell auf das Landesblindengeld eingehen. Zunächst zum Landesblindengeld. Das vermögensunabhängige Landesblindengeld zu streichen, ist uns unwahrscheinlich schwer gefallen. Das habe ich im letzten Jahr schon gesagt. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass sich eigentlich alle neuen Landesregierungen mit der Frage beschäftigt haben, ob nicht ein vermögensabhängiges Blindengeld sozial gerechter ist, z. B. auch Rot-Rot in Berlin. Dort hat man es letztlich nicht gemacht, weil es natürlich Mut erfordert, so etwas auszuprobieren.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist auch wirklich ein schönes Probierfeld!)

Dass das jetzt nicht gut gelaufen ist, das ist völlig richtig. Wenn das Geld jetzt nicht abgerufen wird, heißt das nicht, dass die blinden Menschen kein Geld brauchen. Dann muss man sich damit näher beschäftigen. Das tun wir auch. Ich habe bereits mit Herrn Lange gesprochen. Wir sprechen jetzt mit den Blinden darüber, wie man die Situation verbessern kann.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, sind die Menschen mit Behinderungen. Es ist schon

kritisiert worden, dass wir noch kein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen auf den Weg gebracht haben. Das ist richtig. Dies wird aus meiner Sicht aber eindeutig im nächsten Jahr erfolgen. Wir werden erst das Konnexitätsprinzip verfassungsmäßig verankern müssen; denn das hat damit zu tun. Gleichstellung im Alltag ist ja eine Aufgabe der Kommunen, zu denen das Geld dann auch kommen muss. Wir werden diesen Punkt also im nächsten Jahr anpacken.

Meine Damen und Herren, Sie haben gemerkt: Es gibt im nächsten Jahr eine Menge an sozialpolitischen Brennpunkten, die mir sehr wohl bewusst sind und die wir auch in Angriff nehmen werden. Darum: Keine soziale Kälte, sondern wir wissen genau, wo es im sozialen Bereich brennt, und wir werden uns im nächsten Jahr darum kümmern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Janssen-Kucz das Wort. Bitte schön, Frau Janssen-Kucz!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst ein Satz zu Frau Meißner: Es kann doch nicht angehen, dass Sie auf Ihren Mut bei der Streichung des Landesblindengeldes hinweisen. Ihre weiteren Ausführungen haben nahe gelegt, dass Sie blinde Menschen als ein Testfeld für die Haushaltssanierung betrachten. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit!

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Ansonsten: Der vorgelegte Haushalt für das Jahr 2006 ist in den Bereichen Gesundheit, Kinder- und Jugendpolitik eine einfache Fortschreibung.

(David McAllister [CDU]: Eine Fortschreibung?)

Eigenständige Akzente, Herr McAllister, sind in den letzten drei Jahren unter der schwarz-gelben Regierung nicht zu erkennen gewesen, obwohl Sie das natürlich immer wieder ankündigen. Das wundert mich auch nicht, weil in der CDU in der kontroversen Debatte über die Auswertung der Wahlergebnisse im Parteivorstand doch sehr deutlich wurde, dass Sie Ihr christlich-soziales Profil verlo-

ren haben. Ich glaube, daher rührt auch Ihr sehr schlechtes Bundestagswahlergebnis in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verkünden immer „Mehr Freiheit wagen!“ und vergessen dabei das gesamte Themenfeld der sozialen Gerechtigkeit.

Jetzt zur Landespolitik: Das traurigste Beispiel - trotz vieler ruhmreicher Worte, die hier wieder verkündet wurden - ist der Bereich Palliativmedizin und Hospizversorgung. Obwohl Sie jeden Tag versuchen, zu dokumentieren, wie wichtig Ihnen das Thema ist, ist kaum etwas in Bewegung gekommen. Seit Herbst 2004 liegt das Gutachten vor. Das Einzige, was in mehr als einem Jahr deutlich wurde, ist: Wir wollen die Palliativversorgung verbessern, doch kosten darf sie nichts. - Dazu ein nettes Zitat von Frau Mundlos:

„Statt neue Institutionen zu schaffen, müssen die Handelnden vor Ort in einem freiwilligen Zusammenschluss in ein Netzwerk eingebunden werden. Die ganze Bewegung muss noch mehr Dynamik bekommen.“

Dynamik haben wir in dieser Bewegung wohl mehr als genug. Viel mehr Dynamik als gerade in dem Bereich Palliativmedizin und Hospizversorgung haben wir in anderen Politikfeldern nicht. Sie können nicht noch mehr Dynamik erwarten.

Nachdem Ihnen das fast auf die Füße gefallen ist, haben Sie in Ihrer Haushaltsklausur gemerkt, dass man zumindest eine Haushaltsstelle schaffen sollte, und haben diesen Merkposten mit 250 000 Euro bereitgestellt.

(Norbert Böhlke [CDU]: Sehr richtig!)

Das ist nicht mehr als ein Merkposten. Sie selbst wissen, dass eine Palliativ-Care-Station 200 000 Euro kostet. Dann haben wir eben nur eine. Aber Niedersachsen ist ein Flächenland, und wir hatten uns auf eine flächendeckende Versorgung geeinigt. Mir Ihrem Merkposten kommen Sie nicht weit. Das ist wieder eine Farce!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christa Elsner-Solar [SPD]: Genau!)

Aber dies scheint Sie nicht zu interessieren.

(David McAllister [CDU]: Sie interessieren sich nicht!)

Sie wollen weiterhin langsam dicke Bretter bohren und in der Sache nicht vorankommen. Ich habe Ihnen das letzte Mal schon gesagt, dass mich das ärgerlich macht. Seien Sie doch in der Lage, zumindest die 800 000 Euro, die wir in unserem Änderungsantrag zum Haushalt genannt haben, einzustellen!

Ich fasse kurz zusammen: Das Agieren der schwarz-gelben Landesregierung in Sachen Palliativmedizin und Hospizversorgung ist ein Trauerstück - im wahrsten Sinne des Wortes. Wenn Sie das auch noch als Erfolg verkaufen, dann ist das traurig und in Anbetracht der demografischen Entwicklung ein unwürdiges Schauspiel für die Betroffenen.

Noch so ein Negativbeispiel ist das nicht eingelöste Versprechen der Verbesserung der Versorgung schwerst kranker Kinder. Auch hier hat sich nichts bewegt. Die Mittel wurden sukzessive zurückgefahren. Jetzt plant die Landesregierung, dass schwerst kranke Kinder künftig vom Zweck der Stiftung „Kinder von Tschernobyl“ profitieren können.

(Christa Elsner-Solar [SPD]: Unmöglich!)

Das ist in meinen Augen eine Zweckentfremdung der Stiftung „Kinder von Tschernobyl“.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Hier werden die schwerstkranken Kinder aus Niedersachsen gegen die Kinder aus Tschernobyl doch in eine Konkurrenzsituation gebracht! Wenn die Sozial- und Gesundheitspolitiker der Regierungsfractionen etwas Rückgrat hätten und wenn der politische Wille da wäre, dann würden Sie 500 000 Euro in die Titelgruppe 64 einstellen. Aber dieses Rückgrat fehlt dieser Landesregierung!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt zu der Jugendpolitik. Sie sprechen gerne über Prävention. Doch wenn Sie etwas konkretisieren sollen, kommt wenig dabei heraus. Wir werden das Thema morgen noch einmal auf der Tagesordnung haben. Inhaltlich gibt es nichts Neues. Es geht immer um Effizienzsteigerung, Synergieeffekte, Bürokratieabbau

und Kosteneinsparung im Bereich der Jugendpolitik. Und was machen Sie? - Sie setzen die Mittel für die Prävention weiter herunter. Mittlerweile sind das nur noch bescheidene 265 000 Euro. Viele Erfolg versprechende Projekte sind bereits ausgefallen oder laufen aus. Nach außen loben Sie die Projekte, und nach innen wird das still und heimlich abgewickelt. Nachhaltige Jugendpolitik sieht anders aus und definiert sich nicht über finanzielle Einsparungen. Die Akzente, die Sie setzen, sind nicht neu.

(David McAllister [CDU]: „Jahr der Jugend“!)

- Zum „Jahr der Jugend“ kommen wir morgen. Herr McAllister, als ehemaliger Ausschussvorsitzender hätte ich von Ihrer Seite ein bisschen mehr Engagement erwartet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Noch so ein Husarenstück ist die Förderung der Mädchen- und Jungenhilfe in Niedersachsen. Nach der Bestandsaufnahme „Lebensweltbezogene Mädchenarbeit“, die Ende des Jahres ausläuft, wird allen Akteuren bescheinigt, wie gut sie gearbeitet haben. Doch was soll jetzt passieren? - Sie wollen nur ein paar Impulse an die örtliche Ebene geben, obwohl dies eine Landesaufgabe ist. Dafür sollen Moderatoren ausgebildet werden. Und klammheimlich haben Sie die Erläuterung in der Titelgruppe 61, also die Zweckbindung an Gender Mainstreaming, unter den Tisch fallen lassen und 130 000 Euro einkassiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Frau Ross-Luttmann, Sie sagen, Sie wollen einen Schwerpunkt in der Jugendpolitik setzen. Tun Sie das! Nutzen Sie das Wissen, das Sie in diesem Bereich haben! Wir haben im Ausschuss so zusammengearbeitet, dass Sie auch vom dem Know-how der Opposition profitieren und neue Wege gehen können.

Meine Damen und Herren, auch der Bereich der Jugendsozialarbeit führt im Sozialministerium ein Stiefkinddasein. Die Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit sprechen ihre eigene Negativsprache. Herr Wulff, sollte das Thema nicht Chefsache werden, nicht oberste Priorität erhalten? - Davon ist nichts zu merken! Das, was im Lande Niedersachsen zu

merken ist, ist die Perspektivlosigkeit junger Menschen, die jeden Tag zunimmt. Traurig, aber wahr!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben im Haushaltstopf 1 Million Euro für benachteiligte Jugendliche übrig gelassen und brüsten sich, 100 000 Euro für die Schuldnerberatung von benachteiligten Jugendlichen zur Verfügung zu stellen. Ein Armutszeugnis! Packen Sie dieses Themenfeld endlich energisch an! - Danke.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Gesine Meißner [FDP]: Das machen wir ja!)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Ross-Luttmann das Wort.

Mechthild Ross-Luttmann, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass der Sozialhaushalt 2006 im Wesentlichen fortgeschrieben werden konnte. Das ist umso erfreulicher vor dem Hintergrund, dass die Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung auch im Haushaltsjahr 2006 fortgeführt werden müssen. Dennoch kommen wir 2006 - anders als im Vorjahr - um die Notwendigkeit vielfältiger Einzeleinparungen herum.

Meine Damen und Herren, als neue Ministerin für das Sozialressort weiß ich wie Sie alle um das natürliche Spannungsverhältnis zwischen aktiver Sozialpolitik und solider Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mein Ressort hat in besonderem Maße das Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 unseres Grundgesetzes mit Leben zu erfüllen. Das Sozialstaatsprinzip ist ein grundlegendes Prinzip unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Ich verstehe dieses Prinzip der Sozialstaatlichkeit als eine natürliche Grenze für die Landesregierung, wenn es darum geht, die Ausgaben des Landes an ein geringeres Einnahmenniveau anzupassen.

(Zustimmung bei der CDU)

Allerdings ist diese Grenze keine, die sich im Wege der Mathematik ermitteln ließe. Es geht hier um

Wertungen. Diese Wertungen fallen naturgemäß unterschiedlich aus. Die Solidarität der Starken mit den Schwachen als Grundlage sozialstaatlichen Handelns muss um die Solidarität der heutigen Generation mit unseren Nachkommen erweitert werden;

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christa Elsner-Solar [SPD]: Hört, hört!)

denn Sozialstaatlichkeit muss auch immer mit Nachhaltigkeit verbunden sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Sehr gut!)

Sozialstaatlichkeit setzt auch unsere Rücksichtnahme gegenüber den nachfolgenden Generationen voraus. Nur so können wir dauerhaft den Schwächsten unserer Gesellschaft soziale Leistungen gewähren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sollten uns gegenseitig nicht absprechen, um soziale Gerechtigkeit bemüht zu sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Norbert Böhlke [CDU]: Sehr gut!)

Es hilft niemandem, dem jeweils anders Denkenden plakativ unsoziales Verhalten vorzuwerfen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Es sei denn, es stimmt, Frau Kollegin!)

Geboten ist meines Erachtens vielmehr, die jeweils eigenen Bewertungen und die maßgeblichen Gründe der eigenen Entscheidungen offen zu legen.

Herr Schwarz, ich danke Ihnen für Ihre Glückwünsche. Ich bin jederzeit an einer sachorientierten Debatte interessiert. Ich lege aber auch großen Wert darauf, dass die Zahlen und Fakten, die vorgetragen werden, stimmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da meine Redezeit sehr begrenzt ist, möchte ich nur auf zwei Punkte eingehen, und zwar zunächst auf Ihren Vorwurf: dritte Nullrunde bei Einrichtungen der Behindertenhilfen. Hierzu möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Tatsache ist, dass Pflegesatzsteigerungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe von der gemeinsamen Kommission erörtert und beschlossen werden. In dieser gemeinsamen

Kommission sind sowohl die Kostenträger als auch die Einrichtungsträger paritätisch vertreten. Seitens der Einrichtungsträger sind in der gemeinsamen Kommission bisher keine Forderungen hinsichtlich notwendiger Pflegesatzsteigerungen eingebracht worden.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Im Frühjahr 2005 hat das Sozialministerium in einem Schreiben an die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege darauf hingewiesen, dass die Pflegesätze auch weiterhin nach Maßgabe von Änderungen bei den Kosten angepasst werden.

Dann möchte ich noch eines sagen. Wenn Sie eine Zahl nennen, um die Ihrer Meinung nach eine Erhöhung hätte eintreten müssen, dann gehe ich eigentlich davon aus, dass Sie das in Ihren Änderungsvorschlägen zum Haushalt einbringen. Das haben Sie aber nicht getan.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Peinlich!)

Ein weiterer Punkt betrifft schwerstkranke Kinder. Meine Vorrednerin Gesine Meißner ist darauf schon eingegangen.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schwarz?

Mechthild Ross-Luttmann, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Nein, ich kann keine Zwischenfragen gestatten, weil ich sonst mit meiner Zeit sehr in Verzug komme und Herrn Minister Busemann noch Redezeit einräumen möchte.

Es ist richtig: Der Baransatz im Haushalt ist von 600 000 auf 400 000 Euro reduziert worden. Aber es ist eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 472 000 Euro eingestellt worden.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Somit stehen insgesamt 872 000 Euro für schwerstkranke Kinder zur Verfügung. Das ist die ganze Wahrheit.

Ich bedauere im Übrigen außerordentlich Ihre Ausführungen zu meiner Vorgängerin Frau Famili-

enministerin von der Leyen. Ich halte diese Ausführungen für ungeheuerlich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie entbehren zudem jeder Grundlage.

Meine Damen und Herren, wir brauchen im Sozialbereich eine Politik des Schulterschlusses und der Solidarität, eine Politik, die Mut macht und Hoffnung gibt, eine Politik, die Licht aufzeigt.

(Zuruf von der SPD: Alles Sprüche!)

Die Perspektive niedersächsischer Sozialpolitik vor dem Hintergrund der Konsolidierungsbemühungen dieser Landesregierung ist, den Menschen zu sagen: Wir sparen jetzt, damit wir auch den nachfolgenden Generationen soziale Leistungen garantieren können. Wir sparen heute, damit wir als Land auch künftig für die Schwachen da sein können. Dafür müssen wir - das ist richtig - manche Ansprüche zurückschrauben. Das ist notwendig, damit wir unseren Kindern soziale Gestaltungsspielräume erhalten können. Wir sparen aber nicht um des Sparens willen. Wir sparen auch nicht nach der Rasenmähermethode. Vielmehr wollen wir dem sozialen Niedersachsen, für das wir uns alle einsetzen, eine dauerhafte Perspektive geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2006 ist es uns gelungen, trotz fortbestehender Konsolidierungszwänge auch weiterhin die niedersächsische Sozialpolitik aktiv zu gestalten. Wir konnten sogar wieder Akzente setzen.

Der Sozialhaushalt umfasst ein Gesamtvolumen von rund 2,86 Milliarden Euro. Das sind immerhin 470 Millionen Euro mehr als im Haushaltsjahr 2005. Von den 470 Millionen Euro sind allerdings 350 Millionen Euro Bundesmittel, die wir an die Träger der Grundsicherung für Arbeit suchende durchreichen. Zusätzlich geben wir unsere Entlastung von 105 Millionen Euro im Bereich Wohngeld in vollem Umfang an die Kommunen weiter. Damit halten wir unsere Zusage, die Nettoeinsparung des Landes in voller Höhe an unsere Kommunen weiterzuleiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei den Pflichtleistungen mussten die Ausgaben im Sozialbereich gesteigert werden. Ich nenne an dieser Stelle insbesondere die Sozialhilfe, bei der

wir insgesamt rund 109 Millionen Euro mehr eingeplant haben. Davon entfallen rund 80 Millionen Euro auf Mehrausgaben bei den Zuweisungen an die Gemeinden als örtliche Träger der Sozialhilfe im Quotalen System.

Der Sozialhaushalt ist der drittgrößte des Landes Niedersachsen. Fast die Hälfte seines Volumens, nämlich 1,5 Milliarden Euro, fließen in die Leistungen der Eingliederungshilfe. Das sind notwendige Hilfen, die behinderten Menschen in Niedersachsen zugute kommen. Mit der Eingliederungshilfe fördern wir aktiv die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zu diesen Leistungen zählen auch Leistungen, die das Land für blinde und sehbehinderte Menschen erbringt. Wir haben in 2005 - das ist richtig - sehr schweren Herzens entschieden, das Landesblindengeld für über 25-jährige blinde Menschen nicht mehr einkommens- und vermögensunabhängig zu gewähren. Aber junge blinde Menschen bis 27 Jahre erhalten 300 Euro Landesblindengeld pro Monat, weil sie unsere besondere Unterstützung bei ihrem Start ins Berufsleben brauchen. Ich sehe es auch weiterhin als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, allen blinden Menschen über den Blindenhilfefonds die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Hier muss es unbürokratische Hilfen geben. Wir werden die Kriterien entsprechend erweitern und mit dem Blindenverband Gespräche führen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch wenn der Sozialhaushalt formal nicht davon betroffen ist, möchte ich wegen der Wichtigkeit der Thematik an dieser Stelle auf die geplante Aufgabe der Trägerschaft des Landes an den niedersächsischen Landeskrankenhäusern eingehen. Eine Umstrukturierung der Landeskrankenhäuser ist notwendig, um die Häuser auch für die Zukunft gut aufzustellen. Wir werden hierbei sehr sorgfältig darauf achten, dass die Rechte der Beschäftigten gewahrt bleiben. Sie leisten eine hervorragende Arbeit. Sie sind maßgeblich für den guten therapeutischen Erfolg in den Landeskliniken verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden die Qualitätsstandards sichern, um den Patienten gerecht zu werden. Ich betone aus-

drücklich, wie es bereits meine Vorrednerin von der FDP und mein Vorredner von der CDU getan haben: Es gibt keinen Verkauf um jeden Preis. Es gibt auch keinen Verkauf zu jedem Preis. Das Land behält selbstverständlich seine Zusage gegenüber der Gesamtbevölkerung bei, auch weiterhin eine ausreichende und qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung in Niedersachsen sicherzustellen. Dafür muss das Land nicht zwangsläufig selbst Krankenhausbetreiber sein. Selbstverständlich bleibt der Kernbereich hoheitlichen Handelns im Maßregelvollzug in staatlicher Hand.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Folgendes herausstellen: Mit Ausgaben von fast 2,9 Milliarden Euro liegt der Anteil des Sozialhaushalts am Landeshaushalt bei rund 13 %. Dabei besteht der Sozialhaushalt zu ca. 98 % aus gesetzlichen Leistungen. Für freiwillige Leistungen stehen noch 47 Millionen Euro - das sind die restlichen 2 % - zur Verfügung.

Wir werden bereits in 2006 30 Mehrgenerationenhäuser fördern können. Ich halte die Mehrgenerationenhäuser für ebenso sinnvoll wie erfolgreich und möchte an ihrer Förderung festhalten; denn wir stärken das ehrenamtliche Engagement und die Begegnung der Generationen. Wir geben Impulse für neue generationenübergreifende Netzwerke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

So wird Solidarität zwischen den Generationen erlebbar. Erziehungswissen und Alltagskompetenzen können weitergegeben werden. Kinder wie Senioren erfahren Begegnung statt Vereinsamung.

Wir setzen uns außerdem nachhaltig für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein. Die Pro-Aktiv-Zentren sind mittlerweile nahezu flächendeckend eingerichtet. Junge Menschen erhalten dort kompetent Beratung und Leistungen aus einer Hand.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb werden wir die Pro-Aktiv-Zentren auch im nächsten Jahr unterstützen. Über diese Pro-Aktiv-Zentren werden wir eine spezielle Schuldnerberatung für benachteiligte Jugendliche organisieren, um ihnen einen Ausweg aus der Schuldenfalle zu ermöglichen. Für diesen Zweck stellen wir zusätzlich 100 000 Euro zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Haushaltsplanentwurf 2006 haben wir es erreicht, einen Ausgleich zwischen Konsolidierungszwängen und aktiver Sozialpolitik herzustellen. Wir gestalten auch weiterhin im Interesse der Schwachen und Bedürftigen die Politik für ein soziales Niedersachsen. Wir haben einen Haushalt vorgelegt, der die Nachhaltigkeit der Sozialsysteme für die Zukunft garantiert. - Schönen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, zum Komplex Soziales hat sich noch einmal der Kollege Schwarz von der SPD-Fraktion gemeldet. Bevor ich ihm das Wort erteile, muss ich noch einmal auf Frau Jakob zurückkommen.

Frau Jakob, ausweislich des Protokolls haben Sie gesagt: Herr Schwarz, Sie lügen. - Dafür muss ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schwarz, Sie haben jetzt das Wort.

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich möchte nur auf eine Ihrer Anmerkungen eingehen. Am Anfang Ihrer Rede haben Sie gesagt, es müsse mit korrekten Zahlen gearbeitet werden. Das sehe auch ich so. Ferner haben Sie darauf hingewiesen, dass ich von „3 mal 14 Millionen Euro bei der Behindertenhilfe“ gesprochen hätte und dass das nicht stimmen würde. Sie haben es anders gesagt: Die würden dazu nichts sagen. - Nun will ich Ihnen einmal eines sagen: Dass eine Nullrunde bei der Behindertenhilfe 14 Millionen Euro ausmacht, wird auch keiner der Fachleute in Ihrem Hause bestreiten. Dass es drei Nullrunden gibt, wird auch niemand bestreiten. Insgesamt sind es also 42 Millionen Euro. Ich möchte Ihnen sagen, warum die Einrichtungen in diesem Jahr relativ ruhig sind.

(Zuruf von Ministerpräsident Christian Wulff)

- Herr Ministerpräsident, 3 mal 14 sind 42. Das ist doch unstrittig. - Ich will Ihnen jetzt einmal sagen, warum die Einrichtungen in diesem Jahr relativ ruhig sind. Das hat damit zu tun, dass Ihre Vor-

gängerin, Frau Ministerin, und die Mitarbeiter Ihres Hauses Anfang des Jahres eine Debatte mit den Behinderteneinrichtungen über die Einführung des Brutto-Netto-Prinzips losgetreten haben. Das hätte zur Konsequenz gehabt, dass sie Kost und Unterbringung selbst finanzieren müssen. Dadurch jedoch wären die Behinderteneinrichtungen mit 50 Millionen Euro zusätzlich belastet worden. Deshalb hat es vonseiten der Lebenshilfe und anderer Verbände massive Proteste gehagelt.

Deshalb muss ich Ihnen sagen: Es konnte verhindert werden, dass Sie denen diese 50 Millionen wegnehmen. 14 Millionen nehmen Sie ihnen aber trotzdem weg.

(Beifall bei der SPD)

Das ist - wenn wir schon darüber debattieren wollen - kein Gegeneinanderaufrechnen, sondern es steht fest: Die Behinderten haben nicht 50 Millionen, sondern 14 Millionen Euro verloren. Aber auch das - dabei bleibe ich - ist keine Politik *für*, sondern *gegen* die Behinderten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Weitere Beiträge zum Thema Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit liegen mir nicht vor. - Wir kommen damit zum Bereich

Kultus

Ich nenne jetzt noch die Restredezeiten, damit Sie sich darauf einstellen können. Vorab möchte ich allen, die heute Nachmittag reden werden, empfehlen, hin und wieder einmal zu ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer zu schauen. Die geben sich alle Mühe, Ihnen Signale zu geben. Bevor dies störend wird, sollten Sie einmal zu ihnen hinschauen.

Die CDU hat noch eine Redezeit von 24 Minuten, die SPD ebenfalls von 24 Minuten, die FDP von 13 Minuten, die Grünen von 11 Minuten und die Landesregierung auch von 11 Minuten.

Jetzt erteile ich Frau Korter von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushaltsplanentwurf für den Bereich Kultus und die Änderungen durch die Regierungsfractionen zeigen: Offenbar ist es doch möglich, mit öffentlichem Druck und mit Engagement Eindruck auf die Landesregierung zu machen. Leider kommt der Kultusminister der Kritik nur mit halben Schritten und auch nicht in allen Fällen entgegen. In vielen Punkten bleibt es leider nur bei Ankündigungen. Vor allem haben Herr Minister Busemann sowie CDU und FDP kein Konzept dafür, wie die größten Probleme unserer Schulen gelöst werden sollen. Unser größtes Problem ist, dass nach wie vor viel zu viele Schülerinnen und Schüler die Schule mit unzureichenden Kompetenzen verlassen, sodass eine Berufsausbildung für sie gar nicht erst infrage kommt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat gigantische Geldsummen für die Verschärfung der Gliederung des Schulwesens ausgegeben. Mit welchem Ergebnis? - Auf der einen Seite bluten die Hauptschulen aus, während auf der anderen Seite die Schülerinnen und Schüler in den Gymnasien in überfüllten Klassen sitzen. Spitzenleistungen werden Sie so kaum erreichen. Ein erheblicher Teil der Schülerinnen und Schüler aber wird durch Ihre Politik in ein schulisches Abseits gedrängt, in dem Anregung durch Leistungsstärkere nicht mehr stattfinden kann mit der Folge, dass eine gute Förderung kaum möglich ist.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie halten noch immer krampfhaft an dem Glauben fest: Wenn schwache Schülerinnen und Schüler unter sich bleiben, werden sie davon in der Schule besser. - Es ist gefährlich, wie Sie wissenschaftliche Erkenntnisse ignorieren. Sie verspielen damit die Bildungschancen von 10 bis 20 % unserer Jugendlichen. Das werden wir uns so nicht weiter gefallen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie kleben ein Pflästerchen. Diese Pflästerchen aber können die Probleme nicht lösen. Sie wollen zusätzliche Sozialpädagogen an den Hauptschulen einstellen. Das ist gut so. Sie finanzieren diese Sozialpädagogen aber durch die Umwandlung von Lehrerstellen an den Hauptschulen. Dadurch wiederum verschlechtert sich die Unterrichtsversorgung an den Hauptschulen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist leider falsch!)

Ihr Versuch, Herr Busemann, die Hauptschulen mithilfe von Ganztagschulmitteln des Bundes zu retten, entfaltet nicht die erhoffte Wirkung. Weiterhin wählen die Eltern die Hauptschule ab.

Herr Busemann, Sie und Ihre Schulexperten von der CDU täten gut daran, von den Hamburger Parteikollegen und Parteifreunden zu lernen.

(Zuruf von Joachim Albrecht [CDU])

Dort wird inzwischen ernsthaft darüber diskutiert, die Hauptschulen in Integrierte Haupt- und Realschulen zu überführen. Das, Herr Albrecht, wäre nicht nur kostengünstiger als die Aufrechterhaltung von Kleinsthauptschulen an vielen Standorten, sondern vor allem wäre es auch besser für eine optimale Förderung der Kinder in diesen Schulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Endlich stellen Sie auch mehr Geld für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Förderschulen in den Haushalt ein. In diesem Punkt haben sich unser Engagement und unser Einsatz gelohnt. In diesem Fall muss ich auch Frau Körtner ein Kompliment machen. Meiner Meinung nach haben wir hier gut zusammengearbeitet.

(David McAllister [CDU]: Sie haben uns aber nicht beeindruckt!)

Wir werden aber auch darauf achten - denn der Bedarf an den Förderschulen ist ganz, ganz groß -, dass die zweite Etappe im nächsten Jahr nicht aus den Augen verloren wird.

Herr Busemann, reden wir jetzt über eines Ihrer Lieblingsthemen, nämlich über die Sprachförderung. Bei der Sprachförderung im Kindergarten kehrt die Landesregierung zu ihrem ursprünglichen Ansatz von 6 Millionen Euro im Jahr zurück. Das verbuchen wir durchaus als Erfolg unserer beharrlichen Kritik an der Kürzung in den vergangenen Jahren. Aber auch der jetzt vorgesehene Betrag reicht bei weitem nicht aus, um wirklich alle Kinder mit Migrationshintergrund schon im Kindergarten ausreichend zu fördern.

Herr Busemann, es ist bedauerlich, dass Sie nicht in der Lage waren, unserem Antrag zu folgen, eine Förderung in allen Kita-Gruppen vorzusehen, in denen mindestens 20 % der Kinder einen besonderen Bedarf haben. Man muss sich jetzt nicht an

der 20 %-Marke festmachen, sondern an dem Bedarf, der auch anders ermittelt werden kann.

Zumindest aber - auch das muss man sagen; denn das ist wieder eine der guten Etappen - setzen Sie unseren Vorschlag um, die vorschulische Sprachförderung von einem halben Jahr auf ein ganzes Jahr auszudehnen. Ansonsten belässt es die Landesregierung im Kindergartenbereich bei Ankündigungen, oder sie blockt notwendige Entwicklungen völlig ab. Das kostenfreie Kita-Jahr hat die CDU bereits zur Landtagswahl versprochen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen zieht sie es jetzt als Wahlkampfhit noch einmal aus der Kiste. Darüber, wie und vor allem von wem das finanziert werden soll, haben wir jedoch noch kein Wort gehört.

(Zuruf von der CDU: Sagen Sie es doch einmal!)

Wichtiger für die Qualitätsverbesserung der Arbeit in den Kindertagesstätten wäre eine verbesserte Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher. Darüber sind sich inzwischen alle Fachleute einig. Sie aber mauern.

Meine Damen und Herren, viel zu wenig tut die Landesregierung für eine bessere Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte. Der kümmerliche Fortbildungsetat ist in den vergangenen Jahren regelmäßig einer Haushaltssperre zum Opfer gefallen, nicht vollständig, aber zu einem großen Teil. Jetzt hat Herr Busemann angekündigt, dass er diese Mittel deutlich aufstocken wolle. Aber weder im vorliegenden Haushaltsplanentwurf noch in den Anträgen von CDU und FDP finden wir von dieser Ankündigung irgendetwas wieder. Herr Busemann, wir haben gerade Adventszeit. Wir warten auf die Ankunft. Wann setzen Sie Ihre Ankündigungen endlich in Taten um, und wo bleiben Ihre Mittel dafür?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür gehen Sie verschwenderisch mit den Mitteln des Bundes für die Ganztagschulen um. 6 Millionen Euro geben Sie für ein einzelnes Schulzentrum aus - zufälligerweise ein Schulzentrum mit Gymnasium, das in Ihrer eigenen Heimatgemeinde steht. Ärgerlich ist nur, dass es nicht Ihr eigenes Geld ist, das Sie so großzügig vergeben, sondern das Geld der ehemaligen Bundesregierung für Ganztagschulplätze. Herr Busemann, Sie haben bei der Mittelvergabe nicht darauf geachtet, dass damit neue und mehr Ganztagsplätze geschaffen werden, sondern Sie haben über lange Zeit

- mindestens bis 2004 - den Schulen wahllos Mittel zugeteilt.

(Joachim Albrecht [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie geben unter allen Bundesländern das meiste Geld pro Ganztagschule aus, doppelt so viel wie im Durchschnitt in den anderen Bundesländern. Die anderen Bundesländer sind mit diesen Mitteln sparsamer umgegangen und haben auf diese Weise mehr Ganztagschulen mit mehr Plätzen geschaffen und vor allem ein eigenes Stundenbudget dazu gegeben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Besonders ärgerlich ist, dass nun viele andere Schulen leer ausgehen, weil Sie das ganze Geld bis 2007 schon ausgegeben haben. Vor allem Grundschulen, in denen ein Ganztagsangebot dringend erforderlich ist, bekommen nichts.

(Joachim Albrecht [CDU]: Die Träger müssen einen Antrag stellen!)

Dafür wischen Sie unseren Antrag, einen Mittagstisch an allen Schulen einzurichten, einfach vom Tisch und sagen, es sei kein Geld mehr da. - Natürlich müssen die Träger einen Antrag stellen, Herr Albrecht. Die Grundschulen bekommen nach Ihren Förderrichtlinien aber trotzdem nichts. Die Grundschulen haben Anträge gestellt. Sie haben acht solcher Anträge abgelehnt und die Grundschulen ohne Mittel gelassen. Vielleicht wissen Sie das nicht.

Während zahlreiche Schulen trotzdem versuchen, mit Kreativität und riesiger Improvisationskunst auch ohne Hilfe des Landes etwas an Ganztagsangeboten auf die Beine zu stellen, finanziert die Landesregierung für einzelne Schulen offenbar eine Luxuseinrichtung. Wie Sie mit Ganztagschulmitteln umgehen, Herr Minister, ist nicht nur ineffizient und ungerecht, das ist skandalös.

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: „Skandalös“?)

Dass der Kultusminister nicht wirtschaften kann, hat er auch bei der Unterrichtsversorgung bewiesen. Obwohl er 2 500 zusätzliche Lehrer eingestellt hat, ist die Unterrichtsversorgung inzwischen wieder genauso schlecht wie bei Regierungsantritt. Die Klassen sind voll wie seit Jahrzehnten nicht, und in vielen Klassen fällt der Unterricht in bestimmten Fächern monatelang völlig aus. Ich er-

wähne nur die jüngsten Proteste aus Duderstadt; wir haben gestern davon gehört. Von einer Unterrichtsgarantie, wie die CDU sie bei Regierungsantritt versprochen hat, ist nichts mehr zu hören.

Jetzt stellt die Regierungskoalition 2 Millionen Euro mehr zur Verfügung, um schneller so genannte Feuerwehrlehrer einsetzen zu können.

(David McAllister [CDU]: Das ist gut!)

- Das ist gut. - Zugleich aber sparen Sie 4,7 Millionen Euro, indem Sie ab 1. August 2006 250 Stellen streichen. Sie stopfen auf der einen Seite kleine Lücken, reißen dafür aber an anderer Stelle umso größere Lücken auf.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Welche Stellen?)

Von ihrer Unterrichtsversorgung wird die Landesregierung die Eltern in Zukunft genauso wenig überzeugen können wie von der Abschaffung der Lernmittelfreiheit. Es zeugt schon von ungewöhnlicher Selbstherrlichkeit und von Ideenlosigkeit, wenn man 160 000 Unterschriften unter einer Volksinitiative schlicht vom Tisch wischt und nicht einmal versucht, den Eltern mit Kompromissangeboten entgegenzukommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Busemann, es reicht nicht, neue Schilder anzubringen und tolle Ankündigungen zu machen. Wir messen Sie an dem, was tatsächlich in den Schulen stattfindet. Solange so viel Unterricht ausfällt, solange die Verbesserung von Unterrichtsqualität und Schulklima Ihrem Gliederungswahn zum Opfer fällt, solange Sie nicht wahrhaben wollen, dass Lernen in Leistungsgemischten Gruppen erfolgreicher ist, und Sie damit den Hauptschülern die Chancen nehmen, solange werden Sie es nicht schaffen, die selbst aufgelegte PISA-Latte zu überspringen. Sie laufen drunter durch. Davon können Sie auch mit keinem Fitnesstest ablenken. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Die nächste Rednerin ist Frau Eckel von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Eckel, Sie haben das Wort.

Ingrid Eckel (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Viel Gegenwind hat Minister Busemann in dem fast vergangenen Jahr 2005 zu schaffen gemacht. Es gab Gegenwind wegen der Aufhebung der Lernmittelfreiheit, Gegenwind von verärgerten Kommunen wegen der Verteilung der IZBB-Mittel, Gegenwind von Kitas und Verbänden wegen des Modellkommunengesetzes und Gegenwind von Eltern und Kollegien wegen der Unterrichtsversorgung. Zum Jahresschluss gibt es heftigen Gegenwind wegen der Fitnesslandkarte. Herr Minister, wie lange werden Sie standhalten können?

Bisher haben Sie versucht, sich gegen den Wind zu stemmen, und zwar mit der gebetsmühlenartigen Versicherung, die Unterrichtsversorgung liege bei fast 100 %, mit Ankündigungen wie der, ein beitragsfreies drittes Kindertagesstättenjahr einzuführen, und mit einigen Zuckerstückchen im Haushaltsplan wie z. B. der Aufstockung der Fortbildungsmittel um 1 Million Euro oder der Aufstockung der Mittel für Sprachförderung im Elementarbereich um 1,2 Millionen Euro.

Herr Minister, dadurch wird sich der Sturm nicht legen, auch nicht durch Beschimpfung und Verächtlichmachen von Schulleitern

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]:
Wer macht das denn? Wie kommen Sie denn darauf?)

oder, wie gestern geschehen, des hannoverschen Sportinstituts, als Sie sagten, um dort hineinzukommen, ist als Qualifikation nur eine Rolle vorwärts vonnöten.

(Widerspruch bei der CDU - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Da haben Sie aber nicht richtig zugehört, Frau Kollegin! - Joachim Albrecht [CDU]: Die Rolle rückwärts können Sie doch schon!)

Ich behaupte hier ja auch nicht, dass es als Befähigungsnachweis, um Bildungsminister in einer schwarz-gelben Koalition zu werden, reicht, eine Rolle rückwärts machen zu können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bis heute konnte die Regierungskoalition und mit ihr der Minister von schulpolitischen Entscheidungen profitieren, die noch in der Regierungszeit der SPD gefällt wurden. Ich nenne hier als Beispiele

Sprachförderung vor der Einschulung, verlässliche Grundschule, Hochbegabtenverbündung oder die Eingangsstufe an der Grundschule. Sie selbst aber haben keine neuen, innovativen Projekte auf den Weg gebracht. Der Haushaltsplan 2006 lässt ebenfalls neue Impulse vermissen. Um es mit Ihren Worten zu sagen: Viel Neues ist nicht zu berichten.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Stellung unseres Landes im internationalen Wirtschaftsgefüge und der Erhalt des erreichten Wohlstandes weisen eindeutig auf die Notwendigkeit hin, nachwachsende Generationen hoch zu qualifizieren und allen Chancen junger Menschen, die zu diesem Ziel führen, zu nutzen. Das muss sich in der Bildungspolitik abbilden. Es reicht nicht, Herr Ministerpräsident, eine Abiturquote von 40 % als wünschenswert zu benennen. Der Erfüllung von Wünschen müssen zielgerichtete Schritte vorausgehen.

(Beifall bei der SPD)

Wo sind denn diese im Haushaltsplan 2006? Wo findet sich die finanzierte Untermauerung von Konzepten, die verhindern, dass immer noch 10 % eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss verlassen und ungefähr 25 % eines Jahrgangs von der ausbildenden Wirtschaft als kaum bis nicht ausbildungsfähig beschrieben werden? - Die Verantwortung für junge Menschen, die Verantwortung dafür, ob sie Aktivposten in einer Gesellschaft sein können oder zu einer Belastung werden, muss Anlass genug sein, in dem angesprochenen Sinne Pflöcke in einem Haushaltsplan einzuschlagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn jungen Menschen zu 25 % der Weg in eine eigenständige Existenz verbaut oder doch sehr erschwert ist, liegt es im Interesse der Gesamtheit, gegenzusteuern. Wir können es uns zum einen nicht leisten, Begabung zu verschleudern, und zum anderen können wir uns die Kosten für nachträgliches Fitmachen für den Arbeitsmarkt, wenn das überhaupt gelingt, eben auch nicht leisten. Um Kindern aus benachteiligten Familien Chancen zu eröffnen, ist frühes Fördern notwendig. Die vorschulischen Einrichtungen zu Bildungsstätten zu entwickeln ist der richtige Weg. Dieser Weg ist im niedersächsischen Orientierungsplan auch ordentlich aufgezeigt. Papier ist aber geduldig. Wie unterstützen Sie die

Umsetzung? Was tun Sie für Qualitätsentwicklung und Evaluation? - Gar nichts! Im Haushaltsplan ist kein Cent dafür vorgesehen.

Die Mittel für die grundlegende Förderung der Sprachentwicklung haben Sie, Herr Minister, in diesem Jahr auf 6 Millionen Euro erhöht. Das sind 1,2 Millionen Euro mehr, aber immer noch weniger als 2004. Erst recht erreichen die Mittel nicht den Umfang, den die SPD-Regierung zu ihrer Zeit vorgesehen hatte. In den letzten beiden Jahren kam es andauernd vor, dass Kindertagesstätten die gezielte Sprachförderung Knall auf Fall einstellen mussten, weil sie den immer weiter erhöhten Prozentsatz von Kindern mit Migrationshintergrund nicht erreichten. Wir wollen die Sprachförderung sichern. Planungssicherheit ist angesagt, Herr Minister. Meine Fraktion hat in unserem Haushaltsantrag die Mittel wieder auf 8 Millionen Euro aufgestockt.

(Beifall bei der SPD - Joachim Albrecht [CDU]: Aber nicht finanziert! - Gegenruf von der SPD: Auch finanziert! - Gegenruf von Joachim Albrecht [CDU]: Mit Luftschlossern finanziert!)

Sprachverständnis und Sprachbeherrschung sind die Grundlagen für eine erfolgreiche Schulbildung und eine erfolgreiche Berufsausbildung. Die Kita-Sprachförderung muss alle benachteiligten Kinder und alle Kinder mit Migrationshintergrund erreichen. Das ist unser Ziel.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Minister, Sie haben vor einigen Wochen wieder einmal angekündigt, ein Modell für die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres vorzulegen. Wann wollen Sie denn nun konkret werden? - Nach zahlreichen Untersuchungen kann man davon ausgehen, dass sich der Kindergartenbesuch außerordentlich vorteilhaft auf den Schulerfolg auswirkt. Ehemalige Kindergartenkinder sind als 15-Jährige in ihrer kognitiven Entwicklung ein ganzes Jahr weiter als Kinder, die keinen Kindergarten besucht haben. Es ist höchste Zeit, ein Finanzierungsmodell für ein beitragsfreies Kindergartenjahr vorzulegen. Packen Sie es an, Herr Minister! Reden ist Silber, und Handeln ist Gold.

(Beifall bei der SPD)

Um jungen Menschen nicht den Weg in die Zukunft zu verbauen und zum Nutzen der Gesellschaft

muss der Bildungsbereich ein finanzpolitischer Schwerpunkt sein. Bei der Verteilung müssen Prioritäten gesetzt werden, besonders in einer Zeit, in der offenbar wird, wie viel unser Land in der Bildung nachzuholen hat. 18,6 % Anteil am Gesamthaushalt sind zu wenig in diesem personalintensiven Bereich.

An dieser Stelle möchte ich die Aussage des Ministerpräsidenten einflechten, er würde Lehrkräfte gerne besser bezahlen. Das macht sich vielleicht gut als bunter Luftballon auf dem Philologentag. Aber ein Problem ist die Vergütung der Lehrkräfte nicht. Realitätsnäher wäre es gewesen, wenn der Ministerpräsident die Streichung des Weihnachtsgeldes bedauert hätte.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, nichts interessiert Eltern so sehr wie die Unterrichtsversorgung. Deswegen haben Sie ja auch 100 % versprochen. Kein Wunder, dass die Eltern jetzt Sturm laufen und diese 100 % einfordern. Sie müssen sich an Ihren eigenen Ansprüchen messen lassen. Gerade gestern habe ich die Antworten auf drei Kleine Anfragen zur Unterrichtsversorgung gelesen. In Neustadt am Rübenberge erreicht keine der weiterführenden allgemein bildenden Schulen 100 %. Die Zahlen geben eine Versorgung von 93,3 % für eine Hauptschule, 95,8 % bzw. 95,1 % für Gymnasien an.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ganz knapp bei 100! - Gegenruf von Dr. Philipp Rösler [FDP]: Wie war denn die Unterrichtsversorgung zu SPD-Zeiten?)

Am besten ist die Realschule mit 98,9 % versorgt. Das gleiche Ergebnis gibt es in Wunstorf. Im Landkreis Fallingb. erreicht keine Hauptschule, keine Realschule, keine KGS eine 100-prozentige Versorgung. Die Gymnasien liegen hier aber immerhin um 99 %.

Aber das hilft den Schulen in Duderstadt natürlich auch nicht. Ausgerechnet am Duderstädter Eichsfeld-Gymnasium prangert der Elternrat einen Ausfall von 20 % aller Unterrichtsstunden an.

(Joachim Albrecht [CDU]: Aber nur in der Mittelstufe!)

Der Hinweis, dass dies auch mit Langzeiterkrankungen zu tun hat, beruhigt die Eltern nicht. Sie

haben 100 % versprochen, und nur daran werden Sie gemessen.

(Zustimmung bei der SPD)

Fakt ist: An vielen Schulen fällt Unterricht aus. Sie erreichen die 100 %-Marke nicht, obwohl Sie Ihre Berechnung so umgestellt haben, dass Sie mit 1 200 Lehrerinnen und Lehrern weniger als die Vorgängerregierung eine 100-prozentige Versorgung erreichen wollen.

Im Schuljahr 2003/04 wurden in den allgemein bildenden Schulen nach Angaben des Kultusministeriums 1 355 196 Stunden pro Woche erteilt. Im Schuljahr 2004/05 waren es nur noch 1 335 143 Wochenstunden. Die Differenz von über 10 000 Stunden entspricht mehr als 750 Lehrerstellen.

Es geht weiter: Zum 1. August 2005 hat man bereits 50 Stellen abgebaut. 2006 sollen 250, 2007 - nach der MiPla - 400 Stellen gestrichen werden. Und ich erinnere an die 700 Stellen, die Sie bereits 2004 gestrichen haben, und an die fast 1 200 Stellen, die durch Ihre Schulstrukturreform versickert sind. Eltern merken die Auswirkungen: Unterricht fällt aus.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Erwartungen der Eltern enttäuscht. Auch Ihre eigenen Erwartungen sind enttäuscht worden; denn entgegen Ihren Erwartungen wählen immer mehr Eltern die Hauptschule ab. In diesem Schuljahr haben noch einmal weniger Eltern die Hauptschule für ihr Kind gewählt, nämlich 16,5 %. Das ist ein Rückgang von weiteren 1,2 Prozentpunkten. Gymnasien liegen mit 41,4 % über den Realschulen mit 36,5 %. Das sind Durchschnittswerte. In Städten liegen die Werte von Hauptschulen und Gymnasien noch deutlicher auseinander. Da ist etwas schief gelaufen, Herr Busemann. Ihre Anstrengungen zur Rettung der Hauptschule funktionieren nicht. Die Hauptschulen sicken dahin. Die Hälfte der 5. Klassen fährt nur noch einzügig. Einige müssen mit kombinierten Klassen arbeiten.

Der Arbeitskreis Kultus unserer Fraktion war am Montag im Wendland. Da gibt es in Gartow eine Haupt- und Realschule unter einem Dach. Drei Anmeldungen hatte die Schule für die 5. Klasse der Hauptschule. In allen Klassen ist die Klassenfrequenz so niedrig, dass die Landesschulbehörde für die Hauptschule eine kombinierte Klasse für die

Jahrgänge fünf bis acht empfiehlt. Wann reagieren Sie endlich auf die Tatsache, dass Ihnen Schulstandorte wegbrechen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Leitet Sie Beharrungsvermögen, oder leitet Sie Schwerfälligkeit? - Attraktiver werden Hauptschulen durch Einzügigkeit und kombinierte Klassen auch nicht. Das Programm zur Stärkung der Hauptschule greift nicht. Auch das Neuerrichtungsverbot für Gesamtschulen hat da absolut nichts genützt. Die Hauptschule wird als Schulform abgewählt. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sollten den Tatsachen ins Gesicht sehen. Wenn Sie die Schulstandorte im ländlichen Raum erhalten wollen, dann werden Sie an der Kooperativen Haupt- und Realschule nicht vorbeikommen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, das hauptsächliche Defizit unseres Bildungssystems liegt in der hohen Korrelation von sozialem Milieu und Bildungserfolg. Das ist der Skandal, das ist das unstrittige Brandmal des deutschen Schulsystems. Deswegen brauchen wir die Stärkung der frühkindlichen Bildung, individuelle Förderung, gut ausgestattete Ganztagschulen. Das sind Investitionen in die Zukunft.

Herr Minister, lassen Sie uns einmal Tacheles reden! Wie sieht denn die Realität aus, nachdem der Bund 400 Millionen Euro für den Aufbau von Ganztagschulen bereitgestellt hat? - Es gibt in Niedersachsen 461 Ganztagschulen. Von denen erhalten 186 Schulen keine zusätzlichen Lehrerstunden. Ihre Regelungen für die Verteilung der Mittel waren so großzügig gefasst, dass die Kommunen neben dem Bau von Mensen auch die Errichtung von Sporthallen großzügig bezuschusst bekamen. Denn es gab anfangs im Kultusministerium ja die Angst, es könnten nicht alle Mittel abfließen. Bald stellte sich aber das Gegenteil heraus. Jetzt ist klar, es können nicht alle Ganztagschulen in den Genuss von Mitteln kommen, obwohl im vergangenen Jahr die Richtlinien zur Mittelvergabe verschärft wurden.

Die gewollte Bevorzugung von Hauptschulen hat mit allem anderen zu Folgendem geführt: Funktionierende Ganztagschulen gehen leer aus, weil sie als IGS, KGS, Grundschule oder Gymnasium hintangestellt werden. Ein weiteres Problem ist die

Ungleichverteilung im Lande. Ich nenne nur einige Beispiele: Aurich erhält aus dem Bundesprogramm 25,8 Millionen Euro, Lüchow-Dannenberg 0 Euro, Ammerland 5,6 Millionen Euro.

(Joachim Albrecht [CDU]: Dann müssen sie einen Antrag stellen!)

Das Emsland schießt den Vogel ab, es erhält rund 35,5 Millionen Euro. Ist es nicht Aufgabe eines verantwortungsbewussten Ministeriums, dafür zu sorgen, dass die Mittel für Ganztagschulen im ganzen Land gleichmäßig verteilt werden? - Ich denke schon.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die rot-grüne Bundesregierung hat einen Impuls für die Errichtung von Ganztagschulen gegeben, um die pädagogischen Erfolge in anderen Ländern auch bei uns zu ermöglichen. In Niedersachsen ist durch die Vergabe der IZBB-Mittel an „Ganztagschulen light“ und die festgeschriebene Freiwilligkeit der Nachmittagsangebote eine Halbtagsschule entstanden - eine Halbtagsschule mit nachmittäglichem Betreuungsangebot. Das hat wenig zu tun mit den Ganztagschulen der PISA-Siegerländer.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich verkenne nicht, dass es Kollegien gibt, die hoch engagiert sind und ein pädagogisches Konzept zur Förderung und Stützung von Schülerinnen und Schülern zu verwirklichen suchen. Aber wie lange werden sie so engagiert sein, wenn die Zuweisung von Lehrerstunden immer länger auf sich warten lässt? Im Haushalt 2006 ist keine Summe zu finden, die ein zusätzliches Budget für Ganztagschulen ermöglicht.

Wir fordern in unserem Antrag für den Haushalt 2006 12 Millionen Euro für pädagogische Maßnahmen in Ganztagschulen ein, und wir belegen sie. Sie sollen den 186 „Ganztagschulen light“ zugute kommen. 12 Millionen Euro bedeuten für jede Schule immerhin ein Budget in Höhe von 60 000 Euro.

(Beifall bei der SPD)

Uns geht es um wirkungsvolle Ganztagschulen, die den Namen verdienen, um Ganztagschulen, die zusätzliche Mittel erhalten und in der Lage sind, die Unterrichtsqualität zu steigern, individuell zu fördern und Defizite auszugleichen, um Chan-

cengleichheit zu realisieren. Ein großer Wurf sind die Ganztagschulen à la Busemann nicht!

Aber Sie bereiten ja Neues vor. Ihr nächster großer Wurf soll die Eigenverantwortliche Schule werden. Finanzmittel sind allerdings im Haushalt nicht eingesetzt, weil der Präzisionsgrad des Vorhabens, wie Sie sagen, noch nicht erreicht sei.

(Joachim Albrecht [CDU]: Bei euch geht alles nur mit Geld!)

Bei allem, was man lesen und hören konnte, scheinen Sie, Herr Kultusminister, die Gesamtkonferenz sehr schwächen und den Schulleiter stärken zu wollen. Der Ministerpräsident scheint da anderer Meinung zu sein. Vor dem Philologentag hat er laut *Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 1. Dezember 2005 gesagt:

„Wir sind da im Prozess argumentativer Auseinandersetzung. Von der Richtlinienkompetenz muss ich bislang nicht Gebrauch machen.“

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das kommt aber noch! Pass auf!)

Mehr dazu wird der Landtag morgen bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage erfahren.

Sehr geehrte Damen und Herren, im dritten Jahr der Regierungszeit von CDU und FDP muss man bilanzieren: Unterrichtsversorgung - schlechter geworden. Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen - schlechter geworden.

(Joachim Albrecht [CDU]: Das stimmt ja gar nicht!)

Die Proteste von Eltern und die Anwahl der Schulformen sprechen da eine deutliche Sprache.

Lassen Sie mich einen dritten Mangel benennen: Individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern - schlechter geworden. Es ist inzwischen für die Schulen ein Kunststück, Stunden für Förderung freizuschaukeln.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Kardinalfehler der Schulpolitik von Schwarz-Gelb und Kultusminister Busemann ist: Sie stellen die Schulform in den Mittelpunkt Ihrer Politik und nicht die individuelle Entwicklung der Schüler und Schülerinnen.

(Beifall bei der SPD)

Sie setzen auf ein Schulsystem, in dem das frühe Aussortieren und Aufteilen wichtiger ist als das gezielte Fördern. Die Zukunftschancen vieler Schüler und Schülerinnen bleiben dabei auf der Strecke. Das ist vom Menschlichen her sehr traurig, und es ist verantwortungslos gehandelt. Es hat aber auch einen wirtschaftlichen Aspekt; denn der Wirtschaft wird es in Zukunft an ausreichend qualifizierten Arbeitskräften mangeln.

Der Haushaltsplan zeigt: Es ist keine Besserung in Sicht. Der Wind wird Ihnen, Herr Minister, immer stärker ins Gesicht blasen. Um das vorauszusagen, muss man wirklich keine hellseherischen Fähigkeiten haben. Wir können das in Ruhe betrachten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Nächster Redner ist Hans-Werner Schwarz, FDP-Fraktion.

Ein kurzer Hinweis zum Zeitablauf: Wenn sich jetzt alle Fraktionen und auch die Landesregierung an ihre Zeitbudgets halten, werden wir mit einer knappen halben Stunde Verspätung in die Mittagspause gehen.

Bitte schön, Herr Schwarz!

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mir während der Beiträge der Oppositionspolitiker den Kultusminister angeschaut. Er sitzt dort eigentlich sehr moderat, zurückgelehnt. Ich kann ihn ausgesprochen gut verstehen bei dieser moderaten Kritik der beiden Redner von der SPD und von den Grünen. Der Minister befindet sich im Moment in einer komfortablen Situation.

(Uwe Harden [SPD]: Er sitzt da und hört zu! Das ist immer komfortabel!)

Ich finde, das spricht für die Bildungspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sehr verehrte Frau Korter, ich möchte zunächst einmal zu Ihnen etwas sagen: Sie haben vom Irrglauben gesprochen. Dazu möchte ich etwas klarstellen.

(Zuruf von Ina Korter [GRÜNE])

- Sie sagten, wir unterlägen dem Irrglauben, schwache Schüler könnten sich nicht gegenseitig fördern. Ich will dazu klarstellen: Das sehen wir komplett anders. Wir rechnen mit den Stärken der Schüler, und wir wollen die Stärken der Schüler herausarbeiten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir reden nicht über die schwachen Schüler. Wir reden über diejenigen, die Fähigkeiten haben. Deswegen übrigens wollen wir das dreigliedrige Schulsystem stärken, im Wettbewerb zu den Gesamtschulen.

Ich komme zum nächsten Punkt. Ich bitte Sie, in Zukunft nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen, wie Sie das beispielsweise im Vergleich von Hamburg, einem Stadtstaat, mit Niedersachsen, einem Flächenland, getan haben. Das kann man in der Tat nicht vergleichen.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr richtig!)

Frau Eckel, auch zu Ihrer Rede noch eine kurze Bemerkung: Wir stellen nicht die Schulform in den Vordergrund. Das genau tun Sie. Wir stellen den Schüler in den Mittelpunkt unserer Betrachtung. Das ist genau der Punkt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

- Bleiben Sie ganz ruhig!

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Nein! Dabei nicht!)

Ich kann natürlich gut verstehen, dass Sie auf solche Dinge und nicht mit irgendetwas Neuem kommen. Wir haben in den ersten drei Jahren ein atemberaubendes, tolles Tempo vorgelegt und Dinge erreicht, die Sie in 13 Jahren nicht zustande bekommen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie haben niemals gehandelt. Wir sind diejenigen, die handeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in diesem Jahr haben wir einen wichtigen Schritt zur Konsolidierung des Landeshaushaltes geleistet. Nur mit finanzieller Flexibilität besteht die Aussicht, dass auch zukünftige Generationen dieses Land noch gestalten werden können. Dass wir vor genau diesem Hintergrund den Bereich der Bildung

bei den Einsparungen im Haushalt ausgenommen haben, ist ein besonders bemerkenswertes und stimmiges Signal. Damit haben wir ein Zeichen gesetzt, das das Ziel der Konsolidierung, nämlich die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens zu gewährleisten, zusätzlich unterstreicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Bildung unserer Kinder sichert die Zukunft unseres Landes. Mit diesem Haushalt gehen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner diesen Weg konsequent weiter. Nicht nur, aber ganz besonders dann, wenn die Zeichen schlecht stehen und die Mittel knapp sind, ist es dringend erforderlich, Schwerpunkte zu setzen. Ich nenne nur ein Stichwort: Unterrichtsversorgung. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie jammern und jammern, aber Sie haben während Ihrer Regierungszeit keine verantwortungsvolle Personalpolitik betrieben.

(Elke Müller [SPD]: Was wissen Sie denn schon?)

Ich denke beispielsweise an den Lehrerberg, an die vielen Lehrer im Alter zwischen 52 und 59 Jahren. Ich denke an die nicht finanzierten November-Lehrer. Ich denke vor allen Dingen an die Arbeitszeitkonten. Sie haben aber auch als Opposition jetzt keine seriös kalkulierten Gegenvorschläge auf den Tisch des Hauses gelegt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben für mehr Lehrer in Niedersachsen gesorgt. Niemals zuvor gab es in Niedersachsen diese Zahl von Lehrern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nach offensichtlich vorhandenen Schwierigkeiten gilt zukünftig eine zügigere Vertretungsregelung. Feuerwehrlehrkräfte sollen künftig schneller eingesetzt werden, wenn sich an einer Schule ein längerer Ausfall abzeichnet.

(Zuruf von Uwe Harden [SPD])

- Sie sind doch gar nicht Bildungspolitiker. Da blicken Sie doch gar nicht durch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Uwe Harden [SPD]: Ich bin aber Schulleiternrat!)

Dafür stehen 2 Millionen Euro zusätzlich bereit, und das ist gut so.

Natürlich könnte die Unterrichtsversorgung noch besser sein. Besser geht immer, und Stillstand ist Rückschritt. Aber unter den gegebenen Umständen sind wir auf einem guten Weg. Wir halten es für zwingend erforderlich, offen vorhandene Probleme auch anzusprechen, nichts zu beschönigen, sondern an der Lösung bestehender Schwierigkeiten zu arbeiten.

Gestern haben wir von Herrn Jüttner wieder einmal gehört, dass Sie der Meinung sind, die Einheitschule mit ihren Einheitslehrern sei das Nonplus-ultra, das dreigliedrige Schulsystem sei ungerecht.

(Walter Meinhold [SPD]: Das stimmt!)

Herr Jüttner, das ist langweilig. Das ist so langweilig, dass man bei Ihren Beiträgen versucht ist, seine eingeschlafenen Füße zu beneiden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Als Lektüre möchte ich Ihnen ganz gerne das gerade erschienene Konzept zur Studie „Bildung neu denken“ von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft empfehlen. Die von Ihnen gewünschte Vereinheitlichung ist pädagogisch unsinnig. Sie verwechseln Chancengleichheit mit Gleichmacherei.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD]: Haben Sie das Buch gelesen? Ich kenne es nämlich! Das Gegenteil steht in diesem Buch! Ich habe es gelesen!)

- Ich bin froh, dass ich Sie jetzt geweckt habe, Herr Jüttner.

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

Wir wünschen bei der Wahl der Schulform die Beteiligung der Eltern.

(Uwe Harden [SPD]: Sie kennen den Einband!)

- Mensch, mir fallen noch tolle Dinge ein, Herr Harden, wirklich. Ich komme gleich darauf zurück.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir sollten das zusammen durchgehen, was Herr Lenzen geschrieben hat! Das ist sehr spannend!)

Für eine gute Wahl brauchen Eltern eine exzellente Beratung. Insbesondere unsere Grundschullehrer müssen dafür gerüstet sein. Wir halten es

aber auch für richtig, im Zweifel durch einen Eignungstest für eine realistische Einschätzung von Kindern zu sorgen, um Resignation und Frustration bei Betroffenen zu vermeiden.

(Walter Meinhold [SPD]: Damit kommen Sie nicht durch!)

Bei der bestehenden Durchlässigkeit hat jedes Kind die Chance, sich in unserem Bildungssystem den gewünschten Abschluss zu erarbeiten.

Auch bei den individuellen Fördermaßnahmen haben wir Zeichen gesetzt. Ob es um die Ausweitung der vorschulischen Sprachförderung oder um 27 zusätzliche pädagogische Mitarbeiter an den Förderschulen geht,

(Uwe Harden [SPD]: In ganz Niedersachsen!)

wir bauen die individuelle Förderung konsequent aus, um allen Kindern die Chance zu geben, aus ihren Fähigkeiten die bestmöglichen Leistungen zu entwickeln. Es gibt auch hierbei selbstverständlich noch viel zu tun.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir setzen in Zukunft auf Kooperation, z. B. mit lokalen Unternehmen und Vereinen, aber wir setzen auch auf das ehrenamtliche Engagement. Als Bildungspolitikern sind wir ja eigentlich ständig unterwegs. Ich gehe davon aus, dass das auch für die Bildungspolitikern der Opposition gilt. Wir informieren uns ständig vor Ort. Kein Oppositionspolitiker wird bestreiten können, dass dort, wo große Kreativität und großes Engagement von allen Beteiligten vorhanden sind, auch bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auf diese Art und Weise werden Schulen stärker in ihre Gemeinden integriert. Sie werden ein absolut akzeptierter Bestandteil des öffentlichen Lebens. Das zeigt eindrucksvoll, dass weniger Staat mehr ist.

(Zustimmung bei der FDP)

Vermutlich ist die eine oder andere Zusammenarbeit an Schulen vor Ort eher aus der Not geboren. Die Ergebnisse sind aber oft besser, als es staatlich verordnete Maßnahmen jemals hätten sein können. Kürzlich habe ich die Gelegenheit genutzt und mir Schulen in Baden-Württemberg ange-

schauf. Warum waren diese Schulen eigentlich so erstaunlich gut? - Weil die Kommunen sehr bewusst auf Bildung als weichen Standortfaktor gesetzt haben. Selbstverständlich haben die meisten Träger unserer Schulen nicht immer die gleichen finanziellen Voraussetzungen, aber es zeigt, dass vieles mit entsprechender Einstellung und Rückendeckung möglich ist.

„Kreativität“ bringt mich zu den Schulen, die uns Liberalen ganz besonders am Herzen liegen: die Schulen in freier Trägerschaft. Diese legen große Kreativität an den Tag, und sie haben oftmals Vorbildcharakter. Sie bereichern die Schullandschaft in hohem Maße und bringen eine Vielfalt mit sich, die den Wettbewerb fördert und damit besonders zur Steigerung der Bildungsqualität beiträgt.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem arbeiten die freien Schulen ausgesprochen effizient, teilweise mit wesentlich geringeren finanziellen Mitteln als die staatlichen Schulen. Sie bringen dann auch noch vielen ihrer Kinder eine exzellente Ausgangsposition für den späteren Arbeitsmarkt. Sie schaffen es mit ihren Konzepten, das Schulprofil zu schärfen. Das transportieren sie durch Lehrer, Schüler und Eltern.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Durch die Aufstockung der Mittel um 12,9 Millionen Euro konnten auch in diesem Jahr besondere Härten aufgefangen werden. Das bedeutet nicht, dass es diesen Schulen jetzt ganz besonders gut geht. Ein transparentes Finanzierungsmodell ist dringend erforderlich. Das habe ich bereits im vergangenen Jahr an gleicher Stelle angemahnt. Inzwischen wird ein Modell entwickelt. Auch in diesem Fall lohnt sich übrigens ein Blick nach Baden-Württemberg.

Wichtig ist, dass die Richtung stimmt. Die Landesregierung und die sie fragenden - - -

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Die fragen den!)

- Die sie tragenden Fraktionen. Aber wir fragen auch. Das ist ganz wichtig. Das gehört nämlich zum demokratischen Prozess.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie fragen, Sie antworten, das ist Ihr Kontrollrecht!)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen der FDP und der CDU zeichnen sich durch Handeln aus und unterscheiden sich wohltuend von dem zaudernden Bedenkenträgertum derjenigen, die heute fromme Sprüche machen, was und wie sie alles verbessern wollen, es selbst aber - nachweislich durch anerkannte Studien belegt - 13 Jahre lang nicht verstanden haben, niedersächsische Kinder mit Zukunftschancen auszustatten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Jüttner, auch aufgrund Ihrer billigen Angriffe gegen die FDP am gestrigen Tag

(Reinhold Hilbers [CDU]: Er muss besser werden!)

sage ich es Ihnen noch einmal deutlich: Sie haben versagt. Jetzt müssen wir die Karre aus dem Dreck ziehen. Das ist genau die Lage. Die liberale Forderung nach der Eigenverantwortlichen Schule wird von der Landesregierung zügig umgesetzt.

(Zuruf von Dorothea Steiner [GRÜNE])

- Schön, Frau Steiner, herzlich willkommen in der Diskussion!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie haben aber nichts verstanden. Ich gebe Ihnen aber nachher ein Märchenbuch zu lesen.

(Elke Müller [SPD]: Dieses Oberlehrerhafte!)

Hier spielt die Frage der Führungskräfte eine zentrale Rolle. Schulleiter werden Vorgesetzte und mit einer ganz anderen Verantwortung ausgestattet sein. Darauf muss man sie intensiv vorbereiten. So etwas ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Schulen brauchen insbesondere Unterstützung auf dem Weg zur Eigenverantwortlichkeit. Allerdings betone ich noch einmal: Schule und Politik alleine wird es nicht gelingen, uns in die Spitzengruppe der Studien zu katapultieren. Die Bereitschaft aller muss im Sinne unserer Kinder vorhanden sein, diesen Weg zu begleiten. Die Zukunft unserer Kinder beginnt im Kinderzimmer und nicht im Klassenzimmer.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Als Nächster hat der Kollege Klare von der CDU-Fraktion das Wort.

Karl-Heinz Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausgangslage für das Jahr 2006 ist sehr eindeutig. Die Regierungsfractionen von CDU und FDP haben der Bildung wieder den hohen Stellenwert gegeben, der ihr zusteht. Dieser hohe Stellenwert spiegelt sich im vorliegenden Haushaltsplanentwurf sehr eindrucksvoll wider.

Es bleibt weiterhin das zentrale Anliegen der niedersächsischen Schulpolitik, die Qualität der schulischen Arbeit nachhaltig und gründlich zu verbessern. Meine Damen und Herren, das ist eine Riesenaufgabe, keine Frage. Wir haben sehr viele Projekte - übrigens auch sehr viele innovative Projekte - auf den Weg gebracht. Man muss aber auch sagen: Wir haben noch sehr viele große Dinge vor uns, die notwendig sind,

(Zustimmung bei der CDU)

deren Notwendigkeit von allen anerkannt wird. Sie müssen noch auf den Weg gebracht werden. Ich habe die Reden der Oppositionssprecherinnen gehört. Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren: Ich bin nur zweieinhalb Jahre nach der Regierungsübernahme nicht bereit, das Chaos, das Sie hinterlassen haben, zu akzeptieren. So können wir nicht miteinander reden.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Abschlussbilanz war das Chaotischste, was eine Landesregierung - egal, in welchem Land - jemals hinterlassen hat. Darauf müssen wir aufbauen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, wir müssen das erst einmal wegschieben und dann neu aufbauen. Ich erinnere nur an die Förderstufe, die Sie eingeführt haben. Wir mussten schnell reagieren, sonst wäre das tatsächlich in die Praxis umgesetzt worden. Die Kommunen hätten das umsetzen müssen, weil das Gesetz ja galt. Oder denken Sie einmal an die Schullaufbahnpflicht per Glückstopf, per Losverfahren!

(Walter Meinhold [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist ein Märchen!)

Was war das für ein Chaos, was damals angeordnet worden ist!

Meine Damen und Herren, die Folgen dieser damaligen Politik beschäftigen uns dramatisch. Man muss sich die Dimensionen vorstellen. Das können Sie uns nicht in die Schuhe schieben, Frau Eckel. Die 10 % Schulabgänger ohne Abschluss waren das Ergebnis einer falschen Schulpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Weitere 15 % haben - diese Schulabgänger sind da - die Schule ohne die notwendigen Kenntnisse verlassen, die man braucht, um im Leben und im Beruf ihren Mann oder ihre Frau zu stehen. 25 % eines Jahrgangs unserer jungen Leute haben ohne die notwendige Qualifikation die Schule verlassen. Das ist sozialer Sprengstoff für die nächsten Jahre, dessen Dimension man überhaupt noch nicht übersehen kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was ist das für ein Umgang mit Kindern? Sie hatten doch gar keine Chance, bei nationalen oder internationalen Vergleichen auch einmal zu den Siegern zu gehören. Sie waren doch aufs Verlieren programmiert. Das ist schon pädagogisch unsinnig. So kann man nicht mit jungen Menschen umgehen. Ich kann Ihnen angesichts dieser Dinge, die wir immer noch ausbaden müssen, nur empfehlen, hier ein bisschen demütiger umzugehen und vorzutragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Ich kann Sie nur bitten, als größte Oppositionspartei - ich spreche jetzt die SPD an - endlich ein schulpolitisches Konzept auf den Tisch zu legen, mit dem man etwas anfangen kann.

(Zuruf von der SPD: Brauchen Sie das zum Abschreiben?)

Dieses Trauerspiel, das im Moment bei Ihnen abläuft, kann man so nicht weiter akzeptieren. Das wird auch Ihrer Bildungstradition nicht gerecht, die Sie ohne Zweifel haben.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Klare, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Voigtländer?

Karl-Heinz Klare (CDU):

Nein. - Meine Damen und Herren, nun zu der Aussage: Wir können ruhig weitermachen. - Frau Eckel, Sie können ruhig weitermachen. Aber tun Sie mir einen Gefallen: Verschlafen Sie nicht weiter die großen positiven Entwicklungen, die in den letzten Monaten auf den Weg gebracht worden sind!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine gute Unterrichtsversorgung ist eine wichtige Voraussetzung. Die Bilanz dieser Landesregierung und der sie tragenden Parteien bei der Unterrichtsversorgung ist sehr gut. Ich werde es Ihnen gleich beweisen. Wir setzen weiter auf Verlässlichkeit und Kontinuität. Im Schuljahr 2003 wurden 4 202 neue Lehrkräfte eingestellt, davon 2 500 zusätzlich. Im Schuljahr 2004 wurden 1 400 neue Lehrkräfte eingestellt, im Schuljahr 2005 2 500 neue Lehrkräfte. Meine Damen und Herren, das sind insgesamt 8 000 neue Lehrkräfte. Mit 81 000 Lehrkräften haben wir die höchste Lehrerdichte, die es jemals im Lande Niedersachsen gegeben hat. Das hat es noch nie gegeben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit Sie ein paar Vergleiche haben, die Sie bitte einmal nachlesen sollten: Wir haben mehr als 40 000 zusätzliche Unterrichtsstunden in unseren Schulen. Das kann man doch nicht einfach negieren, und dann kann man hier nicht nur Negativreklame machen. Im kommenden Jahr fällt die Einsparauflage weg. Das heißt, alle Stellen können direkt nach Ausscheiden der Lehrkräfte sofort wieder besetzt werden. Das bedeutet, zum 1. Februar werden 700 Lehrer eingestellt werden sowie 300 zusätzliche, die auch nach dem 1. Februar flexibel eingestellt werden können.

Meine Damen und Herren, um das leisten zu können - das soll auch ein Signal sein -, sparen wir fast in allen Bereichen ein, aber wir investieren in Bildung. Ich bin den Landtagsfraktionen der FDP und der CDU und auch dem Finanzminister sehr dankbar, dass er diesen Schwerpunkt auch in diesem Jahr durchgehalten hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Haltung der SPD-Fraktion in dieser Frage - auch nach dem, was ich heute gehört habe - ist einfach Fehlanzeige. Draußen in den Veranstaltungen kritisieren Sie den Zustand der Unterrichts-

versorgung, während Sie im letzten Jahr im Landtag noch die Entlassung von 2 500 Lehrerinnen und Lehrer gefordert haben. Sie haben in diesem Jahr nicht einen einzigen Haushaltsantrag zur Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer gestellt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sagen Sie mal, ist bei Ihnen noch alles in Ordnung? Das ist doch unerhört!)

Ich finde das unredlich und blamabel, meine Damen und Herren, in dieser Form hier aufzutreten und dann auch noch mit einer Verfassungsklage zu drohen. Das sollten Sie einmal den Eltern sagen, die draußen auf Unterricht warten. Das wäre eine ehrliche Geschichte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben uns durch Ihren Einstellungsstopp und durch die Nichtwiederbesetzung von Lehrerstellen eine massive Erblast hinterlassen, übrigens mit der dramatischen Folge, dass gute Lehrkräfte zu hunderten in andere Bundesländer abgewandert sind und dass junge Leute mangels Perspektive nicht mehr Lehrer werden wollen. Das wird uns noch über Jahre hinweg erheblich belasten.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir haben in den letzten fünf Jahren über 15 000 eingestellt! 15 000 haben wir in der letzten Wahlperiode eingestellt, mein Lieber!)

Zur Erblast gehört auch - darauf hat der Kollege Schwarz hingewiesen -, dass Sie 700 Lehrer eingestellt haben, die wir bezahlen mussten. Das waren die so genannten November-Lehrer. Sie haben die Lehrer auf Arbeitszeitkonten arbeiten lassen. Das bedeutet in Zahlen ausgedrückt: Wir haben die Verpflichtung, das, was Sie uns an Erblast hinterlassen haben, zu bezahlen. Das sind insgesamt 1 730 Lehrerstellen mit einem Gegenwert von 77,8 Millionen Euro, die wir den Lehrern zurückgeben müssen, weil Sie damals nicht einstellen wollten.

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es an einzelnen Schulen auch Probleme in der Unterrichtsversorgung. Es bleibt eine wichtige Aufgabe der Landesschulbehörde, hier einzugreifen. Aber eines muss klar sein: Diese Landesregierung - das hat auch keine andere Landesregierung zuvor gemacht - kann den Schulen keine Krankheitsreserve auf die Unterrichtsversorgung draufsetzen.

Das hat es noch nie gegeben; das gibt es auch in keiner Behörde und in keinem Industriebetrieb. Aber wenn es Hinweise auf Ausfälle gibt, dann wird die Schulbehörde selbstverständlich reagieren. Meine Damen und Herren, es ist überhaupt nicht nachzuvollziehen, dass dies negativ geredet wird; denn wir hatten hunderte von Fällen, in denen das sehr reibungslos und unbürokratisch gelaufen ist. Auch Sie haben sich daran beteiligt und haben auf Problemfälle hingewiesen. Das Ministerium bzw. die Landesschulbehörde hat reagiert, und zwar relativ schnell und immer unbürokratisch.

Ich war selbst Schulleiter und Schulrat. Deswegen kann ich nur raten, bei all diesen Fragen sehr genau hinzuschauen, was in den Schulen konkret los ist. Gute Schulleiter beherrschen allerhand Tricks, auch um an zusätzliche Stunden zu kommen. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Ich erwarte bei eindeutiger Lage, dass schnell zusätzliche Lehrerstunden an die Schulen kommen. Die Schulleiter darf man mit den Problemen nicht alleine lassen. Aber ich erwarte auch, dass die Schulaufsicht dort, wo sich Schulleitungen nicht an vorgegebene Erlasse und Verordnungen halten und sich Stunden zurechnen, die ihnen gar nicht zustehen, sehr deutliche Worte spricht und sehr schnell eingreift.

Meine Damen und Herren, zu Duderstadt wird der Minister sicherlich etwas sagen. Hierbei handelt es sich um Falschmeldungen. Ich weiß sehr genau, dass es dort auch provokative Anwandlungen des Schulleiters gab; darauf wird noch eingegangen. Ein solcher Umgang darf nicht einreißen. Der Minister wird sicherlich eingreifen.

Aber es gibt auch viel Erfreuliches. Ich freue mich sehr, dass der Einsatz von Feuerwehrlehrern jetzt verändert wird. Das ist eine alte Forderung, die schon seit Jahren, im Grunde genommen seit Jahrzehnten besteht. Feuerwehrlehrer sollen bei akuten Unterrichtsausfällen ihrem Namen entsprechend schon nach einer Woche an in die Schule kommen. Das ist unser Wunsch. Diese Regelung soll zum 1. Januar 2006 greifen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Schulleiter soll die Lehrer möglicherweise selbst aussuchen. Wir warten auf das entsprechende Konzept des Kultusministers dazu. Wir ändern das, meine Damen und Herren. Ich bin der Landtagsfraktion sehr dankbar dafür, dass wir den Feuerwehrlehrertopf noch einmal um 2 Millionen Euro aufstocken konnten. Jetzt sind 23 Millionen

Euro darin - also mehr Geld, schnelleres und unbürokratischeres Handeln. Darauf haben die Eltern lange gewartet, und jetzt setzen wir das um.

Ich freue mich ebenfalls, dass eine vergleichbar kleine, aber doch sehr wichtige Maßnahme eingeführt wird, weil sie den Schwächsten der Schwachen dient: Wir stellen in unseren Sonderschulen 27 zusätzliche pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Das sind Mitarbeiter, die in Gruppen arbeiten, in denen auch mehrfach schwerstbehinderte Kinder unterrichtet, betreut und beschult werden. Das ist eine so segensreiche Entscheidung dieser beiden Landtagsfraktionen, wenn man weiß, welche tolle Arbeit dort geleistet wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wissen um diesen großen Handlungsbedarf, der anstand und der auch noch weiter vorhanden ist. Aber ich kann Ihnen sagen: Diese Maßnahme wollen wir auch als Zeichen verstanden wissen hin zur Arbeit in den Sonderschulen, hin zur Arbeit mit Behinderten und Mehrfachbehinderten.

Wir haben im letzten Jahr sehr viel für die Unterrichtsversorgung an den Sonderschulen gemacht. Wir haben 150 zusätzliche Stellen für diese Schulen geschaffen und jetzt die 27 zusätzlichen Mitarbeiter eingestellt. Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass dies sehr dankbar aufgenommen wird.

Meine Damen und Herren, wer optimal fördern will, der muss mit seinen Fördermaßnahmen ganz nah an das einzelne Kind herankommen. Über individuelle Förderung ist der höchste Lernzuwachs zu erreichen. Wir haben uns in der letzten Sitzung des Kultusausschusses über die Möglichkeiten der Förderung, also über individuelle Fördermaßnahmen, sowie über die aktuell praktizierten Maßnahmen informieren lassen. Sie haben es immer bestritten und haben gesagt, das sei nicht möglich und finde nicht statt. Und plötzlich stellen wir fest - das heißt, wir wussten es, aber Sie haben es auch noch einmal schwarz auf weiß bekommen -: In Niedersachsen unterrichten mehr als 2 000 Lehrkräfte in Maßnahmen der individuellen Förderung. Das muss man doch auch einmal positiv sehen und anerkennen und nicht immer nur mies darüber reden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das gilt für die Sprachförderung, das gilt für die sozialpädagogischen Unterstützungsmaßnahmen

sowie für die Hochbegabtenförderung, die Sie übrigens immer bekämpft haben. Sie haben nichts dafür getan, um das einmal klar zu sagen, Frau Eckel.

Im Bereich Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Förderschule, im Bereich der sonderpädagogischen Grundversorgung und bei den mobilen Diensten kann mit sehr wenig Mitteln sehr viel erreicht werden. Ich bin sehr froh, dass wir im kommenden Jahr eine Dokumentation der individuellen Lernentwicklung auf den Weg bringen werden, d. h. eine pflichtgemäße Dokumentation. Diese Dokumentation der Lernentwicklung wird dazu beitragen, dass Fördermöglichkeiten noch besser genutzt werden.

Wir haben ein besonderes Augenmerk auf die frühkindliche Förderung gelegt. Meine Damen und Herren, diese Förderung ist tatsächlich über Jahre hinweg vernachlässigt worden. Was jetzt von dem Minister auf den Weg gebracht worden ist, meine Damen und Herren, hätte schon Jahre früher gemacht werden müssen. Was gemacht worden ist, ist in seiner Vielfalt deutschlandweit einzigartig. Das kann man ruhig einmal feststellen. Die Grundlage ist in dem Orientierungsrahmen „Erziehung und Bildung“ zu sehen. Das hat bis jetzt niemand zustande gebracht, weil es sehr schwierig war, mit verschiedenen Trägern etwas Gemeinsames hinzubekommen. Dieser Kultusminister hat es hinbekommen. Das ist eine erste zentrale und wichtige Maßnahme.

Ferner haben wir uns in besonderer Weise auf Sprachförderung konzentriert. Das ist ein hervorragendes Instrument für die Integration. Die Mittel für Sprachförderung in den Kindertagesstätten werden jetzt auf 6 Millionen Euro aufgestockt. Bei weniger Kindern ist das etwa das, was vorher drin war. Aber es ist erkannt worden, dass das eine wichtige Maßnahme für die Integrationsarbeit ist. Das geht auch in die Familien hinein, weil auch Eltern, die sonst sprachfremd sind, mit der deutschen Sprache in Berührung kommen.

Es ist auch richtig, dass der Minister angekündigt hat, dass das Quorum für Integrationsmaßnahmen herausgenommen wird - nicht mehr 59 %, wie Sie es kennen - und dass es andere Fördermöglichkeiten gibt. So kann das Geld gezielt und gerecht entsprechend dem Bedarf eingerichtet werden.

Besonders wichtig ist die Sprachförderung ein halbes Jahr vor der Einschulung. Das hat auch

jeder von Ihnen dargestellt. Dafür stehen jetzt 300 Lehrkräfte zur Verfügung. Die Chancengleichheit wird verbessert. Unsere Fraktion begrüßt die Absicht des Kultusministers eindeutig, dieses von einem halben Jahr auf ein ganzes Jahr auszuweiten. Je länger eine solche Maßnahme läuft, umso besser und erfolgreicher ist sie.

Frau Eckel, Sie hatten die Konzepte früher in der Tasche - das ist nämlich Ihr altes Konzept -, aber mehr nicht! Es ist nicht auf den Weg gebracht worden, es war nicht finanziert. Dieser Minister macht es. Dann loben Sie ihn doch mal und stellen Sie ihn in dieser Frage nicht in irgendeine Ecke!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die vielen Maßnahmen kann man nicht alle aufzählen. Dafür habe ich nicht die Zeit. Aber die verpflichtende Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule ist zum ersten Mal im Gesetz verankert worden. Die faktische Senkung des Einschulungsalters ist auch durch vielerlei Maßnahmen im vorschulischen Bereich klar.

(Uwe Harden [SPD]: Das hatten wir auch schon mal!)

Die Stärkung der Elternarbeit als verpflichtender Dialog steht im Schulgesetz. Der Rechtsanspruch auf neue Durchlässigkeit steht im Gesetz. Um neue inhaltliche Schwerpunkte haben wir jahrelang gebeten. Jetzt kommt es zur Stärkung der Naturwissenschaften in der Schule, zur Stärkung des Fremdsprachenunterrichts, zur Stärkung der neuen Technologien. All das ist auf den Weg gebracht worden und in den inhaltlichen Vorgaben in die Schulen eingegangen.

Oder nehmen Sie das Ganztagsangebot. Ich weiß nicht, ob Sie traurig oder sauer sind, dass es dem Minister gelungen ist, jetzt die Zahl der Ganztagsangebote zu verdreifachen. Das ist doch eine besondere Leistung!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Uwe Harden [SPD] lacht)

Warum ist das denn so? - Weil wir ein Konzept gemacht haben, das von den Leuten gewünscht wird. Die freiwillige Ganztagsbetreuung wird gewünscht. Das ist der Renner. Das kann man doch nicht einfach negieren. Die stellen doch nicht die Anträge, wenn sie es nicht wollen. Sie stellen die Anträge, weil sie es wollen, und dann wird es genehmigt. Das ist die Situation.

Meine Damen und Herren, schauen Sie in die Stadt Melle, wie die das machen! Das Meller Modell ist ein Musterbeispiel. Herr Hoppenbrock sitzt dort und wird das noch einmal bestätigen.

Nein, meine Damen und Herren, Ihr Problem ist ein anderes. Frau Eckel, Sie haben von Ungleichverteilung geredet. Wissen Sie, wie die Ungleichverteilung war? - Als Sie Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen gemacht haben, haben Sie fast alle Mittel in die Integrierten Gesamtschulen gesetzt. Das ist die Wahrheit. Das mussten wir wieder glatt ziehen. Das musste geändert werden. Das wird der Sache auch nicht gerecht.

Im Übrigen kann ich Ihnen sagen, dass auch das Kultusministerium und wir darüber nachdenken, wie wir zusätzliche Stunden in die Ganztagsbetreuungsangebote hineingeben.

Die besondere Profilierung der weiterführenden Schulen mit der Anbindung der 5. und 6. Klassen an die weiterführenden Schulen bietet endlich die Möglichkeit - die bedanken sich doch alle, dass sie endlich die 5. und 6. Klassen wieder an ihre Schulen bekommen haben -, wieder langfristig und damit pädagogisch unter verbesserten Bedingungen zu arbeiten. Das muss man doch merken!

(Uwe Harden [SPD]: Nein, das kann man nicht merken!)

- Wenn man keine Ahnung hat, merkt man es sowieso nicht. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Uwe Harden [SPD]: Sie haben keine Ahnung!)

Wir brauchen wieder ein profiliertes Schulsystem. Nur wenn wir ein profiliertes Schulsystem haben, kann man mit besonderen Fördermaßnahmen an die Schülerinnen und Schüler herankommen. Das ist doch jedem Pädagogen geläufig.

Hier kommt der Hauptschule, die auf die Arbeitswelt ausgerichtet ist, eine ganz besondere Bedeutung zu. Meine Damen und Herren, die Einlassungen der SPD und der Grünen zur Hauptschule sind zutiefst unglaubwürdig, weil sie nichts anderes wollen, als diese Hauptschule kaputt zu machen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Die Hauptschule ist ja auch der Renner!)

Man kann sich nicht einerseits darüber beklagen, dass zu wenig Schüler in die Hauptschule kom-

men, und andererseits die Abschaffung der Hauptschule wollen. Das funktioniert nicht und führt dazu, dass sich die Leute möglicherweise noch weiter von der Hauptschule abwenden. Machen Sie doch einfach mal mit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann nur sagen: Mit der Abschaffung lösen Sie kein einziges Problem. Sie befördern das allenfalls verbal weg. Bei uns bekommt die Hauptschule die Zeit, die sie braucht, damit die Reformen greifen können. Darauf können Sie sich verlassen.

(Zustimmung von Hans-Werner Schwarz [FDP])

Meine Damen und Herren, zur Lernmittelfreiheit will ich nur ein paar Worte sagen. Sie erwecken bei der Lernmittelfreiheit den Eindruck, als wenn das alte Modell ein Supermodell war. Ich sage das, damit wir hier nicht Geschichtsklitterung betreiben. Das Modell war noch eine reine Schulbuchausleihe,

(Uwe Harden [SPD]: Keine Märchen!)

wo es im Durchschnitt noch 30 Euro pro Schüler für die Schulbuchausleihe gab. Mehr war das nicht. Wenn man das noch ein bisschen glorifiziert: Das alte System war folgendermaßen, dass man die Bücher zehn Mal umwälzen musste. Am Ende blieben irgendwelche unappetitlichen Schwarten bei den Schülern hängen. Das war die Wahrheit Ihres Modells.

(Beifall bei der CDU)

Heute haben wir ein System, in dem die Buchzahlungen für Eltern auf etwa 30 % des Neuwertes reduziert werden, eine soziale Abfederung der Familien durch Landesmittel stattfindet und alle vier Jahre neue Bücher eingeführt werden.

(Wolfgang Jüttner [SPD] lacht)

Viel besser kann man es eigentlich gar nicht machen, wenn man kein Geld zur Verfügung hat. Andere Bundesländer wollen unser Modell übernehmen.

Meine Damen und Herren, die Schulen in freier Trägerschaft - Herr Kollege Schwarz hat uns dankenswerter Weise darüber informiert - leisten großartige Arbeit. Ich bin der Meinung, dass wir teilweise auch beispielhaft für die allgemein bildenden Schulen davon lernen können. Die Schu-

len in freier Trägerschaft erhalten insgesamt 12,9 Millionen Euro zusätzlich. Darin enthalten sind auch die Mittel, die die Schulen brauchen, um Planungssicherheit für die nächsten zwei Jahre zu haben. Wir wünschen uns da eine einvernehmliche Lösung, Herr Minister. Die einvernehmliche Lösung zwischen Ministerium und den Schulen in freier Trägerschaft sollte angestrebt werden.

Die weiteren entscheidenden Reformen - ich will darauf kurz eingehen, weil das sehr wichtig ist und Sie es möglicherweise nicht registriert haben - sind eingeleitet.

(Bernd Althusmann [CDU] schwenkt eine rote Lampe - Uwe Harden [SPD]: Er sieht und hört nichts!)

Die Bildungsstandards tragen dazu bei, dass Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Schulzeit ganz bestimmte Kenntnisse und Fertigkeiten verbindlich beherrschen. Die zentralen Prüfungen dienen zur Überprüfung und zur Vergleichbarkeit. Bildungsstandards und zentrale Prüfungen tragen ganz deutlich zur Qualitätssteigerung der schulischen Arbeit bei.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denn nur diejenigen, die die Prüfungen bestehen, erhalten in Niedersachsen ein Abschlusszeugnis.

(Unruhe)

- Vielleicht kann man sich mal kurz darauf konzentrieren, auch wenn es schon spät ist, dass die Schulpolitik für die Zukunft wichtig ist.

(Walter Meinhold [SPD]: Einfach mal aufhören!)

Mit einem Stempel unter dem Zeugnis garantiert dann der Staat, dass Schülerinnen und Schüler einen festgelegten Bildungsstandard wirklich beherrschen. Ich hoffe sehr, dass diese Sicherheit Ausbildungsbetriebe dazu motivieren wird, diese so ausgebildeten jungen Leute dann auch wieder auszubilden. Vor dem Hintergrund von verbindlichen Zielvorgaben und den Instrumenten zur Qualitätskontrolle

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

werden die Schulen dann in den nächsten Jahren in die Eigenverantwortlichkeit entlassen.

Meine Damen und Herren, dieser Weg braucht Zeit. Das ist ganz klar. Aber er ist ohne Alternative.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

- Sie haben vorher immer Zeit gefordert. Dann kommen Sie heute und sagen, es gehe Ihnen nicht schnell genug. Das braucht Zeit.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ihre Zeit ist lange abgelaufen!)

Meine Damen und Herren, alle unterstützen diese Maßnahme: Eltern unterstützen das und alle an der Schule Beteiligten. Wir wollen auch diesen Weg, weil er unumkehrbar ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Selbst Althusmann ist der Meinung, dass Ihre Zeit abgelaufen ist!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Auch die Schulinspektion, von der Sie hier überhaupt nicht gesprochen haben, gehört zu dem Unterstützungs- und Beratungssystem. Die Mittel für Fort- und Weiterbildung sind aufgestockt. Die Reformen werden von einer breiten Öffentlichkeit getragen, meine Damen und Herren. Sie unterstützen den Weg zu mehr Qualität. Ich denke, es wäre ein gutes Zeichen - auch nach außen für die Bevölkerung -, wenn Sie die Zeit nicht weiter verschlafen

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und nicht weiter Kleinkariertes machen, sondern wenn Sie sich in dieser Frage auf einer gemeinsamen Linie bewegen. Ich wünsche mir das sehr und lade Sie ganz herzlich dazu ein.

Am Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich mich ganz herzlich bei unserem Kultusminister Bernd Busemann und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

beim Finanzminister und natürlich ganz herzlich beim Arbeitskreis Kultus der CDU-Landtagsfraktion. Wir arbeiten mit der FDP sehr gut zusammen. Auch unserer Sprecherin Ulla Körtner herzlichen Dank! Weiterhin gute Arbeit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Der Kollege Jüttner hat sich noch einmal gemeldet. Herr Jüttner, Sie haben vier Minuten Zeit.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Danke, Frau Präsidentin. Das reicht mir. - Meine Damen und Herren, da hier mehrere Redner augenscheinlich tiefe Unkenntnis über den Inhalt der Einheitsschule dokumentiert haben, möchte ich einige Passagen aus einem Interview vortragen. Es geht schnell.

Frage:

„Was heißt ‚länger gemeinsam lernen‘?“

Antwort:

„Unser Ziel ist, dass die Schule die Kinder künftig weniger früh voneinander trennt. Heute werden Schüler in der Regel nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schultypen aufgeteilt. Statt dieser harten Übergänge wollen wir uns um ein fließendes Umsteigen bemühen. Das Bildungssystem muss durchlässiger werden.“

Frage:

„Sie wollen den Kardinalstreit um die dreigliedrige Schule wieder anheizen?“

Antwort:

„Nein, das wollen wir ausdrücklich nicht. Wir wollen nicht die leidige Strukturdebatte neu führen. Da gehen die Jalousien der Menschen sofort runter. Uns interessiert das Wohl des Kindes. Wie kann eine bessere individuelle Förderung jetzt sofort beginnen, heißt die Frage. Denn in dieser Disziplin sind die deutschen Schulen nachweislich nicht besonders gut.“

Frage:

„Das individualisierte Lernen ist ein Fetisch geworden. Wie geht das eigentlich?“

Antwort:

„Wir müssen jedes Kind da abholen, wo es steht, und jedes Kind steht eben woanders. Am besten ist es, die Stärken des einzelnen Schülers zu suchen. Bislang ist das Schulsystem

- ich sage ausdrücklich das System, nicht der Lehrer - darauf geeicht, bei den Schwächen des Schülers anzusetzen und ihn in die einzelnen Schultypen einzuteilen.“

Nächste Antwort:

„Wir haben in Deutschland ein ständisches Schulwesen. Die Hauptschule entspricht der früheren Volksschule fürs gemeine Volk. Die Realschule nimmt die Mittelschicht auf, das Gymnasium wendet sich an eine Bildungsoberklasse. So sieht, wenig überzeichnet, die heutige Schulstruktur aus. Und die reicht nicht mehr für eine Wissensgesellschaft mit einer dramatisch sich beschleunigenden Alterung. Wir müssen jeden einzelnen Schüler voranbringen, weil wir jeden später als Bürger und als Finanzier des Sozialsystems brauchen. Wir können uns die dreigliedrige Schule schlicht nicht mehr leisten. Die Ersten, die das erkannt haben, sind die Unternehmen.“

Frage:

„Aber wie wollen Sie das institutionell voranbringen? Die Kultusminister fechten einen harten Kampf gegen das, was Sie erreichen wollen.“

Antwort:

„Es wird ein langer Weg. Die Debatte um die Schulformen ist immer noch völlig verkrustet, ich weiß das. Gerade deshalb brauchen wir eine Reformbewegung, die von innen heraus zeigt, dass auch hoch begabte Schülerinnen durch inneres Differenzieren in der Klasse noch besser gefördert werden, als wenn man sie in eine Spezialschule steckt. Diese Bewegung wird deutlich machen, dass die Kinder durch eine andere, individuelle Lernförderung weiterkommen als im traditionellen System.“

Ich finde, das ist eine ganz klasse Zusammenfassung. Die Zusammenfassung hat nur einen Fehler. Sie ist nicht von mir, sondern von Frau Professor Rita Süßmuth. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Körtner das Wort für zwei Minuten.

Ursula Körtner (CDU):

Frau Präsidentin, herzlichen Dank für die zwei Minuten. - Lieber Herr Jüttner, ich habe Ihnen gestern, als Sie die Haushaltsrede gehalten haben, wie immer angeregt und überzeugt, dass etwas kommen würde, zugehört. Aber Sie waren offensichtlich noch in der Testphase, was bildungspolitische Dinge anbelangte. Jetzt kam das schöne Wort, dieses tapfere Wort „Chancenschule“. Wir hatten schon einmal „Regionalschule“, weil Sie „Einheitsschule“ natürlich nicht so gerne in den Mund nehmen wollen. Sie müssen diese ideologiegetränkten Bildungsdebatten aus den 70er- und 80er-Jahren einfach einmal ad acta legen, weil sie durch PISA überholt sind, und zwar endgültig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun darf ich Ihnen, Herr Jüttner, weil Sie gerade meine hochgeschätzte Kollegin Frau Süßmuth zitiert haben, ein Zitat eines Ihnen durchaus bekannten Kollegen aus diesem Landtag präsentieren, auf den Sie in bildungspolitischen Dingen allerdings besser nicht gehört hätten; denn dann würden Sie heute bildungspolitisch sicherlich noch ernst genommen.

Sigmar Gabriel

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Oje!)

schreibt am 25. Mai 2005 in *Die Zeit*:

„... und auch den engagiertesten Gesamtschulvertreter darf es nachdenklich stimmen, wenn ausgerechnet das konservative Baden-Württemberg mit seinem dreigliedrigen Schulsystem nicht nur gute Leistungen, sondern“

- hervorragende Leistung -

„auch die geringste Bindung des Bildungsverlaufes an die soziale Herkunft aufweist ...“

Leistung, so Herr Gabriel, müsse zum Kampfbegriff der SPD-Bildungspolitik werden. - Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Minister Busemann, Sie haben jetzt das Wort.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Und schon sind wir wieder mittendrin in den ideologischen Auseinandersetzungen oder auch nicht. Ich habe leider nur elf Minuten, Herr Kollege Meinhold und meine Damen und Herren, will Sie aber gleichwohl darauf hinweisen, dass der Kultusetat immerhin ein Gesamtvolumen von 4,124 Milliarden Euro hat. Das ist gewaltig, das ist der größte Einzeletat. Frau Eckel, Sie haben es angesprochen. Das ist ein Anteil von 18,6 % am Gesamtetat. Dies ist auch insofern beachtlich, als Sie in Ihrem letzten Regierungsjahr schlappe 16,5 % zustande gebracht haben. In Zeiten, in denen wir alle sparen müssen, ist das ein Signal dieser Regierung für Bildung.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass die Haushaltslage schwierig ist. Die Sparanstrengungen haben alle Bereiche erfasst. Überall muss geschaut werden, wo gespart werden kann. Ich darf aber feststellen, dass die Regierung seit zweieinhalb Jahren eine stark reformorientierte Bildungspolitik betreibt und dass wir innovative Bildungspolitik betreiben. Ich darf Ihnen die großen Schritte noch einmal in Erinnerung rufen: Abschaffung der Orientierungsstufe - ein gewaltiges Vorhaben -, Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, Förderung besonderer Begabungen, Sprachförderung vor und nach der Einschulung, Entwicklung von Bildungsstandards, wie es in diesen Jahren alle Länder tun, Entwicklung von Kerncurricula, Vergleichsarbeiten, Abschlussprüfungen, Zentralabitur, gymnasiale Oberstufe. - Das gesamte Bildungswesen, Kita-Bereich inklusive, in zweieinhalb Jahren auf neue Füße zu stellen, und ein wichtiger Baustein kommt noch hinzu, ist meines Erachtens eine gewaltige Leistung: Schulinspektionen! Schul-TÜV und alle diese Dinge gehören auch dazu.

An dieser Stelle will ich etwas sagen, was nicht alle so wahrnehmen. Wir werden im nächsten Jahr im Konsens mit Schulen und Verbänden in unseren Schulen die individuellen Förderpläne einführen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch das ist ein enormer Innovationsschub, um an den Schulen qualitativ besser zu werden. Das ist zurzeit in der Erprobung, und im nächsten Jahr wird es eingeführt.

Herr Jüttner, Ihre gestrige Rede war, ehrlich gesagt, da und dort etwas ermüdend, aber sie enthielt eine recht interessante Passage. Sie sagten an passender Stelle, dass man mit diesen ewigen Grabenkämpfen irgendwann einmal aufhören muss. Das finde ich in Ordnung. Wir können uns in der Sache, über Einzelmaßnahmen, über Etatfragen immer streiten. Aber nach 30 Jahren O-Stufe, Ideologien hinsichtlich der gegliederten Systeme und der integrativen Systeme muss mit dieser grundsätzlichen Systemdebatte vielleicht auch einmal Schluss sein und müssen wir alle gemeinsam unsere Hausarbeiten machen.

Das, was Sie sagten, hörte sich eigentlich gut an. Aber dann liest man sich die Haushaltsanträge der Sozialdemokraten durch, die genau wissen, wie es besser funktionieren würde als so, wie die Regierung es macht. Also lese ich in Ziffer 6 der Maßnahmen, die notwendig sind:

„Durch die flächendeckende Zulassung von kooperativen und integrierten Schulformen muss eine zeitgemäße und leistungsfähige Schulstruktur geschaffen werden, die gleichzeitig weniger kostenintensiv ist.“

Also Gesamtschulen für Niedersachsen als Billiglösung. Wie darf ich denn das verstehen?

(Walter Meinhold [SPD]: Das sagt doch niemand! Verdrehen Sie nicht immer alles!)

Wir befinden uns auch an dieser Stelle wieder mittendrin im Ideologiethema. Wie es auch die Kollegin Körtner bemerkt hat, ist jetzt die Chancenschule die neue Wunderwaffe. Vor ein paar Jahren war es die Gesamtschule. Irgendwann hieß es „Schule für alle“, irgendwann war es dann die Einheitsschule, irgendwann, nach einem Ihrer Bezirksparteitage, war es dann die Regionalschule oder so etwas. Ich habe den Eindruck, dass die Gesamtschule bei Ihnen immer dann ein neues Label bekommt, wenn Sie einen neuen Posten bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das sollten Sie sich überlegen. Dann sprechen Sie noch von der Gesamtschule für Niedersachsen und davon, dass das nicht so kostenintensiv sei. Ich bin gespannt auf die Modelle; dann geht es wieder ins Grundsätzliche.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie wissen doch, dass Ihr Modell gar nicht mehr trägt, dass die ganzen Schulstandorte über den Deister gehen!)

- Bei Ihnen wären erst einmal 400 oder 500 Schulstandorte kaputtgegangen. Wir haben Standorte im Lande erhalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das demografische Thema ist im Lande zu diskutieren. Aber unser Schulgesetz ist so angelegt, dass wir begabungsgerecht und wohnortnah beschulen. Dazu haben Sie ganz andere Vorstellungen. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich jetzt so aufregen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Aha, das ist ja interessant!)

Jetzt will ich einige Punkte streifen. Meine Damen und Herren, den Ausbau der Ganztagschule setzen wir konsequent fort. Vom laufenden Schuljahr an halten 460 Schulen in Niedersachsen Ganztagsangebote vor, immerhin 137 Schulen mehr als im Vorjahr. Angesichts der Haushaltslage können bei der Personalausstattung mit Lehrkräften nicht alle Wünsche berücksichtigt werden.

(Uwe Harden [SPD]: Nicht alle? Keinen!)

- Warten Sie mal ab! - Die schon jetzt mit zusätzlichen Lehrerstunden für den Ganztagsbetrieb versorgten Schulen können mit einem eigenen Budget arbeiten, um die Betreuung der Schülerinnen und Schüler durch Beschäftigungs- und Kooperationsverträge selbst zu realisieren. Mit dem vorliegenden Haushalt 2006 sollen die dafür erforderlichen Mittel um rund 5,5 Millionen Euro aufgestockt werden.

(Walter Meinhold [SPD]: Sogar Herr Althusmann schüttelt den Kopf!)

Darüber hinaus - das ist jetzt eine versöhnliche Botschaft an die Oppositionsfraktionen - prüfe ich derzeit, inwieweit ein Teil der Schulen, die zum 1. August 2004 die Genehmigung zur Errichtung

einer Ganztagschule gemäß Ziffer 8.2 des Erlasses über Ganztagschulen erhalten haben, einen zusätzlichen Ganztagszuschlag z. B. aufgrund eines besonders dringenden Bedarfs bekommen kann. Sie fordern 12 Millionen Euro, indem Sie sagen, dass die Schulen nach Ziffer 8.2 irgendwie gekniffen seien. Sie werfen da eine Hausnummer von 60 000 Euro aus. Wir hatten das ja vor vier Wochen schon einmal kurz andebattiert. Ich könnte alle 460 Ganztagschulen jetzt mit Ihrer 60 000-Euro-Variante durchkalkulieren. Dann hätte der Finanzminister von jetzt um die 50 Millionen Euro noch 20 Millionen Euro gespart. Das wollen wir aber gar nicht.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das stimmt überhaupt nicht! Das ist auf der Basis des bisherigen Budgets gerechnet!)

- Ja, wie auch immer. Vergessen Sie einmal das mit den 60 000. Aber wenn wir einmal gucken, wie wir die Schulen nach Ziffer 8.2 des Erlasses langsam an den Bedarf heranführen, den Sie gern hätten, dann ist das doch ein vernünftiges Angebot. Damit sind wir von Ihrer 12-Millionen-Euro-Forderung, die Sie wohl in Ihrem Haushaltsantrag haben, gar nicht so weit weg. Also, ich gehe damit pragmatisch um und sage nicht, das ist alles nur so dahergesagt, ist das, was da und dort diskutiert wird.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Im Haushalt steht dazu nichts! - Walter Meinhold [SPD]: Stehen Sie doch einmal zu den 12 Millionen!)

- Ein Etat, auch ein großer Etat, will erst einmal erwirtschaftet sein. Dann gucken wir einmal, wie das so anläuft und was wir da und dort tun müssen; dann gucken wir auch, ob wir irgendwo noch ein paar Nischen haben, aus denen wir entsprechendes Geld zusammenkratzen können.

Die Mittel des Bundes für den Bau von Ganztagschulen sind angesprochen worden. Das haben wir auch im Ausschuss gesondert in epischer Breite abgehandelt. Ich kann Ihnen nur sagen - die Botschaft gilt ins Land hinein -: Es kann nur derjenige eine Bewilligung erhalten, der auch einen Antrag stellt. Wenn eine Region - manchmal sind es auch mehrere - gar keinen Antrag stellt, dann bin ich wirklich machtlos. Dann kann ich dorthin kein Geld schieben. Das sollten alle einsehen. Ich muss das nun leider auch in Richtung Lüchow-Dannenberg sagen, aber das gilt auch in Richtung

Großkreis Cuxhaven. Ich hätte mir gewünscht, wenn von dort mehr Anträge gekommen wären. Aber es ist nun einmal so, wie es ist, und wenn andere fleißig Anträge stellen, dann kann ich die nicht in die Ecke legen, weil es manchen nicht gefällt.

(Beifall bei der CDU)

Mir ist aufgefallen, dass beide Oppositionsfraktionen zum Thema Schulen in freier Trägerschaft nichts gesagt haben. Das lässt ja auf eine gewisse Nähe oder auch Ferne schließen.

(Zuruf von der CDU: Eher auf Ferne!)

Ich darf Ihnen sagen: Die Schulen in freier Trägerschaft haben von Verfassungen wegen dem Grunde nach einen Leistungsanspruch gegenüber dem Land. Die große Beliebtheit dieser Schulen unterstreicht die Notwendigkeit dieser Regelung. Deshalb soll die Finanzhilfe für die Schulen in freier Trägerschaft steigen, und zwar um 12,9 Millionen Euro, davon 5 Millionen Euro wegen höherer Schülerzahlen, um 6,3 Millionen Euro, um die Verschiebung bei der Schüler-Lehrer-Relation auszugleichen, und um 1,7 Millionen Euro, um auch das ganze Besoldungsanpassungs- und -ausgleichsthema entsprechend zu bedienen. Ich meine, das ist keine schlechte Botschaft. Da ist der Druck herausgenommen worden, und wir sitzen ja miteinander am Tisch, um zu gucken, ob wir für die Zukunft einen Verteilungsschlüssel hinbekommen, der von allen als gerecht empfunden wird.

Mit nur einem Satz will ich das Thema Stiftungsschule streifen. Das ist nicht das große Modell des Kultusministers für das ganze Land. „Neue Schulform“ wäre sowieso der falsche Begriff. Wenn punktuell an manchen Standorten der Wunsch besteht, dass sich der öffentliche Schulträger und ein Dritter - das kann die Kirche sein, das kann ein Industrieunternehmen sein; wer auch immer - gemeinsam mit dem Land zusammentun, weil sie diesen Schulstandort so weiterentwickeln wollen, dass alle nur Vorteile haben - von der Schülerbeförderung bis hin zur Unterrichtsqualität, gymnasialen Oberstufe und was da und dort gewünscht wird -, dann sollte man flexibel sein.

Ich habe an dieses Parlament als Ganzes die Bitte, dass man für diese Wünsche vor Ort, wenn es für uns - so sage ich es einmal - keine Mehrausgaben bedeutet, die notwendigen flexiblen Regelungen schafft, damit man punktuell da und dort solche Absichten bedienen kann.

Herr Jüttner, ich will auch die Ausführungen der Kollegin Eckel aufgreifen. Bei Ihnen war das zum Thema Selbständige Schule. Wir haben mit etwas anderen Akzenten die Eigenverantwortliche Schule. Über Detailregelungen muss immer gestritten werden, aber ich sehe durchaus, dass wir gedanklich auf dem gleichen Weg sind und vielleicht auch im Konsens vernünftige Regelungen hinkommen können. Der Gesetzentwurf wird diesem Parlament wohl im Frühling vorgelegt werden.

Frau Eckel, wenn wir überlegen, die Eigenverantwortliche Schule ab 2007 zu machen, dann brauche ich dafür 2006 noch nicht großartig Mittel einzustellen. Das gebe ich nur als technischen Hinweis. Es ist nicht so, dass wir das nicht können oder nicht wollen, sondern der Bedarf ist insofern noch gar nicht da.

Alle Lehrerverbände, die ganze Schulszene haben mit Recht gefordert - das will ich hier betonen -, dass es dann, wenn die Eigenverantwortliche Schule kommen soll, es der Lehrerfortbildung, aber vor allem auch der Schulleiterfortbildung bedarf. Das ist doch völlig klar. Ich habe es immer so gesehen, dass dann, wenn wir den Schulleiter mehr als Manager und was weiß ich, was er alles können soll, sehen, klar ist, dass er das nicht aus dem Stand kann, sondern dass da vom Rechtlichen bis zum Personalmanagement und zu Budgetfragen noch Fortbildungen gemacht werden müssen. Deswegen bin ich froh, dass wir in der Ausgangslage wieder 2,6 Millionen Euro Fortbildungsmittel im Etat haben. Dazu kommen weitere Mittel, die zu erwirtschaften wir uns zutrauen. Denn es geht darum, zwischen dem 1. Januar 2006 und dem Schuljahresbeginn 2007 bis zu 2 000 Schulleiter entsprechend zu qualifizieren. Ob das Tagungen sind, ob das Blended Learning ist oder was auch immer dazu gehört, wir trauen uns das zu, und die Kapazitäten haben wir. Ein ehrgeiziges Ziel muss aber gesetzt werden.

Zu den Kindertagesstätten sei angemerkt, dass dies ein Bereich mit 160,1 Millionen Euro ist, also eine große Ausgabenposition. Nun machen Sie damit vielleicht doch einmal den Frieden. Sie haben es vor Jahren mit der Sprachförderung durchaus angedacht, haben leider vergessen, uns dafür Stellen und Geld mitzugeben.

(Walter Meinhold [SPD]: Das haben wir nicht vergessen!)

Nun machen wir das mit Erfolg - drei Kita-Jahre, jetzt das letzte halbe Jahr. Wir sehen, dass es wirkt, dass wir weniger Zurückstellungen haben, dass wir an den Grundschulen bessere Ergebnisse haben. Also sagen wir, wir strecken das auf das ganze Jahr, was im Gegenwert dann fast 400 Vollzeitgrundschullehrerstellen ausmacht. Aber es ist eine gute Maßnahme, die wir entsprechend auch guten Gewissens machen.

(Beifall bei der CDU)

Bezüglich der dazugehörigen Budgetmittel waren wir bei 4,8 Millionen Euro. Das war erstens knapp und auch von der Verteilungsmöglichkeit her da und dort ungerecht. Deswegen meine ich, dass wir mit 6 Millionen Euro durchaus richtig liegen, um das entsprechend zu ermöglichen. - Gut, Sie haben 2 Millionen Euro mehr gefordert. Aber da liegen wir doch keine Welten auseinander. Überlassen Sie es doch dem Kultusministerium, das ordnungsgemäß und vernünftig zu regeln.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: 25 % sind eigentlich nicht schlecht!)

Jetzt will ich einen anderen Punkt ansprechen, nämlich die Unterrichtsversorgung, die Sie auch immer gern bemühen. Wir haben im Landesschnitt - das möge man nicht vergessen; zur Stunde ist das im Landesschnitt so - 99,5 % mit gewissen Schwankungen. Bei den Grundschulen - keine meldet sich in diesen Tagen - sind es teilweise deutlich über 100 %. Da wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler langsam weniger, die Lehrer sind aber noch da usw. In anderen Bereichen liegen wir auch einmal unter 100 %. Ausreißerwerte gibt es da und dort natürlich auch. Da ist mitunter Erkrankung das Thema, oder das betrifft das Fächerspezifische, aber es kann auch einmal ein regionales Problem sein, dass wir Geld und Stellen haben, aber dass niemand nach Xdorf will.

Das alles einmal einbezogen, darf ich hier in Aussicht stellen: Die Tatsache, dass uns 40 Millionen Euro Einsparauflage des Jahres 2005 im Jahre 2006 nicht auferlegt sind, verschafft uns dann auch die entsprechenden Einstellungsmöglichkeiten. Es sind regulär für den 1. Februar wieder 700 Stellen ausgeschrieben worden. Weitere 300 Stellen haben wir aus Budgetmitteln - wenn ich das so sagen darf - zusätzlich im Angebot - ich hoffe, dass wir dabei gerade auch bei den Mangelfächern etwas machen können -, sodass die Unterrichtsversorgung im Landesschnitt durchaus bei 100 oder

- von mir aus - bei 100 und ein bisschen Prozent liegen wird.

Nun stelle ich bei dem ganzen Lamento - bei jedem örtlichen Scharmützel sind Sie ja auch fleißig und mit Kritik dabei - - -

(Walter Meinhold [SPD]: Wie Sie früher, Herr Busemann!)

- Deutlich mehr als früher. Wir haben 2 500 Stellen draufgepackt und noch weitere Maßnahmen erwirtschaftet. Zwischen Ihnen und uns liegen 5 000 Lehrerstellen. Das will ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Aber eines will ich Ihnen auch sagen: Wenn das denn alles nicht okay ist, dann muss man hier Haushaltsanträge stellen. Wenn ich die Haushaltsanträge durchblättere, dann finde ich von Ihnen keinen Antrag. Wenn Ihnen die Unterrichtsversorgung im Land so, wie sich das jetzt und für 2006 darstellt, nicht gefällt, können Sie zwei ganz einfache Anträge stellen, nämlich entweder die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer stellenplanmäßig zu erhöhen oder die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer zu verändern. Dann müssen Sie sich aber bekennen. Solange Sie das nicht tun, werde ich das als Attestierung der Unterrichtsversorgung durch uns, und das ist dann in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

So einfach darf man sich das nicht machen. Sie können nicht über Land ziehen und bei jedem Scharmützel dabei sein in der Hoffnung, da wird schon etwas am Kultusminister hängen bleiben. Der Einzelfall Duderstadt ist exemplarisch dafür, dass man nicht alles beim Kultusminister abladen darf. Da erleben wir eine Schule, die zum Schuljahresbeginn fast 100 % Unterrichtsversorgung hat und an der es der Schulleiter offenbar für richtig hält, die gymnasiale Oberstufe mit fast 105 % auszustatten - zum Nachteil des Bereichs der Sekundarstufe I, bei dem er dann 96 % oder so ähnlich in Kauf nimmt. Die Schule ereilt dann das Schicksal, dass hintereinander sechs Krankheitsfälle auftreten, was die Schule in Kenntnis der selbst geschaffenen Situation meint auspendeln zu können. Erst als alles angebrannt ist, was da anbrennen kann, heißt es plötzlich, die Schulbehörde muss handeln, und der Kultusminister ist schuld.

(Walter Meinhold [SPD]: Und was habt ihr früher gemacht?)

Die Flucht in die Öffentlichkeit lasse ich mir in solchen Fällen nicht bieten, wenn es sich um hausgemachte Probleme handelt. Das sage ich hier auch einmal ganz deutlich.

(Beifall bei der CDU)

Ich lasse es auch nicht zu, wenn eine Schule etwas mit dem Schulträger ausstreiten will, weil die Schule glaubt, sie könnte - wie in einem Fall - eben einmal so 16 Räume anbauen, und meint, letztlich wäre das auch ganz vernünftig, weil es sich dort um ein Außenstellenproblem handelt, dass man aber nicht die Lehrer wandern lässt, sondern dass man während des Vormittags die Schülerinnen und Schüler ständig hin und her wandern lässt in der Annahme, dass das Schülerinnen und Schüler und vor allen Dingen Eltern irgendwann verärgert und der Schulträger vor Ort so viel Druck bekommt, dass er ein paar Millionen Euro für eine Baumaßnahme ausgibt. Solche Spielchen auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Eltern lasse ich im Land nicht zu. Das muss von mir noch einmal ganz klar gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind flexibel genug, und dank der 2 Millionen Euro für Feuerwehrkräfte, die die Fraktionen bereitstellen wollen oder letztlich das Parlament insgesamt bereitstellen will, sind wir noch flexibler. Das Personalvolumen ist da, sodass wir entsprechende Situationen auch bewältigen können, meine Damen und Herren. Die Schulszene ist immer eine Szene des Lobbyismus. Es gibt Bereiche, die gewaltig viele Fürsprecher und eine dicke Lobby dahinter haben. Wenn diese mobil machen, dann hat es die Politik manchmal nicht ganz einfach.

Ich bin dankbar, dass wir für den Bereich der Förderschulen etwas tun konnten. Wir werden im nächsten oder übernächsten Jahr die Unterrichtsversorgung da haben, wo wir sie haben wollen. Wir haben aber auch 27 zusätzliche Stellen für pädagogische Mitarbeiter geschaffen. Ich muss Dank an die Fraktionen sagen. Das ist eine hohe Sensibilität für diejenigen, die Schutz und Hilfe brauchen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, was Ihre Haushaltsanträge und unsere Leistungen anbelangt, liegen wir

manchmal gar nicht so weit auseinander. Wo wir jedoch auseinander liegen, ist die Lernmittelfreiheit. Da meinen Sie ja, das Füllhorn wieder füllen zu müssen. Das wären 20 Millionen Euro oder so etwas. Die so genannte Lernmittelfreiheit mit den verlotterten Büchern nach sieben Jahren oder noch mehr Gebrauchszeit wollen wir nicht wieder haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Leihsystem, das wir kreiert haben, funktioniert. Die sozial Bedürftigen bekommen die Bücher umsonst. Diejenigen, die sie kaufen wollen, können das tun. Das Leihsystem ist vernünftig, praktikabel, verträglich und versetzt uns in die Lage, alle drei bis vier Jahre den Bücherbestand komplett erneuern zu können. In zwei Jahren werden wir den Bücherbestand in ganz Niedersachsen wieder auf Vordermann gebracht haben. Ich weiß nicht, was es soll, ein solches Modell wieder wegbeschießen zu wollen.

Meine Damen und Herren, unser Hauptaugenmerk - wir sind ja für das Ganze verantwortlich - wird auf frühkindliche Bildung gelegt werden. Da sind die Weichenstellungen für ein erfolgreiches Schulwesen. Sie können uns zutrauen, dass wir rechtzeitig die richtigen Modelle entwickeln. - Danke.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir haben damit den Bereich Kultus abgeschlossen und machen bis 15.30 Uhr Mittagspause.

Unterbrechung der Sitzung: 14.22 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 15.31 Uhr.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen die Beratung fort mit

noch:

Tagesordnungspunkte 10 bis 14:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2006 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Wissenschaft und Kultur - Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Umwelt - ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien)

Für die nunmehr zu behandelnden Themenbereiche stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zur Verfügung: CDU und SPD je 76 Minuten, FDP und Bündnis 90/Die Grünen je 48 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von 48 Minuten nicht überschreiten wird.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, dass wir jetzt den Bereich

Wissenschaft und Kultur

erörtern. Dazu hat die Kollegin Dr. Andretta das Wort. Bitte schön!

Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre besteht darin, unsere Hochschulen fit zu machen für den Wettbewerb und sie zu wappnen für den bevorstehenden Ansturm von Studierenden. Gemessen an dieser Herausforderung ist die Hochschulpolitik der Landesregierung mehr als gescheitert. Große Worte des Ministers haben wir gehört. Von Prioritäten für die Zukunft war die Rede. Sogar die historische Einmaligkeit wurde bemüht, als sich die Landesregierung für den Zukunftsvertrag lobte. Mit dem Abkassieren der Studierenden sollen Milch und Honig an den Hochschulen fließen.

Fakt ist: Vier Haushalte hat diese Landesregierung bisher vorgelegt, und mit jedem Haushalt erhielten die Hochschulen weniger Geld. Die mit dem HOK in Gang gesetzte Abwärtsspirale kann auch der so genannte Zukunftsvertrag nicht stoppen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nachdem das HOK die Hochschulen bis zum Skelett abgemagert hat, soll der Zukunftsvertrag jetzt den Hungertod verhindern. Und da wollen Sie uns allen Ernstes Glauben machen, der Vertrag sei ein Erfolg, und alle seien glücklich? Was hatten die Hochschulen denn für eine Alternative? Friss oder stirb! - Erpressung nenne ich so etwas.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wagen wir doch einen Blick zurück! Die Landesregierung trat 2003 mit drei Versprechen zur Hochschulpolitik an. Das erste: Das Studium bleibt gebührenfrei.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ehrlich?)

Das zweite: Die Senate werden gestärkt. Das dritte: Es wird einen Zukunftsvertrag geben, der die Hochschulen vor Kürzungen schützt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Dreimal daneben!)

Der Last des ersten Versprechens hatte man sich schnell entledigt. Frei nach dem Motto „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“, wurde das Versprechen eiskalt gebrochen. Da kann Herr McAllister hier noch so oft mit einem Papier der Netzwerker wedeln. Ich empfehle ihm die Lektüre seines eigenen Wahlprogramms. Da steht ohne Wenn und Aber - ich zitiere -: „Das Erststudium bleibt gebührenfrei.“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nicht die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem, sondern Herr McAllister hat ein Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das zweite Versprechen, die Stärkung der Senate, wird mit der angekündigten NHG-Novelle schnell erledigt sein. Laut Referentenentwurf gibt es dann zwar noch Senate. Aber sie werden nichts mehr zu sagen haben. - Soweit zum Wortbruch Nummer zwei.

Das dritte Versprechen, der Zukunftsvertrag: Keine weiteren Kürzungen für die Hochschulen; alles Geld aus den Studiengebühren bleibt für die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen. - Und die Wirklichkeit? - Die Hochschulen müssen zu-

künftig 0,8 % der Tarifsteigerung selbst erbringen. Das sind jedes Jahr 8 Millionen Euro. Zusätzlich streicht der Finanzminister den Hochschulen 25 Millionen Euro, die ihnen bisher für Berufungen und neue Forschungsschwerpunkte zur Verfügung standen.

Mit Verlaub, Herr Minister: Etwas bigott finde ich Ihr Eigenlob, dass die Landesregierung sich im Zukunftsvertrag verpflichtet habe, den 25-prozentigen Landesanteil der Exzellenzinitiative gegenzufinanzieren. Fakt ist doch: Es gibt aus Ihrem Haushalt keinen einzigen zusätzlichen Cent für die Exzellenzinitiative.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Finanziert wird der Landesanteil ausschließlich aus dem VW-Vorab. Ich erinnere mich deutlich - Sie bestimmt auch - an Ihre hier gebetsmühlenartig vorgetragenen Vorwürfe, das Geld des Bundes für die Exzellenzinitiative sei kein frisches Geld, sondern Bulmahn habe es aus dem Hochschulbau genommen. Und was machen Sie? Sie nehmen das Geld aus dem VW-Vorab! - Etwas mehr Redlichkeit, Herr Minister, wäre hier angebracht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es bleibt noch das Versprechen in dem Zukunftsvertrag, dass die Studiengebühren zu 100 % in den Händen der Hochschulen bleiben. Mit diesem Versprechen hat die Landesregierung die Hochschulen geködert. Aber dieses Versprechen war schon gebrochen, da war die Tinte unter dem Vertrag noch nicht trocken. Herr Minister, Ihre Vertragspartner mussten aus der Zeitung erfahren, dass sie von Ihnen getäuscht wurden.

(Alice Graschtat [SPD]: Peinlich, peinlich!)

Anders als verabredet müssen die Hochschulen einen Teil der Gebühren in einen Ausfallfonds zahlen, der das Darlehensrisiko für die Studienkredite abdeckt. Damit geht das Ausfallrisiko voll zu Lasten der Hochschulen. Wie hoch der Gebührenaussfall für die Hochschulen sein wird, weiß niemand so genau. In Baden-Württemberg geht Minister Frankenberg von einem Drittel der Gebühren aus. In NRW sollen die Hochschulen 24 % abgeben. Bayern will 25 % der Gebühren für Ausfallrisiken einbehalten. Staatssekretär Dr. Lange hat in

der Ausschussberatung wohlweislich jede Festlegung abgelehnt: Dazu bräuchte man prophetische Gaben, über die keiner verfüge. - Irrtum, Herr Minister Stratmann scheint diese zu haben. Er zieht durch die Lande und verkündet froh, es seien nur 6 %, vermutlich sogar weniger. Er habe da Vergleichswerte aus dem Ausland.

Wir staunen. Das Ausland Bayern, NRW und Baden-Württemberg können Sie, Herr Minister, nicht gemeint haben. Deren Zahlen bestätigen exakt die Berechnungen unseres Gutachtens, das Herr McAllister gestern freundlicherweise hier schon vorgestellt hat. England können Sie auch nicht gemeint haben, Herr Minister. Der Landesrechnungshof verweist darauf, dass das Ausfallrisiko dort bei 50 % liegt.

Meine Damen und Herren, die Landeshochschulkonferenz hat die Abwälzung des Ausgleichsfonds auf die Hochschulen klar verurteilt. Sie fordert die Zusage im Zukunftsvertrag ein, der die Unterschrift des Ministerpräsidenten trägt. Die Hochschulen tun dies zu Recht; denn, Herr Minister, auch 6 % Gebührenausschlag sind 100 % Wortbruch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zur Erinnerung: Das Bundesverfassungsgericht hat den Ländern den Auftrag gegeben, bei der Einführung von Gebühren diese sozial verträglich zu gestalten. Keiner dürfe aus finanziellen Gründen vom Studium abgehalten werden. Ihnen, Herr Minister, konnte es nach dem Urteil mit den Gebühren nicht schnell genug gehen. Sie wollten unbedingt Erster sein. Was haben Sie nicht alles versprochen? Wettbewerb unter den Hochschulen, bessere Lehre, kürzere Studienzeiten, Stipendien und mehr soziale Gerechtigkeit. Jetzt liegt das Gesetz vor. Und was ist von Ihren Versprechungen übrig geblieben? Nichts! Kein Wettbewerb, keine Stipendien, und die Kreditlasten werden auf die Hochschulen abgewälzt.

(Beifall bei der SPD)

In der Haushaltsberatung klärte uns Frau Trost darüber auf, dass diese Zweckentfremdung von Studiengebühren Hochschulautonomie sei. Eigentlich müsste es Ihnen, Frau Trost, die Schamesröte ins Gesicht treiben, wenn Sie dieses Wort in den Mund nehmen. Hochschulautonomie wird von dieser Landesregierung immer dann beschworen,

wenn die Hochschulen zur Kasse gebeten werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Hochschulpräsidenten dürfen autonom kürzen, autonom Studiengänge schließen und Standorte dichtmachen. Nur eines dürfen sie nicht: Autonom anders entscheiden als der Minister. Tun sie es aber - das hat Holzminden gelehrt -, dann ist Schluss mit Autonomie. Wir erinnern uns: Da wagte es die Fachhochschule, Studienplätze von Holzminden ein paar Kilometer weiter nach Hildesheim verlagern zu wollen. Was passierte? - Das Präsidium wurde von Ihnen, Herr Minister, öffentlich vorgeführt. Die Architektur bleibt in Holzminden; denn da wohnt schließlich CDU-Minister Schönemann.

Meine Damen und Herren, das Gebührengesetz ist nicht nur handwerklich Murks, es hat auch das Etikett „sozial verträglich“ nicht verdient. Alles, was diese Landesregierung tut, ist: Sie verweist die Studierenden auf Kredite und nimmt billigend in Kauf, dass junge Menschen in die Verschuldung getrieben werden. Besonders bitter ist, Herr Minister, dass Sie sogar BAföG-Empfänger abkassieren lassen. In Zukunft wird es so sein: Während die Reichen die Studiengebühren aus Papas Westentasche bezahlen, werden die Kinder der Armen gezwungen, Kredite aufzunehmen, und müssen mit einem riesigen Schuldenberg in eine ungewisse Zukunft starten. Die Kinder aus Familien mit den geringsten Einkommen werden die größten Schuldenberge haben. Das ist soziale Gerechtigkeit à la CDU und FDP.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu der versprochenen Verbesserung der Lehre. Wir alle sind uns darin einig: Diese ist dringend notwendig. Doch was wird mit Studiengebühren besser? - Keine Vorlesung mehr wird gehalten, kein Seminar wird kleiner sein, keine zusätzliche Sprechstunde wird stattfinden, keine Examensarbeit wird schneller begutachtet, und kein Laborplatz wird zusätzlich geschaffen. Alle diese sinnvollen Maßnahmen können im Korsett der Kapazitätsverordnung nicht realisiert werden.

(Prof. Dr. Dr. Roland Zielke [FDP]:
Das ist doch Quatsch!)

Was können Hochschulen machen, Herr Zielke? - Sie können Sitzkissen für die überfüllten Hörsäle kaufen. Trotzdem wird im Gesetz versprochen,

dass die Lehre besser wird. Über die verfassungsrechtlichen Bedenken des GBD haben sich CDU und FDP eiskalt hinweggesetzt. Ihr Studiengebührenmodell, Herr Minister, ist ein reines Abkassiermodell zulasten der Bildungschancen junger Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können nur hoffen, dass die Haltbarkeit dieses im Schweinsgalopp durch den Landtag gepeitschten Gesetzes von kurzer Dauer sein wird.

Meine Damen und Herren, kein einziger Cent wird zusätzlich in die Zukunft der Hochschulen investiert. Im Gegenteil! Das HOK ist für Sie, Herr Minister, abgehakt; für die Hochschulen aber noch lange nicht. Kürzungen um 40 Millionen Euro im Jahr 2004, um 50 Millionen Euro im Jahr 2005. Diese Kürzungen zwingen die Hochschulen, Studiengänge zu schließen, Professuren nach dem biologischen Zufallsprinzip zu streichen und ganze Fakultäten zu amputieren. Sie, Herr Minister, nennen das jetzt nicht mehr „Hochschuloptimierung“, sondern „Clusterbildung“. Das hört sich besser an, ist aber nichts anderes als die Durchsetzung von Kürzungen mit anderen Begriffen.

Ein aktuelles Beispiel: Im Dienste von Clusterbildung soll in Göttingen die Politikwissenschaft schließen, ein Studienfach mit mehr als 2 000 Studierenden. „Auf Empfehlung der Wissenschaftlichen Kommission“ heißt es, was die Kommission selbst aber umgehend dementiert. Der Ministerpräsident persönlich ruft in Göttingen an und bedauert, leider könne er nichts machen; denn man habe ja - Sie ahnen es - Hochschulautonomie. Ich nenne ein solches Verhalten doppelzünftig. Warum schlägt eine Universitätsleitung denn vor, eine große Fakultät zu amputieren und hunderte von Studienplätzen zu vernichten? - Die Antwort ist einfach: 14 Millionen Euro HOK, die Jahr für Jahr von der Universität Göttingen beim Finanzminister abgeliefert werden müssen. Und da kommt es gerade recht, dass in der Göttinger Politikwissenschaft in den nächsten Jahren 75 % der Lehrstühle frei werden. Eigentlich eine Riesenchance zur Neuprofilierung eines Faches! Doch hier wird eine große Chance zum Todesurteil.

(Beifall bei der SPD)

Und das, meine Damen und Herren, soll alles im Dienste der Profilbildung und der Exzellenz sein? Dient es der Profilbildung, wenn die renommierte Parteienforschung in Göttingen ausgeblutet und in

Osnabrück eine neue eingerichtet werden soll? Alles die Entscheidung autonomer Hochschulen? - Die Universität Osnabrück jedenfalls hat bis heute noch keine Parteienforschung zu ihrer Profilierung gefordert.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion lässt sich von Hochschuloptimierung und Clustergesprächen nicht die Sinne vernebeln. Es geht um nichts anderes als die Durchsetzung von Kürzungen. Wenn nebenbei eine kritische Wissenschaft wie die Politikwissenschaft mundtot gemacht wird, wird das von Ihnen zumindest billigend in Kauf genommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zum Kulturhaushalt sagen. Kulturpolitik in Niedersachsen bedeutet, dass die Opposition die Landesregierung zum Jagen tragen muss. Auf Impulse des Kulturministers oder gar auf Konzepte, Perspektiven und Diskurse warten die Kulturschaffenden in Niedersachsen vergeblich.

(Beifall bei der SPD)

Einige Beispiele will ich nennen: Was hat die Landesregierung zum Thema Theater anzubieten? - Außer der Kürzung der Mittel für die Freien Theater in diesem Jahr ist vom Kulturminister nichts zu hören gewesen. Es war der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zu den „Theaterformen“, der dieses nicht nur für Niedersachsen wichtige Festival gerettet hat.

Die Verlagerung der Kulturförderung auf die Landschaften und Landschaftsverbände unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit hat viele unbeantwortete Fragen aufgeworfen. In der Praxis bleibt nach wie vor nicht nur die Frage nach der Zuständigkeit bei überregionalen Projekten offen, sondern völlig ungeklärt ist, wie sich die Mittelverteilung bei nicht spartengebundener Vergabe auf die einzelnen kulturellen Förderanträge auswirken wird.

Das Hineinzwingen der Fachverbände in das so genannte Dreisäulenmodell hat in Niedersachsen die Kultur des Misstrauens zwischen Regierung und Fachverbänden zementiert, zumal die Landesregierung ihre Aussage der Verschwendung von Kulturfördermitteln als Verwaltungskosten durch die Fachverbände in keiner Weise aufrechten konnte.

Die Fördermittel für die nichtstaatlichen Museen sind an die Landschaften verteilt worden, und es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Mittel den nicht-

staatlichen Museen in Zukunft für ihre wichtige Arbeit dennoch zur Verfügung stehen werden. Meine Fraktion ist da außerordentlich skeptisch.

Meine Damen und Herren, ideenlos in der Kulturpolitik und - ich darf Michael Ahlers von der *Braunschweiger Zeitung* zitieren - kräftig gestümpert in der Hochschulpolitik, dafür steht diese Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Darüber, Herr Minister, können auch Ihre schönen Reden nicht hinwegtäuschen. Es ist immer das gleiche Muster, Herr Minister. Sie stellen sich mit großen Augen und hängenden Schultern vor die Hochschulen und heischen um Verständnis dafür, dass Sie den Kampf gegen den Finanzminister wieder einmal verloren haben. Die Hochschulen brauchen aber keinen Minister, der Mitleid erwartet. Sie brauchen einen Minister, der für sie kämpft und sich endlich durchsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt der Kollege Klare.

Karl-Heinz Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben heute tatsächlich eine historische Stunde mit sehr weit reichenden Entscheidungen in der Hochschulpolitik. Frau Andretta, ich weiß nicht, ob Ihnen eingeht, was Sie hier so alles gesagt haben, und ob Sie sich einmal Gedanken darüber gemacht haben - - -

(Zurufe von der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, über eines müssen Sie sich jetzt im Klaren sein: Wenn hier im Saal keine Ruhe eintritt, unterbreche ich die Sitzung.

(Heiner Bartling [SPD]: Dann gehen wir nach Hause! - Weitere Zurufe)

Ich sage Ihnen: Bei mir findet das nicht statt. - Bitte schön!

Karl-Heinz Klare (CDU):

Herr Präsident! Ich wiederhole mich, weil wir heute wirklich eine historische Stunde mit sehr weit reichenden Entscheidungen in der Hochschulpolitik erleben; wir werden darüber gleich reden. Frau Andretta, Sie müssen sich einmal Gedanken darüber machen, was Sie hier so alles sagen. Begriffe wie „abkassieren“, „Wortbruch“, „durchgepeitscht“, „Todesurteil“ und „Vernichtung“ gehen an der Realität vorbei. Wir leben in Niedersachsen und nicht in irgendeinem anderen Land, Frau Andretta.

(Beifall bei der CDU)

So kann man auch nicht mit Leuten umgehen, die Verträge mit unserem Ministerpräsidenten, unserem Minister für Wissenschaft und Kultur und unserem Finanzminister unterzeichnen. Das sind ja keine Knebelverträge, sondern die haben ganz freiwillig dort gesessen und die Verträge unterschrieben. Sie waren froh, dass man ihnen für eine bestimmte Zeit - für fünf Jahre - eine Finanzgarantie gibt. Und Sie, Frau Kollegin, machen das nun in einer bestimmten Art und Weise schlecht. Das ist nicht der Stil, in dem wir im Wissenschaftsbereich reden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei Ihnen ist das fast wie beim pawlowschen Hund: Er hat eine Klingel, dann gab es Futter und dann kommt die Speichelbildung. Bei Ihnen ist es so, dass Sie kein Futter mehr brauchen. Sie brauchen nur die Mitteilung des Ministers und hauen sofort drauf. Das geht gar nicht mehr anders. Sie sind falsch konditioniert, wenn ich Ihnen das einfach einmal sagen darf.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Weil Sie falsch konditioniert sind, werden Sie auch keine vernünftige Oppositionsarbeit hinkriegen.

Ich bin der ganz festen Überzeugung, dass wir heute, wenn wir über Studiengebühren sowie über die Zustimmung zu dem Zukunftsvertrag sprechen, etwas ganz Weitreichendes auf die Beine bringen. Der Landesgesetzgeber stellt jetzt die Weichen für eine neue Hochschulpolitik, bzw. er hat sie schon gestellt.

Meine Damen und Herren, Studienbeiträge und Zukunftsvertrag werden künftig zwei wichtige, markante Schlagworte für Meilensteine in der niedersächsischen Hochschulpolitik sein. Ich sage das auch mit ein bisschen Stolz. Ende dieser Woche

werden wir sagen können, dass Niedersachsen das erste Land ist, das die gesetzliche Grundlage für die Einführung von Studienbeiträgen geschaffen hat. Zugleich werden wir mit der Zustimmung zum Zukunftsvertrag zusichern, dass die Studienbeiträge bei den Hochschulen bleiben. Diese zeitgleiche Absicherung ist bundesweit einmalig. Darauf können wir wirklich stolz sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es war eine große Aufgabe für alle Beteiligten, das so hinzukriegen. Es war auch eine schwere Aufgabe für alle Beteiligten. Ich möchte mich bei unserem Wissenschaftsminister Lutz Stratmann für seinen Einsatz in dieser Frage ausdrücklich herzlich bedanken. Das war hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte mich aber ebenso bei der LHK ganz herzlich für die gute Kooperation bedanken. Es wurden keine Knebelverträge geschlossen, sondern es gab eine enge, gute Kooperation. Insofern geht mein ganz herzlicher Dank auch an die LHK.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Bildung ist ein hohes Gut, ein Schwerpunkt der Landespolitik. Insbesondere die Förderung der Hochschulbildung ist von ganz zentraler Bedeutung, um jungen Menschen entsprechend ihrer Begabung und nicht etwa ihrer Herkunft nach die Chance zu geben, sich zu entwickeln und zu verwirklichen. Sie ist aber auch wichtig, damit Niedersachsen und Deutschland allgemein die individuelle Befähigung des Menschen als wichtige Ressource für die wirtschaftliche Entwicklung so gut wie möglich weiterentwickeln können. Was die 2 500 zusätzlichen Lehrer im allgemeinen Schulbereich waren, nämlich ein Markenzeichen, das gilt nun auch für den Zukunftsvertrag. Dieser ist ebenfalls ein Markenzeichen für die Hochschulpolitik in Niedersachsen.

Nach meiner ganz festen Überzeugung - ich will das grundsätzlich sagen - geht kein Weg daran vorbei, dass die Studierenden selbst, die durch die Hochschulausbildung einen wertvollen Vorteil erlangen, an der Finanzierung der Hochschule beteiligt werden müssen. Ich will das sehr klar sagen. Ich vermute, dass auf jeden Fall bei Ihnen in der SPD eine viel größere Einigkeit in Bezug auf das, was wir vorhaben, vorherrscht, als sie hier von Ihnen vorgetragen worden ist, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Die Einführung von Studienbeiträgen wird in internen Gesprächen auch bei

Ihnen durchaus ganz anders und offener gesehen, als Sie es hier dargestellt haben.

Insofern ist es für mich sehr befremdlich, dass Sie hier bei der Beratung der beabsichtigten Regelung seit Monaten so tun, als seien Studienbeiträge für Sie in der SPD tabu. Ich glaube, Herr McAllister hat heute sehr deutlich dargestellt, wie andere darüber denken. Sie haben ja auch ein tolles Gutachten in Auftrag gegeben. Ich will darauf nicht näher eingehen. Vielleicht wird der Herr Minister es tun. Meine Damen und Herren, es war peinlich genug, dass der Gutachter, für den Sie teures Geld gezahlt haben, Ihnen etwas anderes als das gesagt hat, was Sie hier immer und ständig darstellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Januar 2005 ist das Thema Studienbeiträge in aller Munde. Andere haben darüber viel geredet. Wir hingegen haben entschlossen, besonnen, sachlich und effizient gearbeitet. Das sage ich auch in Richtung des Ministeriums. Studienbeiträge werden verpflichtend für alle Hochschulen und für alle Studiengänge in gleicher Höhe, nämlich in Höhe von 500 Euro eingeführt. Dabei berücksichtigen wir ganz einfach warnende rechtliche Einschätzungen, die andere Vorgehensweisen wie z. B. das Schaffen eines Gebührenrahmens oder die Delegation der Befugnis zur Entscheidung über die Erhebung der Studienbeiträge auf die Hochschulen als rechtlich wahrscheinlich nicht tragfähig bezeichnen.

Die Sozialverträglichkeit, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom Januar dieses Jahres mit Recht einfordert, wird von uns doch praktiziert. Es wird einen umfangreichen Ausnahmekatalog für die Befreiung von der Studienbeitragspflicht geben. So werden z. B. Studierende, die ein Kind unter 14 Jahren betreuen, von der Beitragspflicht befreit. Studierende, die einen pflegebedürftigen Angehörigen pflegen, werden ebenfalls befreit. Das ist eine soziale Abfederung. Das Land wird weiterhin sicherstellen, dass die Studierenden zur Finanzierung der Studienbeiträge bei einer Förderbank ein zinsgünstiges Studiendarlehen ohne Bonitätsprüfung und ohne großen Verwaltungsaufwand erhalten. Auch das ist eine soziale Abfederung.

Niedersachsen ist damit das erste Bundesland, das einem Landtag die gesetzliche Grundlage für

die Einführung von Studienbeiträgen zur abschließenden Beratung vorlegt. Das ist bundesweit einmalig. Noch etwas ist einmalig: Gleichzeitig wird dem Plenum ein Hochschulpakt, nämlich der Zukunftsvertrag zur Zustimmung vorgelegt. Daran zeigt sich, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sich an langfristige finanzielle Sicherungen für den Hochschulstandort Niedersachsen binden wollen. Der Zukunftsvertrag sichert den Hochschulen für die nächsten fünf Jahre dieselben staatlichen Zuwendungen wie im Jahre 2005 zu. Zugleich garantiert er, dass die Studienbeiträge bei den Hochschulen verbleiben und nicht etwa in den allgemeinen Landeshaushalt einfließen. Auch in dieser Hinsicht haben Sie hier falsche Aussagen gemacht. Sie wissen auch, dass Sie falsche Aussagen gemacht haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie reden im Grunde wider besseres Wissen. Das gehört sich nicht.

Die Hochschulen beginnen jetzt natürlich, die Verwendung der in Aussicht stehenden „Drittmittel“ für die Lehre zu planen sowie die Betreuung der Studierenden und die Studienbedingungen zu verbessern, und das zu Recht. Sie wissen, dass sie sich jetzt auch langfristig auf die Landesregierung verlassen können. Sie wissen, mit welchen Mitteln sie planen können. Das verstehen wir unter nachhaltiger Politik.

Ich habe dem Minister und seinem Hause ganz herzlich gedankt. Ich möchte auch dem Arbeitskreis Wissenschaft und Kultur für die Arbeit im vergangenen Jahr ganz herzlichen Dank sagen. Einiges an Arbeit steht uns noch bevor. Katrin Trost ist Vorsitzende dieses Arbeitskreises. Machen Sie weiter so! Was Sie bisher gemacht haben, war ganz toll. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir in diesem Bereich weiterarbeiten können. - Ich danke Ihnen sehr.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat jetzt Frau Dr. Heinen-Kljajić. Bitte sehr!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die diesjährigen Haushaltsberatungen im

Bereich Wissenschaft und Kultur wurden zwangsläufig von den Themen Zukunftsvertrag und Studiengebühren beherrscht. Herr Klare sprach gar von einer historischen Entscheidung. Nur, was Minister Stratmanns Meisterstück in der laufenden Legislaturperiode werden sollte, das endete als Musterbeispiel für politischen Wortbruch und Flickschusterei.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Minister Stratmann, noch vor Jahresfrist sind Sie wie ein Ehrenmann durch das Land gezogen und versprochen, mit Ihnen werde es Studiengebühren nur geben, wenn sie sozialverträglich gestaltet und zu 100 % bei den Hochschulen verbleiben würden. Mittlerweile sind Sie als von Hochschulen wie Studierenden gleichermaßen gescholtener Bauernfänger geendet, dem selbst der Landesrechnungshof - seit Jahren ausgewiesener Befürworter von Studiengebühren - schlechte Noten gibt.

Sie behaupten, der Zukunftsvertrag - werter Kollege Klare, dieser Zukunftsvertrag war übrigens so freiwillig wie ein Offenbarungseid; denn er war für die Hochschulen alternativlos, sie hätten ansonsten mit massiven Kürzungen rechnen müssen - garantiere den Hochschulen fünf Jahre lang Mittel in der Höhe des Ansatzes von 2005 und bewahre sie vor weiteren Kürzungen.

Aber allein im Zusammenhang mit der Verpflichtung, eigene Berufungspools einzurichten, geht die Landeshochschulkonferenz von Mindereinnahmen in Höhe von 25 Millionen Euro aus. Hinzu kommen Tarifierungsanpassungen und globale Minderausgaben. In manchem Wirtschaftsplan steht es schon heute schwarz auf weiß: Der Zukunftsvertrag bedeutet für die Hochschulen faktisch Kürzungen im gleichen Umfang wie beim HOK. Das ist ein klarer Wortbruch!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Minister, Sie haben sodann stets behauptet, Sie wollten den Hochschulen eine Option auf Gebühren eröffnen, ihnen aber die Entscheidung über die Einführung und die Höhe der Gebühren freistellen. Davon kann auch keine Rede mehr sein. Sie setzen die Gebühren verpflichtend, und Sie bestimmen den Einheitstarif von 500 Euro. Auch das nenne ich einen Wortbruch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn Sie nun mit rechtlichen Bedenken kommen, dann kann ich nur entgegnen: Solche Pannen passieren, wenn man erst verkündet, dann überprüft und schließlich wieder zurückrudern muss.

Aber als eigentlichen Affront betrachten Hochschulleitungen wie Studierende die Verpflichtung, dass aus dem Gebührenaufkommen ein Ausfallfonds gespeist werden soll. Sie, Herr Minister, sprechen von 6 %. Die anderen Länder rechnen schon jetzt mit 20 %, und der Landesrechnungshof verweist auf das Beispiel England, wo die Kosten für Zinsverbilligungen und Ausfallrisiken bei 50 % liegen. Wie auch immer, alle Rechnungen belegen dasselbe: Die Studiengebühren werden nicht ungeschmälert und zweckgebunden für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen zur Verfügung stehen. Auch das ist ein glatter Wortbruch.

Meine Damen und Herren, faktisch bedeutet der Ausfallfonds aber auch, dass sich das Land der auferlegten Pflicht entzieht, Studiengebühren sozialverträglich zu gestalten. Denn die Studierenden selbst zahlen für billige Zinsen und mögliche Rückzahlungsausfälle - nicht das Land. Freistellungstatbestände belasten die aufnehmenden Hochschulen ebenso wie die Auflage von Stipendien.

Außerdem, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, müssen Sie mir einmal erklären, was sozialverträglich daran sein soll, wenn man Studierende, die man aufgrund eines einkommensschwachen Elternhauses durch BAföG staatlich bezuschussen muss, damit sie überhaupt ein Studium aufnehmen können, nun auf Landesebene Studiengebühren in voller Höhe zahlen lässt.

Herr Minister, Sie genieren sich nicht einmal, dem Finanzminister einen zusätzlichen Schluck aus der Pulle zu gönnen, indem Sie ihm durch die Beibehaltung der Langzeitstudiengebühren den direkten Zugriff auf die Studiengebühren offen halten. Das haben sich selbst Ihre ansonsten auch nicht gerade zimperlichen Amtskollegen in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen nicht getraut.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, ich bin noch nicht am Ende der Liste der Wortbrüche. Sie behaupten

immer wider besseren Wissens, mit den Einnahmen solle insbesondere das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden verbessert werden. Einmal davon abgesehen, dass Sie weder eine Berichtspflicht über die Verwendung der Gebühreneinnahmen noch einen Sanktionskatalog bei Nichteinhaltung vorgesehen haben: Diese Vorgabe ist schlicht und ergreifend nicht zu erfüllen.

Herr Minister Stratmann, Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Verbesserung des Betreuungsverhältnisses über die Einnahmen aus Studiengebühren wegen des geltenden Rechts unmöglich ist. Die Kapazitätsverordnung schreibt zwingend die erschöpfende Nutzung vorhandener Ausbildungskapazitäten vor und unterscheidet dabei nicht zwischen Landesmitteln und Mitteln aus Gebühren. Ihre Ansage im Oktober-Plenum, man könne das Problem gesetzlich beheben, ist blanker Unfug, wie nicht zuletzt die Stellungnahme des GBD im Ausschuss belegt hat.

Meine Damen und Herren, was heißt das nun für die Studierenden und für die Hochschulen? - Das kann ich Ihnen sagen: Werden nur Angebote jenseits des Pflichtlehrangebots gemacht - so, wie es im Rahmen der KapVO erlaubt ist -, können die Studierenden keine Verbesserung ihrer Studienbedingungen erwarten. Denn was nutzt der zusätzliche EDV-Kurs, wenn das Pflichtseminar weiterhin hoffnungslos überfüllt ist? Oder aber die Hochschulen stellen mehr Personal für das Pflichtcurriculum ein. Dann wird das Ergebnis eine Klageflut sein, mit der studierwillige, aber abgewiesene Hochschulzugangsberechtigte die Hochschulen überziehen, um einen Studienplatz einzuklagen.

Meine Damen und Herren, trotz Studiengebühren wird sich die Situation an den Hochschulen voraussichtlich weiter verschlechtern. In sechs Jahren wird es in Niedersachsen mehr als doppelt so viele Hochschulzugangsberechtigte geben wie heute. Ministerpräsident Wulff fordert derweil in Sonntagsreden eine Steigerung der Abiturientenquote von 26 auf 40 %, klammert aber geflissentlich die Frage aus, wo alle diese Menschen nach dem Abitur weiter ausgebildet werden sollen. Dieses Problem nimmt die Landesregierung lieber gar nicht zur Kenntnis. Darum findet es auch keinen Niederschlag im Zukunftsvertrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Denn das impliziert der Zukunftsvertrag eben auch: Die Hochschulen müssen trotz üppig steigender Studierendenzahlen mit einer im besten Falle gleich bleibenden Summe Geldes auskommen. Das ist eine weitere verkappte Kürzung im Bildungsbereich und damit ebenfalls ein glatter Wortbruch.

Werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, Sie verfahren nicht nur auf der Landesebene nach dem Prinzip „Nach uns die Sintflut“. Mit Ihrer Zustimmung und der Zustimmung der SPD zur Föderalismusreform, die dem Bund sämtliche hochschulpolitische Kompetenzen entzieht, versperren Sie den Weg für ein Sonderprogramm des Bundes. Das ist aber die einzige Möglichkeit, um den Studierwilligen in Zukunft eine gute Ausbildung bieten zu können.

Meine Damen und Herren, wir Grüne fordern, das Föderalispaket in Sachen Hochschule noch einmal aufzuschnüren. Wenn Sie unserem Antrag nicht folgen, dann werden Sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, dass Sie auf Kosten zukünftiger Studierender dringend notwendige Bundesmittel ausgeschlagen haben, weil Ihnen die Profilierung im Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern wichtiger war als eine sachorientierte Lösung vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie spotten damit sämtlichen Schwüren über die Relevanz der Bildungspolitik. Über Politikverdrossenheit braucht man sich dann, glaube ich, nicht mehr zu wundern.

Meine Damen und Herren, aber auch in anderen Fällen belässt es die Landesregierung bei Sonntagsreden: Ich spreche von der Elementarpädagogik. Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben erst im letzten Plenum einen Antrag beschlossen, in dem Sie erklärt haben, dass Sie die Notwendigkeit erkennen, dass das Fach Elementarpädagogik, sofern Nachfrage besteht, ausgebaut werden muss. Ich kann nur feststellen, dass die Kluft zwischen propagierter Meinung und tatsächlichem Handeln riesig ist. Neben Emden hat nur die Evangelische Fachhochschule in Hannover ein Studienangebot in Elementarpädagogik. Dieser nachgefragte Studiengang muss nun aber allen Ernstes nach zwölf Monaten eingestellt werden, weil sich das Land nicht in der Lage sieht, mit 70 000 Euro jährlich eine zusätzliche Professur zu finanzieren. Das, meine Damen und Herren, ist ein

bildungspolitisches Armutszeugnis, das Sie sich nicht ohne Not selbst ausstellen sollten. Ich fordere Sie daher noch einmal auf, in diesem Punkt unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss noch einige Sätze zum Bereich Kultur. Es gibt hier keine gravierenden Kürzungen, aber Sie haben massive Eingriffe in die Struktur vorgenommen, die unter dem Aspekt des effektiven Mitteleinsatzes durchaus auch haushaltsrelevant sind.

Meine Damen und Herren von den Mehrheitsfraktionen, ich halte daran fest, dass entgegen Ihrer Ansage, Bürokratie abzubauen und damit möglichst viele Mittel für die Projektförderung freizusetzen, noch nie so viel Geld in die Kulturverwaltung geflossen ist wie heute. 14 eigenständige Verwaltungseinheiten - ich spreche von den Landschaften - verwalten nur 1 Million Euro Fördermittel. Zwölf dieser Landschaften erhalten dafür vom Land je 49 000 Euro Verwaltungskostenzuschuss. Das heißt: Knapp 600 000 Euro Verwaltungskosten stehen 1 Million Euro zu vergebender Fördergeldern gegenüber.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist ja echte Bürokratieferne!)

Gleichzeitig wurde der Beleihungsvertrag mit der LAG Soziokultur aufgekündigt, obwohl dieser mit unschlagbar günstigen 9 % Verwaltungskostenanteil bei der Mittelvergabe das Vorzeigemodell in Sachen Entstaatlichung von Dienstleistungen war.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Da sieht man, wo die Ideologen sitzen! Ein echter Skandal!)

Ich finde es nach wie vor skandalös, wie Sie aus rein ideologischen Erwägungen heraus der freien Kultur in Niedersachsen einen solchen Bären dienst erweisen konnten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Wissenschaft und Kultur sind als zentrale Segmente der Bildungspolitik wichtige Stellschrauben unserer Zukunftsfähigkeit. Es reicht deshalb nicht, sich die eigene Politik schönzureden, sei es durch Euphemismen wie Hochschuloptimierungskonzept oder Studienbeiträge oder sei es durch die auto-

suggestive Beschwörung, Ihr Studiengebührenmodell sei zum Wohle der Studierenden erdacht.

Sie wollen auch 2006 fortgesetzt am Hochschulhaushalt sparen, und Sie belasten die Studierenden, ohne dass diese davon tatsächlich profitieren können. Dieser Politik können wir unsere Zustimmung nur verweigern. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Herr Professor Zielke.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Jetzt erwarten wir einen Höhepunkt!)

Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit diesem Haushalt werden wir begleitend zwei der wichtigsten Gesetze dieser Legislaturperiode im Wissenschaftsbereich beschließen - zusammen mit dem Hochschulzulassungsgesetz vielleicht die wichtigsten überhaupt -, nämlich die Einführung von Studiengebühren und damit einhergehend den Zukunftsvertrag mit den Hochschulen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber zuvor ein paar Worte zu anderen Aspekten des geplanten Haushaltes 2006, die durchaus kennzeichnend sind für unsere Politik der Verlässlichkeit und der Seriosität.

Am Beginn des Hochschuloptimierungskonzeptes haben wir versprochen, dass es auch im Jahr 2006 keine weiteren Einschnitte geben würde. Trotz der nach wie vor nicht gerade sprudelnden Steuereinnahmen ist es uns gelungen, die Mittel für die Hochschulkapitel in vollem Umfang zu erhalten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir geben den Hochschulen nach wie vor Planungssicherheit, wenn auch auf kargem Niveau. Das HOK wird weiterhin wie geplant umgesetzt werden.

Wie sehr dieser Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen von FDP und CDU die besondere Bedeutung der Hochschulen für die Zukunft unseres Landes am Herzen liegt, beweist nichts so eindrucksvoll wie der Zukunftsvertrag. Auch wenn

der Zukunftsvertrag eng mit der Einführung der Studienbeiträge verknüpft ist, so ist er auch ohne den Teil über die Studiengebühren schon etwas ganz Besonderes;

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Ja, das stimmt!)

denn er gibt den Hochschulen für die nächsten fünf Jahre eine durch Gesetz garantierte und damit die maximal mögliche finanzielle Planungssicherheit. Mehr als Gesetze machen, kann der Gesetzgeber nicht tun.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Eine solche Planungssicherheit gibt es in keinem anderen Bereich der Landesverwaltung und auch in keinem anderen Bundesland.

(Zustimmung bei der FDP)

Damit hat dieser Zukunftsvertrag eine weit höhere Verbindlichkeit als die so genannten Innovationspakete früherer Landesregierungen, die ja in der Tat jeweils von eben diesen Landesregierungen bei Bedarf gebrochen und einkassiert worden sind.

Zu der finanziellen Sicherheit durch den Zukunftsvertrag kommen jetzt aber für die Hochschulen noch die Einnahmen aus den Studienbeiträgen hinzu. Unter dem Strich bedeutet das: Unsere niedersächsischen Hochschulen werden dauerhaft und nachhaltig erheblich mehr Geld zur Verfügung haben, um eine ihrer beiden Kernaufgaben, nämlich die akademische Ausbildung junger Menschen, noch besser als heute zu erfüllen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Insofern kann ich die erhitzte Debatte der letzten Wochen über die Frage, ob den niedersächsischen Hochschulen am Ende 500 Euro oder 500 Euro minus Epsilon pro Student und Semester zusätzlich zur Verfügung stehen werden, nicht wirklich verstehen, zumal sie genau von den Leuten angezettelt wird, die früher nicht müde wurden zu behaupten, Studienbeiträge seien ohnehin nur ein Tropfen auf dem heißen Stein der Hochschulbudgets und würden den ganzen Aufwand gar nicht lohnen.

Wegen der vermeintlichen Aktualität trotzdem noch ein paar Worte zu einem Kollateralproblem: dem Ausfallfonds. Wir als FDP sind dankbar für jede konstruktive Anregung, wie dieser Ausfallfonds noch optimaler zu gestalten wäre, und würden

auch nicht davor zurückschrecken, dafür das jetzt vorliegende Gesetz, etwa im Rahmen der Novellierung des NHG, in Einzelpunkten abzuändern.

Nun zur Höhe der Ausfälle, also zu dem Anteil der Studiendarlehen, die nach dem Studium, aus welchen Gründen auch immer, nicht zurückgezahlt werden. Dazu hat die SPD ein Gutachten in Auftrag gegeben und es vorgestern der versammelten Presse präsentiert. Zu dem Gutachten ist schon einiges gesagt worden. Das Gutachten ist in Teilen veraltet, weil es von falschen Voraussetzungen über den Stand des Gesetzes ausgeht. Mir ist aber aufgefallen: Das Gutachten wimmelt nur so von exakten Berechnungen und Tabellen, meist Zinsezinsrechnungen, die für reine BAföG-Darlehen ebenso gültig sind wie für Hypothekenzinsen. Aber die Zahlen, mit denen in der Öffentlichkeit operiert wird, stehen auf sehr wackligen Füßen. Der Hauptteil der Ausfälle resultiert, so das Gutachten, aus der Überschreitung der Kappungsgrenze von 15 000 Euro. Wer nur bis zum Bachelorgrad studiert, wird diese Grenze nie überschreiten; das sagt der Gutachter selbst. Bei den Berechnungen des Ausfallrisikos unterstellt er dann aber, dass alle Studierenden bis zum Mastergrad studieren. Das führt natürlich zu einer massiven Überschätzung der Ausfälle. Als Nächstes wird angenommen, pro Studierenden würde die Kappungsgrenze um durchschnittlich 3 000 Euro überschritten. Diese Zahl wird aber trotz aller exakten Tabellen vorher nicht aus diesen abgeleitet, sondern ist einfach so angenommen.

(Dr. Harald Noack [CDU]: Sie ist gegriffen!)

- Ja, das ist eine gegriffene Zahl. - Was der Gutachter selbst von seinen Zahlen hält, schreibt er übrigens selbst. Ich zitiere: Wie erwähnt, ist eine sachgerechte Schätzung der zukünftigen Entwicklung nicht möglich.

(Lachen und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zurück zur Hauptsache, den Studienbeiträgen selbst. Die auch in dem Gutachten geäußerte Meinung, die Studienbeiträge dürften aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht für die Verbesserung der Lehrsituation verwendet werden, sondern müssten gemäß KapVO zur Ausweitung der Aufnahmekapazität eingesetzt werden, beruht vermutlich auf einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die voll staatlich finanzierten Hoch-

schulen zur vollen Auslastung ihrer Lehrkapazitäten verpflichtete und so genannte überzogene Niveaupflege verbot. Dieses Urteil datiert aus den früheren 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Ob ein Gericht heute noch die Verwendung von Studienbeiträgen, also nichtstaatlichem Geld, in gleicher Weise vorschreiben würde, wage ich zu bezweifeln. Um jede Unsicherheit auszuschließen, haben wir dies im Gesetz explizit ausgeschlossen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nun kommt von der linken Seite des Hauses die Argumentation des Rechnungshofes, fixe Studienbeiträge seien schlecht, weil sie den Wettbewerb nicht so gut fördern wie flexible Gebühren im Ermessen der Hochschulen. Dieses Argument ist haargenau das der FDP. Das freut uns natürlich. Wir hätten es noch schöner gefunden, wenn der Rechnungshof seine Erkenntnisse schon früher in die öffentliche Debatte eingebracht und die Position der FDP gestützt hätte, als sie noch etwas hätte bewirken können.

(Lachen bei der SPD - Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Es ist immer doof, wenn man fünftes Rad am Wagen ist!)

Aber dass jetzt SPD und Grüne dieses Argument ins Feld führen, ist schon spannend, nachdem sie monatelang gesagt haben, Studienbeiträge seien an sich verkehrt, aber flexible Studiengebühren in den Händen der Hochschulen seien nun der Gipfel marktwirtschaftlicher Teufelei.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Von uns ist das aber nicht, Herr Kollege!)

Sie sollten sich endlich einmal zwischen Teufel und Beelzebub entscheiden.

(Zustimmung bei der FDP)

In der Tat scheint es hier einen Spielraum zu geben bei der Interpretation diverser verfassungsrechtlicher Gutachten aus Baden-Württemberg und Bayern und auch sonst, nämlich zu der Frage, welche Instanz in welcher Weise die Studiengebühren festlegen dürfe oder solle; denn sonst hätten sich Bayern und Nordrhein-Westfalen nicht für andere, flexiblere Lösungen entschieden als Niedersachsen. Wir als FDP wären mutiger gewesen als unser Koalitionspartner und hätten die Ent-

scheidung schon jetzt in die Hand jeder Hochschule gelegt,

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

haben uns aber dem verfassungsrechtlich angeblich sicheren Weg, den wir mit diesem Gesetz gehen, angeschlossen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Allerdings haben wir in diesem Gesetz auch festgeschrieben, dass es das gemeinsame Ziel von FDP und CDU ist, rechtliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Hoheit über die Studienbeiträge in rechtlich unangreifbarer Weise auf die Hochschulen übergehen kann. Fazit: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, und ein Anfang ist gemacht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Frau Kollegin Trost hat jetzt das Wort.

Katrin Trost (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal frage ich mich, warum Frau Dr. Andretta in Holzminden die Hochschulautonomie eingefordert und in Göttingen genau diese anprangert. Das sollten wir zu einem anderen Zeitpunkt auch einmal erörtern.

(Zustimmung bei der CDU)

Wie Sie den Ausführungen meines Kollegen Klare und von Professor Zielke bereits entnehmen konnten, liegt uns die Hochschulpolitik besonders am Herzen. Sowohl die Unterzeichnung der Zukunftsverträge mit den Hochschulen als auch die Einführung von Studienbeiträgen für alle Erstsemester ab dem Wintersemester 2006/2007 und für alle Studierenden ab 2007 stellen Weichen für eine zukunftsorientierte Hochschulpolitik in Niedersachsen. Frau Dr. Andretta, Sie können sich noch so sehr anstrengen, uns das Gegenteil zu beweisen - das wird Ihnen nicht gelingen. Selbst das von Ihnen eigens in Auftrag gegebene Gutachten zur Einführung von Studienbeiträgen in Niedersachsen stellt klar - mein Kollege McAllister hat es gestern auch schon gesagt -, dass die Einführung einheitlicher Studienbeiträge in Niedersachsen allen theo-

retischen Argumenten zum Trotz nicht weniger als angemessen und sachgerecht ist. Das kann man nur wiederholen.

(Zustimmung bei der CDU)

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang allerdings insbesondere, dass das Gutachten in wesentlichen Teilen von einem veralteten Sachstand ausgeht, der während der Ausschussberatungen in Zusammenarbeit mit dem GBD längst überarbeitet worden ist. Dies gilt zum Beispiel für die im Gutachten gemachten Angaben zur Altersgrenze bei der Inanspruchnahme von Studienkrediten, bei der entgegen der dortigen Aussage Ausnahmen zulässig sind. Gleiches gilt für die Aussagen zur Kapazität, da durch eine Klarstellung in § 11 der Novelle des NHG zusammen mit § 9 des Niedersächsischen Hochschulzulassungsgesetzes sichergestellt wird, dass das aus Studienbeiträgen finanzierte zusätzliche Lehrpersonal der Verbesserung der Studienbedingungen und nicht der Ausweitung der Kapazität dient. Auch die Ausführungen von Minister Stratmann bezüglich der Kappungsgrenze bei den Zinsen des Studienkredits schlagen sich dort nicht nieder. Wenn Herr Minister Stratmann so etwas sagt, dann wird es auch umgesetzt. Daran sollten Sie sich allmählich gewöhnt haben. Frau Dr. Andretta, aus diesem Gutachten können selbst Sie nicht ernsthaft Argumente gegen unser Studienbeitragsmodell herauslesen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Mein Vorschlag: Legen Sie das Gutachten in die Schreibtischschublade, verbuchen Sie es unter „Erfahrung“, und lernen Sie daraus für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Aber selbstverständlich gibt es im Aufgabenbereich des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur neben der Bildungspolitik noch weitere Bereiche, in denen sich die Koalitionsfraktionen im Zuge der Haushaltsberatungen stark gemacht haben. Es liegt übrigens kein einziger Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Einzelplan 06 vor. Sie scheinen also wunderbar mit uns zufrieden zu sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir bieten Planungssicherheit für die kommunalen Theater und die Musikförderung in Niedersachsen. Entgegen allen Befürchtungen von Rot-Grün, die vor Ort auch

geschürt worden sind, planen diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen keine Kürzungen in diesem Bereich. Wichtig ist für uns: Der Neuabschluss der zum 31. Dezember 2006 gekündigten Verträge wird haushaltsrechtlich abgesichert. Damit wird deutlich, dass wir unseren Beitrag zum Gelingen der noch zu führenden Verhandlungen mit den Theatern liefern. Im Laufe des Jahres 2006 wird die Landesregierung neue Verträge zur Theater- und Musikförderung - d. h. mit den kommunalen Theatern in Lüneburg, Celle, Hildesheim, Göttingen und Osnabrück sowie den Landesbühnen in Hannover und Wilhelmshaven und dem Göttinger Sinfonieorchester - mit Wirkung ab dem Jahr 2007 abschließen. Die Vertragsverhandlungen laufen zurzeit. Die Fraktionen der CDU und der FDP haben festgelegt,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dass diese Mittel im Zuge der Neuverhandlungen auch künftig zur Verfügung stehen werden, und haben eine diesbezügliche Verpflichtungsermächtigung über 104,05 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Hiermit legen wir einen Schwerpunkt auf die Förderung von Theater und Musik in der Fläche unseres Landes. - Ein kleiner Hinweis im Übrigen: Der Antrag zum Thema „Theaterformen“ wurde während der letzten Plenarsitzungsabschnitts von der SPD-Fraktion abgelehnt.

Wir stocken die Mittel für die Förderung der Denkmalpflege in Höhe von 1,578 Millionen Euro um weitere 180 000 Euro auf. Damit können wir weitere denkmalpflegerische Arbeiten erledigen. Wir haben in Niedersachsen viele denkmalgeschützte Objekte in vielen Baudenkmalen, die überwiegend in privater Hand sind. Jedes Denkmal ist nun einmal ein Stück Kulturgeschichte, welches den kommenden Generationen überliefert wird.

Der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung sah eine den Sparzwängen geschuldete Kürzung der Mittel für die Denkmalpflege in Höhe von 500 000 Euro vor. Wir haben beschlossen, dass ein Betrag von 180 000 Euro für die Denkmalpflege wieder in den Haushaltsplan 2006 eingestellt wird. Wir mildern damit die Kürzungen in diesem Bereich ab. Es stehen also 1,758 Millionen Euro zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Erwachsenenbildung haben wir nicht aus den Augen verloren. Erstmals - da müssen Sie mir gut zuhören - werden hierfür ressortübergreifend in

den Haushalten des Sozialministeriums, des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur Finanzmittel zur Verfügung gestellt, um Schülerinnen und Schülern, die keinen Abschluss im allgemein bildenden Schulsystem erhalten haben, eine Chance zu geben, auf dem zweiten Bildungsweg nachträglich einen Haupt- oder Realschulabschluss zu erwerben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit erhalten diese jungen Menschen die Möglichkeit, Berufe zu ergreifen, die für sie sonst in weiter Ferne bleiben würden. Hierfür stellen wir im Haushalt des MWK 150 000 Euro zur Verfügung, und ungefähr noch einmal die gleiche Summe wird in den Haushalten des MS und des MK zur Verfügung gestellt. Das Nachholen von Schulabschlüssen, insbesondere von Hauptschulabschlüssen, ist für die Betroffenen von elementarer Bedeutung. Nachdem die Mittel des Bundes durch die Umsetzung der Hartz-IV-Konzeption nicht mehr für Schulabschlüsse verfügbar sind, es aber eine erhebliche Nachfrage gibt, haben sich die Fraktionen der CDU und der FDP zu dieser besonderen Förderung entschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Ein solches ressortübergreifendes Projekt für den zweiten Bildungsweg ist für das Jahr 2006 erstmalig zustande gekommen. Sie, lieber Herr Kollege Wulf aus Oldenburg, haben in der letzten Legislaturperiode, als Sie noch Sprecher für den Bereich der Erwachsenenbildung waren, zwar immer wieder erkannt, dass es sich hierbei um ein ressortübergreifendes Problem handelt, aber Sie haben nicht reagiert, geschweige denn etwas zustande gebracht. Wir haben hier nun ein Zeichen gesetzt und einen Lösungsansatz gefunden. An dieser Stelle möchte ich insbesondere Frau Mundlos und Frau Körtner sowie Frau Vockert, Frau Meißner, Frau Siebert und Frau Seeringer für die gute Zusammenarbeit in diesem Punkt danken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Ressort mit dem Haushaltsplan 2006 sehr viel bewegt. Ich bedanke mich auch bei dem Ministerium, bei den Mitarbeitern des Ministeriums und bei Minister Stratmann, der mit uns sehr gut zusammengearbeitet hat und sich trotz der vielen Diffamierungen in Pressemitteilungen, die von der SPD kamen - „unredlich“, „kaltschnäuzig“, „täuschend“ usw. -, nicht hat aus der Ruhe bringen lassen,

sondern er ist seinen Weg mit uns geradlinig weitergegangen.

(Beifall bei der CDU - Oh! von der SPD)

Ich bin stolz, dass wir gerade im Hochschulbereich durch Studienbeiträge und den Zukunftsvertrag einen bundesweit einmaligen Erfolg vorweisen können. Die Hochschulen haben in dieser Landesregierung und in den sie tragenden Fraktionen einen zuverlässigen Partner gefunden; denn wir haben trotz aller Sparzwänge die nachhaltige finanzielle Planungssicherheit herbeigeführt.

Auch die Bereiche Denkmalpflege, Kultur- und Erwachsenenbildung haben wir berücksichtigt. Meine Damen und Herren, das verstehen wir unter Investitionen in die Zukunft, unter Investitionen in den Standort Niedersachsen. - Danke.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Kollege Riese.

(Christina Bührmann [SPD]: Herr Riese, singen Sie für uns?)

Roland Riese (FDP):

Wenn die Welt, sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, so schwarz wäre, wie sie Frau Dr. Andretta hier geschildert hat, dann säßen in diesem Saal lauter Schornsteinfeger.

Ich habe in den letzten Monaten und Jahren wohl mit allen Verbänden der freien Kultur gesprochen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Insbesondere in den letzten Wochen ist mir aus diesen Verbänden signalisiert worden, dass sie alle die Gespräche mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur zum Abschluss von Zielvereinbarungen für die Kulturförderung innerhalb des Drei-Säulen-Modells als sehr partnerschaftlich und fair empfinden und dass sie optimistisch in die Zukunft blicken. Bei den wenigen Ausnahmen, die Sie gerade gemeint haben, Frau Dr. Andretta, und vielleicht auch Sie, Frau Dr. Heinen-Kljajić, handelt es sich wohl um Klientelpolitik, die Sie betreiben. Die Realität ist nicht so, wie Sie sie beschrieben haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Von einer Kultur des Misstrauens kann keine Rede sein. Es ist eine Kultur der partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Verehrte Damen und Herren, die Zahl im Kulturhaushalt, die mir persönlich am meisten am Herzen liegt und auf die ich zu sprechen kommen möchte - sie ist heute noch nicht erwähnt worden -, stellt das vorläufige Ende einer langen Geschichte dar. Wir feiern nämlich das 25jährige Jubiläum der Landesmusikakademie, die erstmals 1980 in die Diskussion kam.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wir begehen heute auch den 25. Todestag von John Lennon!)

In diesem Haushalt steht eine Verpflichtungsermächtigung, die das Ministerium für Wissenschaft und Kultur in den nächsten Jahren ermächtigt, 10,9 Millionen Euro auszugeben, um diese Geschichte endlich zum Abschluss zu bringen und um zur Einrichtung einer Landesmusikakademie in Wolfenbüttel zu kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auf die 10,9 Millionen Euro warten die Laienmusikerinnen und -musiker im Lande Niedersachsen seit langer Zeit. Wer wie ich lange Zeit Mitglied im Niedersächsischen Landesjugendsinfonieorchester war - - -

(Unruhe)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Einen Augenblick, Herr Kollege. - Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt ernsthaft, die Unterhaltungen einzustellen - einige Kollegen merken es noch nicht einmal, wenn ich sie aufrufe -; denn dieser Geräuschpegel ist wirklich unerträglich. Ich glaube, alle haben einen Anspruch darauf, dass den Reden zugehört wird, auch wenn man ganz anderer Meinung ist. - Bitte schön!

Roland Riese (FDP):

Wer wie ich einmal Mitglied des Niedersächsischen Jugendsinfonieorchester war und dort nicht gesungen, sondern das Cello gestrichen hat - um Ihrer Anekdotensammlung über mich noch einen weiteren Punkt hinzuzufügen -, der weiß, wie not-

wendig es ist, dass diese Ensemblearbeit ein Zuhause hat. Das wird sie dort bekommen.

Ich möchte an dieser Stelle namentlich dem Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Christian Wulff, danken, der sich immer wieder als Freund der Musik erwiesen hat und sich immer wieder dafür eingesetzt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Dank richtet sich aber in gleicher Weise an das Kabinett, das mutige Entscheidungen getroffen hat, um diese Zahl in den Haushaltsplan einzustellen. Wenn wir morgen diesen Haushaltsplanentwurf mit dieser Verpflichtungsermächtigung miteinander beschließen, dann schließe ich alle diejenigen in meinen Dank mit ein, die dem Haushalt ihre Stimme geben. Diejenigen, die das nicht tun, werden sich bei den vielen Millionen Amateurmusikern in Niedersachsen dafür entschuldigen müssen, dass sie ihnen für die musikalische Arbeit auch in Zukunft keine Heimstatt geben wollen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Werner Buß [SPD]: Herr Riese, so
dumm sind die auch nicht!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt der Herr Wissenschaftsminister. Bitte schön!

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne ganz bewusst mit einem Dank an die Regierungsfractionen, also an die FDP, an die CDU, an die Arbeitskreise und insbesondere an die Sprecher der Arbeitskreise, Herrn Zielke und Frau Trost. Die Themen, die wir auch heute besprechen, sind in der Tat keine Kleinigkeiten, keine Banalitäten, sondern haben in den letzten Monaten viel Arbeit, viel Durchsetzungskraft, viel Konsequenz und viele Argumente erfordert. Das alles war nicht einfach. Deshalb sage ich herzlichen Dank an Sie alle dafür, dass wir uns immer aufeinander verlassen konnten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte diesen Dank übrigens auf die Präsidien der Hochschulen, auf die vielen an den Hoch-

schulen Tätigen und übrigens auch auf die Studierenden erweitern. Ich habe in den letzten Monaten viele Veranstaltungen gehabt. Viele Veranstaltungen waren auch dem Protest geschuldet, aber ich muss unter dem Strich sagen, dass es nicht eine einzige Veranstaltung gab, bei der ich zu Recht hätte sagen können, dass die Methoden des Protestes so gewesen wären, dass man sie unter keinerlei Umständen hätte akzeptieren können. Auch das hat sich in diesem Land geändert. Ich finde das gut und bin dafür sehr dankbar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eigentlich wollte ich mich auch bei der Opposition bedanken. Frau Dr. Andretta, ich gehöre diesem Landtag seit 1994 an und habe mich in den Bereichen, für die ich bisher zuständig war - das war vor allem die Justizpolitik in den letzten Jahren der Opposition; wenn Christian Pfeiffer hier säße, würde er das bestätigen -, immer darum bemüht, dass wir fair und an der Wahrheit orientiert miteinander diskutieren und umgehen, weil wir alle letztlich hier sitzen, um etwas für das Wohl dieses Landes zu tun. Das, was Sie heute geboten haben, ist auch mit Ihrem überbordenden Ehrgeiz nicht mehr zu entschuldigen, meine Damen und Herren. Das will ich in aller Deutlichkeit betonen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von Axel Plaue [SPD])

Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich eigentlich ein äußerst ruhiger Vertreter bin und dass ich mich bemühe, mich nicht aus der Fassung bringen zu lassen. Aber wenn man eine Aneinanderreihung solcher Unwahrheiten, eine Falschdarstellung solcher Sachverhalte erlebt, dann muss das auch einmal zur Sprache gebracht und betont werden. Ich finde, so geht es nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
David McAllister [CDU]: Bravo! Richtig!)

Ich sage Ihnen auch, Frau Dr. Andretta: Wenn ich so agiert hätte wie Sie, säße ich nicht dort oben auf der Regierungsbank. Das sollten Sie sich vielleicht für die Zukunft merken, falls Sie irgendwelche Ambitionen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
David McAllister [CDU]: Das wird sie
sowieso nicht! Niemals! Wunderwaf-
fe!)

Das alles hätte ja vielleicht im Ansatz noch eine Rechtfertigung gefunden, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn es seitens der SPD-Fraktion auch nur einen einzigen Antrag zum Einzelplan 06 gegeben hätte, einen einzigen Antrag, auf dessen Grundlage wir hätten diskutieren können und mit dem bewiesen worden wäre, dass die SPD bemüht ist, sich konstruktiv in die Haushaltsberatungen einzubringen. Es gibt aber keinen einzigen Antrag,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und wenn es auch nur ein Antrag gewesen wäre, der uns einen Weg aufgezeigt hätte, den Ausfallfonds zu vermeiden. Selbst das wäre ja etwas gewesen; Herr Kollege Zielke darauf hingewiesen. Wir hätten darüber diskutiert und hätten konstruktiv Wege miteinander besprochen. Meine Damen und Herren, so geht es nicht.

(Unruhe bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Dann wird ein Gutachten ins Feld geführt. Es ist bezeichnend, meine Damen und Herren, dass dieses Gutachten, in der Rede von Frau Dr. Andretta überhaupt keine Rolle mehr gespielt hat. Ja, warum war das denn wohl so? Meine Vordredner haben zum Teil schon darauf hingewiesen. Dieses Gutachten - es tut mir Leid; ich muss es so sagen - ist eine Steilvorlage für die Politik, die wir seit Monaten betreiben. Es ist eine Bestätigung der Politik, die wir in Sachen Studiengebühren in Niedersachsen betreiben. Das betrifft auch den Zukunftsvertrag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will einen weiteren Punkt benennen. Es gibt eine einzige Passage, die sich in einem SPD-Antrag überhaupt mit Wissenschaftspolitik befasst, und die werde ich nun vorlesen. Es handelt sich um die Drucksache 2427 - es steht unter dem vierten Spiegelstrich -:

„Der Wissenschafts- und Hochschulstandort Niedersachsen sollte durch die Konzentration von Studiengängen an einzelnen Hochschulstandorten und durch eine verbesserte Kooperation mit Forschungseinrichtungen gestärkt werden.“

Das nennen wir Clusterbildung. Das machen wir seit Jahren, und Sie fordern das ein. Wo leben Sie denn? Haben Sie nicht bemerkt, auf welchem Weg wir sind? Und dann werden hier Reden zu Göttingen und zu anderen Standorten gehalten. Ich finde das ungeheuerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben jede Glaubwürdigkeit in Fragen der Hochschulpolitik verspielt.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn hier Holzminen ins Feld geführt wird, dann ist Ihnen, meine Damen und Herren, offensichtlich entgangen, dass wir nicht mehr über Detailsteuerung, sondern mittlerweile über Zielvereinbarungen Politik mit den Hochschulen machen. Die HAWK hat gegen seine Zielvereinbarung verstoßen. Da ich Inhaber der Rechtsaufsicht bin, musste ich einschreiten. Wenn ich es nicht getan hätte, hätte ich mir nicht vorstellen mögen, was von dieser Seite an Vorwürfen gegen mich erhoben worden wäre. Aber auch das wird nicht erwähnt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage es noch einmal: Sie selber geben zu, dass die Hochschulen in Deutschland unterfinanziert sind. Das ist etwas, von dem ich wohl sagen kann, dass darüber Konsens bei allen Wissenschaftspolitikern in Deutschland besteht. Aber dann hört der Konsens auch schon auf. Sie wissen genauso gut wie ich, dass Deutschland, bezogen auf sein Bruttoinlandsprodukt, für seine Hochschulen mindestens genauso viel ausgibt wie andere Länder, dass andere Länder jedoch zum Teil dreimal so viel Geld für ihre Hochschulen zur Verfügung haben, weil es mehr Finanzierungsquellen gibt, meine Damen und Herren. Deshalb sind doch alle in Deutschland, die etwas von Hochschulpolitik verstehen, der Meinung, dass wir mehr Finanzierungsquellen brauchen, und dazu gehören auch die Studienbeiträge. Wenn wir diese Studienbeiträge mit 500 Euro moderat und sozialverträglich über ein Kreditfinanzierungssystem anbieten, dann ist dies keine Überforderung. Ich wiederhole es, weil es so wichtig und so schön ist. Selbst Ihr Gutachter, der nicht unbedingt in dem Verdacht steht, ein Befürworter des klaren Studiengebührenmodells zu sein, kommt deshalb zu folgendem Ergebnis: Allen theoretischen Argumenten zum Trotz sind Studiengebühren - und zwar einheitliche Studiengebühren, also nicht differenzierte Studienge-

bühren - in Höhe von 500 Euro in Niedersachsen angemessen und sachgerecht. Ich wiederhole es noch einmal: Ihr Gutachter sagt das, und Sie gehen jetzt nicht darauf ein. Es wäre fair gewesen, wenn Sie es getan hätten. Es wäre couragiert gewesen, wenn Sie es getan hätten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben es nicht getan, weil Sie die Menschen nicht über die wahren Sachverhalte aufklären wollen. Aber das ist, wie gesagt, eine Vorgehensweise, mit der Sie selber klarkommen müssen.

(Vizepräsident Ulrich Biel übernimmt den Vorsitz)

Herr Zielke hat einiges zu dem Gutachten ausgeführt. Der Gutachter geht davon aus, dass wir alle in die Master-Phase führen. Die SPD-Fraktion ist es doch, die überall Reden dahin gehend hält, dass das gerade nicht Sinn und Zweck von Bologna ist und dass wir gerade ab dem Bachelor eine Grenze einzuziehen haben. Es sind die Sozialdemokraten, die das einfordern. Es ist richtig, dass sie das tun; auch wir tun es. Wieso kommt denn der Gutachter zu dem Ergebnis, dass alle in Niedersachsen und Deutschland den Master-Abschluss machen sollen? Vielleicht hätten Sie miteinander reden müssen, um solche Missverständnisse aufzuklären.

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Reden Sie doch einmal mit den Studenten! Gehen Sie doch einmal raus!)

Meine Damen und Herren, heute erreicht mich eine Stellungnahme der Landestreuhandstelle, die uns schreibt:

„Der Gutachter geht davon aus, dass auflaufende Zinsen für das Studien-darlehen dem Darlehenskapital zugeführt und verzinst werden müssen.“

- Der ist übrigens Volkswirt von Beruf. -

„Dadurch wird das Zinseszinsverbot für Verbraucherdarlehen nicht beachtet, was je nach Zinssatz zu einer viel höheren Rückzahlungsverpflichtung führt, als sie tatsächlich im Studiendarlehensmodell entsteht.“

Das heißt, die banalsten Grundsätze des Zinsrechts sind in diesem Gutachten nicht beachtet

worden. Das Gutachten ist für uns eine Steilvorlage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit komme ich zum nächsten Punkt. - Eigentlich bräuchte ich zwei Stunden, um den ganzen Quatsch zu widerlegen, der hier gesagt worden ist.

(Widerspruch bei der SPD)

Es wird ständig von den BAföG-Empfängern gesprochen.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, einen Augenblick!

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Unerträglich! - Gegenruf von Björn Thümler [CDU]: Er hat doch völlig Recht!)

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident!

Vizepräsident Ulrich Biel:

Ich nehme es Ihnen nicht von Ihrer Redezeit weg. - Meine Damen und Herren, wir alle sollten die Debatte insgesamt ein bisschen unaufgerechter führen.

(Werner Buß [SPD]: Dann müsste der Minister mal damit anfangen! Er redet doch von „quatschen“!)

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ich nehme das „Quatschen“ zurück.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Nun seien Sie ganz ruhig, Herr Buß. Ich rede gerade und habe das Wort, und quatschen tun wir hier auch nicht, sondern wir debattieren.

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ja, ich nehme das zurück. Ich glaube, „Unsinn“ geht.

Sie wissen ganz genau, dass wir, gerade weil wir uns um die BAföG-Empfänger Sorgen machen - - -

Vizepräsident Ulrich Biel:

Darf ich Sie noch einmal ganz kurz unterbrechen?
Wollen Sie eine Zwischenfrage beantworten?

**Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft
und Kultur:**

Nein. - Sie wissen ganz genau, dass wir, weil wir uns um die BAföG-Empfänger Sorgen machen, wir die Kreditobergrenze 15 000 Euro eingezogen haben. Nun wird uns genau diese Kreditobergrenze vom Gutachter quasi als falsch vorgehalten. Meine Damen und Herren, Sie müssen sich einmal darauf verständigen, was Sie wollen. Wollen Sie ein sozialverträgliches Modell, oder wollen Sie keines? Wir wollen die Sozialverträglichkeit. Wir wollen für die Studentinnen und Studenten das Beste herausholen. Dazu gehört auch, dass wir nicht gerne möchten, dass mehr Schulden als 15 000 Euro auflaufen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist hier erwähnt worden - ich gebe meinen Vorrednern insofern Recht -: Auch ich bin ein wenig stolz darauf, dass es uns gelungen ist, mit Hilfe des Finanzministers - das sage ich hier ausdrücklich, weil dies gerade für einen Finanzminister in Zeiten des Haushaltsnotstandes keine einfache Situation ist - ,

(Zuruf von der SPD: Der muss doch nicht gestreichelt werden!)

fast 7 % des Haushalts für mehrere Jahre festzuschreiben. Das kann ich gar nicht häufig genug betonen. Darum möchte ich an dieser Stelle vor allem Finanzminister Hartmut Möllring und natürlich unserem Ministerpräsidenten dafür danken, dass sie mitgeholfen haben,

(Heiner Bartling [SPD]: Affengeil!)

klar zu dokumentieren, dass eine der wesentlichen Prioritäten dieses Landes im Bereich der Bildungs- und Hochschulpolitik anzusiedeln ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Bitte, liebe Kollegen von Rot-Grün, nennen Sie mir ein einziges Beispiel in Deutschland,

(Heiner Bartling [SPD]: Haben Sie Angst davor herauszufliegen?)

bei dem man sich auf fünf Jahre, in Zeiten wie diesen eines Haushaltsnotstandes, bindet. Sie werden keines finden, erst recht nicht unter den sozialdemokratisch geführten Ländern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Gegenteil: Da geht man, wenn ich etwa an Berlin denke, viel, viel rigorosier vor. Dort werden die Tarifsteigerungen nicht nur nicht erstattet, sondern es wird noch etwas abgezogen. Auch bei der Tarifsteigerung von 0,8 %, die Frau Dr. Andretta erwähnt hat, hat sie falsch gerechnet. Die 0,8 % beziehen sich auf die Steigerung und nicht auf den Gesamtetat. Von den Steigerungen müssen die erbracht werden. Alles, was darüber hinausgeht, wird vom Land erbracht. Dies ist eine eindeutige Privilegierung allen anderen Landesbehörden gegenüber und damit eine weitere Prioritätensetzung zugunsten unserer Hochschulen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind stolz darauf, dass dieser Zukunftsvertrag unterzeichnet werden konnte. Ich sage noch einmal: Ich empfinde es als eine Beleidigung gegenüber den Vertragspartnern, von einem Knebelvertrag zu sprechen. Uns können Sie beleidigen, aber bitte beleidigen Sie nicht die Präsidentinnen und Präsidenten unserer Hochschulen,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

die sehr, sehr konstruktiv mitgewirkt haben. Wir sind auch jetzt ständig in Gesprächen, ob wir an der einen oder anderen Stelle noch Verbesserungen herbeiführen können.

Meine Damen und Herren, weil das Hochschulressort das einzige Ressort in Niedersachsen ist, das die nächsten Jahre mit spürbar mehr Mitteln letztlich wird arbeiten können, bin ich davon überzeugt, dass Niedersachsen dadurch seine Position im nationalen und internationalen Vergleich nicht nur halten, sondern verbessern wird.

Ich höre mit großer Freude, dass immer häufiger Meldungen ins Haus kommen, wonach Studiengänge in Niedersachsen bei den Rankinglisten besser abschneiden als in der Vergangenheit. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wenn Sie ehrlich sind, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie - ich habe es vorhin zitiert -, sind Sie ja auch der Meinung, dass der Weg, den wir beschreiten, der einzig richtige Weg ist und dass wir ihn gemeinsam gehen sollten.

(Zuruf von der SPD: Sie sind nicht im Besitz der alleinigen Wahrheit!)

Zur Kulturpolitik ist hier bereits einiges ausgeführt worden. Auch auf diesem Gebiet wird man uns wirklich nicht vorwerfen können, wir seien dort untätig geblieben. Immer unter der Voraussetzung, welche Haushaltsprobleme, welche Handlungsspielräume wir überhaupt noch in Niedersachsen haben, haben wir dort nicht nur den Status quo bewahrt, sondern durch Verpflichtungserklärungen bei den Theatern, durch das Schließen von Zielvereinbarungen, die künftig anstehen, mit den Theatern, mit den Museen, ja sogar mit den Bibliotheken haben wir endlich begonnen, etwas Struktur in dieses Thema zu bringen und uns davon abzuwenden, dass wahllos Geld irgendwo hingegeben wird, um die eigene Klientel zu befriedigen. Das ist nicht Politik dieser Regierung und schon gar nicht Politik dieser Regierungsfractionen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir schreiben heute Hochschulgeschichte, zumindest in Niedersachsen. Wir werden morgen Meilensteine beschließen, den Zukunftsvertrag und auch die Studienbeiträge. Hören Sie auf herumzumäkeln, gehen Sie den Weg mit uns konstruktiv mit. Die Niedersachsen werden es Ihnen danken.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Möhrmann zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

(Katrin Trost [CDU]: Wo ist Frau Andretta? - Karl-Heinz Klare [CDU]: Frau Andretta muss wieder hereinkommen! Sie ist nämlich gerade hinausgegangen! - Volker Brockmann [SPD]: Sie spricht mit denen, die Probleme haben!)

- Herr Klare, Herr Möhrmann hat jetzt das Wort.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich habe Sie eigentlich immer als jeman-

den kennen gelernt, der besonnen reagiert, auch auf Einwände und andere Meinungen. Ich habe Sie heute als jemanden erlebt, der eine Kollegin in einer Art und Weise abqualifiziert hat, die wir nicht zulassen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück und weise Sie mit aller Entschiedenheit darauf hin, dass Sie so nicht mit Landtagskollegen umgehen können.

(Hermann Eppers [CDU]: Wer austeilt, muss auch einstecken können!)

Herr Minister, wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre Politik die richtige ist, und wenn Sie der Auffassung sind, dass unsere Politik falsch ist, dann setzen Sie sich inhaltlich auseinander und nicht persönlich mit Einwänden.

(Beifall bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Wer hat denn angefangen?)

Herr Minister, wenn Sie hier im Hause reden und zur gleichen Zeit draußen eine Demonstration stattfindet - soweit ich weiß, richtet sie sich nicht gegen die SPD-Opposition -, dann wäre ich zumindest so weit gegangen, darüber einmal nachzudenken, ob denn all das, was ich vorschlage, was ich selber mache, richtig ist.

Meine Damen und Herren, wenn es andere im Lande gibt, auch in Hochschulen, auch der Landesrechnungshof, die Maßnahmen, die Sie ergreifen wollen und die Sie umsetzen wollen, infrage stellen, dann sollten Sie sich zukünftig wieder Ihren alten Stil angewöhnen. Der ist für das Haus besser, für Sie als Minister und vor allen Dingen für den persönlichen Umgang miteinander.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Weiß Frau Andretta das auch?)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Themengebiet

Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Lenz von der SPD-Fraktion. Ich erteile ihm das Wort.

Günter Lenz (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon zweimal ist heute Morgen Herr McAllister mit einer Aussage zitiert worden, die CDU müsse mehr Geschichten erzählen. Als ich das am Montagmorgen in der Zeitung gelesen habe, habe ich mich über diese Selbstkritik gewundert, die aus meiner Sicht gar nicht notwendig wäre. Denn ich bin der Überzeugung, es werden schon genug Geschichten erzählt. Eine solche Geschichte ist z. B.: Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser.

(Beifall bei der CDU - David McAllister
[CDU]: Richtig!)

Wie oft habe ich diese Aussagen in den letzten Monaten von Ihnen zu hören bekommen?

(Hermann Eppers [CDU]: Das ist sogar eine wahre Geschichte!)

Aber offensichtlich, Herr Eppers, kann Niedersachsen damit nicht gemeint sein. Wenn wir uns einmal wichtige Disziplinen der Wirtschaftspolitik anschauen, muss ich feststellen, dass Niedersachsen deutlich zurückgefallen ist. Nehmen wir das Bruttoinlandsprodukt: Steigerung im Jahr 2004 bundesweit 1,6 %, Niedersachsen nur 1,2 %. Diese Entwicklung hat sich im ersten Halbjahr dieses Jahres leider fortgesetzt: 1,2 % Steigerung bundesweit, Niedersachsen nur 1 %, also damit ebenfalls schlechter.

Nehmen wir die Entwicklung bei der Zahl der Arbeitslosen. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten zwölf Monaten massiv gestiegen. Das hat sicherlich auch etwas damit zu tun, dass Hartz IV nun wirkt. Aber das Arbeitslosengeld II ist in ganz Deutschland eingeführt worden, nicht nur in Niedersachsen. Wie sehen die Zahlen aus? - Anstieg der Zahl der Arbeitslosen bundesweit per 30. November plus 6,4 % - schlimm genug -, Niedersachsen plus 15,3 %, also auch hier eine deutlich schlechtere Entwicklung als im Bundestrend.

Nächste Disziplin, die Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse: in Niedersachsen im Jahr 2004 ein Rückgang von 40 000 Arbeitsplätzen. Das ist ein Minus von 1,7 %. Bundesweit lag das Minus im vergangenen Jahr bei nur 1,2 %. Im Hinblick auf die Probleme, die im Zusammenhang mit geplanten Personalabbauprogrammen größerer Unternehmen in Niedersachsen anstehen, dürfte sich diese Zahl in den

nächsten Monaten in Niedersachsen kaum zum Positiven wenden.

Auch bei der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen ist Niedersachsen schlechter als im Bundesgebiet: hier nur eine Zunahme von 0,1 %, im Bundesdurchschnitt 0,3 %.

Noch verheerender ist Ihre Bilanz bei der Jugendarbeitslosigkeit. Bei den unter 25-Jährigen beträgt der Anstieg im Bundesdurchschnitt 9,7 %, in Niedersachsen 32,8 %. Bei den unter 20-Jährigen gibt es eine noch schlimmere Entwicklung: im Bund 49,3 %, in Niedersachsen sage und schreibe plus 155,7 %.

Nächste Disziplin: Zahl der Unternehmensinsolvenzen. Die Zahl stieg in Niedersachsen zwischen 2002 und 2004 um 18,1 %, im Bundesdurchschnitt nur um 0,7 %.

Meine Damen, meine Herren, wir haben heute Herrn Rösler selten gesehen. Aber gestern kam er zu dem Schluss, Niedersachsen befinde sich auf dem Weg nach oben. Meine Damen, meine Herren von der FDP, wem wollen Sie denn diese Geschichte noch erzählen?

(Jörg Bode [FDP]: Ihnen!)

Doch sicherlich nicht diesem Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Damit mich hier jetzt niemand falsch versteht. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die den Wirtschaftsstandort Niedersachsen oder Deutschland permanent schlechtreden. Dafür waren in den letzten Monaten ja eher Sie zuständig. Für meine Fraktion ist es jedoch unerträglich, wenn Sie der Bevölkerung vorgaukeln, dass sich die Wirtschaft seit Ihrer Regierungsübernahme positiv entwickelt hat. Das ist unsere Kritik.

(Beifall bei der SPD - Inse-Marie Ortgies [CDU]: Das hat sie sich ja auch!)

Der Vergleich zum Bundesdurchschnitt in wichtigen Disziplinen zeigt: Das Ergebnis, das Sie zu verantworten haben, ist alles andere als erfreulich. Die wichtigsten Projekte, Ihre so genannten Leuchttürme, sind in unserer Regierungszeit angestoßen worden. Das gilt für den JadeWeserPort ebenso wie für die NBank. Herr Hirche, Sie spielen jetzt allenfalls den Leuchtturmwärter. Eigene Akzente: Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen kritisieren Sie lieber die anderen. Damit mich hier niemand missversteht: Leuchttürme sind wichtig. Aber es ist genauso wichtig, dass zwischen den Leuchttürmen keine Dunkelheit herrscht. Wenn wir uns in dem Zusammenhang die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land anschauen, dann stellen wir fest, dass sie höchst unterschiedlich verläuft. Wir haben Regionen, die sich sehr gut entwickeln. In anderen Teilen scheint jedoch jegliche Prosperität zu fehlen. Sie haben sich vom konjunkturellen Zyklus abgekoppelt und trudeln immer weiter in die Krise. Was soll mit ihnen geschehen, Herr Hirche? Was soll mit dem ehemaligen Zonenrandgebiet, mit Süd- und Südostniedersachsen geschehen? Wollen Sie die dortige Wirtschaft einfach dem freien Spiel der Kräfte aussetzen und diesen Gebieten durch die bereits heute deutlich sichtbaren negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklung den Todesstoß geben? - Herr Hirche, Sie müssen sich darum kümmern und dürfen nicht nur abwarten und auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu schaffen, wird von Ihnen sträflich vernachlässigt. Was sagen Sie den Menschen im Harz oder in Lüchow-Dannenberg, die einen Job suchen? Was machen Sie, wenn sich Unternehmen vor Ort nicht ansiedeln wollen, weil aufgrund des bereits eingetretenen demografischen Wandels und des Wegzuges von arbeitswilligen Menschen gar keine Fachkräfte mehr vorhanden sind, die von der Wirtschaft eingestellt werden könnten? - Hier hat eine Abwärtsentwicklung eingesetzt, die sich selbst verstärkt. Wenn das Land hier nicht einschreitet, ist der wirtschaftliche Niedergang unausweichlich, meine Damen, meine Herren.

Das Land hat in der bundesstaatlichen Ordnung leider nur wenige Kompetenzen im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Umso wichtiger wäre es aber, dass sich der Minister als Moderator versteht, der auf informeller Ebene im Interesse des Landes und seiner Bürger tätig wird. Es liegt auf der Hand, dass diese wichtige Arbeit nicht immer sichtbar ist. Es scheint aber so zu sein, als arbeite Herr Minister Hirche derart im Verborgenen, dass selbst sein Pressereferat davon nichts mitbekommt.

(Zustimmung bei der SPD)

Denn das, was wir aus Ihrem Hause hören oder eher nicht hören, ist mehr als dürftig. Wenn wir etwas aus Ihrem Ressort hören, dann sind es entweder Informationen zu den Projekten, die Sie von uns übernommen haben - ich habe sie bereits aufgezählt -,

(Björn Thümler [CDU]: Nein, eben nicht! Wir warten noch darauf!)

oder es sind Kleinigkeiten wie die Freigabe der Farben von Taxen oder die Streichung von Dokumentationspflichten beim Gebrauchtwagenhandel, die Sie im Abstand von einem Jahr gleich zweimal als Errungenschaft gefeiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Die dritte Kategorie von Meldungen aus Ihrem Hause sind jedoch echte Ärgernisse. Der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Handwerkskammern in Niedersachsen, Michael Koch, hat am 23. Juni 2005 in einem Interview in der Zeitung *Norddeutsches Handwerk* erklärt:

„Wenn nicht bald gehandelt wird, droht der vollständige Stillstand der Mittelstandspolitik in Niedersachsen.“

Und Koch weiter:

„Was nicht stimmt, ist das Gesamtbild. Es fehlen die konstruktiven Impulse, die zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen führen.“

Wir haben die Landesregierung gefragt, was sie von der Kritik hält. Wir haben auf die Antwort mehr als drei Monate warten müssen. Nach einer langatmigen und wenig aussagekräftigen Vorbemerkung antwortet Herr Hirche auf unsere Frage:

„Auf die Vorbemerkungen wird verwiesen. Die Belange des Handwerks stehen im Blickpunkt der Landesregierung.“

(Inse-Marie Ortgies [CDU]: Das tun sie auch!)

„Die Kritik wird nicht geteilt.“

Aha, an dieser Antwort hat das Ministerium also drei Monate lang feilen müssen. Alle Achtung, meine Damen, meine Herren!

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort auf unsere Kleine Anfrage „Handwerk warnt vor Stillstand“ ist aus unserer Sicht eine Bankrotterklärung für das Wirtschaftsministerium. Die Mittel des Landes für die Innovationsförderung sind durch Sie von 64,6 Millionen im Jahre 2002 auf 31,6 Millionen im Haushaltsplanentwurf 2006 zurückgefahren worden. Es findet im Hause Hirche weder Innovationspolitik noch Mittelstandspolitik statt. Das ist unsere Feststellung.

(Beifall bei der SPD)

Für das von Herrn Hirche in Sonntagsreden immer so hoch gelobte Handwerk stehen im Jahre 2006 gerade einmal 1,7 Millionen Euro für Innovationsförderung zur Verfügung. Davon kommt die Hälfte aus Brüssel. Das Land selbst gibt gerade einmal 850 000 Euro für Innovationsförderung in Handwerksbetrieben aus.

(Norbert Böhlke [CDU]: Ist das schlecht?)

Wie ernst Sie die Handwerkskammern, die Bauindustrie oder den Baugewerbeverband nehmen, belegt der Umgang mit dem Landesvergabegesetz. Nachdem der Gesetzentwurf zwei Jahre in den Schubladen geschmort hat und im Ausschuss nicht beraten worden ist, soll er nun morgen durch den Landtag gepeitscht werden.

(Jörg Bode [FDP]: Hier hat niemand eine Peitsche in der Hand!)

Eine erneute Anhörung wurde uns im Ausschuss verweigert.

(Hermann Dinkla [CDU]: Nicht einmal beantragt!)

- Herr Dinkla, Sie sind doch dabei gewesen. Ich hoffe, Sie haben da nicht Orientierungsprobleme gehabt. Wir haben eine Anhörung beantragt, und Sie haben sie mit dem Argument abgelehnt, dass alle Argumente ausgetauscht seien.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Das waren sie auch!)

Wir als SPD-Fraktion haben dann eine Anhörung durchgeführt. Obwohl sie sehr kurzfristig angesetzt war, sind die Vertreter der Bauindustrie, der Gewerkschaften und des ÖPNV gekommen, und sie haben uns alle, also unisono, dargestellt, dass mit ihnen jedenfalls nicht im Vorfeld des Durchpeitschens dieses Gesetzes gesprochen worden sei. Sie seien völlig überrascht, dass das Vergabege-

setz nun zum 1. Januar durchgesetzt werden solle, erklärten sie. Die Aussagen lauteten: Mit uns hat niemand gesprochen.

Herr Dinkla, ich empfinde es mehr als verwunderlich, dass Sie das Vergabegesetz jetzt faktisch abschaffen, mit den Betroffenen darüber kein Wort wechseln und unsere Kritik dann noch als Getöse der Opposition abtun.

(Beifall bei der SPD - Inse-Marie Ortgies [CDU]: Das ist ja so!)

- Nennen Sie es Getöse. Ich bin fest davon überzeugt: Die Bauarbeiter, die Busfahrer, die im nächsten Jahr ihre Jobs verlieren, weil durch die faktische Aufgabe dieses Gesetzes dann Kollegen aus Osteuropa deren Jobs übernehmen, werden sich bei Ihnen für die Unterstützung bedanken. Das garantiere ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Hermann Dinkla [CDU]: Das glauben Sie doch wohl selbst nicht! - Björn Thümler [CDU]: Sie wollten doch den Standort nicht schlechtreden!)

Meine Damen, meine Herren, Sie, Herr Hirche, haben massiv Aufgaben an die NBank delegiert, was wir im Übrigen für richtig halten. Wie viele Stellen Sie dafür im Ministerium gestrichen haben, haben Sie uns allerdings noch nicht mitgeteilt. Die Anzahl von Vollzeiteneinheiten im Ministerium ist von 263 im Jahre 2004 auf 289 im Jahre 2006 gestiegen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist moderne Deregulierung!)

Sie reden vom schlanken Staat, aber das MW besteht in alter Pracht und Herrlichkeit fort. Ich frage mich immer wieder: Wozu eigentlich?

(Björn Thümler [CDU]: Das ist ja falsch!)

Herr Hirche, als Sie am 14. November 2005 von der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen befragt wurden, kommentierten Sie, dass Sie erschüttert seien, was da nach wochenlangen Verhandlungen herausgekommen sei. Das Ergebnis sei sehr mager, und die Wirtschaft würde man so nicht in Schwung bringen.

Herr Minister Hirche, Sie sind sicherlich nicht überrascht, dass ich in meiner Analyse zu anderen

Ergebnissen komme als Sie. Ich komme aber darüber hinaus auch zu der Auffassung, dass Sie die Bewertung des Koalitionsvertrages offensichtlich mit Ihrem Haushaltsplan für 2006 verwechselt haben.

Ich will das an ein paar Beispielen deutlich machen. Während im Koalitionsvertrag neben den Konsolidierungsanstrengungen auch der investive Bereich gestärkt werden soll, fahren Sie in Niedersachsen die Investitionen nach einem historischen Tief in diesem Jahr von 7,2 % Investitionsquote im nächsten Jahr noch weiter herunter.

Wissen Sie noch, was Ihr Ministerpräsident, Herr Wulff,

(David McAllister [CDU]: *Unser Ministerpräsident! Unser aller Ministerpräsident!*)

- unser Ministerpräsident und Ihrer ganz besonders, Herr McAllister -, zu der Investitionsquote unter einem SPD-Wirtschaftsminister gesagt hat? Ich zitiere:

„Die fatalste Weichenstellung ist, dass von diesem Haushalt keine Impulse für Wachstum und Beschäftigung ausgehen. Die Investitionen sind zu gering.“

Das sagte Christian Wulff am 12. März 1999. Damals betrug die Investitionsquote aber nicht 7,2 %, sondern 10 %, meine Damen, meine Herren!

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen das Straßenbaubudget erneut kürzen. Nur noch 30,8 Millionen Euro sollen dafür 2006 zur Verfügung stehen. Im Änderungsantrag Ihrer Fraktion wird der Ansatz zwar noch einmal um 3 Millionen Euro erhöht, die zusätzlichen Mittel sind aber für den Bau von Radwegen vorgesehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Auf Nachfrage im Fachausschuss wurde uns mitgeteilt, dass allein für den Substanzerhalt der Landesstraßen 46 Millionen Euro veranschlagt werden müssten, vom Neubau bereits planfestgestellter Straßen ganz zu schweigen. Das wird auf kommende Sicht in den nächsten Jahren gar nicht stattfinden.

Meine Damen, meine Herren, ich glaube, Sie haben das auch mitbekommen: Die niedersächsische

Bauindustrie befindet sich im zwölften Jahr hintereinander im Rückwärtsgang,

(Zurufe von der CDU: Ja, aber wer ist dafür verantwortlich?)

während Sie dafür sorgen, dass die Schlaglöcher auf den niedersächsischen Straßen immer größer werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Nach unserem Haushaltsantrag wollen wir 6 Millionen Euro zusätzlich für den Straßenbauplafond bereitstellen. Das löst zwar die Probleme nicht - darüber sind wir uns im Klaren -, aber es wäre ein spürbarer Impuls für die Baubranche.

Impulse brauchen wir auch in anderen Bereichen: bei der Investitionsförderung, für mehr Wirtschaftswachstum, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und auch für die Arbeitsmarktpolitik, für die die Mittel von Ihnen ja ebenfalls gekürzt werden sollen, und zwar von 7,5 Millionen auf 3 Millionen Euro.

Ich komme zum Schluss, weil ich im Gegensatz zu Ihnen die rote Lampe nicht übersehen will. Herr Minister, aus unserer Sicht ist der Haushalt ungenügend, er ist ideenlos, er ist perspektivlos und nicht zukunftsgerecht. Das Konzept des Marktradikalismus ist bei der Bundestagswahl gescheitert. Sie beweisen den Wählerinnen und Wählern hier in Niedersachsen, dass sie richtig entschieden haben. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, das macht diesen Landtag sympathisch: Jeder möchte mal die rote Leuchte tragen.

(Ursula Körtner [CDU]: Nein, nicht jeder!)

Für die CDU-Fraktion hat sich nun der Abgeordnete Hoppenbrock gemeldet.

Ernst-August Hoppenbrock (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lenz, ich finde es unglaublich, mit welcher Dreistigkeit, mit welcher Selbstgerechtigkeit Sie sich hier hinstellen und ein Horrorszenario zeichnen, das mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Jeder verbiegt sich seine Statistik so, wie er sie gern hätte. Die Wahrnehmung der Bevölkerung, der Menschen in unserem Land ist eine ganz andere, als Sie sie hier gezeichnet haben.

(Günter Lenz [SPD]: Das hat sich bei der Bundestagswahl gezeigt!)

Die Menschen sehen nämlich, dass da eine Regierung ist,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Die ist Klasse!)

die die Themen aufgreift, die analysiert, die entscheidet und die umsetzt. Das ist natürlich ein neues Erlebnis.

(Zurufe von der SPD)

Und was noch besser ist, was sie in den letzten 13 Jahren nämlich nie erlebt haben, ist: Das, was umgesetzt wurde, funktioniert auch tatsächlich!

Die Menschen in unserem Land haben längst erkannt: Wir in Niedersachsen sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der SPD: Auf dem Holzweg!)

Die Menschen und auch die Unternehmer haben das Vertrauen in die Politik, das abhanden gekommen war, zurückgewonnen. Ich kann es Ihnen nicht ersparen - Sie haben es gestern schon einmal gehört -: Das Urteil der Bertelsmann Stiftung lautet - auch wenn es Sie quält, auch wenn es wehtut, zitiere ich es -:

„Niedersachsen konnte seine Aufwärtsbewegung umkehren, die in allen vorherigen Beobachtungszeiträumen festzustellen war.“

Und jetzt hören Sie mal genau zu!

(Walter Meinhold [SPD]: Nein, das machen wir nicht!)

„Die Wachstumslücke konnte geschlossen werden. Arbeitslosenquote und Erwerbstätigkeitsquote entwi-

ckelten sich günstiger als bundesweit.“

Meine Damen und Herren, die Bertelsmann Stiftung lebt doch nicht in einem virtuellen Niedersachsen, sondern die haben abgeprüft, was hier los ist.

Ich habe bei Ihnen wirklich den Eindruck, dass da jemand spricht, der noch nie eine Mark dafür ausgegeben hat, mal mit eigener Arbeit sein Geld zu verdienen.

(Beifall bei der CDU - Günter Lenz [SPD]: Was war das denn? Dummer Schwätzer! - Werner Buß [SPD]: Das ist ja wohl eine absolute Frechheit! Das ist unerträglich!)

Den Eindruck hatte ich.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, ganz ruhig! Wir haben hier auch Öffentlichkeit, die dem Debattenverlauf folgen möchte, und ich gehe davon aus, dass wir doch alle möchten, dass die nachher sagen, der Landtag arbeitet ganz hervorragend. Deswegen, meine Damen und Herren, weniger Aufgeregtheit! Lasst den Redner reden, ausreden!

(Werner Buß [SPD]: Ja, lasst ihn reden! Lasst ihn reden!)

Ernst-August Hoppenbrock (CDU):

Sie müssen das jetzt ertragen, ob Sie es wollen oder nicht. Ich rede jetzt weiter.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Hoppenbrock, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Harden?

Ernst-August Hoppenbrock (CDU):

Ich möchte jetzt keine Fragen beantworten. Es gibt genug, was beantwortet werden muss, und da muss nicht noch eine Frage kommen.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen eines sagen: Wäre die finanzielle Erblast, die Sie uns vor die Tür gelegt haben, nicht so groß gewesen, dann wären wir viel schneller auf dem Weg gewesen, das aufzuholen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Trotz Konsolidierungskurs, den wir eingehen mussten, war der Weg, den die Landesregierung eingeschlagen hat, der einzig mögliche und der einzig richtige.

(Erhard Wolfkühler [SPD]: Weder - noch!)

Jede Aufgabe muss auf den Prüfstand, damit wir 2008 wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen können.

Bei allen Einsparzwängen ist der Haushalt 2006 aber keineswegs ein Haushalt, der nur den Mangel verwaltet. Die langfristige Orientierung wird beibehalten, zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen werden gestärkt.

Von den Ausgaben in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro sind zwei Drittel zweckgebunden. Dazu zählen Bundeszuweisungen nach dem Regionalisierungsgesetz, Ziel-2- und ESF-Fördergelder, und dazu gehören auch die GVFG-Mittel, die zugunsten des kommunalen Straßenbaus umgeschichtet wurden. Zieht man dann noch die Mischfinanzierung für die GA und die Werftenhilfe ab, dann bleiben etwa 280 Millionen Euro für Landesaufgaben.

Die Förderaktivitäten des Landes richten sich auf Technologien wie Telematik, Brennstoffzellentechnologie, auf die Entwicklung neuer Materialien, auf Mikrotechnik, Bio- und Gentechnologie.

Eines will ich Ihnen sagen, Herr Hagenah: Sie hatten hier für die Aktuelle Stunde das Thema „Treibstoff der Zukunft wächst auf Niedersachsens Feldern - Förderung für Biosprit erhalten!“ beantragt. Vielleicht spielt da die Gentechnologie auch noch einmal eine große Rolle, wenn wir da mit alternativen Energien weiter wollen.

(Zuruf von Enno Hagenah [GRÜNE])

Wir wollen ein innovatives Niedersachsen. Deswegen haben die Fraktionen von CDU und FDP in der Haushaltsklausur zusätzlich 500 000 Euro für Innovationsförderung freigemacht, beispielsweise für die Erforschung und Entwicklung alternativer Energien.

Leuchtturmprojekte sind neben dem Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven der Ausbau des Chemiestandortes Wilhelmshaven, die Produktion von Kohlefaserverbundstoffen für Airbus in Stade

(Volker Brockmann [SPD]: Alles Sachen der alten Regierung!)

- hören Sie doch einmal zu! - sowie die Entwicklung Cuxhavens als Offshore-Basis für Windenergie.

(Zuruf von Volker Brockmann [SPD])

- Wenn Sie dauernd reden, verstehen Sie gar nicht, was ich Ihnen mitteilen will.

(Heiner Bartling [SPD]: Das ist auch gar nicht notwendig!)

Überregionale Bedeutung hat auch der Ausbau des Forschungsflughafens Braunschweig. Hier arbeiten mehr als 1 600 hoch qualifizierte Arbeitskräfte in rund 40 Unternehmen.

(Erhard Wolfkühler [SPD]: Das stimmt allerdings!)

Sie arbeiten an Luftsicherheits- und Verkehrsleittechnik. In Europa gibt es nur noch in Toulouse eine ähnliche Konzentration von Forschung und Entwicklung.

Meine Damen und Herren, ein anderer wichtiger Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen ist die Verwaltungsmodernisierung. Die uns von der SPD-Regierung hinterlassene Überregulierung - Sie sind nämlich sehr misstrauisch gegen alles, was der Staat nicht regelt und was privat eventuell besser geregelt werden kann - behindert unternehmerisches Handeln und erhöht die Arbeitskosten. Weniger Bürokratie, weniger Statistik, eine schlanke Verwaltung und schnellere Entscheidungen hingegen kosten kein Geld. Das erhöht die Attraktivität des Standortes Niedersachsen. Dies haben wir bereits gemerkt.

Das Modellkommunen-Gesetz, was genau das auch bringen sollte, haben Sie natürlich abgelehnt, und zwar nach dem Motto „Ich bin zu jedem Opfer bereit, was mein Nachbar für mich trägt. Was mich selbst irgendwie stört, lehne ich in Bausch und Bogen ab.“

(Inse-Marie Ortgies [CDU]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, dem Mittelstand - Herr Lenz, Sie haben darüber gesprochen - und dem Handwerk dient die Arbeit der NBank. Dort sind die Förderinstrumente gebündelt.

(Reinhold Coenen [CDU]: Sehr gut!)

Es läuft gut. Der Niedersachsenkredit ist ein großer Renner und hilft dem Handwerk und dem Mittelstand.

Noch im Jahr 2003 belegte Niedersachsen in der Arbeitslosenstatistik den neunten Platz in der Rangliste der Bundesländer. Und nun hören Sie einmal zu! Seit 2003 haben wir uns verbessert und halten kontinuierlich den sechsten oder siebten Platz. Ich gebe zu, dass das mit Hartz IV zusammenhängt. Deswegen sind die Zahlen gestiegen. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit belastet uns alle. Wir müssen gemeinsam versuchen, jedem Jugendlichen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu verschaffen.

Meine Damen und Herren, das Regionalmonitoring des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung hat einmal mehr gezeigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land an den großen Verkehrsadern stattfindet, und zwar in der Hauptsache an den Autobahnen. Auch da haben wir gehandelt. Die Verkehrsverbindungen sind gerade für unser Flächenland besonders wichtig. Dazu zählen die Küstenautobahn A 22, der sechspurige Ausbau der A 1, die Planungen für die A 39 sowie die Entwicklung des Eisenbahnknotenpunktes in Bremen. Anstatt Entscheidungen anderer abzuwarten, greifen das Land, die Kommunen und die Wirtschaft gemeinsam zur Selbsthilfe. So wurde etwa die Emsland-Autobahn früher als geplant fertig. Das haben Sie mit angestoßen, keine Frage. Ende 2004 vereinbarten das Land Niedersachsen, die Kommunen und die Wirtschaft, die Planungskosten für die A 22 gemeinsam zu tragen. Auch für den Lückenschluss der A 33 um Osnabrück gibt es eine ähnliche Vereinbarung.

Seitdem in Nordrhein-Westfalen unsere Freunde regieren, tut sich auch wieder etwas an der Nordumgehung von Bad Oeynhausen. Sie können in ganz Deutschland hinfahren, wohin Sie wollen: Wenn ich sage, ich komme aus Melle, kennt das kein Mensch. Wenn ich sage, das liegt in der Nähe des Ortes, an dem die Autobahn durch einen Kurort geht, dann weiß jeder, wo das ist. - Auch hier sind wir auf einem guten Wege.

(Reinhold Coenen [CDU]: Sehr gut!)

Sie sehen, die Wirtschaft, die Kommunen und die Verbände wollen nicht länger abwarten. Sie packen mit ins Rad und finanzieren das Ganze, damit es vorangebracht wird.

Jetzt fehlt nur noch die schnelle Verabschiedung des so genannten Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes in Berlin. Beim Landesstraßenbau konzentrieren wir die Mittel auf den

Erhalt der vorhandenen Infrastruktur. Für den ländlichen Raum freuen wir uns besonders, dass wir zusätzlich 3 Millionen Euro für Radwege an Landesstraßen einsetzen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist keine freiwillige Aufgabe, sondern dient der Schulwegsicherheit und der Sicherheit unserer Kinder im ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, über die Bahn und den Tourismus sage ich hier nicht so viel. Die Entwicklungen sind bei der Präsidentin der Parlamentarierversammlung Bahn, Brunhilde Rühl, und bei unserer Tourismuschefin, Inse-Marie Ortgies, in sehr guten Händen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es zieht sich wie ein roter Faden durch alle Reden: Im Ausschuss haben wir von der Opposition keinen einzigen konstruktiven Änderungsvorschlag zum Haushalt gehört,

(Reinhold Coenen [CDU]: Interessant!)

einmal abgesehen davon, dass die Grünen aus den GVFG-Mitteln mehr Geld für die Bahn und weniger für den Landesstraßenbau einsetzen wollten.

Insgesamt deckt der Haushalt des Wirtschaftsministers das Notwendige ab. Er setzt trotzdem Akzente, und das Geld ist zielgenau eingesetzt. Deshalb gibt es zur Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung keine Alternative. Im Namen des Arbeitskreises danke ich dem Minister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die konstruktive Zusammenarbeit. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Hagenah das Wort.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Niedersachsens Wirtschaft steht im Augenblick still. Es droht sogar der Rückwärtsgang.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

- Hören Sie zu! Zu nennen sind beispielsweise die Abgänge von Otis und Norsk Hydro oder auch die drohende Salamtaktik, wie z. B. bei Conti, um nur einige Schlaglichter des Scheiterns der Landesregierung industriepolitisch zu werten. Die Großen wandern ab, und der Mittelstand ist enttäuscht und fühlt sich allein gelassen.

(Hermann Eppers [CDU]: Deswegen wollt ihr Salzgitter jetzt verkaufen!)

Insbesondere das Handwerk leidet unter den fehlenden Landesinvestitionen und dem fehlgeleiteten Deregulierungsaktionismus der CDU/FDP-Koalition wie aktuell z. B. beim Landesvergabegesetz.

Mit dem Zitieren veralteter Rankings - beispielsweise auch dem von Bertelsmann; das hört schon im letzten Jahr auf und umfasst einen Zeitraum, in dem die SPD noch regiert hat - können Sie lediglich in einigen Bereichen kleine Fortschritte andeuten, täuschen uns aber nicht über die tatsächliche Lage im Lande hinweg; denn in wesentlichen Bereichen entwickelt sich Niedersachsen derzeit schlechter als der Bundesdurchschnitt. Ich will all die Kennzahlen, die Kollege Lenz schon aufgezählt hat, nicht wiederholen. Diese sind im Augenblick unzweifelhaft negativ und negativer als der Bundesdurchschnitt. Das sind Fakten; das ist kein Horrorszenario, Herr Kollege Hoppenbrock.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hartz IV ist überall. Hartz IV ist kein Niedersachsen-Phänomen. So sieht das Ergebnis schwarzer Wirtschaftspolitik bei uns aus!

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die schwache Wirtschaftsentwicklung hat viele Gründe. Nach dem Aussetzen der Städtebauförderung werden vom Land erneut 5 Millionen Euro aus der Gemeinschaftsaufgabeförderung des Bundes überhaupt nicht erst abgerufen. Diese Mittel lassen Sie verfallen, weil es immer mehr Ausgabereste aus den vergangenen Jahren gibt, die von den beantragenden Unternehmen nicht genutzt werden. Das wirft ein Schlaglicht darauf, dass niedersächsische Betriebe ihre Zukunftspläne im Augenblick in alarmierendem Umfang auf Eis legen. Sie hatten etwas vor, kommen aber nicht zu Potte. Woran liegt das? - Herr Hirche, hier muss sich Ihre Vergabep Praxis und Nachbetreuung schnell ändern; denn während die einen nicht ab-

rufen, stehen andere vor den dadurch scheinbar leeren Töpfen mit leeren Händen da.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Wirtschaftsministerium wirbt auf seiner Website vollmundig mit Aktivitäten für Innovationen. Tatsächlich aber werden die Ausgaben für Innovationen von Ihnen immer weiter zurückgefahren. Sie haben sie in dieser Wahlperiode bisher halbiert. Der Ministerpräsident kündigte in seiner Regierungserklärung zum Amtsantritt zwar einen Innovationsförderfonds an, das aber blieb - wie auch manches andere - eine leere Versprechung. Das darf aus unserer Sicht nicht so bleiben! Deswegen verlangen wir jetzt mehr Engagement für Innovationen statt gekürzter Zuschüsse im Wirtschaftsförderfonds des Landes, die weiter als Geschenke nach Gutsherrenart verteilt werden. Die 500 000 Euro nachträgliche Erhöhung für Innovationen durch die Regierungsfractionen gleichen den erneut 2 Millionen Euro teuren Griff der Konsolidierer in dem Haushalt von Minister Hirche in die Innovationskasse nicht aus. Unsere Alternative: Ein revolvierender Innovationsförderfonds, angesiedelt bei der NBank, muss her. Wenn wir hier in Niedersachsen schon eine solche Bank haben, dann muss sie auch mit allen Mitteln ausgestattet sein und alle Strukturen der Wirtschaftsförderung bündeln. Es darf nicht noch zusätzliche Strukturen u. a. im Wirtschaftsministerium oder bei der Investment Promotion Agency geben. Entweder ist die NBank unser zentrales Organ oder nicht. Ich denke, wir müssen jetzt tatsächlich an einer Stelle bündeln.

Die NBank soll die bisherigen Zuschüsse möglichst in Darlehen, Beteiligungskapital oder andere geeignete Finanzierungsinstrumente umwandeln, die für Rückflüsse und für eine langfristige Wirkung der Förderung sorgen. So würde tatsächlich nach und nach ein schlagkräftiger Innovationsförderfonds entstehen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Niedersachsen muss sich bei Förderungen sicherlich mehr auf Zukunftsbranchen mit tatsächlichen Wachstumspotenzialen konzentrieren.

(Zustimmung von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Sie nennen so viele vorgebliche Schwerpunkte, Herr Hoppenbrock, dass bei den geringen Mitteln, die verblieben sind, jeweils nur ein Rinnsal übrig bleibt. Das sind keine Schwerpunkte mehr, son-

dern das ist am Ende Förderung mit der Gießkanne.

Unser Land hat es dringend nötig, Schwerpunkte in Zukunftsbranchen zu bilden; denn wir haben im Bundesvergleich beim Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zusammen mit Hamburg die rote Laterne, d. h. bei den Entwicklungsmöglichkeiten in der Zukunft die rote Laterne.

Den Haushalt des Wirtschaftsministeriums über die Streichung der Mittel im Bereich Arbeit und Qualifizierung zu konsolidieren, wie Minister Hirche es vorschlägt, ist vor diesem Hintergrund sicherlich der falsche Weg.

(Zustimmung von Stefan Wenzel
[GRÜNE])

Wir wollen das Geld soweit wie möglich wieder einsetzen, um vor allem mehr Jugendlichen einen nachträglichen Schulabschluss zu ermöglichen. Die 150 000 Euro, die CDU und FDP hier zusätzlich wieder einsetzen wollen, sind angesichts des riesigen Bedarfs an Nachqualifizierung von Jugendlichen ohne Schulabschluss, den wir bei uns zu beklagen haben, wirklich nur ein peinliches Trostpflaster, Herr Eppers.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Hagenah, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Enno Hagenah (GRÜNE):

Dazu ist leider keine Zeit. Ich habe nur halb so viel Redezeit wie die CDU. Deswegen muss ich mich beeilen.

CDU und FDP haben die Dimension des Problems der Jugendarbeitslosigkeit offensichtlich immer noch nicht begriffen. Wenn Herr Hirche jetzt auch noch auf die unqualifizierte Jugend schimpft, empört er sich letztlich über eigene Versäumnisse.

(Beifall bei den GRÜNEN - Inse-Marie
Ortgies [CDU]: Was soll das denn?)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Verkehrsbereich. Minister Hirche sagte in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs, dass die für den Landesstraßenbau eingesetzten Mittel noch nicht einmal ausreichen, um die Substanz zu erhalten. Ich frage Sie: Warum stecken Sie dann Geld in eine Linienplanung für das Hirngespinst A 22?

(Björn Thümler [CDU]: Das ist kein Hirngespinst!)

Wäre das Geld nicht besser in der Substanz eingesetzt? Allein die Vorplanung der A 22 kostet schon heute 1,5 Millionen Euro mehr, als bisher vom Land eingestanden wurde. Damit ist Ihr vermeintlicher Kostenvorteil durch die Mitfinanzierung seitens der Wirtschaft und der Kommunen, Herr Hoppenbrock, zulasten des Landeshaushalts schon längst aufgezehrt. Auf derartige unfinanzierbare Prestigeprojekte des alten Denkens muss in Zeiten knapper öffentlicher Kassen und zukünftig sinkender Bevölkerungszahlen nun endlich verzichtet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Folgerichtig schlagen wir vor, dass das Land sich im Zuge der Verwaltungsreform in der Straßenbaubehörde auch von immer noch überdimensionierten Planungskapazitäten verabschiedet und die Planungs- und Sachmittel dort reduziert, damit Mehrarbeiten für die Schublade und Doppelarbeit vermieden werden. Wenn wir konsequent regionalisieren, dann ist dort mit weniger Leuten genauso viel wie heute oder sogar noch mehr zu schaffen.

Die 3 Millionen Euro für Radwege, die die Regierungsfractionen als politischen Leuchtturm ohne Gegendeckung unvermittelt in den Verkehrsbereich eingestellt haben, weil sie sich plötzlich erinnerten, dass sie da vor ein paar Jahren etwas versprochen haben, werden wir durch unsere Einsparungen im Gegensatz zu Ihnen mehr als gegenfinanzieren. Die Verbesserungen im Radwegbau sind bei uns keine einmalige Symbolpolitik, sondern seit vielen Jahren ein Ziel der Grünen.

Wir sehen das Land auch in der Verantwortung, die Verringerung der Feinstaubbelastung voranzutreiben. Die zeitliche Öffnung bei der Umsetzung der Minderungsvorgaben durch die EU, Herr Eppers, darf nicht als Freibrief zum „weiter so“ missverstanden werden. Wir wollen ein Förderprogramm zur Umrüstung der Busse im ÖPNV mit Rußfiltern, finanziert durch eine Umschichtung bei den GVFG-Mitteln. Die einseitige Neuaufteilung der Landesmittel von 60 : 40 zugunsten des motorisierten Individualverkehrs

(Hermann Eppers [CDU]: Ist vorbildlich!)

wollen wir zugunsten des ÖV auf 50 : 50 fair ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann Eppers [CDU]: Bayern hat als Flächenland 80 : 20!)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine vordergründige Einigkeit gibt es im Verkehrsbereich im Augenblick aber doch, nämlich hinsichtlich der Ablehnung der Kürzungen von Bahnregionalisierungsmitteln, die die Große Koalition im Bund vornehmen will. Herr Hirche, wen wundert es, dass wir beide dagegen sind? Aber der Protest von Ihnen, Herr Minister, überzeugt uns nicht; denn Sie selbst sind es doch, der mit dem seit Jahren praktizierten Missbrauch der Regionalisierungsmittel für den Schülerverkehr dem Bund die Argumente zum Streichen in die Hand spielt. Wenn Herr Steinbrück die Mittel tatsächlich kürzt, wird in Niedersachsen wohl nicht der Schienenverkehr, sondern der Schülerverkehr zusammenbrechen.

(Björn Thümler [CDU]: Oh, oh!)

- Glauben Sie, Steinbrück wird bei einer Neuordnung nicht festlegen, dass das Geld nur für den Schienenverkehr ausgegeben werden darf? Sagen Sie doch, wie Sie die Schülerverkehre zukünftig finanzieren wollen, wenn Sie nicht mehr illegal in die Kasse greifen können.

(Zuruf von der CDU: Wir haben keine illegale Kasse!)

Sollte durch das Veto der Bundesländer nun doch noch ein Jahr Gnadenfrist gewonnen werden, entbindet das die Landesregierung nicht von der Verantwortung, hier eine finanzierbare Auffangposition zu erarbeiten. Kommen Sie uns damit nicht erst nach der Kommunalwahl, sondern schenken Sie den Leuten vorher reinen Wein ein! Sie haben Niedersachsen bei der Finanzierung des Schülerverkehrs wissentlich in die Bredouille gebracht und stehen nun in der Verantwortung, noch vor den nächsten Haushaltsberatungen und den Kommunalwahlen mit den Kommunen tragbare Auswege zu erarbeiten.

(Glocke des Präsidenten)

Ich merke, meine Zeit läuft ab.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Ja, Ihre Zeit ist abgelaufen! - Beifall bei der CDU)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Herr Hermann das Wort.

(Hermann Eppers [CDU]: Ich dachte, Herr Hagenah sagt einmal etwas zur Salzgitter AG! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Herr Eppers, Herr Hermann hat jetzt das Wort.

Wolfgang Hermann (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Herr Lenz - wo ist er eigentlich? Er ist schon rausgegangen.

(Günter Lenz [SPD]: Hier bin ich!)

- Ach da ist er. Verzeihung! Ich nehme alles zurück.

Herr Lenz, wir werden morgen noch genügend Möglichkeiten haben, über das Landesvergabegesetz zu diskutieren. Aber es gehört zur Seriosität, alles zu sagen. Sie weisen hier nur auf das Negative hin und denken überhaupt nicht daran, dass es auch Erleichterungen bringt. Das werde ich Ihnen aber morgen alles deutlich, denke ich, sagen.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Wem bringt das Erleichterungen?)

Ich bitte Sie auch, in Zukunft mehr Seriosität hineinzubringen, wenn Sie über den Arbeitsmarkt sprechen. Dazu gehört auch, einmal positive Zahlen zu nennen. Wir alle wissen, dass fast 54 000 jugendliche Arbeitslose, also Arbeitslose unter 25 Jahren, eine Katastrophe sind. Aber wir sollten auch zur Kenntnis nehmen, dass der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit in Niedersachsen von August bis November von 14,7 % auf 12,4 % gesunken ist.

(Günter Lenz [SPD]: Weil die Arbeitslosenzahlen gestiegen sind!)

Sie wissen, dass diese Zahl Monat für Monat sinkt. In diesem Monat gibt es im Vergleich zum Oktober eine Abnahme um 7,8 %. Viel wichtiger ist, dass fast zwei Drittel der 54 000 jugendlichen Arbeitslosen Bezieher von Arbeitslosengeld II sind. Das ist auch im Hinblick auf die Statistik schon ein Prob-

lem, ich denke, ein bisschen sogar auch in Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2006 steht unter den gleichen Vorzeichen wie der Haushalt 2005. In Deutschland sind nach wie vor 4,5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Zusätzlich stecken noch 1 Million Menschen in dem vom Staat geförderten zweiten Arbeitsmarkt. Das Wirtschaftswachstum ist weiter schwach, auch wenn es sich im nächsten Jahr etwas beschleunigen sollte.

Hauptursache des schwachen Inlandskonsums ist die hohe Arbeitslosigkeit oder auch die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Das ist die bittere Bilanz der letzten sieben Jahre unter Ihrer rot-grünen Regierung in Berlin.

(Heidrun Merk [SPD]: Denken Sie doch an die andere Zeit! - Hans-Dieter Haase [SPD]: Das trägt nicht mehr!)

- Das ist die bittere Bilanz der letzten sieben Jahre rot-grüner Bundesregierung!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Sie haben in Niedersachsen Verantwortung!)

- Nehmen Sie doch bitte einmal zur Kenntnis, dass es so ist. Niedersachsen ist doch nur eine Tochtergesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Das wissen Sie doch. Meine Damen und Herren, wer jetzt noch einen sicheren - - -

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter Hermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wolfgang Hermann (FDP):

Nein, ich habe nur so wenig Zeit.

Wer noch einen sicheren Arbeitsplatz hat, der spart für das Alter. Gerade die jungen Familien sparen besonders. Dementsprechend werden die Steuereinnahmen nur langsam wachsen, während der Druck auf die sozialen Sicherungssysteme weiter zunimmt. Unter diesen Rahmenbedingungen einen soliden Haushalt aufzustellen, bedeutet eine große Herausforderung. Daher ein dickes Lob an die Landesregierung, insbesondere an das Wirtschaftsministerium

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

sowie - der Kollege Hoppenbrock hat es schon gesagt - an die zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien.

Die Beständigkeit und die Zuverlässigkeit der Planungen erkennt man im Rückblick auf die Mittelfristige Planung 2003. Die Zahlen für Einnahmen, Ausgaben und Kreditaufnahme stimmen weitgehend mit den Ansätzen des Haushaltsplanentwurfs 2006 überein. In Niedersachsen kann man - da beißt keine Maus den Faden ab, Herr Lenz - die ersten Erfolge dieser neuen Zuverlässigkeit bereits jetzt feststellen. Die niedersächsische Wirtschaft blickt zurzeit viel optimistischer in die Zukunft als noch vor wenigen Jahren. Dies wird auch von verschiedenen Wirtschafts- und Forschungsinstituten bestätigt. In vielen Bundesländerrankings - ich möchte sie hier nicht alle aufzählen - haben wir uns deutlich verbessert.

(Werner Buß [SPD]: In anderen verschlechtert!)

Ein Zufall ist das nicht, sondern das ist auch das Ergebnis einer neuen zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

einer Politik, meine Damen und Herren von der SPD, für die Wirtschaftsförderung mehr ist als ein bloßes Verteilen von Zuschüssen, Herr Lenz. Das ist der Unterschied zwischen uns.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ist eine Politik, die Unternehmen - insbesondere kleine Unternehmen - ernst nimmt und sich als zuverlässiger Partner erweist. Dies ist der Grund dafür, weshalb wir das Land trotz des strikten Haushaltskurses nicht kaputtsparen, sondern Stück für Stück voranbringen.

Weiterhin verbessern wir die Qualität der Wirtschaftsförderung, indem wir uns auf wichtige Projekte konzentrieren. Es macht doch Sinn, sich bei knappen Kassen auf wenige Schwerpunkte zu konzentrieren. 100 Millionen Euro für den Jade-WeserPort, 40 Millionen Euro für den Forschungsflughafen in Braunschweig.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Das können Sie doch sparen!)

- Bleiben Sie doch ruhig! Ich weiß nicht, ob Sie sich damit auskennen. Wer von der Küste ist, der weiß das. Im weltweiten Containerverkehr gibt es

derzeit zweistellige Steigerungsraten. Das ist heute schon die richtige Investition in die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Aus dem Wirtschaftsförderfonds - Sie sprachen ihn vorhin an - werden 60 % für die Innovationsförderung bereitgestellt. Hiermit werden wir die Kernkompetenzen - ich will das für Sie noch einmal aufzählen -, u. a. die Brennstoffzelle, fördern, die, Herr Hagenah, nicht nur für das Automobil, sondern auch für Triebwagen genutzt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr erfreut darüber, dass die Mittel für die Innovationsförderung auf Initiative der FDP hin gemeinsam mit der CDU nicht weiter gekürzt worden sind, Herr Hagenah. Gegenüber dem Vorjahr ist das nicht ein Cent weniger.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Arbeitsmarktpolitik, die in Niedersachsen zum Glück - so muss man sagen - auch weiterhin im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist; denn Arbeit und Wirtschaft gehören zusammen. Wir können auf die Verzahnung nicht verzichten. Da aber auch hier Kürzungen vorgenommen werden mussten, konzentrieren wir uns besonders auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; denn - und das ist das Problem - der schwache Arbeitsmarkt belastet auch den Ausbildungsmarkt, sodass auch dieses Jahr nicht alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten können, obwohl schon viele Betriebe über Bedarf ausbilden.

Vorrang haben auch hier Programme, die viel bewirken, ohne den Haushalt stark zu belasten. Schon im dritten Jahr engagiert sich die Landesregierung erfolgreich bei der Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Allein die Betriebe des Handwerks, des Handels und der Industrie haben fast 3 700 neue Ausbildungsplätze bereitgestellt. Auch durch die Einstiegsqualifizierung konnte vielen Jugendlichen, die keinen festen Ausbildungsplatz gefunden haben, der Einstieg in das Arbeitsleben ermöglicht werden.

Wir sind behilflich bei der Vernetzung der interaktiven Vorstellung von jugendlichen Ausbildungs- und Arbeitsplatz Suchenden und den Anbietern dieser Stellen, den Unternehmen. Um die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe weiter zu erhöhen, sollten wir gleich zu Beginn des Jahres 2006 - das richte ich jetzt an das ganze Plenum - ganz ernsthaft über die Abschaffung des zweiten Berufschultages im ersten Ausbildungsjahr nachdenken.

Hierdurch würde der Anteil der betrieblichen Ausbildung um 20 % steigen.

(Werner Buß [SPD]: Das interessiert die CDU doch gar nicht! Das sieht man doch!)

Das ist gut für die Auszubildenden und gut für die Betriebe.

(Beifall bei der FDP)

Eine in den nächsten Jahren zunehmende Gefahr für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt ist das Problem der ungelösten Nachfolgeregelungen für die Unternehmen. Jedes Jahr stehen in Niedersachsen 8 000 Unternehmen vor der Nachfolgeregelung. Fast 10 % davon finden keinen Nachfolger und müssen schließen. Das bedeutet, meine Damen und Herren:

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Pro Jahr fallen 8 000 Arbeitsplätze weg, Herr Lenz. Wir sprachen gestern - schlimm genug - über 362. 8 000 pro Jahr fallen weg, weil wir uns nicht - - -

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Hermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Geschäftsführers?

Wolfgang Hermann (FDP):

Dazu habe ich jetzt keine Zeit.

(Jörg Bode [FDP] hält eine rote Karte hoch - Heiterkeit)

- Ich kriege gerade die rote Karte. Ich bin gleich fertig, Herr Parlamentarischer Geschäftsführer.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Der holt Sie gleich ab!)

Mal ganz im Geheimen: Ich habe Herrn Bode gebeten, mir zwei Minuten mehr zu geben.

Deshalb planen wir für 2006 - Herr Lenz, ich habe es Ihnen schon gesagt - gemeinsam mit den Kammern, dem DGB, der Dehoga und den Migrantenvverbänden die Einführung einer landesweiten Nachfolgebörse.

Verehrte Damen, meine Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich glaube, dass das, was ich noch zu sagen habe, ganz ernst ist; denn Sie wissen sicherlich, dass am heutigen Tage 28,5 Mil-

tionen Leistungsträgern 26 Millionen Leistungsempfänger gegenüber stehen. Meine Damen und Herren, diese Zahlen verändern sich Tag für Tag zuungunsten der Leistungsträger. Diesen Trend müssen wir stoppen. Lassen Sie uns daher gemeinsam den fast 350 000 kleinen und mittelständischen Betrieben in Niedersachsen unsere ganze Beachtung schenken. Diese selbständigen Handwerksmeister, Pächter oder Besitzer von Einzelhandelsgeschäften, Gaststätten, Tankstellen und vielen anderen Gewerben beschäftigen fast 75 % aller Menschen und 85 % aller Auszubildenden unseres Landes.

Meine Damen und Herren, leidvoll muss die Gesellschaft erkennen, dass man sich auf so manche nicht selbständigen Vorstandsmitglieder großer Konzerne nicht verlassen kann. Verlassen können wir uns aber auf die in Niedersachsen ansässigen 350 000 Unternehmerinnen und Unternehmer. Die sind sich ihrer Verantwortung bewusst.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Geben wir ihnen unsere ganze Unterstützung! - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion hat nun die Abgeordnete König das Wort. Ich erteile es ihr.

Gabriela König (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde jetzt ein bisschen schneller reden; denn ich glaube, dass dies in diesem Moment angebracht ist.

Als neue verkehrspolitische Sprecherin der FDP möchte ich einige Worte zum Thema Zukunftsinvestitionen in die Verkehrsbereiche sagen. Dort, wo der Verkehr fließt und die Anbindung optimal gewährleistet ist, siedelt sich die Wirtschaft an oder expandiert und schafft das von uns allen so vehement geforderte Wirtschaftswachstum. Wir müssen unseren Haushalt in den Griff bekommen, um in Zukunft wieder mehr Investitionen in die Verkehrsbereiche Schiene, Straße, Schiff und Luftfahrt vornehmen zu können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dauerhaft zu kürzen ist nicht gut. Das würde die Wirtschaftszweige in weiten Teilen gebührend

überstrapazieren. Es ist wichtig, in den Bau von Straßen im Land und im Bund zu investieren. Die Straßenschäden nehmen in beträchtlichem Ausmaß zu. Wir alle wissen, dass eine Verschleppung der erforderlichen Baumaßnahmen in jedem Jahr zu einer stärkeren Verteuerung der notwendigen Maßnahmen führt. Auf diese Weise schieben wir einen immer größer werdenden Investitionsstau vor uns her, den wir irgendwann nicht mehr bewältigen können. Die Bahn schafft es nicht, genug Gütertransport auf die Schiene zu verlagern. Die Logistik lässt hier zu wünschen übrig. Der Transport auf der Schiene geht momentan sogar zurück. Selbst die Bahn verlagert Transporte im Moment auf die Straße. Hier muss die Bahn besser werden. Diese Situation erklärt u. a. den stetigen Anstieg des Transports auf der Straße. Ich mache mich schon lange dafür stark, eine vernünftige Regelung im Hinblick auf die Mauteinnahmen zu treffen. Wir haben verlangt, die Mauteinnahmen abzüglich der 600 Millionen Euro für die Verwaltung durch Toll Collect, die Betreibergesellschaft, zusätzlich in den Straßenbau zu investieren. Das ist immerhin eine Summe von mehr als 3 Milliarden Euro. Unsere Bemühungen in dieser Hinsicht waren bisher leider ohne Erfolg. Die Bundeszuschüsse für das Verkehrswesen wurden von Herrn Stolpe und Herrn Eichel gekürzt und durch die Maut ersetzt. Das ist in meinen Augen ein fataler Fehler.

(Beifall bei der FDP)

Auch wenn wir tiefe Einschnitte durch die schwierige Haushaltslage in Kauf nehmen mussten, begrüße ich die Investitionen, die uns hier in Niedersachsen noch bleiben. Hier wären zu nennen der JadeWeserPort mit 100 Millionen Euro, der Forschungsflughafen Braunschweig mit 40 Millionen Euro, die Anhebung der Mittel für den Radwegebau auf 6,2 Millionen Euro und - ein ganz wichtiger Punkt - die privaten Investitionen in den Bundesautobahnbau - das hat schon bei der A 31 super geklappt; das wurde schnell durchgezogen - nun auch im Falle der Trassen A 22, A 33 und A 39 mit Unterstützung der regionalen Wirtschaft, der IHKen, der Handwerkskammer und der Bauindustrie, wobei es um ein Drittel der Kosten geht. Dies ist eine Initiative, die die FDP gefordert und vorangetrieben hat.

(Beifall bei der FDP)

Allein in den verkehrlichen Strukturen stecken bundesweit 1,6 Millionen Beschäftigte und 80 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung, die Bauwirtschaft

in dieser Sparte nicht mitgerechnet. Das macht knapp 4 % der gesamten deutschen Wertschöpfung aus. 9,5 Milliarden Euro als Investitionslinie bundesweit reichen längst nicht mehr aus. Sie wird von Fachleuten auf 13 Milliarden Euro geschätzt. Wir werden uns in Zukunft Gedanken machen müssen, wie wir die Finanzierung angehen und sichern, und zwar auch hier in unserem Land. In unserem Bundesland haben wir einen Bestand von 4,46 Millionen Pkw und 242 000 Lkw. Wir stehen damit nach Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg auf dem vierten Platz. Das bedeutet auch eine Verantwortung. Umso mehr freue ich mich, dass wir trotz der Einsparungen im Haushalt statt einer Kürzung die Aufstockung der Mittel für den Radwegebau, die im Vorfeld schon fast als gescheitert galt, von 3,2 Millionen auf rund 6 Millionen Euro erreichen konnten.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine gute Summe für die Weiterführung der Projekte vor allem auch in den ländlichen Gebieten, um eine möglichst gefahrlose Benutzung der Radwege als Schulweg für Kinder zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist auch an die immer größer werdende Anzahl von Radtouristen zu denken, die auch bei uns für einen Teil der Wirtschaft, nämlich für den Tourismus, von Belang sind und gefördert gehören.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben trotz Haushaltskonsolidierung eine Menge guter Investitionen auf den Weg gebracht. Wir dürfen auch in Zukunft nicht darauf verzichten, diese voranzutreiben und die Wirtschaft weiterhin zu unterstützen. Das schafft Arbeitsplätze und bringt letztendlich auch wieder mehr Geld in die Kassen. Wir müssen die Einschnitte im Moment vorübergehend hinnehmen, um in Zukunft wieder mehr Investitionsspielraum zu erlangen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Hirche das Wort.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gönne dem Kollegen Lenz den Beifall der SPD-

Fraktion, und ich gönne es ihm auch, wenn er glaubt, mit dieser Resonanz die Situation im Lande beschreiben zu können. Für mich ist aber wichtiger, was Menschen draußen denken und wie die Dinge von anderen als von einem Berufskritiker gesehen werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich beziehe mich hier einmal auf Unterlagen des Landesamtes für Statistik vom 9. November. Das Landesamt für Statistik sagt, dass der Auftragseingangsindexwert den vorläufigen Jahreshöchststand erreicht hat und in der Bilanz der ersten neun Monate dieses Jahres ein klarer Aufwärtstrend von insgesamt 7 % zu verzeichnen ist. Meine Damen und Herren, eines ist ganz klar: Erst müssen die Aufträge kommen, erst danach können die Arbeitsplätze kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zweitens beziehe ich mich auf die Werte über die Ausfuhr Niedersachsens. Der Anteil der Ausfuhr Niedersachsens war ja unter der SPD-Regierung schmächtig gesunken und machte nur noch 8 % der bundesdeutschen Ausfuhr aus. Der Anteil Niedersachsens lag 2004 - neuere Zahlen liegen noch nicht vor - zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder über dem Bundestrend.

Der Konjunkturklimaindex der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern wies Ende 2002 - also zur Regierungszeit der SPD - 71 Punkte auf. Ende des dritten Quartals dieses Jahres wurde ein Stand von 100 Punkten erreicht. Das ist der höchste Stand in den letzten Jahren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn wir Creditreform glauben - dieses Unternehmen ist ja in Deutschland bekannt -, liegt Niedersachsen beim Saldo aus Handelsregisterneueintragen und -löschungen an dritter Stelle hinter Bayern und Nordrhein-Westfalen und noch vor Baden-Württemberg. Ich glaube, das ist eine ganz erfreuliche Entwicklung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es bleibt auch nach der jüngsten Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der *Wirtschaftswoche* zur ökonomischen Dynamik dabei, dass Niedersachsen hinter Sachsen und Rheinland-Pfalz den dritten Platz belegt. Meine Damen und Herren, wir sind somit auf einem Medailen-

platz. Das ist der Maßstab, nicht aber die Mäkeleien der Opposition.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mit der Abschaffung der Bezirksregierungen - ich erwähne das ausdrücklich - haben wir erreicht, dass auch das Genehmigungstempo im Wirtschaftsbereich deutlich zugenommen hat. Das ist es eigentlich, was wir wollen: Entbürokratisierung und Flexibilität in allen Bereichen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heiner Bartling [SPD]: Nennen Sie einmal ein Beispiel!)

Damit gewinnt der Standort Attraktivität. Eines ist natürlich richtig: Auch der Wirtschaftshaushalt spiegelt das Ziel der Landesregierung zur Haushaltskonsolidierung wider. Das ist nach den Jahren der extremen Verschuldung im Haushalt auch notwendig, die die SPD in Niedersachsen angeht hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Gleichzeitig wollen wir zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen stärken. Deswegen gibt es die strategischen Ziele Innovation, Mobilität, Internationalität und Flexibilität. Das wollen wir stärken. Das ist der dahinter stehende Sinn, wenn ich meinen Mitarbeitern sage, dass es die zentrale Aufgabe der Unternehmen ist, international wettbewerbsfähig zu bleiben. Aufgabe der Politik ist es, für die Unternehmen die dafür erforderlichen Freiräume zu schaffen. Dabei bleibe ich, meine Damen und Herren. Denn nur wenn die Unternehmen in der Lage sind zu investieren und zu arbeiten, entstehen auch Arbeitsplätze in diesem Lande. Durch nichts anderes entstehen Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Als Herr Lenz vorhin über die verschiedenen Regionen im Lande gesprochen hat, klang es so, als müssten wir so etwas wie ein Betriebsstätten- oder Arbeitsstättenzuweisungsgesetz verabschieden, damit es in allen Teilen des Landes exakt die gleiche Entwicklung gibt. Das ist eine völlig alberne und absurde Vorstellung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heiner Bartling [SPD]: Davon hat keiner etwas gesagt! Sie fantasieren!)

- Nein, Herr Bartling, er hat gesagt, wir müssten für eine andere Verteilung der Arbeitsplätze im Lande sorgen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, einen Augenblick, bitte. - Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe. - Herr Minister, fahren Sie fort.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Meine Damen und Herren, mir geht es darum, deutlich zu machen: Es kann nie Aufgabe einer Landesregierung sein, Arbeitsplätze im Lande zu verteilen, sondern unsere Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu entwickeln, die sich z. B. im Zusammenhang mit regionalen Wachstumskonzepten dahin gehend auswirken können, dass vor Ort entsprechende Bedingungen entstehen. Aber das kann nicht durch staatliche Anordnungen und Zuweisungen geschehen, so wie das in Ihrem Vortrag geklungen hat. Das ist ein wichtiger Punkt.

Ich freue mich auch, dass das Thema Innovationsförderung bei diesen Haushaltsberatungen durch die Fraktionen einen zusätzlichen Akzent bekommen hat. In der Debatte ist gesagt worden, wo wir die Mittel für Landesinitiativen und Schwerpunktaktivitäten im Einzelnen ausgeben. Dass das auf den Mittelstand gerichtet ist, mögen Sie in der Debatte vielleicht bestreiten. Das ist Ihr gutes Recht. Aber für mich ist viel wichtiger, dass in den Gesprächen, in den Dialogen, die ich mit den Mittelstandsverbänden führe, gesagt wird, dass es genau richtig angelegt ist. Meine Damen und Herren, da können Sie noch so viel zu Papier bringen und noch so viel hersagen. Bleiben Sie ruhig dabei!

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir zitieren den Mittelstand!)

Solange Sie das tun, verkennen Sie schlicht und einfach die reale Situation.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bei der Frage, ob der Mittelstand etwas richtig sieht, sind für mich die Betriebe das Thermometer. Dann gehe ich in die Betriebe und rede mit den Betriebsinhabern und

den Menschen dort. Erst in zweiter Linie rede ich mit Verbandsfunktionären.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Diese haben eine bestimmte Aufgabe. Die Menschen in den Betrieben sind das Entscheidende, meine Damen und Herren. Das gilt für kleine und große Betriebe.

Und wenn wir über Sorgen in unserem Lande reden: Mir machen die großen Betriebe mehr Sorgen als die kleinen. Heute habe ich in der großen *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* gelesen, dass der VW-Chef Bernhard zu den Produktivitätszahlen gesagt hat: Ein Golf aus Wolfsburg benötigt zweieinhalbmal und ein Passat aus Emden fast dreimal so viel Zeit wie das jeweils beste Konkurrenzmodell eines anderen Konzerns.

(Prof. Dr. Hans-Albert Lennartz [GRÜNE]: Sie müssen die Fertigung vergleichen! Sie sind doch im Aufsichtsrat! - Weitere Zurufe von der SPD)

Er sagt dann, dass VW mit diesen Produktivitätszahlen im Volumensegment langfristig nicht überleben kann. Das macht deutlich, warum die Landesregierung dort, wo sie im Aufsichtsrat mitwirken kann, aber auch in anderen Gesprächen versucht, auf andere Bedingungen hinzuwirken. Aber da gibt es ja die großartige Aufgabe, Herr Lenz, im Rahmen von Tarifverhandlungen dazu beizutragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit bei VW wie bei anderen Unternehmen im Lande verbessert wird. Das würde ich mir in diesem Zusammenhang wünschen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Erfolg unserer Arbeitsmarktpolitik zeigt sich im Wesentlichen daran, dass Niedersachsen im Vergleich mit den anderen Bundesländern aus der unteren Tabellenhälfte, in der es sich unter der SPD-Regierung befand, jetzt in die obere Tabellenhälfte geklettert ist. Das ist das Entscheidende. Dass die Situation in diesem Lande insgesamt unerträglich ist, liegt allerdings an den Rahmenbedingungen, die in den letzten Jahren von Rot-Grün geschaffen worden sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich habe in diesem Zusammenhang zum Koalitionsvertrag gesagt, dass ich zwei Punkte sehe, die nicht nach vorne führen. Einer davon ist die Erhö-

hung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte, von der Sie im Wahlkampf gesagt haben, sie wäre falsch. Sie haben die CDU kritisiert, weil sie die Senkung der Lohnnebenkosten mit der Mehrwertsteuererhöhung voll kompensieren wollte. Sie haben jetzt noch einen oben draufgepackt: nicht nur Kompensation um einen Punkt, d. h. nach Ihrer Argumentation ein Prozentpunkt Merkelsteuer, sondern noch zwei Prozentpunkte Münstesteuer obendrauf.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was wollen wir denn insgesamt unter dem Stichwort „Flexibilität“? - Entsprechende Anträge hat die Landesregierung im Juni 2003 im Bundesrat eingebracht. Wir wollten beispielsweise einem Handwerksbetrieb mit 50 Leuten, der keine Aufträge mehr hat, aber überleben kann, indem er sich von 20 Leuten trennt, diese Flexibilität eröffnen, damit die restlichen 30 überleben können und nicht der ganze Betrieb kaputtgehen muss, weil er dann in einer Situation, in der er überhaupt keine Einnahmen hat, auch noch Abfindungen zahlen muss. Über diesen Punkt werden wir in Deutschland weiter reden müssen: Flexibilität.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bedanke mich außerordentlich insbesondere bei den kleinen und mittleren Betrieben dafür, dass sie in diesem Jahr wieder in vollem Umfang die Bedingungen des Ausbildungspaktes erfüllt haben. Wir werden am Jahresende mit Blick auf die Jugendlichen wieder mehr Angebote an Ausbildungsplätzen und an Einstiegsqualifizierung als Nachfrage haben. Das ist ein großartiger Beweis dafür, wie sich die Wirtschaft für die Zukunft der jungen Leute in Niedersachsen engagiert. Ich bin auch sicher, dass wir wie im Vorjahr wieder besser sein werden als der Bundesschnitt. Das hat auch mit Motivation durch die Landesregierung zu tun.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bedaure auch, dass die Mittel für die Nachqualifizierung von Jugendlichen nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden, meine Damen und Herren. Das sagt uns auch die Regionaldirektion. Aber wir werden die Mittel auch in Zukunft nach bestimmten Bedingungen vergeben müssen und können sie nicht einfach frei in der Landschaft herumwerfen. Das würden Sie uns ja zu Recht zum Vorwurf machen. Deswegen müssen wir überlegen, wie wir - vielleicht mit anderen Ange-

boten - mehr für die Jugendlichen tun können. Ich bin an dieser Stelle dem Kollegen Busemann außerordentlich dankbar, dass er mit dem Thema „Mehr Praxisausbildung in den Hauptschulen“ den Versuch macht, die Voraussetzungen der Jugendlichen, nämlich die Ausbildungsfähigkeit, zu verbessern. Denn die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen - das ist doch unsere gemeinsame Sorge -, haben nicht die entsprechende Qualifikation. Dieses Problem besteht schon, bevor sie aus der Schule herauskommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an der Stelle auch sagen: Wenn man Niedersachsen entwickeln will, dann spielt die Infrastruktur - also Verkehrswege, aber in anderem Zusammenhang genauso Bildungseinrichtungen, um da nicht falsch verstanden zu werden; aber das ist nicht mein Ressort - eine große Rolle. Zu den Verkehrswegen: Vor 100 Jahren ist in Niedersachsen die große Achse Mittellandkanal geschaffen worden. Erst nachdem der Kanal da war, hat es Volkswagen, Salzgitter und die gesamte industrielle Entwicklung gegeben. Deswegen sage ich: Wir brauchen eine zweite Wirtschaftsachse an der Küste, an der eine gleiche Entwicklung stattfindet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Eine Wirtschaftsachse von Hamburg bis Emden. Dazu gehört der JadeWeserPort, den Sie nicht ausreichend finanziert hatten. Sie haben das Modell auf den Weg gebracht, aber nicht richtig finanziert, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist doch langsam unerhört! Ich dachte, Sie hätten ein Mindestmaß an Redlichkeit!)

- Das ist so. - Weiter, meine Damen und Herren, gehört das Thema A 22 dazu. Ich freue mich, dass wir dabei mit unkonventionellen Methoden vorankommen. Das sind wichtige Punkte.

Natürlich - wer wollte das anders sagen - würde ich mich freuen, wenn der Investitionsanteil höher sein könnte. In meinem Ressort wird er übrigens im Vergleich zu 2005 steigen. Das hat auch mit dem JadeWeserPort zu tun. Aber, meine Damen und Herren, ich will in diesem Zusammenhang auf etwas Wichtiges aufmerksam machen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Kann es sein, dass dazu etwas in unserem Antrag steht?)

Entscheidend für die Entwicklung einer Volkswirtschaft ist nicht, was der Staat investiert, sondern was von den privaten Betrieben und von den Bürgern investiert wird. Das macht über 90 % der Investitionstätigkeit aus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ist der Grund, aus dem wir über die Rahmenbedingungen reden müssen. Deswegen sage ich als Wirtschaftsminister: Es ist wichtiger, dass wir uns damit befassen, wie es mit der Entbürokratisierung weitergeht. Ich freue mich, dass im Bundeskanzleramt jetzt eine Stabstelle eingerichtet worden ist, um die Entbürokratisierung voranzubringen. Ich freue mich auch, dass das von Frau Merkel vorangetrieben wird. Aufgrund der persönlichen Zusammenarbeit mit Frau Merkel über vier Jahre kann ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Ich bin sicher, dass das erfolgreich sein wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich glaube, das wird schon in Ordnung sein. Aber es muss dann auch darum gehen, die Flexibilität in allen Bereichen herzustellen.

Meine Damen und Herren, abschließend will ich noch eines zu den Grünen sagen, die immer wieder bestreiten, dass das Auto in Niedersachsen eine Rolle spielen muss: In einem Flächenland können Sie nun einmal nicht alles auf der Schiene machen, und deswegen ist die Verteilung GVFG-Mittel nach dem Schlüssel 40 : 60 für die Straße eigentlich die unterste Grenze der Mittel, die wir in diesem Zusammenhang für die Straße bereitstellen können,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

damit der ländliche Raum nicht abhängt wird. Bei der Finanzierung des Schülerverkehrs haben wir als Beispiel die Finanzierungsmethode genommen, die seinerzeit die Grünen und die Roten in Schleswig-Holstein eingeführt haben, Herr Hagenah. Wenn Sie das für falsch halten, sollten Sie sich mit Ihren Kollegen in Kiel unterhalten. Wir machen das jetzt so.

Ich meine, dass der Standort Niedersachsen auf einem guten Wege ist. Das bescheinigen uns nicht nur Außenstehende, sondern, was viel wichtiger ist, das sehen auch die Bürgerinnen und Bürger im Lande so. Ich bin sehr zuversichtlich, dass das in den nächsten Jahren noch deutlicher wird als heute. Deshalb gönnen wir die Stunden der Haus-

haltsdebatte ruhig der Opposition, auch den Beifall durch die Opposition. Wichtiger ist, dass die Bürger draußen wahrnehmen: Es geht aufwärts in Niedersachsen!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Thümler das Wort.

(Werner Buß [SPD]: Vielleicht wird er jetzt ein bisschen anständiger, was die Hafenpolitik anbelangt!)

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zu Anfang eine Feststellung treffen, weil mir bei der Debatte des heutigen Tages sehr bewusst geworden ist, dass es hier eine Auseinandersetzung zwischen zwei unterschiedlichen Fraktionen gibt, nämlich der linken Seite und der rechten Seite des Hauses.

(Zuruf von der SPD)

- Entschuldigung, ich habe ja von der linken und der rechten Seite des Hauses gesprochen, Frau Kollegin, wenn das gestattet ist. - Es gibt die eine Seite, die einen Euro hat, aber zwei ausgeben möchte, und jene andere Seite, nämlich diese Seite des Hauses, die weiß, dass das nicht gehen kann. In dieser Quadratur bewegen wir uns scheinbar und kommen nicht weiter. - Das als meine Vorbemerkung.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wenn es nur scheinbar ist, geht es ja!)

Aber nun will ich gern etwas zur Hafenpolitik sagen, weil Herr Buß gerade darauf hingewiesen hat, dass es nötig sei, dazu noch etwas zu sagen. Laut einer aktuellen Schätzung werden die Meere in den Jahren 2005 bis 2009 einen wirtschaftlichen Wert von insgesamt 4 363 Milliarden Euro darstellen. Wenn man bedenkt, dass Europa von vier Meeren und zwei Ozeanen umgeben ist und seine Küste siebenmal länger als die der USA und viermal länger als die Küste Russlands ist, wird einem das Potenzial, das Europa durch seine Küsten und Meere hat, deutlich vor Augen geführt. In Deutschland sind 240 000 Menschen direkt in der maritimen Verbundwirtschaft beschäftigt. Das

macht eine Gesamtwertschöpfung von rund 15 Milliarden Euro aus. Gut 22 % des deutschen Exports werden über den Seeweg abgewickelt. Prognosen gehen davon aus, dass im Zuge der Globalisierung die Umschlagsquoten weiter zunehmen werden.

Für uns in Niedersachsen - Sie sollten gut zuhören - spielt das maritime Cluster eine wesentliche Rolle.

(Werner Buß [SPD]: Da sind wir uns einig!)

In unseren eher peripheren und strukturschwachen Küstenregionen der Nordsee sind beispielsweise die niedersächsischen Häfen mit Zuwachsraten im zweistelligen Bereich sehr erfolgreich am Markt. Dank der von uns betriebenen Privatisierung der niedersächsischen Häfen - der Dank gilt hier ausdrücklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von NPorts, die im zurückliegenden Jahr Großes für die Häfen in Niedersachsen geleistet haben - ist dieses Wachstum zu bewerkstelligen gewesen. Das wäre vielleicht einen Applaus des ganzen Hauses wert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Werner Buß [SPD])

- Ich komme darauf noch einmal zurück, meine lieben Kollegen.

Die Reedereien mit einem jährlichen Umsatz von 900 Millionen Euro gelten als eine tragende Säule der regionalen Wirtschaft. Zusammen mit der niedersächsischen Hafenvirtschaft sind sie Transmissionsriemen und Jobmaschinen, die ihresgleichen in Niedersachsen suchen. Das spüre ich auch - die Bemerkung sei mir erlaubt - direkt in meinem Wahlkreis. Dort hat allein die am Markt wirklich sehr erfolgreiche Unternehmensgruppe J. Müller in Brake, ein mittelständisches Unternehmen, im letzten Jahr 100 Leute neu eingestellt. Auch das ist ein gutes Beispiel für aktive Wirtschaftspolitik in Niedersachsen, und auch hier ist der Beitrag der Landesregierung unzweideutig zu erkennen.

Zudem - ein kleiner Einschub - begrüßt die CDU-Landtagsfraktion uneingeschränkt die klare Position der Bundesregierung zur Beibehaltung der Tonnagesteuer.

(Zustimmung bei der CDU)

Mit der Aussage, die Tonnagesteuer und den Lohnsteuereinbehalt erhalten zu wollen, haben die Koalitionsparteien in Berlin ein wichtiges Signal für

die niedersächsischen Reeder gesetzt. Damit erhalten die niedersächsischen Reeder Planungssicherheit.

(Werner Buß [SPD]: Das war auch vorher!)

- Ja, Herr Buß, das war auch vorher. Aber Sie wissen, dass die Tonnagesteuer immer im Gerede gewesen ist.

(Werner Buß [SPD]: Aber nie bei uns!)

- Die war auch bei Ihnen im Gerede; dafür gibt es genug Beispiele.

(Werner Buß [SPD]: Nein!)

Jetzt ist sie, Gott sei Dank, gesichert. Damit zeigt die neue Bundesregierung gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit Verlässlichkeit der Politik. Die dadurch entstehende Planbarkeit für die Unternehmen ist eine Grundvoraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung vor allem im Bereich der Schifffahrt.

Ich möchte kurz auf den Schiffbau eingehen. „Schiffbauer auf der Erfolgswelle“ titelte der *Weserkurier* am 3. Dezember. Die deutschen Werften schwimmen wirtschaftlich und politisch auf einer Erfolgswelle. Rekordverdächtig volle Auftragsbücher von 10,5 Milliarden Euro garantieren den 23 000 Beschäftigten für mehr als drei Jahre ihren Job. Zudem will Wirtschaftsminister Glos das maritime Bündnis fortsetzen, was wir ausdrücklich begrüßen.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Was von Gerhard Schröder begründet worden ist!)

Trotz Auslaufens der Werftenhilfe im Jahre 2005 gab es im ersten Halbjahr dieses Jahres schon 98 neue zusätzliche Aufträge. Das sind insgesamt zwölf Aufträge mehr als im Vorjahr. Auch das ist ein großer Erfolg für unsere Politik. Das sage ich deswegen ganz bewusst, weil immer mehr Subventionen gefordert wurden. Wie man sieht, geht es auch ohne Subventionen, wenn die Wirtschaft erst richtig läuft, und in diesem Bereich läuft sie richtig.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen messen dem Küstenbereich - Herr Minister Hirche hat es gerade schon gesagt - eine sehr hohe Bedeutung zu. Durch die Vorlage des Küstenberichts - übrigens des ersten seit 30 Jahren;

der letzte wurde 1974 erstellt - wurde eine tiefgreifende Analyse für den Raum zwischen Papenburg und Stade erstellt. In Gesprächen, die wir jetzt mit den kommunalen Gebietskörperschaften, den Wirtschaftskammern und anderen führen, wird eine Strategie für diesen Bereich entwickelt werden. Geleitet werden diese Überlegungen - das ist wichtig - von der maritimen Strategie des Landes, die im Wesentlichen auf drei Säulen ruht:

Erstens. Stärkung der niedersächsischen Seehafenverkehrswirtschaft, um das dynamisch wachsende Marktsegment der Containerverkehre weiter auszubauen. Das gilt aber nicht nur für Containerverkehre, sondern auch für die anderen Hafenstandorte wie beispielsweise Brake, Cuxhaven und Emden.

Zweitens. Internationalisierung und Ausbau des Logistikstandortes Niedersachsen. Das wird vor allen Dingen den Fahrlehrerverband sehr freuen, weil dadurch ja ein Potenzial an zusätzlichem Personal entsteht.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wir leben in Niedersachsen bzw. in Deutschland nicht mehr mit dem Rücken zum Meer, wie es Tirpitz zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch feststellte, sondern wir stellen uns den sich bietenden Herausforderungen und wollen in den Bereichen nachholen, wo Hamburg und Bremen uns durch die jahrhundertelange Tradition einiges voraus haben. Wir müssen diesen Vorsprung durch Wendigkeit und Pffiffigkeit in den nächsten Jahren wettmachen. Mit NPorts und Seaports sind wir auf einem guten Weg.

Drittens. Überwindung der nachhaltigen Struktur Schwächen des Nordwestens mit Initialzündung und Folgeeffekten durch das Großprojekt JadeWeserPort. Minister Hirche ist darauf bereits eingegangen. Ich will hier nur sagen: Bei der Entwicklung der Containerverkehre sind wir im Jahre 2006 mit einem Umschlag von rund 350 Millionen Containern - das sind konservative Schätzungen - weltweit schon auf einem guten Weg. Im Jahre 2009, dem Jahr, in dem der JadeWeserPort am Markt sein soll, werden es 450 Millionen Container sein. Es geht also um einen Markt mit Zukunft, und er ist von Zukunft geprägt.

Die Haushaltsvorschläge von Bündnis 90/Die Grünen muss ich aus Zeitgründen jetzt leider etwas abkürzen. Dazu gäbe es nicht viel zu sagen; ich

will nur auf einen Punkt eingehen: 40 Millionen Euro wollen Sie beim JadeWeserPort streichen. Ich halte das für unverantwortlich, weil Sie sagen, wir müssten die Infrastruktur durch Private bezahlen lassen. Ich weiß nicht, ob Sie mir denjenigen zeigen können, der die 5 m hohe Mauer, die zum Schutz der Rohrdommeln gebaut werden soll, bezahlen möchte. Ich sehe keinen wirtschaftlichen Betrieb, der so etwas machen würde.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt. Sie wollen 1,5 Millionen Euro bei NPorts sparen. Auch hier gebe ich Ihnen den guten Rat: Lassen Sie die Gesellschaft arbeiten. Nach einem Jahr können wir sie noch nicht beurteilen. Wir müssen erst abwarten, was kommt.

Ich möchte hier deutlich sagen, dass wir gewillt sind, die Hafenstandorte weiterhin vernünftig zu entwickeln. Wir sind auf einem guten und, so meine ich, zukunftsorientierten Weg.

Zur SPD, das sei mir abschließend erlaubt zu sagen, fällt einem leider nichts ein, weil sie nämlich nur einen einzigen Vorschlag für den Bereich Häfen im Haushalt gemacht hat, nämlich die Kürzung der EFRE-Mittel. Ich meine, darüber muss man nicht diskutieren; das ist inakzeptabel. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Janßen das Wort.

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die wirtschaftlichen Potenziale der Meere sind tatsächlich erheblich. Aber in Ihrer Politik, meine Damen und Herren von CDU und FDP, spiegelt sich das nur marginal wider. In Ihren haushaltspolitischen Ansätzen spiegelt es sich auch nicht wider.

(Zuruf von der CDU: Bei Ihnen noch weniger!)

Ich muss mich aufgrund der Kürze der Redezeit auf drei Punkte beschränken; das werde ich auch tun.

Zum Ersten der allseits beliebte Fedderwarder Priel. Die aktuelle Situation hat sich für die im Hafen Fedderwardersiel beheimateten Fischkutter

erheblich verschlechtert. Sie lassen die Gemeinde Butjadingen und die Betroffenen vor Ort, Herr Thümler, im Regen - oder besser: im Schlick stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Wir schlagen deshalb vor, für den Fedderwarder Priel 500 000 Euro in den Haushaltsplan einzustellen, um zumindest mit Planungen für eine dauerhafte Sicherung - z. B. durch einen kurzen Leitdamm - beginnen zu können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Zum Zweiten, meine Damen und Herren, haben Sie mit viel Brimborium die Hafenprivatisierung betrieben. Alles sollte besser und billiger werden, durch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollten Synergieeffekte erzielt werden usw. Mit solchen Worthülsen mussten wir uns hier beschäftigen. Damals sollte der Betriebskostenzuschuss an die Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG in 2006 um 1,1 Millionen Euro geringer ausfallen als 2005. Tatsache ist, dass der Haushaltsansatz 2006 mit 17,3 Millionen Euro gerade einmal 91 000 Euro geringer ausfällt als 2005. Das ist das Ergebnis, wenn der Wirtschaftsminister eine Privatisierung gegen den Rat der Fachleute im eigenen Hause betreibt.

Meine Damen und Herren, Ihre Privatisierungsgewinne waren Luftbuchungen, und die Privatisierung war nicht inhaltlich, sondern rein ideologisch begründet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Dritten, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, liegt uns noch immer kein mit Zahlen hinterlegtes Refinanzierungskonzept für den JadeWeserPort vor. Sie verfahren weiterhin nach der Devise: Lasten sozialisieren, Gewinne privatisieren. Von der einmal angestrebten Beteiligung der Wirtschaft an der Infrastruktur des JadeWeserPorts haben Sie sich gänzlich verabschiedet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn dieser Hafen aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung im Containerverkehr so rentabel wird, wie es auch gerade wieder Herr Thümler dargestellt hat, dann müssten sich private Finanziere finden lassen, die das bewerkstelligen können. Wir sind

weiterhin der Auffassung, dass dieser Hafen angesichts der Haushaltssituation des Landes,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

meine Damen und Herren von der CDU und der FDP - das liegt Ihnen ja besonders am Herzen -, nur mit privaten Anteilen weitergebaut werden darf.

(Björn Thümler [CDU]: Reisen bildet! Das hätten Sie einmal in Skandinavien erleben sollen!)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, haben Sie sich gerade beim JadeWeserPort selbst ein Bein gestellt. Erst melden Sie - wie übrigens auch die Vorgängerregierung - den Voslapper Groden nicht als EU-Vogelschutzgebiet an, obwohl Sie wussten, dass dieses Gebiet gemeldet werden muss, dann stellt die Planfeststellungsbehörde fest, dass ein Mangel vorliegt, und schließlich prescht Ihre Regierung mit völlig undurchdachten Notmaßnahmen vor. Konzeptionell können Sie die Lärmschutzwand, die mit 5 Millionen bis 8 Millionen Euro - je nach dem, wie man rechnet - natürlich auch für den Haushalt relevant ist, überhaupt nicht begründen. Für ein vernünftiges Konzept fehlt Ihnen nun schlicht und ergreifend die Zeit. Meine Damen und Herren, im Ergebnis ist das nichts anderes als eine mangelhafte und schlampige Vorgehensweise bei Ihrem groß angekündigten „wichtigsten Infrastrukturprojekt in Niedersachsen“. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Jüttner das Wort.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hirche, die wirtschaftspolitischen Antriebskräfte, die Sie umtreiben, halte ich für grundfalsch. Herr Lenz hat die Kritik für die SPD-Fraktion heute wiederholt. Aber ich glaube, ich habe bisher zu keinem Zeitpunkt Ihre persönliche Integrität infrage gestellt. Deshalb halte ich es für dringend geboten, dass Sie noch einmal darüber nachdenken, was Sie eben im Zusammenhang mit der SPD-Fraktion zum Thema JadeWeserPort gesagt haben. Wir lassen uns das nicht gefallen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn der JadeWeserPort von einem auf den Weg gebracht worden ist, dann ist das die niedersächsische SPD in den Jahren, ehe Sie hier etwas zu sagen hatten. Ich stelle das eindeutig richtig. In Ihrer Fraktion, Herr McAllister, gab es genügend Probleme, mit diesem Thema klarzukommen. Sie haben diese Sache übernommen. Wir finden das in Ordnung. Wir haben in unseren Haushaltsantrag sogar eine Finanzierungskomponente aufgenommen. Wir lassen uns hier nicht mit dem Vorwurf konfrontieren, wir würden bei dem Thema nicht gerade stehen. Nein! Wir waren diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass das Projekt eine Chance hat. Dabei bleibt es auch.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Im Haushaltsplan war gar nichts!)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister Hirche für die Landesregierung!

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe in keiner Weise infrage gestellt, dass die Entscheidung unter der SPD-Landesregierung gefallen ist.

(Werner Buß [SPD]: Alle Vorarbeiten!)

- Viele Vorarbeiten, nicht alle, wurden von Ihnen geleistet. Wir haben noch in diesem Jahr Nacharbeiten erbracht.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Alle Vorarbeiten, die zu diesem Zeitpunkt notwendig waren!)

- Herr Buß, Herr Jüttner hat das schon richtig wiedergegeben. Das akzeptiere ich. - Mir ging es um die Finanzierung. Das war der einzige Punkt in diesem Zusammenhang; es sei denn, ich hätte mich wirklich schlecht ausgedrückt.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Dabei ging es darum, dass ich gesagt habe, dass das Projekt von Ihnen nicht ausfinanziert worden war. Ich will Ihnen einen Punkt nennen: Sie haben Bundesmittel in Höhe von 89 Millionen Euro eingestellt, die der Bund in keiner Phase zugesagt hatte. Wir mussten diese Nachfinanzierung in unserem Haushalt vornehmen. Das ist ein ganz wichtiger

Punkt, unabhängig von dem, was jetzt wegen der Stahlpreise und anderer Dinge nachgekommen ist.

(Werner Buß [SPD]: Das hätte es auch bei einer anderen Landesregierung gegeben!)

Das hat damit nichts zu tun. Diese Nachfinanzierung nicht vorhandener Bundesmittel meinte ich.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Es gab so einen Tenor in Ihrer Rede! Der hat uns gestört!)

- Gut, Herr Jüttner, dann bitte ich um Nachsicht. Das war nicht beabsichtigt. - Ich sage das auch draußen in der Öffentlichkeit. Das ist völlig in Ordnung. Ich finde es auch gut, wenn hier drei Fraktionen bei großen Infrastrukturprojekten - das trifft auch auf die A 22 zu - die Dinge gemeinsam betreiben.

(Werner Buß [SPD]: Ja!)

Ich habe keine Hemmungen, das zu sagen, im Gegenteil.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meiner Meinung nach ist es für die Bürger wichtig zu sehen, dass diese Projekte nicht mit einer ganz knappen Mehrheit, z. B. 51 : 49, sondern mit einer breiten Mehrheit betrieben werden - leider noch nicht mit der Zustimmung der Grünen, aber vielleicht kommt das im Laufe der Jahre auch noch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, bevor wir jetzt zum Bereich Umwelt kommen, möchte ich auf Wunsch der Fraktionen auf die Restredezeiten hinweisen. Die CDU-Fraktion hat noch 39:47 Minuten, die SPD-Fraktion 41:57 Minuten, die FDP-Fraktion 18:58 Minuten, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 24:09 Minuten und die Landesregierung hat noch eine Restredezeit von 15:14 Minuten.

Wir kommen damit zum Bereich

Umwelt

Für SPD-Fraktion hat sich Herr Abgeordneter Haase zu Wort gemeldet.

Hans-Dieter Haase (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im letzten Jahr habe ich Niedersachsen mit einer zunehmend ausgeprägten umweltpolitischen Wüste verglichen - berechtigt, wie ich finde.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Denn unter Umweltminister Sander hat sich das Klima für Umwelt und Natur in unserem Land wirklich dramatisch verschlechtert.

(Zustimmung bei der SPD)

Noch einmal zur Erinnerung: Die bewährte und erprobte Umweltverwaltung insbesondere bei den Bezirksregierungen wurde zerschlagen.

(Unruhe)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Haase, einen Augenblick! - Meine Damen und Herren, ich habe *einem* das Wort erteilt, und die anderen, die reden wollen, gehen bitte heraus. - Herr Haase, Sie haben das Wort.

Hans-Dieter Haase (SPD):

Die Fachbehörde für Naturschutz, das fachlich hoch gelobte und anerkannte NLÖ, wurde aufgelöst und fristet nun ein Schattendasein beim NLWKN. Die Finanzierung der erfolgreichen Arbeit der Naturschutzverbände wurde mit heute schon auch in der ehrenamtlichen Arbeit sichtbaren Folgen drastisch gekürzt. Die Höhe der Ausschüttung für Umwelt- und Entwicklungsprojekte aus Bingo-Mitteln, mit denen viele gute Projekte im Umwelt- und Naturschutzbereich gefördert werden, wurde empfindlich zugunsten des Finanzministers zusammengestrichen. Gut, dass vielen Spielern nicht wirklich bewusst ist, dass nur noch ein Teil des Ertrages tatsächlich in Projekte fließt, während sich der Finanzminister einen immer größeren Anteil in die Tasche steckt.

2005 war wahrlich kein gutes Jahr für die niedersächsische Umweltpolitik. Wer auf den aktuellen Haushaltsentwurf schaut, wird sehen: Besserung ist nicht in Sicht. Doch einen Lichtblick gibt es in der umweltpolitischen Szene, am umweltpolitischen Horizont: Sigmar Gabriel ist Bundesumweltminister geworden, Umweltminister der rot-schwarzen Koalition.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

Er wird, wie er zumindest in der Vergangenheit mehrfach betont hat, auch von Herrn Sander hoch geschätzt. Sicherlich gibt der erste sozialdemokratische Bundesumweltminister Herrn Sander ein wenig Nachhilfeunterricht in Sachen Umweltschutz und Natur: so von Umweltminister zu Umweltminister. Oder anders: von Lehrer zu Lehrer; da gibt es ja eine gemeinsame Vita - aber nur da.

(Zuruf von der CDU: Gabriel wurde entsorgt!)

Meine Damen, meine Herren, das umweltpolitische Klima in Niedersachsen hat sich im vergangenen Jahr nicht verbessert, im Gegenteil: Es wird immer offensichtlicher, welche Schäden der Umweltminister mit seiner Politik für die Menschen in Niedersachsen - ich hoffe, nicht nachhaltig - anrichtet.

(Zuruf von Jörg Bode [FDP])

Das zeigt sich erneut am Haushalt für das Jahr 2006, Herr Bode.

Doch gestatten Sie mir, dass ich meiner Bilanz etwas voranstelle. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister Sander, jetzt müssten Sie zuhören. Es ist bekanntlich immer gut, Fachveranstaltungen zu besuchen, auch wenn dort häufig Menschen sind, die einem nicht so wohlgesonnen scheinen wie vielleicht der eine oder andere Landwirt oder Jäger. Ich spreche ganz konkret von der Veranstaltung des Heimatbundes am 26. November 2005 in Wolfenbüttel zum Thema „Naturschutz als Staatsaufgabe“. Ich selbst konnte leider nicht dorthin kommen - das wissen Sie - und musste absagen, weil der Bundesumweltminister in Emden war. Ich denke, es ist schon gut, wenn man ihn dann empfängt und begleitet. Aber ich bin durch meine Kollegin Brigitte Somfleth sehr gut über den Verlauf dieser Veranstaltung informiert. Wohl auch Herr Janßen von den Grünen war seinerzeit dort. Darum möchte ich anlässlich der Haushaltsberatung auf eine Unverschämtheit, wenn nicht sogar eine bewusste unwahre Behauptung, um das Wort „Lüge“ zu vermeiden, des Ministers aufmerksam machen. Herr Sander hat auf dieser Veranstaltung behauptet und verkündet, der Haushalt 2006 sei im Ansatz genauso hoch wie vor fünf bzw. sechs Jahren. Er meinte also die Jahre 2000 oder 2001. Vielleicht hat der Minister ein kleines Umrechnungsproblem in Euro; denn damals war der Haushalt noch in D-

Mark ausgewiesen. Anders kann ich mir diesen Vergleich nicht erklären; denn im Jahre 2000 verfügte der Einzelplan 15 noch über fast 60 Millionen Euro, also über ca. 120 Millionen DM mehr, als für das Jahr 2006 angesetzt sind.

Zur Erinnerung: Der Ansatz 2000 war umgerechnet 396 Millionen Euro, der Ansatz 2006 337 Millionen Euro. Was könnten wir alles mit diesen Millionen machen, Herr Dürr und Frau Zachow? Das wäre doch eine richtig schöne Sache.

Es ist unrichtig, Herr Minister Sander, wenn Sie der Öffentlichkeit vorgaukeln, es habe sich nichts verändert und alles sehe rosig für die Umwelt in diesem Land aus. Natürlich höre ich schon die anschließenden Redner der Regierungsparteien, die voll des Lobes sind, in welchen Bereichen nicht gekürzt worden ist, dass alle Kürzungen der allgemeinen Haushaltslage geschuldet sind und dass der Anteil des Einzelplans 15 am Gesamthaushalt gewachsen ist. Natürlich ist es gut und richtig - Herr Bode, dem können Sie zustimmen -, dass im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz beim Deichbau nicht gekürzt wird oder gekürzt werden kann. Darin sind wir alle uns doch einig.

Herr Sander, es reicht aber schon, dass Sie bewährte Methoden beim Deichbau, z. B. bei der Kleieentnahme, infrage stellen und damit Unruhe an die Küste bringen. Ich meine, dass sollten Sie sein lassen.

Die Mittel für die wirklich wesentlichen Punkte einer zukunftsweisenden und damit nachhaltigen Umweltpolitik sind in diesem Haushalt nicht gestiegen, obwohl die Notwendigkeit angesichts des großen Oberthemas Klimawandel und seiner Folgen offensichtlich ist - Montreal lässt grüßen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Eine nachhaltige Umweltpolitik ist Zukunftspolitik und muss Zukunftspolitik sein; denn wie unsere Generation mit den Herausforderungen umgeht, ist entscheidend, ob die Generationen nach uns nicht zigfache Beträge aufbringen müssen, um eine lebenswerte Umwelt überhaupt noch zu erhalten bzw. um zu retten, was zu retten ist. Es ist deshalb falsch, Herr Minister, die Zuführung aus dem Landeshaushalt an den Wirtschaftsförderfonds für die erneuerbaren Energien nochmals zu senken. Es reicht nicht aus, in diesem Zukunftsbereich, der Chancen für den Mittelstand, für die Industrie und damit für Arbeitsplätze eröffnet, eine „mit Blick auf

die Nachfrage ausreichende Förderung“ vorzuhalten.

(Christian Dürr [FDP]: Haben Sie dazu einen Änderungsantrag gestellt? Wo ist der Änderungsantrag der SPD?)

Nein, hier müssen neue, zusätzliche Anreize geschaffen und Akzente gesetzt werden, Herr Dürr. Gerade im Bereich der erneuerbaren Energien liegen große Zukunftschancen für die niedersächsische Wirtschaft. Hier ist der Schnittpunkt von Umwelt-, Klima- und Wirtschaftspolitik. Hier müssen wir die Chancen beim Schopfe packen. Stattdessen reist dieser Minister durch das Land und träumt von einer Renaissance der Atompolitik. Er verdrängt und verniedlicht deren Gefahren und redet von Finnland und von großen Bauprojekten, während ungelöste Probleme nicht wahrgenommen werden. Gleichzeitig versucht er, auch noch die Windkraft z. B. durch nicht gerichtsfeste Abstandsempfehlungen und Gerede von angeblicher übermäßiger Subventionierung zurückzuwerfen, wobei er die Subventionen, die immer noch - einschließlich der Steuervorteile - für die Atomwirtschaft gezahlt werden, bewusst ausblendet.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Bitte nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass das EEG längst zu einem echten Exportschlager für Deutschland geworden ist, der weltweit Nachahmer gefunden hat, und lesen Sie den Koalitionsvertrag der Bundesregierung, wonach am Atomausstieg festgehalten wird und wonach gerade die erneuerbaren Energien ausgebaut werden sollen. Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, was dort zum Thema Repowering steht. Nutzen Sie die Potenziale Niedersachsens, die sich uns bieten, anstatt Ihrer eigenen Ideologie ständig zu frönen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unser Haushaltsänderungsantrag bezieht sich auf zwei Punkte, bei denen wir innerhalb des Umweltbudgets das Geld besser verwendet sehen.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist auch uns aufgefallen! - Jörg Bode [FDP]: Mehr war nicht drin!)

Wir wollen die bisher geförderten anerkannten Naturschutzverbände auch weiterhin fördern und sie nicht gänzlich aus dem Haushaltsplan tilgen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Wolfgang Jüttner [SPD]: Sehr gut!)

Deren Arbeit, getragen von hunderten, wenn nicht gar tausenden Ehrenamtlichen in unserem Lande bedarf staatlich geförderter Geschäftsstellen für die notwendige Koordination, für das Vorhalten von Fachpersonal, für die Erstellung von Gutachten und für ihre Unterstützung der politischen Arbeit auch hier bei uns im Parlament.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wie sollen denn Projekte gesteuert und koordiniert werden, ohne dass dauerhaft und verlässlich Hauptamtlichkeit gesichert ist?

Wir wollen weiterhin, dass die Nationalparkhäuser finanziell besser ausgestattet und die betreffenden Mittel nicht gedeckelt werden, sodass sie ihre erfolgreiche Arbeit in den Nationalparks, die weit mehr als 600 000 Menschen erreicht hat, fortsetzen können, ohne durch höhere Eintrittsgelder, Personalreduzierung oder verringerte Öffnungszeiten den Bildungs- und Informationsauftrag zu gefährden - und dies gerade angesichts des UN-Jahres der Nachhaltigkeit und der trilateralen Bestrebungen, das Wattenmeer zum Weltnaturerbe zu machen, worin wir Sie ausdrücklich unterstützen. Das ist eine uralte Idee von Umweltminister Jüttner. Deckelung und mittelfristige Zuwendungsreduzierung sind bei den Nationalparkhäusern das falsche Signal.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, finanziert werden könnten unsere Vorschläge leicht, allein durch eine Reduzierung bei des Ministers Lieblingskind, das offensichtlich allein seinem Gusto unterliegt, nämlich beim Ansatz von „Natur erleben“, dem Haushaltsposten, mit dem er seine Prestigeprojekte verwirklicht. Denn was soll ich von Presseankündigungen halten, Herr Sander, in denen die Finanzierung eines Wisent-Projekts angekündigt wird, finanziert aus „Natur erleben“, wobei es doch tatsächlich von niemandem erlebbar ist? Und was ist mit dem sicherlich wichtigen Wallhecken-Programm? Ich unterstütze Sie darin, Herr Minister. Versprochen haben Sie es, aber woraus soll es finanziert werden? Ich sehe dafür im Moment keinen Haushaltsansatz. Meine Damen und Herren, einige abschließende Bemerkungen seien mir noch gestattet.

Herr Minister - das ist an die gesamte Landesregierung gerichtet -, beenden Sie endlich die Debatte um die FFH-Nachmeldungen und setzen Sie EU-Recht eins zu eins um. Nur so bewahren Sie Niedersachsen vor finanziellen Folgen wegen des EU-Vertragsverletzungsverfahrens. Melden Sie, soweit unumstrittenes Hoheitsgebiet, die restlichen Ästuarare - so, wie Sie es bei der Weser längst vorbereiten, wo Sie längst zurückrudern. Dann herrscht endlich wieder Planungssicherheit für die dort ansässige Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Hören Sie endlich auf, gut, effektiv und ökologisch arbeitende kommunale Abfall- und Abwasserbetriebe zu diffamieren. Die Kooperationsmöglichkeiten, die die Gesetze für den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge vorsehen, reichen bei weitem aus und werden in den Kommunen in Niedersachsen erfolgreich genutzt. Ihrer Ideologie des Wundermittels Privatisierung, die alles für den Menschen billiger macht, glaubt ohnehin kaum einer in diesem Land.

(Beifall bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: In Braunschweig hat er Recht!)

- Herr Bode, Sie glauben das vielleicht. - Stattdessen gefährden Sie mit den ständigen Privatisierungsgelüsten auf Dauer Qualität, Sicherheit und Arbeitsplätze bei der kommunalen Daseinsvorsorge, bringen Unruhe ins Land.

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

Es wird Zeit, dass Sie im Sinne der Umwelt und der Menschen in Niedersachsen, der Nachhaltigkeit und der Zukunft unseres Landes und kommender Generationen Ihre Politik neu bestimmen. Sonst nehmen Sie die Menschen in unserem Land am Schluss noch bei Ihrem eigenen Wort - ich zitiere -, „dass Sie im Gegensatz zu vielen anderen einen anständigen Beruf gelernt haben“, und schicken Sie dahin zurück.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das aber vom Alter her nicht mehr geht, dann geht es, um wiederum im Anfangsbild zu bleiben, ab in die Wüste. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege. - Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Kollegin Zachow zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Anneliese Zachow (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Haase, ich höre Ihnen ausgesprochen gerne zu.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist übertrieben!)

Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Sie „Nachhaltigkeit“ immer noch nicht vernünftig zu interpretieren wissen, sondern einseitig nur auf die Ökologie fixiert sind, haben Sie Rio immer noch nicht begriffen. In Rio ist die Rede von Ökonomie, Ökologie und Sozialem, und zwar in dieser Reihenfolge.

(Beifall bei der CDU - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr richtig! - Wolfgang Jüttner [SPD]: In dieser Reihenfolge aber nicht! Dann haben Sie das falsch verstanden!)

- Doch, Ökonomie vor Ökologie! Gucken Sie nach, Herr Jüttner! Ich weiß es genau: gleichrangig, aber in der Reihenfolge genannt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Gleichrangig!)

Also, Herr Hase, beziehen Sie die Nachhaltigkeit in Zukunft auch auf die Wirtschaft und die Finanzen!

Im Übrigen: Der Umwelthaushalt war nicht nur im Jahr 2000 höher. 1999 war er sogar noch höher. Und woran hat das gelegen? Da war das Emsperrwerk im Umwelthaushalt mit enthalten. Das ist doch der entscheidende Punkt! Das hat doch nicht mit einem Nachlassen der Umweltpolitik in Niedersachsen zu tun. Das Gegenteil ist der Fall. Die Ausgaben im Umwelthaushalt steigen 2006 um 2 %. Darauf können wir sehr stolz sein.

(Beifall bei der CDU)

Die Einnahmen steigen auch. Zwei Drittel des Umwelthaushaltes finanzieren wir durch Einnahmen. Der Zuschussbedarf wird um über 1 Million Euro gemindert. Diese Zahlen können sich wirklich sehen lassen und machen deutlich, dass auch der

Einzelplan 15 seinen Konsolidierungsbeitrag leistet.

Auch in einer weiteren Frage bin ich völlig anderer Ansicht als Herr Haase. In der Tat: 2005 haben wir keine Bezirksregierungen und auch kein NLÖ mehr gehabt. Aber im Gegensatz zu Ihnen bin ich der Meinung: Das hat kein Bürger gemerkt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Wenn, dann nur positiv!)

Die Verwaltungsreform hat auch keinen Nachteil für die Umwelt und für die Natur gebracht. Aber eines hat sie sehr wohl gebracht, nämlich Vorteile für unseren Haushalt. Denn die Personalkosten im Umweltbereich sinken im Jahre 2006 immerhin um gut 5 Millionen Euro.

Ansonsten, meine Damen, meine Herren: Der Haushalt zeichnet sich aus durch Kontinuität und absolute Verlässlichkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das möchte ich an einigen Beispielen deutlich machen.

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Genau! Das sagen die Naturschutzverbände auch! Die können sich darauf verlassen, dass ihr sie abschießt!)

Ich nenne den Küstenschutz und den Naturschutz. Hier ändert sich nichts. Zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie werden die nötigen Mittel bereit gestellt, ebenso für die Luftüberwachung, die bei der Rede von Herrn Hagenah zum Bereich Wirtschaft vorhin eine Rolle gespielt hatten.

Wir haben letztes Jahr gesagt: Bei den baulichen Maßnahmen in der Wasserwirtschaft fahren wir ein Jahr stark zurück, aber nächstes Jahr werden wir die Mittel wieder in alter Höhe einsetzen. Und genau das haben wir gemacht. Wir sind genau zu dem Mittelansatz vom vorletzten Jahr zurückgekehrt.

(Beifall bei der CDU - Klaus-Peter Dehde [SPD]: Das verkauft ihr als Steigerung! - Volker Brockmann [SPD]: Das ist mathematisch eine Halbierung!)

- Nein, wir machen mal zu dritt Mathematik. Dann wollen wir mal sehen, was dabei herauskommt. Jedenfalls nicht das, was Sie sagen.

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Der ist sogar Lehrer, Frau Zachow! Schon verloren!)

- Ich habe auch fünf Jahre unterrichtet, das bisschen Mathematik beherrsche ich heute noch locker.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben den vorgelegten Haushalt nachgebessert. Beim Hochwasserschutz war nach unserer Ansicht deutlich zu stark gekürzt worden. Wir haben wieder Mittel eingestellt und dadurch auch mehr Mittel des Bundes gebunden. Das heißt, über 1 Million Euro stehen für den Hochwasserschutz im Binnenland mehr zur Verfügung, als der Regierungsentwurf vorgesehen hat.

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Sehr gut!)

Das Gleiche gilt bei den Unterhaltungsverbänden nach § 104. Die mittelfristige Finanzplanung sah für 2006 keine Mittel vor. Der Regierungsvorschlag war: 500 000 Euro. Wir haben auf 750 000 Euro erhöht. Wir halten das für richtig, weil die Notwendigkeit unabweisbar ist.

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Und wie viel war es vorher?)

- Das kann ich Ihnen genau sagen. Das waren 2 Millionen Euro. Aber null Mittel waren angekündigt, und jetzt haben wir 750 000 Euro. Ich finde, das kann sich sehen lassen.

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Ach, so macht man das?)

Bei den Verbänden haben wir Zustimmung dazu erhalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen, meine Herren, ich komme noch zu den Änderungsanträgen von Rot-Grün. Diese Änderungsanträge betreffen in erster Linie die Nationalparkhäuser. Die Kürzung, die dort vorgenommen worden ist, halten wir für vertretbar, und zwar wegen der anderen Förderrichtlinien, die wir haben. Es ist doch klar: Wenn ich weniger Geld bekommen würde, würde ich auch sagen, das reicht nicht mehr aus. Aber ich will Ihnen sagen: Das ist

eine mäßige Kürzung. Durch flexible Richtlinien, durch flexible Mitteleinsatzmöglichkeiten können die Nationalparkhäusern nach wie vor hervorragende Arbeit leisten. Ich bin sicher, wenn wir in einem Jahr wieder darüber reden, dann sieht das ganz anders aus, als Sie es heute beschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen, meine Herren von den Grünen, Sie wollen wieder die Mittel für die Bisambekämpfung streichen. Ich frage Sie: Wissen Sie, was Sie da machen? Fahren Sie mal an den Deich! Mein Kollege Axel Miesner kann Ihnen an der Wümmе ein wunderbares Beispiel liefern, wie der Deich durch den Bisam durchlöchert ist. Der ist dort regelrecht perforiert. Die 461 000 Euro, die Sie da einsparen wollen, zahlen Sie in wenigen Jahren doppelt und dreifach für den Hochwasserschutz. Machen Sie also so etwas nicht und schon gar nicht jedes Jahr wieder.

(Beifall bei der CDU)

Zur SPD möchte ich sagen: Das „Natur erleben“ scheint für Sie ja ein richtiges Reizwort zu sein. Dabei ist das ein tolles Projekt. Es kommt draußen überall gut an. Es wird viel ermöglicht, es wird vieles angeschoben. Und das wollen Sie stoppen? Ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen, Herr Haase. Ich habe allerdings den Verdacht, dass es nicht so sehr das Projekt ist, sondern dass der Erfinder des Projekts die Zielrichtung ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Hans-Dieter Haase [SPD]: Das Geld
wäre woanders besser ausgegeben!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind mit diesem Projekt und auch dem Minister ausgesprochen zufrieden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zufriedenheit stelle ich bei den Oppositionsfraktionen übrigens - wohl zum ersten Mal - auch bei der Frage der Förderung von regenerativen Energien fest. Denn dazu haben Sie keinen einzigen Antrag gestellt.

Alles in allem ist die Ablehnung also gar nicht so intensiv, wie Sie sie manchmal darstellen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Steiner, bitte!

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Endlich einmal eine kompetente Frau! - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich verstehe, dass es nach gut 8,5 Stunden sehr unruhig ist. Aber im Hinblick darauf, dass wir noch einige Rednerinnen und Redner hören und die Fairness es meiner Ansicht nach gebietet, aufmerksam zuzuhören, bitte ich um ein wenig mehr Ruhe. - Frau Steiner, Sie haben das Wort.

Dorothea Steiner (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Land leistet sich einen Umweltminister, dessen erklärtes Ziel es ist, sein Ministerium überflüssig zu machen. Umwelt- und Naturschutz werden seit 2003 zurückgefahren. Bestehende, gut funktionierende Strukturen wie das NLÖ wurden unter dem Deckmantel der Verwaltungsreform zerschlagen und durch den NLWKN ersetzt. Ein Behördenmonster mit über 1 400 Mitarbeitern wurde geschaffen, ein Landesbetrieb, der von Insidern gerne als „volkseigenes Wasserkombinat“ bezeichnet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So sieht die angestrebte schlanke Verwaltung jedenfalls nicht aus. Herr Minister, Sie verschlanken nur bei dem Personal, das Ihnen widerspricht.

Meine Damen und Herren, wieder einmal sind im Haushalt des Umweltministeriums keine politischen Schwerpunkte und Konzepte erkennbar. Finanziert wird, was unvermeidbar ist.

Ich nehme Bezug auf den Hochwasserschutz, mit dem sich die Landesregierung ja gerne schmückt. Der Hochwasserschutz ist auch in diesem Jahr wieder der größte Einzelposten in Einzelplan 15 - eine Daueraufgabe, der sich das Land nicht entziehen kann und im Interesse der Menschen, die hinter den Deichen leben, nicht entziehen will. Über diese Notwendigkeit eines wirksamen Hochwasserschutzes gibt es keinen Dissens, auch mit uns nicht.

Der Streitpunkt betrifft eher die Fragen, wie man den Hochwasserschutz gestaltet, welche Maßnahmen konkret vor Ort finanziert werden sollen

und vor allem wie vorbeugender Hochwasserschutz in Niedersachsen aussieht. Als Beispiel nenne ich den Hochwasserschutz an der Elbe, wie der NLWKN ihn plant. In Hitzacker sollen für 35 Millionen Euro Schutzbauwerke errichtet werden; ein Sielbauwerk zwischen Jeetzel und Elbe, ein Schöpfwerk an der Jeetzel und eine Hochwasserschutzwand in Hitzacker. Wir brauchen das gar nicht auf seine Sinnhaftigkeit überprüfen. Aber die Finanzierung müssen wir überprüfen. Sie erfolgt aus EU-Mitteln und zu 28 Millionen Euro aus dem Wiederaufbaufonds der Bundesregierung, der nach den Hochwassern 2002 und 2003 eingerichtet worden ist.

Da fragt sich doch jeder unvoreingenommene Betrachter: Wie kann das denn sein? - In Hitzacker sind doch durch das Elbehochwasser gar keine Hochwasserschutzanlagen zerstört worden, die mit diesem Geld wieder aufgebaut werden müssten. Was dort gebaut wird, sind Neuanlagen. Sie finanzieren hier eine Landesaufgabe ausschließlich aus Bundes- und EU-Mitteln und mögen sich um die Kofinanzierung des Landes kümmern. Das nenne ich unseriöse Haushaltsplanung.

Meine Damen und Herren, darin liegt auch ein Haushaltsrisiko für unser Land. Es ist doch sehr zweifelhaft, ob der Bundesrechnungshof oder ob die neue Bundesregierung die Verwendung dieser Mittel aus einem ganz anders gewidmeten Hilfsfonds an dieser Stelle überhaupt zulassen werden. Deswegen gehen Sie Haushaltsrisiken ein, die sich gegen unser Land und gegen unsere Bürger richten können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum vorbeugenden Hochwasserschutz füge ich nur eine Bemerkung an; darüber könnte man Stunden reden. Ich muss feststellen, dass, wenn es nach dem Minister geht, alles beim alten bleibt. Ein gefährliches „Weiter so!“. Keine Einschränkung für Landwirtschaft und Siedlungsbau in hochwassergefährdeten Gebieten; denn dann muss für Einschränkungen in der Bewirtschaftung auch niemand entschädigt werden.

Ich muss Ihnen sagen: Die großen Versicherer sehen das deutlich anders. Sie aber warten wahrscheinlich bis zum nächsten Jahrhunderthochwasser, das Ihre Einsicht bei dieser Folge des Klimawandels wieder beflügeln wird. Wie viel Zeit Ihnen

für Ihre Einsicht bleiben wird, das wissen die Regengötter.

Meine Damen und Herren, damit bin ich beim Naturschutz, der Naturschutzpolitik dieser Landesregierung angelangt. Was der Umweltminister bei seinen öffentlichen Auftritten als politisches Anliegen darstellt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen zum einen als bloßer Etikettenschwindel. „Natur erleben“ z. B., Frau Zachow. Da wird so getan, als hätte der Minister seit 2003 das Rad neu erfunden. Dazu sage ich Ihnen nur: Im Umwelthaushalt waren schon immer Mittel für Umwelt, Bildung und naturverträgliche touristische Nutzung, Planung und Marketing von Schutzgebieten vorgesehen. 300 000 Euro werden im Haushalt für dieses Projekt „Natur erleben“ eingestellt. Gleichzeitig wird die Förderung der Nationalparkhäuser massiv gekürzt. Ja, was machen denn die Nationalparkhäuser anderes, als Natur pfiffig und kreativ erfahrbar und erlebbar zu machen?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum anderen drängt sich der Eindruck auf, dass diese Landesregierung eine ganz spezielle Art von Natur-Erleben finanziert. Es geht hier nicht um eine Konzeption und um eine systematische Erschließung der Schutzgebiete für das Erleben der Natur, sondern um Zuwendungen an eine politisch genehme Klientel und um Abstrafung von unbequemen Umweltverbänden.

(Widerspruch bei der CDU - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Nennen Sie doch einmal ein Beispiel!)

Darin sehe ich eine Umweltpolitik nicht mehr nach Gutsherrenart, sondern nach Landmannsart.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ein Thema kann ich Ihnen natürlich nicht ersparen: Flora-Fauna-Habitat, kurz FFH. Das hat uns im letzten Jahr begleitet wie kein anderes Stichwort. Und was findet sich davon im Haushalt wieder? Neue Naturschutzgebiete, Sicherungskonzepte für die gemeldeten Gebiete? - Nichts dergleichen! Stattdessen geht der Streit mit der EU-Kommission über die Gebietsmeldungen in die nächste Phase.

Über 45 Defizite hat Brüssel in der niedersächsischen FFH-Meldung gefunden. Häppchenweise liefert das Umweltministerium nach. So soll der

Voslapper Groden jetzt ebenso nachgemeldet werden wie ein Waldgebiet am Braunschweiger Flughafen, wegen Start- und Landebahnverlängerung. Die Taktik lautet: Naturschutz wird erst einmal ignoriert, und anschließend wird nachgemeldet, um Ausbau- und Ansiedlungspläne nicht zu gefährden. Dieses Vorgehen wird dann durch seltsame Ausgleichsmaßnahmen garniert: am Voslapper Groden, wo der Naturschutz mit solchen Vorschlägen ins Lächerliche gezogen wird, oder mit einem Fischotterlaufsteg am Jeetzel-Stauwerk.

Wenn man sich hier wie die bekannten Affen Augen und Ohren zuhält und so tut, als ob es die Zielsetzung im Naturschutz nicht gibt, ist das kein vernünftiges Vorgehen. Ich kann Sie hier nur noch einmal auffordern: Beseitigen Sie die Defizite bei der FFH-Meldung, nicht nur hinsichtlich Ems und Dollart, sondern auch bei alle weiteren noch nicht gemeldeten wertvollen Naturräumen. Nur so haben Sie, nebenbei bemerkt, Planungssicherheit für Wirtschaft in Niedersachsen, und können Sie gleichzeitig die Naturräume langfristig sichern. Also sagen Sie endlich einmal nicht nur verbal Ja zu Natura 2000, sondern unterbreiten Sie ein Angebot, wie Sie das umsetzen wollen! Sie werden dann sehen, dass wir mit Ihnen nach konstruktiven Lösungen suchen werden, wie die Umsetzung erfolgen und die Finanzierung im Haushalt abgesichert werden kann.

Zum Schluss stelle ich fest: Die umweltpolitische Diskussion dieses Jahres war auch vom Stichwort Klimaschutz geprägt. Ich kann aber nicht erkennen, dass sich in diesem Haushalt der Schwerpunkt Klimaschutz wiederfindet. Alle reden vom Klima, aber in Niedersachsen herrscht für die Regierung offensichtlich ein milder Dauerfrühling. Sie laufen mit Scheuklappen herum, schauen nicht rechts und nicht links. Die weltweiten Klima- und Energieprobleme werden ausgeblendet. Sie waten durch die Gülle, aus der Sie saubere Energie erzeugen wollen, und irren in Ihrer energiepolitischen Sackgasse Atomenergie herum. Herr Minister, nach wie vor nehmen Sie Kurs auf die strahlenden Endlager in Gorleben und Schacht Konrad. Damit ignorieren Sie inzwischen sogar den schwarz-roten Koalitionsvertrag in Berlin.

Wenn ich diesen Haushalt bewerte, stelle ich fest: Sie haben nichts dazu gelernt; weder in Gorleben noch anderswo, weder in der Naturschutz- noch in der Energiepolitik. Diese Politik verdient nicht im Entferntesten den Namen „Umweltpolitik“. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Ebenfalls von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Janßen, bitte!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Drastisch gestiegene Energiepreise und extreme Witterungsverhältnisse und Wetterereignisse weltweit zeigen den Klimawandel überdeutlich und auch die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energiepolitik, gerade und auch in Niedersachsen. Dieses Thema hat nunmehr verbal, zumindest anscheinend, auch die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag erreicht. Allerdings: Mehr als hohle Sprüche sind das nicht. Im konkreten Handeln schlägt sich das bislang nicht nieder.

Ein paar Beispiele: Schon in den eigenen Liegenschaften fangen die Defizite an. Der Energieverbrauch in landeseigenen Gebäuden ist nach wie vor drastisch zu hoch. Eine systematische Erfassung der Energieverbräuche wird nicht vorgelegt. Von systematischer energetischer Sanierung der Landesliegenschaften keine Spur.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]:
Das machen wir, eines nach dem anderen!)

- Abwarten! Bislang sind die Nachfragen nicht befriedigend beantwortet worden.

Contracting ist für Sie immer noch ein Buch mit sieben Siegeln. Landeseigene Gebäude werden für die Fotovoltaikanlagen nicht angeboten. Solarenergie im Wärmebereich: Fehlanzeige auf landeseigenen Gebäuden.

Meine Damen und Herren, die Landeskasse wird dadurch nach wie vor übermäßig mit Energiekosten belastet. Klimaschutz findet hier nicht statt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch aus der groß angekündigten Landesinitiative Energieeinsparung ist bisher nichts geworden

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Doch, ein Energiesparmobil!)

- ja, eben -, außer einem Energiesparmobil, das mit großem Aufwand für ein paar Monate durch

Niedersachsen tourt. Das Geld hätte man wirklich sinnvoller anlegen können, Herr Sander, z. B. für die in Niedersachsen bestehenden Energieberatungsstellen, die man damit finanziell hätte besser ausstatten können, die damit eine dauerhafte Arbeit hätten machen können.

Meine Damen und Herren, auch was Sie darüber hinaus in der Energiepolitik zu bieten haben, ist kleinkariert und ohne Zielsetzung. Herr Sander, Sie wollten die begrenzten Fördermittel des Ökofonds gezielter einsetzen. Tatsächlich sind die Mittel vor allem drastisch gekürzt worden. Selbst diese reduzierten Gelder sind nicht ausgeschöpft worden, weil Ihre Richtlinie in keiner Weise attraktiv ist, innovative Projekte zu begründen. Sie finanzieren im Wesentlichen Mitnahmeeffekte, entfalten aber eben keine Initialwirkung. Der Ökofonds wird damit als Spardose genutzt, und zwar gleich in doppeltem Sinne, weil Sie damit nämlich auch die Einsparauflagen der globalen Minderausgabe erfüllen. Das ist eine Absage an eine zukunftsgerichtete Energiepolitik, die krasser nicht ausfallen kann.

Meine Damen und Herren, einem der wichtigsten Wirtschaftszweige an der Küste, der Windkraft, legt diese Regierung permanent Stolpersteine in den Weg, Beispiel Repowering. Durch Ihren unsäglichen Abstandserlass, der 1 000 m Abstand zur Wohnbebauung fordert, verhindern Sie die Errichtung effizienterer Einrichtungen.

(Christian Dürr [FDP]: Dann sprechen Sie einmal mit den Bürgern vor Ort!)

Sie schaden damit dem Klimaschutz und dem Wirtschaftsstandort Niedersachsen. - Das muss man im Einzelfall vor Ort entscheiden, meine Damen und Herren; das kann man nicht per Richtlinie festlegen, weil die Situation an den einzelnen Standorten nun einmal unterschiedlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Ihre Energiepolitik ist ideenlos und ohne Wirkung, und sie wird von den zuständigen Ministern Sander und Hirche als Randthema ohne jedes Engagement behandelt. Für Sie ist es nichts weiter als eine lästige Pflichtaufgabe.

(Zuruf von der CDU: Nein, nein!)

Die Dramatik der Situation ist hier in Niedersachsen im Handeln überhaupt noch nicht angekommen. Lassen Sie Ihren Worten, Herr McAllister,

Taten folgen, fordern Sie Ihre Minister zum Handeln auf! - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dürr, bitte!

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Umweltpolitik ist die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen von zentraler Bedeutung.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Das wird in Sonntagsreden immer wieder betont und wahlweise als „Leitfaden“, „Grundsatz“ oder „Richtschnur“ bezeichnet.

Aber diese Verantwortung, meine Damen und Herren, ist nicht eindimensional. Es ist nämlich auch die vornehmste Aufgabe des Staates, neben dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zukünftige Generationen vor einer ausufernden Schuldenlast zu bewahren.

Die Konsolidierung der Landesfinanzen ist deshalb im Rahmen einer verantwortlichen Politik eine Daueraufgabe aller Ressortminister. Die Rückführung der Neuverschuldung und eine entsprechende Abbildung im Landeshaushalt sind dabei die eine Seite der Medaille. Ebenso wichtig ist eine effiziente Haushaltsführung während des Jahres. Der Umweltminister hat mit dem erneuten Erreichen der Vorgaben aus der globalen Minderausgabe wieder gezeigt, dass er diesem Anspruch voll und ganz gerecht wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In diesem Zusammenhang - weil Sie es auch erwähnt haben, Herr Kollege Haase - bin ich Herrn Sander ganz ausdrücklich für den Vorschlag zur Kleientnahme aus dem Deichvorland dankbar. Denn genau darum geht es: Mittel des Staates effizient für die Umwelt einsetzen und nicht, wie Sie, an dieser Stelle einfach nur Ideologie zu betreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Darüber hinaus hat das Umweltministerium bereits heute fast ein Viertel der Stelleneinsparungen aus der Verwaltungsmodernisierung erfüllt. Die Auflösung des NLÖ und die Eingliederung des Naturschutzes in den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und jetzt eben auch Naturschutz haben zu erheblichen Synergieeffekten geführt. Wenn man mit den Kommunen spricht, hört man, dass sie mit der Arbeit des NLWKN sehr zufrieden sind.

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Das ist richtig!)

Das Investitionsmoratorium für den NLWKN ist, wie im letzten Jahr angekündigt, für das Jahr 2006 wieder aufgehoben worden. Meine Damen und Herren von der Opposition, auch hier gilt: versprochen und gehalten!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Lassen Sie mich zu einigen Positionen im Landeshaushalt kommen.

Wie wir wissen, waren nach der mittelfristigen Finanzplanung für die so genannten 104er-Verbände, also für die Unterhaltungsverbände, die es vor Ort besonders schwer haben, keine Mittel mehr eingestellt. Ich bin froh, dass das Umweltministerium bereit war, hier noch 500 000 Euro in den Landeshaushalt einzustellen. Durch Umschichtungen haben die FDP- und die CDU-Fraktion weitere 250 000 Euro mobilisiert.

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: So plump verkauft man Kürzungen!)

Damit wird der besonders wichtige Beitrag der Unterhaltungsverbände in Niedersachsen auch entsprechend gewürdigt.

Darüber hinaus haben FDP und CDU mit ihren Änderungsvorschlägen den Ansatz für den Hochwasserschutz im Binnenland von 4,7 Millionen auf 5,4 Millionen Euro erhöht. Damit werden die Bundesmittel in diesem Bereich voll ausgeschöpft. Es freut mich ausdrücklich, Frau Kollegin Steiner, dass die Grünen das genauso sehen und hierzu einen entsprechenden Änderungsvorschlag unterbreitet haben. Vielleicht können Sie Ihren Oppositionskollegen von der SPD einmal erläutern, dass Hochwasserschutz eine der bedeutendsten Aufgaben ist. Denn bei der SPD sucht man einen solchen Änderungsvorschlag vergebens, Herr Kollege Jüttner.

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Richtig!)

Im Rahmen der Haushaltsklausur der FDP ist ein weiterer, wie ich meine, wichtiger Änderungsvorschlag hinzugekommen. Wir wollen 50 000 Euro für Moderationsverfahren bereitstellen - das wird Sie besonders interessieren, Herr Kollege Dehde -, die dazu dienen sollen, den Diskussionsprozess in den für Endlagerstandorte in Betracht kommenden Regionen zu begleiten. Denn der Ex-Umweltminister Trittin hat in der Vergangenheit, indem er Informationen zurückgehalten hat, vor Ort bewusst für Verunsicherung gesorgt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das war nicht nur in der Sache falsch, das war auch unverantwortlich, weil mit den Gefühlen der Menschen gespielt wurde mit dem Ziel, dies am Ende politisch zu eigenen Gunsten auszuschlachten.

Apropos Trittin, wo wir gerade bei den Grünen sind: Ich habe mir natürlich auch die Änderungsvorschläge unserer selbst ernannten Gutmenschenfraktion angeschaut. Korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege! Aber mit dem Vorschlag, die Mittel für die Bisambekämpfung zu streichen - diesen Streichungsvorschlag machen Sie, seit ich diesem Haus angehöre; da hat die grüne Umweltpolitik in Niedersachsen wohl wieder einen Jäger 90 gefunden -, verkennen Sie den ernsten Hintergrund. Wenn das Land diese Zuschüsse nämlich streicht, lassen wir die Kommunen mit dieser Sache allein. Das ist dann die verquere grüne Vorstellung von Konnexität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nachdem Herr Kollege Jüttner gestern bereits von „unseren Pastorentöchtern“ gesprochen hat, komme ich jetzt zu den Pastorentöchtern der SPD hier im Landtag. Erst einmal etwas Generelles zu dem, was Sie hier vorgelegt haben: Die Lustlosigkeit der SPD kann man an ihren Änderungsanträgen zum Haushalt eins zu eins ablesen. Sie halten es, wie es gestern Herr Dehde schon gesagt hat, dann wohl wirklich mit Franz Müntefering: Opposition ist im Prinzip Mist.

(Beifall bei der FDP)

Ich will dem nun nicht unbedingt widersprechen, aber das ist eigentlich schade.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Deshalb wollen wir ja davon auch wieder weg!)

Denn ganz davon abgesehen, dass es die Aufgabe der Opposition ist - jetzt hören Sie genau zu -, tragfähige Alternativkonzepte vorzulegen, macht auch das Regieren viel mehr Spaß, wenn man einen gleichwertigen Partner hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Uns fehlt hier im Umweltbereich so ein wenig die Herausforderung durch Sie. Einen Ihrer wenigen Stürmer, die überhaupt einmal das Tor getroffen haben - es war dann bei ihm zugegebenermaßen oft das eigene Tor -, haben Sie ja gerade nach Berlin verkauft. Wenn es nach Herrn Jüttner gegangen ist, wahrscheinlich ablösefrei, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Aber zurück zu Ihren Vorschlägen! Sie wollen das Projekt „Natur erleben“ - das ist vorhin gesagt worden - faktisch streichen. Ich will das an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Das Projekt „Natur erleben“ findet die volle Unterstützung der FDP-Landtagsfraktion.

(Zuruf von der SPD: Das wundert uns gar nicht!)

Wir wollen die Natur für die Menschen im wahrsten Sinne des Wortes erlebbar machen. Denn nur der, der die Natur schätzt, ist auch bereit, sie zu schützen, meine Damen und Herren. Ideologische Scheuklappen sind hier völlig fehl am Platz. Wir müssen endlich begreifen, dass es von zentraler Bedeutung ist, dass wir die Menschen wieder in die Natur holen. Eine Naturschutzpolitik, die den Menschen ausschließt, wird erfolglos sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich komme langsam zum Schluss. Es ist ja schon interessant, wie Sie zur Finanzausstattung im Umweltbereich überhaupt stehen. Ich habe das einmal durchgerechnet - das ist ja bei nur sechs Änderungsvorschlägen von Ihnen auch nicht sehr schwer; die Grünen haben übrigens 22 gemacht und haben damit jedenfalls an der Stelle gewonnen -: In der Summe wollen Sie im Einzelplan 15 290 000 Euro kürzen. Das passt schlicht und einfach nicht mit dem zusammen, was Herr Kollege Haase hier gerade erklärt hat. Sonst beklagen Sie jede Streichung im Umwelteinzelplan, und jetzt

bitten Sie selbst den Umwelthaushalt zum Aderlass. Das ist schlicht unglaublich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir wissen, dass es Sie ärgert, dass Hans-Heinrich Sander eine andere, eine unideologische Umweltpolitik macht.

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Überhaupt nicht!)

Genau das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Frau Kollegin Zachow zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort, bitte schön!

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Jetzt kommt die Entschuldigung!)

Anneliese Zachow (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Janßen, Sie haben der CDU-Fraktion vorgeworfen, dass wir verbal für das Klima stünden, aber keine Taten kämen. Ich muss Ihnen sagen: So etwas lassen wir nicht im Raum stehen. Denken Sie einmal an das Energieeffizienzprogramm. Wir haben für das Kompetenzzentrum Brennstoffzelle wirklich viel Geld in die Hand genommen, und die Forschung für Biokraftstoffe wird intensiv gefördert.

Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie sich über das Energiesparmobil lustig machen. Wenn Menschen in verständlicher Art und Weise aufgeklärt werden, wo und wie sie Energie sparen können, dann ist das doch kein Grund, sich darüber lustig zu machen. Das ist vielmehr eine vernünftige Aktion.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie werfen uns vor, nur verbal tätig zu sein. Aber wo sind eigentlich Sie? Wo sind Ihre Änderungsanträge zum Einzelplan 08 des Wirtschaftsministeriums, in den der - ich sage einmal - Ökofonds gehört, wo sind sie zum Einzelplan 15, und wo sind sie zum Einzelplan 20, Hochbauten? - Nirgendwo,

an keiner Stelle. Das Wort „verbal“ fällt also auf Sie zurück. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Nun hat Herr Minister Sander das Wort. Bitte schön!

Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Umweltpolitik leisten selbstverständlich auch wir einen Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Genauso wie wir mit den Ressourcen der Natur sorgfältig umgehen, müssen wir das auch mit den Finanzen tun. Daher ist nachhaltige Umweltpolitik und auf Zukunft ausgerichtete Finanzpolitik, die uns Spielräume gibt, wieder politisch gestalten zu können, unser gemeinsamer Nenner. Wenn Sie den Haushaltsplanentwurf 2006 lesen, werden Sie das ganz klar und deutlich feststellen.

Meine Damen und Herren, ein ganz wichtiger Faktor für mich ist, dass wir den Deckungsbeitrag, also den Betrag, der das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben beschreibt, im Haushaltsjahr 2006 sogar noch steigern können. Während der Ursprungshaushalt 2003 des MU noch einen Deckungsbeitrag von 60 % aufgewiesen hat, können wir ihn jetzt auf 64 % steigern. Ich möchte meinen Mitarbeitern in der Umweltverwaltung, im Umweltministerium und insbesondere im Haushaltsreferat herzlich dafür danken, dass sie den Ernst der finanziellen Lage erkannt haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ist notwendig, um in der Umweltpolitik weiter gestalten zu können.

Herr Kollege Haase, eigentlich waren Sie heute toll. Ich kann Sie wirklich nur loben. Sie werden mich auch nicht reizen können.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Dann habe ich etwas falsch gemacht!)

Wenn Sie sich schon von einer sehr interessanten Tagung beim Heimatbund in Wolfenbüttel berichten lassen, die unter der Überschrift „Naturschutz als Staatsaufgabe“ stand, dann hätten Sie von mir

als Liberalen viel wichtigere Mitteilungen entgegennehmen können als eine falsche Zahl. Sie haben eben gesagt, ich hätte dort gesagt, der Ausgabebetrag des Umwelthaushaltes wäre seit 2001 gleich geblieben. Das ist nicht richtig. Das habe ich weder auf dieser Tagung noch im Umweltausschuss gesagt.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Auf dieser Konferenz haben Sie das gesagt!)

Ich habe lediglich gesagt, dass der Anteil des Umwelthaushaltes am Gesamthaushalt nahezu konstant geblieben ist und bei etwa 1,6 % liegt.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das sahen die Teilnehmer anders!)

Dies zeigt, dass die Regierungsfractionen und die Regierung die Bedeutung der Umweltpolitik erkannt haben und sie zumindest so weiterführen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich wäre froh, wenn wir eine bessere Finanzausstattung hätten. Dann könnten wir auch im Umweltbereich wieder die eine oder andere Initiative nach vorne bringen.

Meine Damen und Herren, Umweltpolitik - dazu stehe ich, Herr Kollege Dehde - muss sich auch an den finanziellen Möglichkeiten ausrichten. Für mich sind dabei zwei Dinge besonders wichtig: Erstens müssen wir fachlich Prioritäten setzen. Wir können also nicht ein Sammelsurium an zusätzlichen Aufgaben übernehmen. Zweitens müssen wir die wichtigen Projekte und Vorhaben kontinuierlich und verlässlich umsetzen. Wir dürfen nicht sprunghaft sein und heute ein Programm auflegen und im nächsten Jahr wieder einkassieren, sondern dies muss für die Bürger über einen längeren Zeitraum hinweg erkennbar sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Finanzwirtschaftlich müssen diese Mittel so effizient wie möglich eingesetzt werden.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Bei den Naturschutzverbänden machen Sie es platt!)

Das ist in allen Politikfeldern eine Herausforderung.

Herr Kollege Haase, ich danke Ihnen, dass Sie mich für die heilsame Unruhe an der Küste gelobt haben; denn die Menschen haben erkannt, dass

wir mit den Deichbaumitteln effizienter umgehen müssen. Wir müssen Deiche und nicht irgendwelche Kunstwerke bauen und es dadurch noch zusätzlich verteuern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Klaus-Peter Dehde [SPD]: Können Sie einmal welche nennen?)

Den Regierungsfractionen danke ich insbesondere dafür, dass wir dem Hochwasserschutz im Haushalt wieder die Bedeutung gegeben haben, die notwendig ist, um die Maßnahmen dementsprechend zu erfüllen. Das gilt insbesondere auch für die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung und für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Der nächste Absturz ist programmiert!)

Frau Kollegin Steiner, Ihre Beziehungen zu Berlin sind jetzt nicht mehr ganz so gut, und Ihre Informationen müssen daher mehr auf den Wahrheitsgehalt hin überprüft werden.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Seien Sie einmal nicht voreilig!)

Ihnen ist leider entgangen, dass wir bei der Hochwassermaßnahme Hitzacker vorher mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Rücksprache gehalten haben, ob die damalige Zusage an die alte Landesregierung noch ihre Gültigkeit hat. Erst dann haben wir das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen. Im Gegensatz zu Ihnen machen wir erst eine solide Finanzierung, und dann gehen wir an die Durchführung. Sie haben es genau umgekehrt gemacht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, warum Sie immer Gegensätze konstruieren wollen, wo wir doch in großer Einmütigkeit versuchen - da sind ja alle Fraktionen dabei -, gerade im Bereich des Hochwasser- und Küstenschutzes alles Mögliche auszuschöpfen, damit wir auf dem erreichten Niveau bleiben.

Nun zum Naturschutz. Frau Kollegin Steiner, auch da sind Sie schlecht informiert. Sie haben gesagt, die Kommission habe uns aufgefordert, für 47 Gebiete zusätzliche Erklärungen abzugeben.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: „45“ habe ich gesagt!)

Das war nicht die Kommission, sondern das European Topic Centre, und das hat lediglich nachgefragt, ob alle Erläuterungen von uns richtig und ausführlich gegeben wurden.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Ich verweise auf das Protokoll!)

Dort, wo wir das machen mussten, haben wir das dementsprechend getan.

Meine Damen und Herren, Sie haben das Erfolgsrezept „Natur erleben“ angesprochen. Ich stelle fest, dass sogar Bürgermeister der SPD sagen: Das ist ein wirklich tolles Projekt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ist kein Projekt des Staates, sondern wir machen es mit den Umweltverbänden. Da kommt der Punkt, Frau Kollegin Steiner: Sie kritisieren immer, dass wir mit den Umweltverbänden nicht gut zusammenarbeiten. Auch da sind Sie zum Teil nicht richtig informiert.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das sehen die Umweltverbände aber anders!)

Ganz schlecht informiert sind Sie bezüglich des Energiesparmobils. Die Nachfrage nach diesem Mobil ist so stark, dass gestern sogar der NABU gefragt hat, ob wir nicht noch ein zweites Mobil anschaffen könnten. Meine Damen und Herren, wenn man merkt, dass Interesse vorhanden ist und dass wir es gemeinsam mit den Handwerkern, den Schornsteinfegern und dem Mittelstand - also nicht nur mit den Umweltverbänden - noch besser ausnutzen können, dann müssen wir das machen und dürfen wir es nicht kritisieren. Also auch da sind Sie wieder schlecht informiert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Kollege Haase, ein Spruch war wirklich toll, nämlich der Lichtblick des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Gabriel, der nun am Himmel in Berlin oder Bonn strahlt

(Zurufe von der SPD: Hell erstrahlt!)

- hell erstrahlt -, womit Sie uns große Hoffnungen machen. Eine Umweltpolitik als Nachfolger von Herrn Trittin zu gestalten, das fällt sogar Herrn Gabriel positiv in den Schoß.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich meine, wir sollten ihn auch an seine Verantwortung als ehemaliger niedersächsischer Abgeordneter erinnern, dass er sich für niedersächsische Interessen mit einzusetzen hat und dass es nicht so geht, wie Herr Trittin es getan hat, der uns jedes Mal vors Schienbein getreten hat, wenn es um FFH-Meldungen oder auch um Programme in Niedersachsen ging.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will nur kurz auf Ihre Anträge eingehen. Das sind ja im Grunde genommen alte Hüte. Es geht immer um die Kürzungen bei den Umweltverbänden und den Nationalparkhäusern, wobei ich der SPD da noch sagen muss: Sie haben nicht zur Kenntnis genommen, dass es einen Bericht des Landesrechnungshofes gibt, den wir zu beachten hatten. Insofern sind alle Nationalparkhäuser froh über die sichere und solide Förderung, die sie in den nächsten Jahren erhalten werden.

(Zuruf von Dorothea Steiner [GRÜ-NE])

Die Zahl der Änderungsanträge der Grünen, Frau Steiner, ist in der Tat sehr groß. Das sagt aber nichts über die Qualität aus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Hätten Sie sich auf zwei Anträge beschränkt, wäre das sehr viel besser gewesen. Schlimm ist, dass bei Ihnen - Herr Kollege Dürr hat das gesagt - das Prinzip der Konnexität noch nicht Einzug gehalten hat.

(Zuruf von der SPD: Bei Ihnen doch auch nicht!)

Es ist wichtig, dass wir den Kammern, wenn sie Aufgaben für uns wahrnehmen - ich denke etwa an Aufgaben im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr -, eine entsprechende Erstattung zukommen lassen müssen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich danke Ihnen für die Unterstützung in der Umweltpolitik und für das große Lob. Ich gehe davon aus, dass wir den Weg auch im nächsten Jahr gemeinsam gehen werden. Wir werden an der einen oder anderen Stelle auf Ihre Verbesserungsvorschläge eingehen. Ich kann Ihnen zusagen, dass wir sie prüfen werden. Wir werden sie positiv prüfen. Wenn sie gut sind, dann werden wir sie umsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Wir kommen nun zu dem Bereich

Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich - das kann ja noch relevant werden - die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen.

Jetzt hat für die SPD-Fraktion Frau Stief-Kreihe das Wort. Bitte schön!

Karin Stief-Kreihe (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 09 ist einer der kleinsten Haushalte. Damit sind sicherlich auch Konsolidierungswünsche oder auch Konsolidierungsnotwendigkeiten nur begrenzt umsetzbar. Mehr als 200 Millionen Euro der in diesem Einzelhaushalt insgesamt veranschlagten Mittel in Höhe von 474 Millionen Euro sind Finanzmittel der EU und des Bundes. Durch unseren Änderungsantrag zur Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes soll - genauso wie durch den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - die Bindung der Finanzmittel garantiert werden. Die Bindung der Bundesmittel ist besonders wichtig, da durch sie das Acht- bis Zwölfwache an Investitionen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum ausgelöst werden. Damit handelt es sich zwar um einen relativ kleinen Haushalt, der aber einen sehr hohen Wirkungsgrad hat.

Meine Damen und Herren, wir werden sehr genau darauf achten, dass diese Mittel auch der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum zugute kommen und dass nicht doch ein Teil der Mittel - wie von der Landesregierung im Entwurf vorgesehen - zur Deckung der globalen Minderausgabe verwendet wird. Das wäre im Übrigen nichts Neues; denn auch 2004 haben Sie über 3,7 Millionen Euro unter dem Titel „Straffung der Förderpolitik“ zur Deckung der globalen Minderausgabe verwendet. Das ist übrigens eine sehr interessante Wortschöpfung. „Straffung der Förderpolitik“ steht bei Ihnen für Streichung von Fördermitteln.

Darüber hinaus wurden im Jahre 2004 netto 13 Millionen Euro im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe nicht gebunden. Sie gingen damit dem ländlichen Raum verloren. In diesem Haus hat die Bindung von GA-Mitteln aufgrund des hohen Wirkungsgrades immer eine sehr hohe Priorität gehabt. Ich hoffe, dass Sie dem wieder Rechnung tragen und wir am Ende des Haushaltsjahres nicht erneut feststellen müssen, dass man Geld zurückgehalten hat.

Unser Änderungsvorschlag zum Haushalt sichert die Gegenfinanzierung der aufgestockten Mittel. Dabei haben wir unsere Forderungen, die wir in Bezug auf den Haushalt 2005 erhoben haben, nur zum Teil fortgeschrieben; denn ca. 50 % der Einsparvorschläge, die wir Ihnen für den Haushalt 2005 unterbreitet hatten, ist im vorliegenden Haushalt Rechnung getragen worden. Ich möchte das einmal deutlich machen; denn Sie haben uns dafür im letzten Jahr stark kritisiert. Wir sahen u. a. Einsparmöglichkeiten in Höhe von ca. 600 000 Euro bei den Kammern. Sie, Herr Minister Ehlen, haben damals wie auch in diesem Jahr erklärt:

„Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der SPD-Landtagsfraktion die Streichungen im Agrarhaushalt nicht ausreichen. Dies werde ich den Menschen im ländlichen Raum nicht vorenthalten.“

Nun versetzen uns solche Aussagen nicht gerade in Angst und Schrecken. Aber in diesem Jahr haben Sie unseren Einsparvorschlag, den Sie im letzten Jahr kritisiert haben, übernommen, ja sogar übertroffen.

Ihre Unredlichkeit liegt darin, dass Sie zu Beginn eines Haushaltsjahres mehr darstellen, als Sie letztendlich umsetzen. Das war in der Vergangenheit bei der Gemeinschaftsaufgabe so. Aber es setzt sich auch bei anderen Haushaltsstellen fort. Fast alle Kürzungen in Höhe von rund 2 Millionen Euro, die für das Haushaltsjahr 2005 an verschiedenen Haushaltspositionen vorgenommen worden sind, haben Sie zurückgenommen. In diesem Jahr - so war die Aussage - seien diese Kürzungen in Höhe von 2 Millionen Euro auf andere Haushaltsstellen verlagert worden. Unser Eindruck, dass diese Kürzungen nach dem Prinzip der Beliebigkeit vorgenommen werden - mal ist der dran und mal der -, konnte durch Ihr Haus, Herr Minister Ehlen, leider nicht widerlegt werden.

(Zuruf von Ursula Körtner [CDU])

- Daran wird es wahrscheinlich liegen.

Streit mit dem Landesrechnungshof gab es über die institutionelle Förderung der Marketinggesellschaft. Ich möchte für meine Fraktion deutlich sagen: Wir halten eine Agrarmarketinggesellschaft in einem Agrarland wie Niedersachsen für zwingend erforderlich. Aber auch hier muss über neue Konzepte nachgedacht werden, um die niedersächsische Marketinggesellschaft zu stärken und nicht zu schwächen.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das machen wir ständig!)

Auch andere Einrichtungen und Organisationen, die durch Landesmittel gefördert werden, nehmen Marketingaufgaben wahr. Das muss einmal genau durchleuchtet werden mit dem Ziel, die Kräfte zu bündeln und nicht nach dem Prinzip zu verfahren: Jeder macht ein bisschen.

Die Forderung des Landesrechnungshofs nach einer konkreten Zieldefinition und Kontrolle ist zu unterstützen und sollte eigentlich auch im ureigensten Interesse des Landes liegen.

Den Punkt Lebensmittelkontrolle/Lebensmittelsicherheit will ich heute nicht ansprechen.

(Zuruf von der CDU: Das ist gut so!)

Wir werden uns in den nächsten Tagen und Wochen noch ausgiebig damit beschäftigen. Sicher ist aber: Mit einem - wie es letztes Mal im Plenum gesagt wurde - „Es ist alles in Ordnung, und wir machen weiter wie bisher“ werden wir Sie nicht durchlassen.

Ungeklärt ist bisher auch die Verwendung der Modulationsmittel in Höhe von rund 15 Millionen Euro, die in den nächsten Jahren steigen werden. Besonders die Landwirtschaft, die an anderer Stelle Kürzungen zugunsten der Modulation hinnehmen muss, hat Anspruch auf die konkrete Festlegung von Maßnahmen. Auch hier wird bisher nach dem Prinzip „Weiter so“ verfahren.

Offen bleibt außerdem eine globale Minderausgabe in Höhe von fast 4 Millionen Euro. Man wird den Eindruck nicht ganz los, dass manche scheinbar willkürliche Erhöhung einiger Haushaltsstellen die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe zum Ziel hat. Das allerdings würde dem Grundsatz der Haushaltsklarheit und -wahrheit widersprechen.

Meine Damen und Herren, zum Haushalt gehören auch die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen. Die Bindung der GA-Mittel habe ich bereits erwähnt. Mit unserem Antrag „Chancen der nachwachsenden Rohstoffe für die stoffliche und energetische Nutzung ausschöpfen“ haben wir bereits einen Schwerpunkt dargestellt. Wir haben - das habe ich schon beim letzten Plenum erwähnt - im Rahmen des Haushalts 2006 zunächst einmal auf eine Erhöhung der Fördermittel verzichtet, da wir der Meinung sind, dass man die Fördermöglichkeiten der verschiedenen Ressorts - ob das nun das MW, das MU oder das MWK ist - wesentlich effektiver verknüpfen und Synergieeffekte stärker ausschöpfen muss. Bei der Beratung haben wir aber leider feststellen müssen, dass für diesen Bereich zwischen den Häusern keine Koordination erfolgt mit der Folge, dass das eine Ressort im Grunde nicht weiß, was das andere Ressort fördert.

Im Ressort des ML liegen viele Querschnittsaufgaben wie z. B. die integrierte ländliche Entwicklung und das Regionalmanagement. Trotz interministeriellem Arbeitskreis gibt es immer noch ein striktes Ressortprinzip und ein striktes Ressortdenken. Das entspricht nun aber gar nicht dem Ziel einer integrierten Entwicklung. Die Schwächen werden besonders deutlich, wenn Ihnen Fachleute dringend raten - so auf der letzten Fachtagung zur Landesraumordnung -, die Arbeitsweise, die Effektivität und die Ergebnisse des IMAK auf den Prüfstand zu stellen. Im Übrigen ist dieses strikte Ressortprinzip auch in der Enquete-Kommission zur demografischen Entwicklung sehr hinderlich. Eingebunden ist das Ganze natürlich in die Erarbeitung eines neuen EU-Förderprogramms zur ländlichen Entwicklung für den Zeitraum 2007 bis 2013, auch wenn der finanzielle Rahmen noch nicht bekannt ist.

In den Regionalkonferenzen wurden Maßnahmen vorgeschlagen, die den nachteiligen Folgen der demografischen Entwicklung entgegenwirken sollen. Auch eine Konzentration von Maßnahmen auf ausschließlich wissensintensive Technologien wurde kontrovers diskutiert, bis hin zu den Forderungen aus den Kommunen, einen Globalzuschuss zur bedarfsgerechten Regionalentwicklung zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt war das Ergebnis der Regionalkonferenzen nicht einfach „Weiter so wie bisher“ und „Fortschreibung der bisherigen Förderprogramme“; erwartet wird vielmehr eine Neuausrichtung der Förderprogramme bzw. eine Überarbeitung der

Richtlinien. Wir jedenfalls wollen uns damit intensiv auseinander setzen.

Meine Damen und Herren, ein besonderes Augenmerk der Kommunen richtet sich gegenwärtig auf die Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms. Am liebsten würden die Kommunen natürlich alles selbst regeln, obwohl noch nicht einmal alle Landkreise ein eigenes Regionales Raumordnungsprogramm aufgestellt haben. Die spannende Frage wird also sein, wie viel Steuerungs- und Planungshoheit das Land zukünftig behalten will oder behalten muss und wie stark das Land über den „goldenen Zügel“ die Kommunen zur Kooperation und zu Zusammenschlüssen wie z. B. in Lüchow-Dannenberg zwingen wird. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, wie viele Querschnittsaufgaben hier enthalten sind; denn es betrifft wiederum auch andere Ressorts.

Interessant ist auch die Frage: Folgt der Auflösung der vier Bezirksregierungen die Einteilung Niedersachsens in drei Metropolregionen, wie es uns auf der letzten Fachtagung zur Landesraumordnung von einem Vertreter der Staatskanzlei vorgestellt wurde? - Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen schon heute sagen: Das werden wir und auch ein Großteil der Kommunen nicht mitmachen.

Weiterhin halten wir an dem Grundsatz gleichwertiger Lebensbedingungen in den unterschiedlichen Teilräumen Niedersachsens fest. Das muss auch das neue Landes-Raumordnungsprogramm sicherstellen.

Meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun. Es konnten nur einige Themenschwerpunkte angesprochen werden. Vieles ist im Umbruch. Vieles ist sicherlich auch neu von der Ressortzuständigkeit her, wenn ich z. B. an den Bereich der Landesraumordnung denke. Vieles ist unerledigt. Das wird an den letzten genannten Punkten besonders deutlich. Gerade im kommenden Jahr wird sich zeigen, ob der Einzelplan 09 nicht wesentlich stärker Schwerpunktsetzungen vornehmen und sich von einigen Kleinstförderungen verabschieden muss. Ich kann Ihnen auf jeden Fall jetzt schon versprechen, dass sich die SPD-Fraktion mit eigenen Anträgen zu den von mir skizzierten Schwerpunkten deutlich äußern und einbringen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die FDP-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet der Herr Kollege Oetjen. Bitte!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Das Jahr 2005 war von großen agrarpolitischen Veränderungen geprägt. Die Agrarreform greift im ersten Jahr. Niedersachsen diskutiert über die Fusion der Landwirtschaftskammern. Auf Bundesebene gab es heiße agrarpolitische Debatten über die Schweine- und Hennenhaltung, über grüne Gentechnik sowie über Düngung und Pflanzenschutz. Am Schluss dieser Debatte auf Bundesebene stand ein großer Erfolg für die deutsche Agrarpolitik, wahrscheinlich der größte seit vielen Jahren; denn nach der Bundestagswahl ist Renate Künast aus dem Amt der Landwirtschaftsministerin ausgeschieden. Dafür, meine Damen und Herren, sind wir dankbar.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich sage hier aber auch: Wir von der FDP werden den neuen Agrarminister Horst Seehofer genau unter die Lupe nehmen und seine Politik auf ihre Verträglichkeit für die niedersächsischen Bauern hin untersuchen. Auch wenn Horst Seehofer Bayer ist und man die bayerische Agrarpolitik bekanntermaßen besonders genau prüfen muss, bin ich dennoch nicht hoffnungslos, dass von der neuen Bundesregierung eine gute Agrarpolitik betrieben werden könnte. Das liegt daran, dass sich Seehofer einen ausgewiesenen Experten als beamteten Staatssekretär in sein Haus geholt hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich wünsche von dieser Stelle aus Gert Lindemann im neuen Amt alles Gute und danke ihm für seine in Niedersachsen geleistete Arbeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

An dieser Stelle könnten die Kollegen von der SPD eigentlich auch klatschen; denn unter ihr war er Abteilungsleiter.

Im Jahr 2006 müssen viele Baustellen bearbeitet werden. Ich nenne beispielhaft die Umsetzung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, die für die niedersächsischen Veredlungsregionen von existenzieller Bedeutung ist, Herr Kollege Große Macke. Ich nenne außerdem die schwierige Situation im Bereich Milch, die wir auch im Jahr 2006 weiter

begleiten müssen. Schließlich nenne ich die Zuckerwirtschaft, die wir beim Abschmelzen der Zuckermarktordnung begleiten müssen.

Für die Zukunftsfähigkeit unserer Landwirtschaft ist aber ein weiteres Thema von höchster Bedeutung, nämlich die Novelle des Gentechnikgesetzes. Meine Damen und Herren, wir können es uns nicht leisten, eine Zukunftsbranche aus ideologischen Gründen aus unserem Land zu vertreiben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Mittelpunkt der niedersächsischen Agrarpolitik von CDU und FDP steht weiterhin der unternehmerische wettbewerbsfähige Landwirt. Wir richten unsere Politik auf diese Betriebe aus. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass in Zukunft Regelungen, die von europäischer Ebene kommen, Herr Kollege Klein, nur noch eins zu eins umgesetzt werden; denn mit dem Draufsatteln, das Ihre Partei und Frau Künast betrieben haben, muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei der FDP)

In Niedersachsen gehen wir unseren konsequenten Kurs in der Agrarpolitik weiter. Im Haushaltsjahr 2006 werden wir die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vollständig binden können. Hier stehen für Projekte in Niedersachsen insgesamt mehr als 8,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir auf die Agrarforschung. Dafür stellen wir zusätzlich 214 000 Euro zur Verfügung, was einem Mittelzuwachs gegenüber dem Jahr 2005 um etwa 30 % entspricht. Das ist eine direkte Investition in die Zukunft unserer Landwirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Auch die Maßnahmen des ökologischen Landbaus werden unverändert mit 1 Million Euro - wie in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen - gefördert. Ich kann verstehen, dass Sie von den Grünen an dieser Stelle zusätzliches Geld ausgewiesen haben wollen. „Jedem Tierchen sein Pläsierchen“ sagt man ja auch. Mit diesem Ansatz halten wir aber den ökologischen Landbau in Niedersachsen meiner Meinung nach auf einem guten Niveau. Ich bin zuversichtlich, dass möglicherweise auch Teile der Modulationsmittel dem Ökolandbau zugute kommen können. Für die FDP sage ich ganz deut-

lich: Auch der Ökolandbau hat seinen festen Platz in der niedersächsischen Landwirtschaft.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nun ein Wort zu den Landesforsten. Ich bin sehr stolz darauf, wie sich die Situation in den Landesforsten entwickelt. Ich möchte mich ausdrücklich bei Herrn Dr. Merker und bei seinem Team an der Spitze der neuen Anstalt öffentlichen Rechts dafür bedanken, dass sie unseren Kurs einer nachhaltigen Nutzung unseres Waldes unter Einhaltung von wirtschaftlichen und ökologischen Prinzipien so konsequent verfolgt, wie wir ihn aufgezeigt haben.

(Beifall bei der FDP)

Nun noch einige Worte zum Änderungsvorschlag der SPD. Ich gewinne den Eindruck, dass hier und da ein paar Mittel zusammengeklaut wurden, bei denen man dachte: Na, dort schadet das ja nicht. - Liebe Karin Stief-Kreihe, ich sage Ihnen aber: So macht man keine seriöse Haushaltspolitik. Als ich dann die Einsparungen bei der Grünen Woche gesehen habe, dachte ich: Das kann doch wohl nicht wahr sein. Da will die SPD tatsächlich, dass sich das größte und wichtigste Agrarland, nämlich Niedersachsen, nicht mehr bei der Bund-Länder-Schau auf der größten und wichtigsten Agrarmesse, der Grünen Woche in Berlin, präsentiert. Das kann ich wirklich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Karin Stief-Kreihe [SPD]: Das hast du nicht verstanden!)

Die Grünen schlagen in ihrem Antrag vor, die Förderung für die Fischwirtschaft um 1,3 Millionen Euro zu kürzen und damit praktisch auf null zu reduzieren. Lieber Herr Kollege Klein, eigentlich sollten Sie wissen, dass Sie damit unserer Küstenregion einen Bärendienst erweisen. Dort sind die Betriebe nämlich auf diese Mittel angewiesen. Daher bleiben sie auch im Haushalt stehen.

Ich meine, wir haben einen guten und ausgewogenen Einzelplan 09, der den Anforderungen an eine moderne Agrarpolitik in allen Punkten gerecht wird. Für die Ausarbeitung des Zahlenwerks danke ich ganz ausdrücklich Herrn Hagelberg und Herrn Minister Ehlen, und ich danke auch Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Kollege Klein das Wort.

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Minister Ehlen hat in seiner Haushaltsrede gesagt, alles in allem sei es ein eher schwieriges Jahr für die niedersächsische Landwirtschaft gewesen. Man könnte ergänzen: Daran hat die Haushaltspolitik dieser Landesregierung wenig geändert, und daran wird sie auch 2006 nicht viel ändern. Man könnte aber auch auf die Gewinnsteigerungen im letzten Wirtschaftsjahr von fast 48 % für die niedersächsische Landwirtschaft und speziell bei den Schweinemästern von sogar 245 % hinweisen und fragen, woher der Herr Minister eigentlich seine Informationen hat.

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit beginnen. Die Landwirtschaft muss sich darauf einstellen, ihre durch die Breitenförderung gekennzeichnete Sonderrolle zu verlieren, und sie muss sich ebenso darauf einstellen, dass sich die Politik auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen zurückzieht. Landwirtschaft ist zu großen Teilen Wirtschaft. Wir plädieren für eine stärkere Integration in diesen Bereich und für die Nutzung eines gemeinsamen Instrumentariums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der einzelbetrieblichen Förderung außerhalb von Pilotprojekten - das sage ich deutlich - müssen wir weg vom verlorenen Zuschuss und hin zu revolvingierenden Fonds, die eine dauerhafte Entlastung des Landeshaushalts ermöglichen. Ein weiteres Kriterium für die Investitionsförderung muss die Bindung der Mittel an die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen sein. Alle Evaluationen der bisherigen Förderpraxis belegen dazu ein deutliches Defizit in der Vergangenheit und Gegenwart. Dazu gehört natürlich auch, dass nicht mehr nur der landwirtschaftliche Betrieb an sich, sondern alle Wirtschaftssektoren im ländlichen Raum Bezugsgröße für die Regionalförderung sind. Herr Minister Ehlen, Sie wissen doch seit langem, dass der frühere Agrarfonds bis in die Direktzahlungen hinein längst ein Entwicklungsfonds für den gesamten ländlichen Raum geworden ist. Es wäre ein Stück Ehrlichkeit, wenn Sie nicht länger die Formel von den Bauerngeldern, die wieder in den

Betrieb zurückfließen müssen, vor sich hertragen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für unsere staatliche Fürsorge ist aber die andere Seite der Landwirtschaft relevanter, nämlich die Aufgaben, die die Landwirtschaft in den Bereichen Landschaftspflege, Umwelt und Tierschutz übernimmt. Deshalb ist es sinnvoll, eine Konzentration auf die Cross-Compliance-Beratung vorzunehmen und die Förderung der Ökolandbauberatung beizubehalten.

Für die staatliche Aufgabe, den Agrarbereich nachhaltiger zu gestalten, gibt es nach wie vor Handlungsbedarf und zu wenig Geld. Bei Vorarbeiten für die künftige ELER-Förderstrategie ist dieser Handlungsbedarf erneut dokumentiert worden. Hören Sie bitte zu: Immer noch sind mehr als zwei Drittel aller in Deutschland vorkommenden Biotoptypen als gefährdet eingestuft. 15 % sind sogar von völliger Vernichtung bedroht. 36 % aller Tierarten sind im Bestand gefährdet, ebenso 26,8 % aller heimischen Farn- und Blütenpflanzen. 70 bis 80 % der gefährdeten Arten gehören zur Ackerbegleitflora und -fauna. Natürlich sind Land- und Forstwirtschaft nicht ausschließlich für diese Situation verantwortlich. Aufgrund ihres Flächenanteils von über 83 % haben sie aber eine enorme Verantwortung in diesem Bereich. Für nur 14 % unserer Gewässer, Frau Klopp, wurden bis heute die Umweltziele erreicht. Relevant dafür sind diffuse Nährstoffeinträge primär aus der Landwirtschaft. 53 % unserer Grundwasserbestände weisen Defizite auf. Schwerpunkt der stofflichen Belastung ist Nitrat aus landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Was heißt das für die PROLAND-Förderung und für die Verwendung der Modulationsmittel? - Wir brauchen mehr Mittel für die Agrar- und Forstumsweltmaßnahmen zur Verbesserung von Umwelt und Landschaft. Wir brauchen mehr Geld, um den Zustand von und die Vielfalt an Lebensräumen für heimische Tiere und Pflanzen zu verbessern. Wir brauchen mehr Geld, um Schadstoffeinträge in Boden, Wasser und Luft durch entsprechende Bewirtschaftungsmaßnahmen zu reduzieren. Das heißt: keine Kürzung von Mitteln für den Ökolandbau, wie sie im Haushalt vorgesehen ist, und auch kein Verkauf der einzigen Domäne, die biologisch bewirtschaftet ist, nämlich des Holländerhofes, der keinesfalls zerschlagen werden sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen die Erhaltung genetischer Ressourcen bei Nutzpflanzen und Nutztieren. Hier müssen Verbesserungen erreicht werden. Wir brauchen nicht die unerwünschte Agrargentechnik, die genau das Gegenteil bewirkt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Für die Aufrechterhaltung eines attraktiven Landschaftsbildes brauchen wir ebenfalls mehr Geld. Auch in diesem Haushalt fehlt nach wie vor ein Weideprogramm. Wir brauchen weiterhin mehr Geld für die Erhöhung der Stabilität der Naturnähe der Wälder. Es darf nicht zum Herausschlagen der letzten Reserven kommen. Damit wären wir beim Thema Forsten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Finanzminister mag es ja freuen, dass die Anstalt öffentlichen Rechts auf dem Weg zur schwarzen Null im Jahre 2008 vorankommt. Ob es aber auch den niedersächsischen Wald freut, ist eine andere Frage. Wer in den letzten Monaten mit offenen Augen durch den Wald gegangen ist, konnte etwas über den Preis für diesen monetären Erfolg erfahren. Die Planungen für massive Einschläge im Bereich alter Eichen im Naturschutzwald Hasbruch waren nur die Spitze des Eisberges.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn dort unter dem öffentlichen Druck gerade zurückgerudert wird, kann uns das nur bedingt beruhigen. Überall in Niedersachsen finden wir Vergleichbares.

(Christian Dürr [FDP]: Waren Sie schon einmal im Hasbruch?)

Angesichts der Marktlage hat diese Praxis den Charakter von Notverkäufen. Auch so kann man Landesvermögen verschleudern. Dass damit auch das vorbildliche niedersächsische LÖWE-Programm eher zum Kätzchen-Programm und zum reinen Lippenbekenntnis wird und das damit die Gleichwertigkeit der Waldfunktionen Nutzen, Schutz und Erholung nur noch auf dem Papier steht, entspricht unseren Befürchtungen im Zusammenhang mit der Zerschlagung der niedersächsischen Forstverwaltung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das hat nichts mehr mit der angestrebten Nachhaltigkeit zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme nun zum Verbraucherschutz. Aktuell ist hier natürlich mitten im Gammelfleischskandal zuerst das Thema Lebensmittelsicherheit anzusprechen. Ich werde dazu jetzt aber nichts weiter ausführen, weil wir morgen über die Notwendigkeiten reden werden. Klar ist doch aber, dass mit der Strategie Schluss sein muss, dass Eigenkontrolle staatliche Kontrollen ersetzen kann. Das kostet Geld und wird nicht ohne Auswirkungen auf den Haushalt bleiben.

Überhaupt nicht ins Bild passt das anhaltende Kaputtsparen der Verbraucherzentrale Niedersachsen. Fast schon im Sinne einer fixen Idee missbrauchen Sie das Leitbild vom mündigen Verbraucher, um ihn auf immer komplexeren, auf immer globaleren und unverständlicheren Märkten allein zu lassen. Auch ein mündiger Verbraucher braucht massive Unterstützung beim Schutz vor immer raffinierteren Marketingmethoden der Wirtschaftsexperten. Einen Beitrag zur Umsetzung des Leitbildes eines nachhaltigen Konsums sucht man in diesem Haushalt vergebens. Herr Minister, es wäre ehrlicher, wenn Sie den Verbraucherschutz aus dem Namen Ihres Ministeriums herausstreichen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unterentwickelt ist auch der Bereich der Ernährungsberatung - jedenfalls, wenn man Sie an den Aussagen in der gestrigen Aktuellen Stunde misst und wenn Sie diese Aussagen ernst nehmen. Wir haben deshalb in einem Änderungsantrag eine entsprechende Aufstockung vorgenommen. Wichtig ist doch, dass wir bei diesem Punkt vom beschränkten Topfdenken wegkommen. Investitionen in die Ernährungsberatung, vor allem in Reaktion auf das bei Kindern bekannte Übergewichtsproblem, sind Investitionen in die künftige Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Menschen.

(Christian Dürr [FDP]: Aber es passt doch nicht zusammen, was Sie da sagen, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, Sie erzielen damit allerhöchste Renditen. Natürlich fließen diese Renditen nicht in den Einzelplan 09 zurück, obwohl ein gutes Ernährungswissen durchaus positive Effekte

auf die niedersächsische Land- und Ernährungswirtschaft haben kann.

Lassen Sie mich als letzten Punkt das jüngste Kind des ML, die Raumordnung, ansprechen. Überspitzt möchte ich sagen: Mich wundert, dass in diesem Haushalt überhaupt noch Mittel für Raumordnung stehen. Kopfschütteln musste doch schon die öffentliche Schelte des Ministerpräsidenten für die eigene Fachverwaltung auslösen. Die Diskussion um die Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms macht deutlich, wohin die Reise gehen soll. Unter der Überschrift „Deregulierung und Beschränkung auf Grundsätze“ wird eine wirksame Landesraumordnung praktisch über Bord geworfen. Den Kommunen werden Aufgaben zugeschoben, für die sie - das zeigen zahlreiche Einzelbeispiele in der Praxis - weder fachlich noch organisatorisch die Voraussetzungen besitzen.

Gerade im Rahmen des demografischen Wandels ist es fachlich unstrittig, dass Landesraumordnung Stabilisierungs- und Schrumpfungsprozesse moderieren und ausgleichen muss. Die Kommunen in diesem zu erwartenden - und ich garantiere Ihnen - knochenharten Verteilungswettbewerb allein zu lassen, ist unverantwortlich. Wir jedenfalls werden diesen Ersatz fachlicher Notwendigkeiten durch ideologische Borniertheit nicht unterstützen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Große Macke. Bitte!

(David McAllister [CDU]: Jetzt geht es los! Hohe Erwartungen!)

Clemens Große Macke (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Restverbliebene hier im Saal! Für mich ist es hoch interessant: Anscheinend ticken Agrarpolitiker tatsächlich etwas anders als viele andere Politiker. Ich möchte gerne mit einem Lob an meine Kollegen von SPD und Grünen beginnen. Im Gegensatz zu vielen anderen Ausschüssen, in denen das anscheinend nicht so war, haben sie sich bei den Änderungsvorschlägen, die sie eingebracht haben, sehr viel Mühe gemacht. Ich habe sie mitgebracht. Sie umfassen knapp eine Seite - allerdings von beiden Fraktionen. Und,

das muss ich sagen, da sind schon einige Granaten dabei. Von denen möchte ich auch berichten.

Es kann nicht sein, was die Grünen machen bzw. was der Kollege Klein macht. Denn Niedersachsen ist ein Land, in dem Fischereiwirtschaft prägt.

(Zustimmung bei der CDU)

Mein lieber Kollege Klein, waren Sie bei der Haushaltsklausurtagung eigentlich gar nicht dabei?

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Bei Ihrer nicht!)

Es kann doch nicht sein, dass Sie die Zuschüsse zur Verarbeitung und Vermarktung fischwirtschaftlicher Produkte von 1,5 Millionen Euro um 1,3 Millionen Euro - nicht auf, sondern um - auf dann noch 200 000 Euro kürzen wollen. Sie wissen ganz genau, dass mit diesen Mitteln auch EU-Mittel kofinanziert werden können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Insgesamt fliegen der niedersächsischen Fischereiwirtschaft, wenn es nach Ihnen geht, fast 5 Millionen Euro weg. Was bedeutet das für Niedersachsen? Was bedeutet das beispielsweise für eine Stadt wie Cuxhaven, einem der bedeutendsten, wenn nicht gar *dem* bedeutendsten Fischereistandort in Deutschland? - In dieser Stadt trat noch vor geraumer Zeit, wenn ich mich richtig erinnere, ein Kollege zur Bürgermeisterwahl an, der dort Oberbürgermeister werden wollte, der aber hier Dinge beschließt, zu denen ich einfach sagen: Gott sei Dank, Cuxhaven hat Glück gehabt und diesen Kollegen nicht wählen dürfen bzw. müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Quatsch!)

Ich halte es nicht für respektvoll, wenn man auf der einen Seite gegen die Verschlickung von des Fedderwarder Siel protestiert und auf der anderen Seite gleichzeitig die Fischerei dem Bankrott aussetzt - und mir ist egal, ob Küstenfischerei oder Binnenfischerei.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es wird doch gar nicht bestritten: Der ländliche Raum und auch die Landwirtschaft werden weiterhin großen Strukturanpassungen ausgesetzt werden. Ich nenne Ihnen nur die Auswirkungen der Zuckermarktreform, die einen großen Teil unseres Landes Niedersachsen betrifft. Ich möchte aus-

drücklich anmerken: Es waren Unionsminister, die für unsere über 10 000 Zuckerrübenbauern noch etwas herausgerissen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das waren Minister Heiner Ehlen und Minister Horst Seehofer.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Das sind doch Legenden!)

Und was Frau Künast in 1 726 Tagen - und seien Sie versichert: als Landwirt habe ich jeden Tag genossen - Amtszeit nicht schaffen konnte,

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ihr könnt von Glück sagen, dass sie das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort geholt hat!)

wollte oder durfte, schaffte unser neuer Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer einen Tag nach Dienstantritt. Gott sei Dank, Gratulation Deutschland!

(Beifall bei der CDU - Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Die europäischen Staaten waren dagegen!)

Wir geben dem ländlichen Raum und unseren Landwirten eine Perspektive, und zwar durch bessere Konzepte, bessere Ideen und vor allem durch einen wesentlich besseren und ausgeglicheneren Haushalt, als es die Oppositionsfraktionen versuchen.

(Beifall bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das ist ganz schön billig, was Sie da machen!)

Uns als den Fraktionen für den ländlichen Raum, den Fraktionen von FDP und CDU, ist es wichtig, die Betriebe und den ländlichen Raum auf die globalen Herausforderungen vorzubereiten. Ich höre bei meinem Kollegen Klein in seiner Haushaltsrede immer nur: mehr Geld, mehr Kosten, mehr Kontrolle, mehr Staat.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Das ist doch eine Sprechblase!)

Aber dann vom Markt reden und ein Weideprogramm fordern!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Schenken Sie den Bauern mal reinen Wein ein!)

Die Stärkung des ländlichen Raumes zählt zu den herausragenden Zielen unserer Politik. Die Förderung des ländlichen Raumes ist natürlich eng mit PROLAND verbunden. Lebendige ländliche Räume, lebendige dörfliche Strukturen zu erhalten, in denen die vielfältige Rolle von Landwirtschaft honoriert wird, ist eines der umfassenden Ziele dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit PROLAND schaffen wir die Stärkung des Agrar- und Forstsektors. Mit PROLAND steigern wir die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Gebiete, aber wir erreichen auch die Sicherung des ländlichen Kulturerbes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Weiter schützen wir die Umwelt. Aus diesen Handlungsfeldern wird ein breites abgestimmtes Angebot erforderlich. Wir haben diese Fördermöglichkeiten in Niedersachsen seit Jahren genutzt. Wir haben mit 950 Millionen Euro gefördert. Wir haben Investitionen von fast 2 Milliarden Euro ausgelöst. Wir haben 83 Millionen Euro zusätzliche Mittel aus Rückflüssen kompensieren können. In welcher Höhe Niedersachsen - und ich bin dankbar, dass es auch von meiner Kollegin so gesagt worden ist - vom künftigen Landwirtschaftsfonds profitieren kann, ist allerdings noch unklar.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Fragen Sie einmal die FAL!)

Ein wichtiges Instrument ist dabei für mich in Zukunft auch die Maßnahme der integrierten ländlichen Entwicklung, für die die Landesregierung schon heute Mittel einplant.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Große Macke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Meyer?

Clemens Große Macke (CDU):

Von Herrn Meyer lieber nicht.

(Heiterkeit)

Sie leistet in Zukunft im überbetrieblichen Bereich unverzichtbare Beiträge für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Für die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum sind die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zwingend erforderlich.

Das Jahr 2006 ist durch eine kontinuierliche Fortsetzung - dafür bin ich sehr dankbar - dieser Maßnahmen gekennzeichnet. Ich weiß, wovon ich rede, ich komme aus Cloppenburg, einer wirtschaftlich prosperierenden Region, von der viele sagen können: Mensch, das war einmal die Armenregion Deutschlands. Hut ab vor dem, was die Menschen dort geschaffen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Da ist es schön schwarz! - Bernd Althusmann [CDU]: Da ist Schwarz auch schön!)

- Ja, da ist es schön schwarz. - Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und an den Geräten draußen oder auf dem Weg nach draußen - - -

(Heiterkeit)

Wird mir das jetzt von der Redezeit abgezogen?

Ich möchte gern auf einige größere Maßnahmen eingehen. In diesem Jahr wurden 29 Verfahren neu in das Flurbereinigungsprogramm aufgenommen. Die Schwerpunkte und die Notwendigkeit von Flurbereinigungen brauche ich nicht zu erläutern. In das Dorferneuerungsprogramm wurden in diesem Jahr 19 Dörfer neu aufgenommen. Im Jahr 2005 hat die Landesregierung dafür fast 35 Millionen Euro aufgewendet.

Ein Punkt, der immer wieder angesprochen wird, ist die landwirtschaftliche Beratung.

(Zuruf von Hans-Jürgen Klein [GRÜNE])

Auch wenn es 2006 keine institutionelle Förderung von Beratungsringen mehr geben wird, ist es gelungen, was ja auch von Ihnen positiv beschieden wird, mit EU-, Bundes- und Landesmitteln in Höhe von etwa 4 Millionen Euro Zuschüsse für Cross-Compliance-Beratung zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich würde mich sehr freuen, wenn ich außerhalb dieses Plenums einigen Fachleuten aus dem ländlichen Raum Cross Compliance einmal etwas näher bringen könnte. Das halte ich für wichtig, weil, wie Sie wissen, die EU mit Cross Compliance hohe Anforderungen, eine hohe Nachweissicherheit und ein ausgetüfteltes Kontrollsystem verbindet. Wenn ein Landwirt gegen diese Regeln verstößt, kommt es zu fühlbaren Kürzungen der Direktzahlungen. Deswegen sind diese auch von Niedersachsen

angeschobenen einzelbetrieblichen Managementsysteme ein absoluter Erfolg. Die Zahl der schon im ersten Jahr an diesem Programm teilnehmenden landwirtschaftlichen Betriebe hat das sehr deutlich gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Auf die vollständige Bindung der GA-Mittel brauche ich nicht einzugehen. Es war schön, dass selbst von der SPD dazu ein Antrag gestellt wurde. Aber wie fast immer waren wir auch hier wesentlich schneller.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landwirtschaftskammer, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für mich eine Erfolgsgeschichte. Das habe ich schon im letzten Plenum gesagt. Die anstehende Fusion ist nicht nur aus Gründen des Bürokratieabbaus ein voller Erfolg. 17 Behörden haben bislang als Ansprechpartner für die Landwirte dienen müssen; heute werden diese Aufgaben von einer Stelle gebündelt wahrgenommen. Die Einsparungen dürfen sich sehen lassen. Gegenüber der Mipla werden durch diese Fusion zusätzliche 1,2 Millionen Euro eingespart.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann mir einen Hinweis nicht verkneifen, Frau Stief-Kreihe: Dass das gelingt, hätten Sie im letzten Jahr, glaube ich, noch nicht erwartet, wenn man den Protokollen glauben darf.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Den Protokollen muss man glauben! Die machen das ordentlich!)

Einige hier im Raum nennen so etwas Prosa, ich nenne es eine gelungene Verwaltungsreform.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir sind immer für Reformen! - Zuruf von Karin Stief-Kreihe [SPD])

Auf das Störfeuer mit den Ökobetrieben ist mein Kollege Jan-Christoph Oetjen schon eingegangen. Die Ökobetriebe brauchen sich keine Sorgen zu machen. Auch mein Betrieb ist ein Ökobetrieb. Wenn diese Gelder nicht aufgestockt werden, kann es durchaus sein, dass mein eigener Betrieb von den Mitteln in diesem Jahr nicht profitiert. Dann steht dieses Geld aber sicherlich anderen Ökobetrieben zur Verfügung. Das Kompetenzzentrum

Ökolandbau Niedersachsen und die Aktionstage Ökolandbau werden weiterhin gefördert werden. Ich halte viel davon, im Benchmark mit den Besten der Welt auf der größten Ausstellung tätig zu sein. Wir dürfen nicht danach schauen, wo es am billigsten ist, sondern wo wir am meisten lernen können. Das ist das Gebot der Stunde im Wettbewerb.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eines ist doch klar: Zusammen mit Landwirten und Beratern entwickeln wir weiterhin Praxisversuche. Das zeigt: Man braucht nicht immer Geld aus dem Haushalt. Wenn Sie kompetent sind, bekommen Sie auch von diesen Beratungsringen Anfragen für Vorträge, Seminare und Moderationen und können dort Ideen liefern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein anderer wichtiger Bereich ist für mich das Landesamt für Verbraucherschutz.

(Zuruf von Hans-Jürgen Klein [GRÜNE])

Es ist vorhin schon angesprochen worden, dass seine Bedeutung zunimmt. Es war richtig, dieses Landesamt einzurichten. Das LAVES verfügt über einen Haushalt von etwa 47 Millionen Euro; der Landeszuschuss beträgt etwa 36 Millionen Euro. Ich meine, diese Mittel sind absolut erforderlich, weil wir nur damit die technische Ausstattung dieses Untersuchungsinstitutes auf einem hohen Niveau auch in den nächsten Jahren sichern werden. Wichtig erscheint mir die Perspektive, dass wir dort die Effizienz noch steigern können, indem wir auch mit unserem Nachbarn Bremen eine engere Kooperation eingehen werden.

Der derzeitige Fleischskandal, auf den auch ich nicht näher eingehen möchte, zeigt deutlich, dass wir diese Überwachung permanent verbessern müssen. Wir sollten nicht nur im Zusammenhang mit einem Skandal darüber sprechen, was zu verbessern ist - insofern spreche ich sicherlich für alle Fraktionen -, sondern ein betriebliches Verbesserungsprogramm bedeutet permanente Verbesserung. Ich bin somit schon gespannt auf die Ideen und Anregungen, die in der am 16. Dezember auf Antrag der CDU-Fraktion stattfindenden Anhörung zum Fleischskandal stattfinden wird.

(Zuruf von Hans-Jürgen Klein [GRÜNE])

Im Forstbereich - die Ausführungen dazu waren für mich auch sehr interessant - sind wir dem ehrgeizigen Ziel, eine schwarze Null zu schreiben, wieder ein Stück näher gekommen. Aber wenn Sie den Bauern und der Waldwirtschaft Nachhaltigkeit absprechen, zeugt das von Inkompetenz und ist schon ein wirklich starkes Stück.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin mir sicher, Kollege Klein, dass wir auch hier ein gutes Rezept parat haben. Ich empfehle Ihnen, wenn Sie sich im Wald zu wenig auskennen, einen zweitägigen Waldurlaub mit Ingrid Klopp, der neuen Kollegin im Agrarausschuss. Die wird Ihnen sicherlich vieles beibringen, was man über moderne Waldwirtschaft wissen sollte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein Schwerpunkt, meine Damen und Herren, wird sicherlich in Zukunft verstärkt darauf gelegt werden müssen, das Qualitätsbewusstsein von Verbraucherinnen und Verbrauchern wieder in den Fokus zu rücken. Es gilt, detaillierte Vorstellungen von den Zusammenhängen zwischen landwirtschaftlicher Produktion, Weiterverarbeitung und Gesundheit zu vermitteln. Dazu ist eine möglichst früh ansetzende gezielte gesellschaftliche Bildungsarbeit erforderlich. Ich verweise in diesem Zusammenhang gern auch auf die Ideen eines Landfrauenverbandes. Je früher diese Defizite, die zweifellos vorhanden sind, ausgeglichen werden - und wenn es im Kindergarten ist -, desto besser wird es sein. Im Haushalt haben wir dafür 426 000 Euro vorgesehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie vorhin bereits gesagt wurde, verdienen nicht nur die altbekannten Felder eine Betrachtung. Diejenigen, die unsere Fraktionsarbeit ein wenig begleitet haben, wissen, dass wir immer stärker auch in die Vernetzung einsteigen. Wir haben die Mittel zur Unterstützung der Forschung im ländlichen Bereich um 30 % erhöht. Das ist gut für Niedersachsen und für unsere Unternehmen und schafft Arbeitsplätze.

Ich hatte eine Granate zu Beginn meiner Rede; ich möchte auch zum Schluss meiner Ausführungen eine bringen, indem ich auf die Änderungsvorschläge der SPD eingehe. Ich bedanke mich für die wenigen Anregungen, die doch eigentlich deutlich zeigen, dass im Ministerium verdammt gute

Arbeit gemacht wird. Ein großer Dank geht aber auch an die Regierungsfractionen.

(Zuruf von Wolfgang Jüttner [SPD])

Ich bin sicher, dass wir in gewohnt professioneller Atmosphäre z. B. mit Ihrem für mich besten Vorschlag umgehen werden. Ich meine den Ansatz bei Titel 427 01 in Kapitel 09 01 für Aushilfskräfte. Dort wollen Sie den Ansatz von 23 000 Euro auf 8 000 Euro reduzieren. Ich glaube, dass wir nach ernsthafter Prüfung des Vorschlages die Einsparungen erreichen können. Mit einer Einsparung von immerhin 15 000 Euro lassen sich dann, lieber Finanzminister, Niedersachsens Finanzen konsolidieren. Mehr fällt mir dazu nicht ein.

(Zustimmung bei der CDU)

Man könnte eigentlich einen Doppelpunkt setzen und sagen: Frohe Weihnachten!

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Wer den Cent nicht ehrt, ist den Euro nicht wert!)

Danke, dass Sie mir so lange zugehört haben. Sie werden verstehen, dass es mir als ernährungspolitischem Sprecher obliegt, gleich noch auf den Weihnachtsmarkt zu gehen und dort gewisse Kontrollfunktionen auszuüben. - Danke schön.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Resteverwertung!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Zu Wort gemeldet hat sich für die Landesregierung Herr Minister Ehlen. Bitte schön!

Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vertreter der Landesregierung habe ich leider nicht so viel Redezeit wie die Fraktionen. Deshalb werde ich mich auf einige wesentliche Punkte beschränken.

Sehr geehrte Frau Kollegin Stief-Kreihe, ich glaube, dass wir uns einig sind, dass wir Landesmittel zur Verfügung stellen und die Dinge in großer Eintracht nach vorne bringen müssen, damit unserem Land Mittel, die wir von anderer Seite bekommen

können, nicht verloren gehen. Da können Sie also ganz beruhigt sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden uns auch künftig auf der Grünen Woche zu präsentieren wissen: als Agrar- und Nahrungsmittelland Nummer eins in Deutschland mit den Dingen, die wir im ländlichen Raum voran bringen, und zwar so, dass sich unsere Regionen wiederfinden werden. Wir haben da eine gute Tradition.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Klein, Ihre Fraktion hat ja eine große Fleißarbeit abgeliefert. Sie haben 161 Haushaltspositionen überdacht und neu definiert. Aber wir können sehr schnell feststellen, dass Sie mit den Vorschlägen, die Sie im Agrarbereich gemacht haben, völlig falsch liegen. Die Vertreter von FDP und CDU haben hier schon ausgeführt, dass es z. B. völlig falsch ist, 1,3 Millionen Euro in der Fischwirtschaft einzusparen.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch feststellen, dass wir der ökologischen Landwirtschaft insgesamt keinen Gefallen tun, wenn wir Dinge, die sich in Zukunft gestalten werden, vertuschen und vernebeln. Die institutionelle Förderung wird über kurz oder lang gestrichen werden müssen. Deshalb sollten wir dies beim ökologischen Landbau so nach vorne stellen, dass wir uns auf die neue Situation einstellen können.

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft befindet sich im Jahr 1 nach der Agrarreform der Europäischen Union. Unsere Verwaltung hat eine Meisterleistung vollbracht. Wir mussten nach der Verwaltungsreform und der Fusion der Landwirtschaftskammern neue Wege auf der Verwaltungsebene gehen, und auch auf der Ebene der Antragstellung über die Feldblöcke mussten wir Pionierarbeit leisten. All das ist jetzt geschehen. Wir werden noch in diesem Jahr die Prämien für unsere Landwirte auszahlen können, und zwar am 28. Dezember. Ich meine schon, dass unsere Verwaltung dafür große Anerkennung verdient.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte der Landwirtschaftskammer als dem Hauptträger der Last bei der Bearbeitung der Anträge und der Beratung des Berufsstands, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses recht herzlich danken, dass sie diese

Mordsarbeit - ich will es ruhig einmal so platt sagen - letztendlich voreinander gekriegt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir nach vorne schauen. Deshalb möchte ich einige Punkte des Haushalts 2006 kurz ansprechen.

Herr Kollege Klein, es ist natürlich eine tolle Sache, wenn man, so wie im Warenhauskatalog, auch bei der Modulation soundso viele Sachen anstreicht. Aber es kann letztendlich nicht angehen, dass wir Programme fahren, die so schwierig zu kontrollieren sind, dass der Aufwand bei der Verwaltung größer ist als das, was bei den Bauern ankommt. Das können wir uns heute nicht mehr leisten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb werden wir Programme fahren, die denen am meisten helfen, die von der Landwirtschaft leben müssen, und das sind nun einmal unsere Bauern. Das sind nicht irgendwelche Dinge, die uns, sage ich mal, im Beiprogramm zugeteilt werden. Wir müssen erst einmal sehen, dass die Betriebseinkommen stimmen.

Und wenn man hier kritisiert, dass wir nichts Neues machen: Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren eine ganz klare Haushaltspolitik betrieben. Ich meine schon, dass man sich dann auch einmal freuen darf, wenn in diesem Jahr die Ergebnisse der Betriebe ein bisschen besser geworden sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Über 200 % bei den Schweinemästern sind ein bisschen?)

Wir zeigen, dass wir die Gesamtverantwortung für den ländlichen Raum tragen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen gesunde Betriebe im ländlichen Raum: landwirtschaftliche Betriebe, mittelständische Betriebe und Dienstleistungsbetriebe. Unsere Landesregierung tritt dafür ein, dass wir die Vorsorge für den ländlichen Raum ganz nach vorne stellen.

Meine Damen und Herren, es wird uns eine gewaltige Last aufgebürdet, wenn wir den demografischen Wandel wuppen wollen, und zwar nicht in den Regionen mit Wachstum, sondern da, wo es rückwärts läuft und wo wir eine Überalterung der

Bevölkerung haben. Das lassen Sie uns gemeinsam anfassen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Aber nicht, indem man die Landesraumordnung abschafft!)

Noch ein Wort zu unserer Anstalt Niedersächsische Landesforsten. Meine Damen und Herren, das hat die Forstwirtschaft in Niedersachsen gewaltig motiviert. Alle schauen, alle arbeiten nach vorne, um gute Ergebnisse zu erwirtschaften. Auch an dieser Stelle, glaube ich, liegen wir richtig. In 2008 eine schwarze Null zu schaffen, ist kein Problem.

Kollege Klein, es tut mir ja Leid, dass ich Sie so oft ansprechen muss.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Mir nicht! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Da hat er wohl gute Argumente gehabt!)

Aber unserer Waldbewirtschaftung zu unterstellen, dass es ihr nicht in erster Linie um die Nachhaltigkeit geht, ist schon ein starkes Stück. Wer sich mit dem Wald beschäftigt, der weiß, dass man dort nur langfristig und nachhaltig wirtschaften kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, wird sich das Niedersächsische Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz seinen Aufgaben auf allen Ebenen - allem voran dem Verbraucherschutz - auch künftig zuwenden und eine saubere, abgestimmte und verlässliche Arbeit leisten. - Danke schön.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zum letzten Debattenschwerpunkt für heute, und zwar dem Bereich

Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien

Von der SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Tinius zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Tinius!

Rosemarie Tinius (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 02 ist, wie bereits in der Ausschusssitzung von der Frau Staatssekretärin und von allen Fraktionen einmütig festgestellt wurde, unspektakulär. Die Staatskanzlei - für mich eigentlich die Drehscheibe niedersächsischer Politik - hat in den letzten Jahren die Aufgaben im Sinne einer Repräsentation des Landes nach außen und die damit für mich verbundene Lobbyarbeit kontinuierlich zurückgefahren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Reinhold Coenen [CDU])

Meine Damen und Herren, bevor Sie sich ereifern und Ihr Unverständnis über meine Aussage äußern, will ich sie Ihnen belegen.

Bei seinem Besuch in Brüssel - wer dabei war, erinnert sich; ich habe es mir berichten lassen - hat der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien mit Herrn Erik Dufeil von der Generaldirektion Regionalpolitik der EU-Kommission die noch offenen Fragen der Verteilung der Strukturfondsmittel diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass Niedersachsen ein Einbruch bzw. ein teilweiser Wegfall von Mitteln droht, wenn regionalpolitische Überlegungen keine konkreten Formen annehmen.

Herr Dufeil bedauerte, dass Niedersachsen ihn im Gegensatz zu anderen Bundesländern bisher noch nicht zu Gesprächen vor Ort eingeladen habe, und bemängelte das Fehlen eines regionalen Entwicklungskonzeptes für Niedersachsen. Dies wurde seitens unserer Fraktion auch dem Herrn Ministerpräsidenten mitgeteilt. In den letzten Tagen habe ich die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten auf den Tisch bekommen. Ich muss sagen: Sie überzeugt mich nicht; denn es fehlt nach wie vor ein Gesamtkonzept.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, wie wichtig es ist, insbesondere auch in der Europapolitik von Niedersachsen aus Einfluss zu nehmen. Darum wird es für unsere Politik von großer Bedeutung sein, wie wir uns gegenüber den anderen Entscheidungsträgern, die auf die niedersächsische Politik einwirken können, präsentieren und positionieren. Unsere Vertretung in Brüssel ist personell weitgehend qualifiziert und sehr engagiert aufgestellt. Aber das Engagement

des Landes lässt im Vergleich zum Engagement in Berlin zu wünschen übrig.

(Beifall bei der SPD)

Durch eine Umschichtung von Haushaltsmitteln, wie von uns in unserem Antrag vorgeschlagen, könnten die Aktivitäten in Brüssel verstärkt werden.

Meine Damen und Herren, Einigkeit besteht hier im Hause über die hervorragende Arbeit des EIZ. Trotz der gekürzten und eingefrorenen Zuschüsse gelingt es ihm, mit Kreativität und Engagement den Bürgerinnen und Bürger Europa näher zu bringen.

Dieses große Engagement erleben wir auch beim VEN. Aber ganz ohne Zuschüsse geht es auch hier nicht.

(Bernd Althusmann [CDU]: Was?)

Wir halten es für erforderlich, die Zuschüsse für den VEN auf den Ansatz von 2004 und damit um 30 000 Euro aufzustocken, um seine vorzügliche Arbeit nicht zu gefährden.

(Beifall bei der SPD)

Denn wie wir vom VEN im Ausschuss und bei Besuchen der Initiativen erfahren haben, konnten in letzter Zeit viele Projekte nicht durchgeführt werden, weil die Gegenfinanzierung fehlte. Es liegt nicht an fehlenden EU-Mitteln. Wenn nach Aussage der Frau Staatssekretärin nicht mehr als 40 000 Euro bereitgestellt werden können, muss sichergestellt werden, dass die Zuwendungen von potenziellen Geldgebern von außerhalb nicht durch das Stimmverhalten von Vertretern des Landes beim Bingo-Lotto blockiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Der Vollständigkeit halber sei gesagt, dass die Frau Staatssekretärin diesbezüglich eine Überprüfung zugesichert hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist zu begrüßen, dass die Ergebnisse der Koalitionsarbeitsgruppe zur Föderalismusreform mit dem Koalitionsvertrag angenommen wurden. Damit ist ein erster wichtiger Schritt in Richtung Aufgabenentflechtung und mehr Transparenz zwischen Bund und Ländern getan. Mit den vorliegenden Verhandlungsergebnissen wird es zu mehr Wettbewerb unter den Ländern kommen. Das kann sehr positiv sein, birgt aber sicherlich auch Gefahren. Stichworte in die-

sem Zusammenhang sind z. B. die Beamtenbesoldung und die Grunderwerbsteuer. Darum muss Niedersachsen seine Möglichkeiten nutzen, um als finanzschwaches Land in diesem Wettbewerb der Länder nicht als Verlierer dazustehen.

(Beifall bei der SPD)

Hierin sehe ich die Aufgabe des Herrn Ministerpräsidenten, Niedersachsens Interessen zu vertreten, und nicht darin, wie ich heute in der *Braunschweiger Zeitung* lesen konnte, in Parteigremien das Große und Ganze im Auge zu haben. Herr Wulff, Sie haben in erster Linie die Verantwortung für unser Land wahrzunehmen. Sie haben sich nicht als stellvertretender Parteivorsitzender eventuell zu Lasten des Landes zu profilieren und nach Beliebtheitswerten zu schielen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nach diesen ersten Ergebnissen der Föderalismusreform müssen noch weitere Schritte folgen. Die Koalitionsparteien verständigten sich darauf, im Frühjahr nächsten Jahres Verhandlungen über die Finanzverfassung aufzunehmen. Erst wenn auch die Finanzbeziehungen untereinander neu geregelt und die Neuordnung der Länder angepackt würde, hätten wir eine große Föderalismusreform. Aber bis dahin ist es noch ein sehr steiniger Weg.

Meine Damen und Herren, wenn wir in der EU nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch im administrativen Bereich wettbewerbsfähig bleiben wollen, wird es zu Veränderungen kommen müssen. Bereits jetzt bilden sich auf der kommunalen Ebene regionale Zusammenschlüsse, um im Wettbewerb mit anderen Regionen in Europa bestehen zu können. Herr Ministerpräsident, ich stimme Ihnen zu: Ländergrenzen werden unwichtig. Es geht um zukunftsfähige Konzepte, mit denen wir unser Land fit für Europa machen, und es geht darum, diese Konzepte den Entscheidungsträgern in Brüssel frühzeitig vorzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Niedersachsen mit seinen Interessen in Brüssel wahrgenommen wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Hogrefe zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Wilhelm Hogrefe (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa muss man richtig machen. - Ich stelle ganz objektiv fest: Unser Ministerpräsident, seine Staatskanzlei und die gesamte Landesregierung machen es richtig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch die neue Bundeskanzlerin Angela Merkel ist eine überzeugte und hoch kompetente Europapolitikerin.

(Beifall bei der CDU)

Zusammen mit dem Vorsitzenden der größten Fraktion im Europaparlament, dem Niedersachsen Dr. Hans-Gert Pöttering,

(Beifall bei der CDU)

kann es gelingen, Europa wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Ist das auch objektiv festgestellt?)

Er hatte gerade seinen 60. Geburtstag.

(Bernd Althusmann [CDU]: Wilhelm, wenn er das liest!)

Dann ist erneut unter Beweis gestellt: Die CDU ist die Europa-Partei in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Axel Plaue [SPD])

Meine Damen und Herren, lieber Herr Plaue, Sie werden zugeben, dass es im Medienbereich ganz entscheidend auf das Image ankommt. Dazu stelle ich Folgendes fest: Wir haben im bundesweiten Vergleich - möglicherweise sogar europaweit - den smartesten Ministerpräsidenten und die attraktivste „Tatort“-Kommissarin, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Weiterhin ist zum Medienbereich festzustellen: Niedersachsen ist führend bei der Digitalisierung im Radio- und Fernsehbereich. Auf der CeBIT im März dieses Jahres wurden erste Empfänger für

Fernsehen in Handgröße vorgestellt, Handyempfänger sozusagen. Das Nächste, was kommt, ist die Digitalisierung im Radiobereich.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich finde, über diese Rede sollten wir sofort abstimmen!)

DAB hat eine große Zukunft. Den Konsumenten wird es in Zukunft möglich sein, hoch interessante bundesweite Spartenprogramme zu empfangen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich brauche die hervorragende Europa- und Medienpolitik der Landesregierung gar nicht weiter im Einzelnen zu erklären, denn wir sind doch alle der Meinung, dass die Opposition im Grunde genommen zwar Einzelheiten und Kleinigkeiten kritisiert - das ist ihre Aufgabe; das muss sie auch tun -, aber wenn wir im Ausland oder in Süddeutschland darauf angesprochen werden, dass wir in Niedersachsen so einen tollen Ministerpräsidenten haben, dann ist das doch prima.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, darüber freut sich doch auch jeder Oppositionspolitiker, denn wer hat es schon gern, wenn sein Land schlechtgeredet wird?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, 2006 werden wir hoffentlich alle gemeinsam 60 Jahre Niedersachsen feiern, und Sie von der Opposition dürfen sich mit uns darüber freuen, dass Niedersachsen jetzt wieder ein Aufsteigerland ist. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU - David McAllister [CDU]: Bravo! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Jetzt ist der Putsch von der Klausur vergessen! Jetzt kann er wieder mitmachen! Hätte er vorher die Schnauze gehalten, hätte er heute nicht reden müssen!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Wenn Sie sich jetzt lieber darüber unterhalten wollen, wie die Rede war, kann ich die Sitzung gerne für fünf Minuten unterbrechen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD]: Die Rede war überzeugend, Frau Präsidentin!)

- Dann warten wir noch einige Sekunden, bis wieder Ruhe eingekehrt ist.

Frau Langhans von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sie haben jetzt das Wort.

Georgia Langhans (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hogrefe, ich gönne Ihnen den Erfolg, den Sie mit dieser Rede in Ihrer eigenen Partei erzielt haben.

(Beifall bei der CDU)

Aber dennoch muss ich ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Dass man den smartesten Ministerpräsident hat, sagt leider nichts über die Qualität der Europapolitik eines Landes aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung stellt in ihrer Politik die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Vordergrund. Die Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene ist ein solch ehrenamtlicher Bereich. Den fördern Sie nicht, sondern Sie trocknen ihn aus. Die für 2006 bereitgestellten Mittel reichen kaum aus, damit der VEN die ihm zugedachte Rolle als Koordinator der entwicklungspolitischen Initiativen in Niedersachsen kompetent wahrnehmen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entwicklungszusammenarbeit, meine Damen und Herren, ist keine Einbahnstraße, sondern sie findet auch hier bei uns statt. Dabei geht es auch nur um kleine Summen.

Bei der Informations-, Bildungs- und Koordinierungsarbeit ducken Sie sich weg. Was ist eigentlich aus der Vereinbarung zwischen Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg geworden, die die UN-Dekade für Bildung und nachhaltige Entwicklung zum Thema hatte. Das sollte ein Kernthema in Niedersachsen werden. Wo ist es geblieben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zum Verständnis Ihrer Europapolitik hilft zunächst ein Blick ins Internet. Die Seiten des EIZ sind einfach hervorragend. Hier

werden der europäische Gedanke und die europäische Politik hervorragend vermittelt. Herzlichen Dank dafür von hier aus an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man hinter die Kulissen schaut, setzt sich dieser Gedanke aber leider nicht fort, zumindest was die Europapolitik hier im Parlament angeht. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen kommen über wohlklingende europapolitische Deklarationen nicht hinaus. Auch Ihre heutige Rede war ein gutes Beispiel dafür, Herr Hogrefe.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das war noch nicht einmal europapolitisch!)

Herr Hogrefe, Sie beklagen ständig, dass Europa sachfremde Vorgaben machen würde. Aber die Chancen, die europaweite Regelungen und Initiativen bieten, nutzen Sie nicht. Geradezu skurrile Züge trägt Ihre Abwehrhaltung gegenüber europäischen Anforderungen im Naturschutz und im Gesundheitsschutz; ich nenne nur das Stichwort FFH.

Sie beklagen fehlende Mitwirkung der Regionen an Entscheidungen der europäischen Ebene. Meine Damen und Herren, aber wie oft eigentlich ist dieses Parlament in europapolitische Initiativen und Entscheidungen dieser Landesregierung einbezogen worden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Anspruch auf demokratische Mitwirkung, den Sie auf europäischer Ebene einfordern, werden Sie noch nicht einmal diesem Hause gegenüber gerecht.

Meine Damen und Herren, ich kann Sie nur auffordern, die Europapolitik endlich Ernst zu nehmen und sie nicht nur als Stoff für Sonntagsreden zu missbrauchen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Kuhlo! Bitte schön, Sie haben das Wort.

Ulrike Kuhlo (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass dieser Abend jetzt mit

meinen kurzen Worten zu Ende geht und Sie dann auf den Weihnachtsmarkt gehen oder das tun können, was Sie sonst vorhaben. Ich werde mich auf einige wenige Aspekte beschränken.

Frau Langhans, Sie haben sich zwar sehr bemüht und auf die Zehenspitzen gestellt, um hinter die Kulissen der Staatskanzlei zu schauen. Ich denke aber, dass Ihnen der wahre Einblick verwehrt geblieben ist, wenn Sie eine Europapolitik der Nachhaltigkeit anmahnen.

Ich möchte meine Redezeit nutzen, um den Haushalt der Staatskanzlei, der mit gut 30 Millionen Euro einen Anteil von nur 1,4 Promille am Gesamthaushalt hat, im positiven Sinne als bescheiden zu bezeichnen. Bescheiden, weil er keinerlei Spielraum für Maßnahmen enthält, die nicht zu den dringendsten Aufgaben des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei zählen, und weil diese Aufgaben mit ausgesprochen sparsamem Personalaufwand hervorragend erledigt werden. Bescheidenheit ist eben eine Zier.

(Beifall bei der FDP)

Der Haushaltsansatz wurde gegenüber 2005 um 183 000 Euro reduziert. Es sind globale Minderausgaben von 174 000 Euro zu erwirtschaften. Der Konsolidierungskurs der Landesregierung findet also auch in diesem Jahr bei der Staatskanzlei wieder seinen Niederschlag.

Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass die Ausgaben für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einen Tiefstand erreicht habe und künftig von weiteren Sparmaßnahmen verschont werden müssen. Nur ein Vergleich: Im Jahre 1992, also unter Gerhard Schröder, betragen die Ausgaben für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 2,5 Millionen Euro. Was haben wir in Niedersachsen davon gehabt? Einen Medienkanzler, der sieben Jahre lang die Bundespolitik blockiert hat.

(Beifall bei der FDP)

Bei allen Sparmaßnahmen werden aber im kommenden Jahr die beiden Vertretungen des Landes in Brüssel und in Berlin, in denen wichtige Lobby- und Netzwerkarbeit geleistet wird, nicht beschnitten werden. Frau Tinius, an dieser Stelle wird eben Quantität durch Qualität ersetzt. Auch da erlaube ich mir den Hinweis auf die Vorgängerlandesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Das ist auch gut und richtig so. Denn die vor uns liegenden Aufgaben sowohl in der EU als auch im Zusammenhang mit der Umstrukturierung unseres föderalen Systems sind Kernaufgaben der Staatskanzlei.

Der Europaausschuss hat sich vor einigen Monaten von der hervorragenden Arbeit der Landesvertretung in Brüssel überzeugt. Ich möchte mich hier bei Frau Zengerling und Herrn Dr. Pelull stellvertretend für alle anderen Bediensteten in Brüssel sehr herzlich für die hervorragende Arbeit bedanken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im November-Plenum wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen von FDP und CDU der Antrag „Für ein starkes Niedersachsen in Europa“ verabschiedet. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, wie viel Aufklärungsarbeit in Bezug auf den europäischen Einigungsprozess noch zu leisten ist.

Wir sind daher ausgesprochen froh, dass auch die Mittel für das EIZ im niedersächsischen Haushalt im kommenden Jahr konstant bleiben werden. Denn die Arbeit des EIZ - das wurde schon gesagt - unter Leitung von Frau Raddatz kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. 40 000 Besucher auf den Infoständen und 19 Millionen Zugriffe auf die Internetseiten sind ein deutlicher Beweis.

Umso enttäuschender ist die Ablehnung eines Antrages auf Projektmittel des EIZ durch die Kommission Anfang dieses Jahres gewesen. Allerdings bin ich nach einem gemeinsamen Gespräch mit Frau Raddatz und Herrn Dr. Sabatill, dem Leiter der Vertretung der Kommission in Deutschland, einigermaßen optimistisch, dass unter österreichischer Präsidentschaft und unter dem Label „Plan D - Demokratie, Dialog und Diskussion“ auch wieder Projektmittel aus Brüssel nach Hannover fließen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch kurz eine Anmerkung zum Medienstandort Niedersachsen. Der Mittelansatz zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen ist im Haushalt der Staatskanzlei noch einmal halbiert worden und dient im kommenden Jahr lediglich zur Abwicklung bestehender Verpflichtungen. 20 000 Euro der eingesparten Summe sind allerdings in das Innenministerium verlagert worden. Ich begrü-

ße es ausdrücklich, dass diese Summe für das multimediale Projekt „Weiße Runde“ verwendet wird, mit dem speziell Jugendliche für Gewaltfreiheit und Toleranz beworben werden.

Meine Damen und Herren, die nordmedia Fonds GmbH ist im kommenden Jahr von Kürzungen verschont geblieben. Die FDP hält es für sinnvoll und erstrebenswert, dass zukünftig in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium aus dem Wirtschaftsförderfonds zusätzliche Mittel in den Bereich Förderung des Medienstandortes Niedersachsen fließen, insbesondere um niedersächsisches Know-how und unternehmerische Aktivitäten auf dem Gebiet der Digitalisierung zu nutzen und auszubauen.

Meine Damen und Herren, die Bescheidenheit des Haushalts der Staatskanzlei zwingt zu mehr Kreativität und vernetztem Denken. Ich bin mir sicher, dass die Landesregierung, FDP und CDU auch im kommenden Jahr ihre Kräfte in diesem Sinne zum Wohle des Landes einsetzen und den Weg der Haushaltskonsolidierung unbeirrt fortsetzen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Ministerpräsident. Sie haben das Wort.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Redezeit der Landesregierung ist relativ erschöpft. Deswegen mache ich es sehr kurz. Wir reden tatsächlich über einen relativ kleinen Teil unseres Landeshaushalts, nämlich über 1,4 Promille. Das könnte heute Abend fast schon eine Überleitung sein.

(Beifall und Heiterkeit)

Ein solcher Anteil des Haushalts von 1,4 Promille, nämlich 30,5 Millionen Euro, ist, wie es die Chefin der Staatskanzlei auch gesagt hat, tatsächlich unspektakulär. Spektakulär ist allerdings die Tatsache, dass wir etwas begonnen haben, das Vertrauen schafft, nämlich dass die Treppe von oben gefegt wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der letzte Haushalt von Ministerpräsident Sigmar Gabriel hatte ein Volumen von 43 Millionen Euro.

Dass wir es auf 30,5 Millionen Euro zurückgefahren haben - - -

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Milliarden!)

- 30,5 Millionen Euro. Wenn Sie „Milliarden“ rufen, dann zeigt mir das, wie Sie früher mit Geld umgegangen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei uns zählt der einzelne Euro, und es ist in Deutschland absolut spektakulär, einen solchen Etat derart zurückzufahren. Noch viel spektakulärer ist es, das nach einem Regierungswechsel zu tun. Das heißt, Herr Gabriel hat erst einmal eine Abteilung zusätzlich geschaffen, Referate zusätzlich geschaffen, Stellen eingestellt, sich möglichst viel hereingeholt, den Etat aufgestockt. Wir haben genau das Gegenteil getan. Wir haben auf die Menschen gesetzt, die wir dort vorgefunden haben. Dieses Vertrauen ist bis heute nicht enttäuscht worden. Denn letztlich wollen alle etwas für dieses Land tun und nicht nur in erster Linie für eine Partei.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben nicht nur die Strukturen verschlankt und effizienter gestaltet. Wir haben vor allem auch die Zahl der Stellen um weitere zehn Stellen im nächsten Jahr auf 235 Stellen abgebaut. Trotzdem ist es uns gelungen, vier Stellen für Auszubildende auch 2006 vorzuhalten, während Sie es über zehn Jahre überhaupt nicht für nötig befunden haben, in der Staatskanzlei junge Leute auszubilden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei Ihnen ist die Zahl der B-Besoldungs-Stellen immer weiter angewachsen. Bei uns sind wieder Ausbildungsplätze geschaffen worden - wie gesagt, vier an der Zahl. In der Staatskanzlei wurde vorher nicht ausgebildet.

Es ist schon interessant, wenn Frau Tinius hier vorträgt, es sei zu wenig Repräsentation, zu wenig Veranstaltung in Brüssel und Berlin und zu wenig Lobbyarbeit und dass dafür mehr Geld bereitgestellt werden müsste und dass die SPD dafür zusätzliche Mittel beantragen würde. Ich kann Ihnen sagen: Die SPD beantragt für den gesamten Einzelplan 02 insgesamt 80 000 Euro zusätzlich, streicht aber an anderen Stellen 349 000 Euro. Das heißt, 270 000 Euro sollen es weniger sein.

Ich finde es schon ziemlich abenteuerlich, wenn man 1990 angetreten war und 2,5 Millionen DM nur für Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt hat, während wir heute für Öffentlichkeitsarbeit noch den Betrag von 500 000 Euro unterschreiten, und fordert, dass dieser Betrag noch weiter abgesenkt werden solle, obwohl dieser Betrag nur noch die Kosten des *dpa*-Anschlusses, der Presseschau und die GEMA-Gebühren bzw. die urheberrechtlichen Abgaben dafür abdeckt. Von dieser Staatskanzlei hat es bisher keine Hochglanzbroschüre gegeben, weil wir überzeugt sind, dass moderne Medien wie das Internet den Bürgern eine erstklassige Information erlauben. Gute Politik verkauft sich auch ohne Hochglanz. Mit Hochglanz können Sie nicht einmal Ihre Politik verkaufen, die Sie diesem Lande 13 Jahre lang zugemutet haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie werden es erleben, dass wir mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement die 60 Jahre Niedersachsen feiern werden, dass wir bei den fünf WM-Spielen in Hannover sehr gut auftreten werden, wenn es um die Fußballweltmeisterschaft geht, und dass wir auch anderen Dingen große Aufmerksamkeit widmen werden - mit einem reduzierten Etat, mit großer Einsparung, weil wir meinen, dass wir die Menschen mobilisieren und Bühnen bauen müssen, auf denen die Menschen wieder mehr selbst machen.

Sie haben den Erfolg ehrenamtlichen Engagements daran gemessen, wie der Etat für diese Zwecke anwächst. Wir messen ihn daran, was tatsächlich im Lande geschieht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gibt eine Untersuchung Ihrer damaligen SPD-Bundesministerin über ehrenamtliches Engagement in allen 16 Bundesländern. Danach engagierten sich 1999 in Niedersachsen 1,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Inzwischen engagieren sich nach der neuesten Untersuchung in Niedersachsen von 8 Millionen Einwohnern - wir sind ein Land mit Zuwachs - 2,4 Millionen Menschen unseres Landes. Das ist Erfolg der Förderung ehrenamtlichen Engagements.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aus Respekt vor den Redezeitvorgaben an die Regierung und die Fraktionen erspare ich Ihnen detailliertere Ausführungen zu REACH, der Chemikalienpolitik in Europa, zur europäischen Port-

Package-Richtlinie, zweiter Entwurf. Überall dort arbeiten wir mit Frau Harms von der Europafraktion der Grünen bis zu den Europaabgeordneten der SPD sehr effizient, sehr gut und auch im Ergebnis erfolgreich zusammen. Auch die Erfolge beim EIZ und beim Medienstandort sind genannt worden, sodass ich nur ausdrücklich unterschreiben kann, was die Landtagsvizepräsidentin Frau Kuhlo und Herr Hogrefe hier gesagt haben. Das war so überzeugend, so klar und so eindrucksvoll.

(Heiterkeit)

Es fehlte nur noch der Abgeordnete der FDP, Herr Schuth, der gerade die Landespressekonferenz nach Brüssel eingeladen hat. Auf die Frage, was sie aus Brüssel mitgenommen haben, haben mir die Journalisten alle erzählt: In Brüssel war alles eindrucksvoll. Aber das Eindrucksvollste war die Landesvertretung des Landes Niedersachsen in Brüssel, die mache eine erstklassige Arbeit. So lauteten auch die Presseartikel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen müssen Sie damit leben, dass sich die Menschen am Ende ein eigenes Bild machen und nicht alles das glauben, was Sie hier weismachen wollen. Das ist auch gut so. - Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Abgeordnete der SPD und der GRÜNEN verlassen den Plenarsaal)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb beenden wir heute die Haushaltsberatungen und setzen sie morgen mit den erforderlichen Abstimmungen fort.

(Bernd Althusmann [CDU]: Können wir nicht heute noch abstimmen?)

Wer jetzt noch auf den Weihnachtsmarkt gehen möchte - bis 21 Uhr hat er noch geöffnet -, aber vorher noch irgendwohin telefonieren möchte, der sollte sich das Motorola-Handy, das gefunden worden ist, bei der Landtagsverwaltung abholen. - Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Bis morgen früh um 9 Uhr!

Schluss der Sitzung: 20.39 Uhr.